Diskussion sozialistischer Alternativen

UTOPIE

Deutschland – 3 Jahre danach
Bahr, Falin und Kissinger über das Berlin-Abkommen
Habermas – im Diskurs

kreativ

HEFT 35/36 10 DM SEPT./OKT. 1993

Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Rita Kienbaum

In diesem Heft

Editorial 3

Essay

Renate Holland-Moritz
Ossis, rettet die Bundesrepublik! 6

Deutschland – 3 Jahre danach

Hansgünter Meyer
Angleichungen und Defizite der deutsch-deutschen Hochschulerneuerung 9

Hans Luft
Die Rezession in Deutschland - als Gründerkrach 31

Demokratischer Sozialismus

Stefan Bollinger
Prager Frühling - Testfall für einen demokratischen Sozialismus? Chancen, Dilemmas, Probleme 39

Standorte

Klaus-Peter Schwarz
Troubadix bei den Ostgoten 53

Globale Perspektiven

Parviz Khalatbari
Das Wachstum der Weltbevölkerung als Bedrohung der Zivilisation? 56

Personalia

Wladislaw Hedeler
Alexander Wladimirowitsch Ruzkoj 78

UTOPIE kreativ dokumentiert:

Egon Bahr, Valentin Falin, Henry Kissinger
Wandel durch Annäherung. Zusammenhänge und Hintergründe des Berlin-Abkommens der vier Mächte und dessen Bedeutung für die Beendigung des Ost-West-Konflikts 87

Habermas-Diskurs

HERMANN KLENNER
Fortiter in modo, suaviter in re? Über das prozeduralistische Rechtsparadigma des Jürgen Habermas 110
HELMUT THIELEN
Befreiung - Philosophie der Praxis in Lateinamerika und in Europa. Denken im Angesicht der Apokalypse 117

Das Interview

WLADIMIR A. JADOW
Soziologie – einst und jetzt 135

Linke unterwegs

CHRISTINE OSTROWSKI
Die öffentliche Meinung, die Wahlen und die PDS 152
THOMAS BARTHEL
Alternativen für die Opposition 160

Konferenzen & Veranstaltungen

GISELA STEINECKERT
Wenn du nicht mehr unten liegen willst 167
WOLFRAM ADOLPHI
Eine neue Weltordnung denken: »Arbeit in des Teufels Wirtshaus«. Bericht über ein Kolloquium 171

Bücher und Zeitschriften

Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Eine verstehende Deutung der Neuzeit, 2 Bände, Dietz Verlag GmbH Berlin (STEFAN BOLLINGER) 177
Oskar Negt, Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen. S. Fischer Verlag Frankfurt a.M. 1992 (HERMANN KLENNER) 179
Günter Reimann: Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise - Analysen, Erfahrungen, Perspektiven, Gustav Kiepenheuer Leipzig 1993 (ARNDT HOPFMANN) 181
Leopold Spira: Kommunismus adieu. Eine ideologische Biographie, Europaverlag Wien - Zürich 1992 (MARIO KESSLER) 185
Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hg.): Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft, Decaton Verlag Mainz 1993 (RUTH STOLJAROWA) 186
Berichtigung 189
Ursula Hoffmann-Lange: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Verlag Leske + Budrich Opladen 1992
Klaus von Beyme: Die politische Klasse im Parteienstaat, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1993
Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein (Hrsg.): Die politische Klasse auf dem Prüfstand. Eliten auf dem Prüfstand, Bouvier Verlag Bonn - Berlin 1992
(HELMUT STEINER) 190

EDITORIAL

DEUTSCHLAND und DEUTSCHE in EUROPA und in der Welt zählt zu den historisch belastetsten Themen dieser Zeit. Der 3. Oktober 1990 und - im weiteren Sinne - die Jahre 1989 - 1991 haben ihm neue Brisanz und Aktualität verliehen. Durch die Ausdehnung der NATO bis an die Oder, den jähen Abbruch der Wirtschafts-, Wissenschafts- und vieler anderer, nicht zuletzt persönlicher Beziehungen aus Ostdeutschland in die Staaten und zu den Völkern Osteuropas, durch das Einstellen staatlich vereinbarter Solidaritäts-Leistungen gegenüber Vietnam, Kuba, Nicaragua und anderen Staaten der Dritten Welt und anderes mehr wurden gleich zu Beginn der deutschen Einheit kaum korrigierbare Tatsachen geschaffen.

Inzwischen geht es darum, wieder deutsche Soldaten in die Konfliktzonen dieser Welt zu entsenden und als neue GROSSmacht im Sicherheitsrat Platz zu nehmen - um über die Geschicke dieses Erdballs (mit-) zu entscheiden. Drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist man bereits!

Die faktische Schließung der Grenzen gegenüber Asyl-Suchenden und die ausgebrochene Gewalt gegen die nicht-deutschen Anderen sind die innenpolitischen »Begleit«erscheinungen. Und schon kann die herrschende Regierungs-Partei einen Kandidaten für das höchste staatliche - vor allem auch außenpolitische - Repräsentationsamt nominieren, der die Einmaligkeit historischer Schuld Deutschlands in diesem Jahrhundert in den »normalen« Geschichtsverlauf einordnen will. Mit der umgestalteten Neuen Wache als nationaler Mahn- und Gedenkstätte in Berlin wurde durch die Gleichzeitigkeit des Gedenkens an Opfer und Täter dieses Ansinnen schon vollzogen, sogar übertroffen. Insofern wäre ein Bundespräsident Heitmann nur konsequent: er stünde für alle Welt sichtbar als Symbol für den veränderten herrschenden Zeitgeist in Deutschland!

All das und noch einiges mehr gehört zu den neuen groß-deutschen Realitäten. Und dennoch sind - im Gegensatz zu den »gesungenen Messen« des gesellschaftlichen Konservatismus innerhalb Deutschlands - in den internationalen Beziehungen noch einige Entscheidungen offen, Gestaltungsspielräume möglich, Diskussionen im Fluß und kollektives Handeln notwendig. Da sich in der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Sozial- und selbst innenpolitischen Sicherheitspolitik die größte Oppositionspartei mit schnellen Schritten und unverblümt beim herrschenden Regierungsblock anbiedert - und alle anderen linken Oppositionskräfte organisatorisch gespalten und programmatisch oftmals diffus vor sich hin werkeln -, gilt es, wenigstens die Chance des Parteien und Weltanschauungen übergreifenden außenpolitischen Diskurses zu suchen und zu nutzen! Dabei geht es nicht allein um die eine oder andere noch so bedeutsame Einzelentscheidung, sondern um ein neu zu bestimmendes Grundverständnis Deutschlands in der Welt.

Der Anfang dieses Jahrhunderts verbindet sich mit dem als HUNNENREDE bekanntgewordenen Auftritt Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 vor dem deutschen ostasiatischen Expeditionskorps in Bremerhaven: »Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!« Am Ende des Jahrhunderts haben wir zu konstatieren, daß für alle Zeiten der Name Deutscher mit den Brandmalen von Verbrechen einmaliger Art in Frankreich und auf dem Balkan, in der Sowjetunion und in Polen, in Auschwitz und Theresienstadt gezeichnet ist. Die Völker der Welt hätten allen Grund, Deutsche 1000 Jahre lang »scheel anzusehen«.

Ebenfalls vor einem Jahrhundert erschien Bertha von Suttners »Die Waffen nieder!« (1889). Doch die sozialistischen, pazifistischen, Friedens- und Antikriegs-Bewegungen unterschiedlichster Art vermochten nicht, die beiden Weltkriege, zahlreiche weitere kriegerische Auseinandersetzungen, militärisch-industrielle Komplexe und den internationalen Militarismus zu verhindern. Aber Karl Liebknecht und Carl von Ossietzky, Max Weber (1918/19) und Martin Niemöller, Walter Rathenau und Arnold Zweig stehen für eine Traditionslinie in der deutschen Geschichte , an die es bei der Neubestimmung deutscher Außenpolitik parteiübergreifend anzuknüpfen und fortzusetzen gilt. Das von UTOPIE kreativ in diesem Heft erstmals vollständig dokumentierte Podiumsgespräch zwischen E. Bahr, V. Falin und H. Kissinger vom Juli d.J. über die Hintergründe und das Zustandekommen des Berlin-Abkommens 1971 veranschaulicht die mögliche Lösung oder zumindest De-Eskalation hochkomplizierter Konflikte durch nichtkriegerische Mittel. Die in den 80er Jahren mit dem Stichwort »Koalition der Vernunft« von beiden deutschen Staaten bedachten Anstrengungen und die gemeinsame SPD-SED-Erklärung »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« (1987) setzten auch für die heutige Zeit gültige Maßstäbe für nichtmilitärischen und gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

»ALTE WELTORDNUNG - NEUE WELTORDNUNG« war der Titel eines Kolloquiums, das der Förderverein Konkrete Utopien e.V. und die Zeitschrift UTOPIE kreativ in Verbindung mit ihren geschwisterlichen Partnern »Sozialismus« (Hamburg) und »Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung« (Frankfurt/M.) im Oktober in Berlin durchführten. Durch einen Bericht in diesem Heft und den Abdruck der Referate und Beiträge in den beiden folgenden (u.a. Gunther Kohlmey und Hermann Klenner, Dieter Boris und Hans Wagner, Arndt Hopfmann und Frank Unger, Horst Heininger und Klaus Steinitz, Lutz Maier und Karl Morgenstern) versuchen wir, unseren Lesern Nachdenklichkeit und die Brisanz der damit verbundenen Problematik zu vermitteln.

Immer wieder beschworen und hervorgehoben, treten die interna-

tionalen und globalen Dimensionen unserer menschlichen Existenz und deren Perspektiven vielfach hinter unseren innerstaatlichen, lokalen und alltäglichen persönlichen Schwierigkeiten und Krisen in den Hintergrund. Bei der Vielzahl von Sorgen und Nöten, von denen heute große Bevölkerungskreise der Deutschen betroffen sind, ist das allzu verständlich. Da hilft auch kein Moralisieren. Aber die Sachkenntnis und Sachlichkeit, die Eindringlichkeit und Argumentation der Kolloquiumsbeiträge fordern auf, laden ein, provozieren zum BESINNEN und MIT-DENKEN!

Beginnen wir damit, uns an schon einmal Erreichtes zu erinnern und auf zeitgemäße Weise wieder aufzugreifen: der persönliche Soli-Beitrag für das Volk Vietnams in der DDR, die Aufnahme chilenischer Emigranten in beiden deutschen Staaten, die vielfältige Unterstützung des befreiten Kuba, die Einrichtung und Unterhaltung des Carlos-Marx-Krankenhauses in Nicaragua, die Berliner Aktion zur Erholung von Kindern aus dem armenischen Erdbebengebiet, aber auch die großen Demonstrationen und Aktionen der westdeutschen Friedensbewegung, die Friedens- und Umwelt-Gruppen in den DDR-Kirchen sowie das Wittenberger Schmieden von Schwertern zu Pflugscharen und vieles mehr. Der beispielhafte Solidaritäts-Verein »Cuba Si«, die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität in Potsdam oder die Ost-West-Wirtschaftsakademie in Berlin-Grunewald setzen neue Zeichen für Parteien und Weltanschauungen übergreifende Aktivitäten für nichtmilitärische und gewaltfreie Beiträge in den internationalen Beziehungen. Statt für militärische Einsätze in Konfliktgebieten hat sich F. Schorlemmer bei seiner kürzlichen Frankfurter Friedenspreis-Rede für zivile Friedenskorps eingesetzt, in denen Deutschland und Deutsche ihre gewachsene internationale Verantwortung menschlich wahr machen könnten. Und was hat es mit Humanität und Zivilisation zu tun, wenn deutsche Politiker und Unternehmen den Erhalt von deutschen Arbeitsplätzen an die Zustimmung zu Rüstungs-Exporten für Menschen tötende Kriege binden?

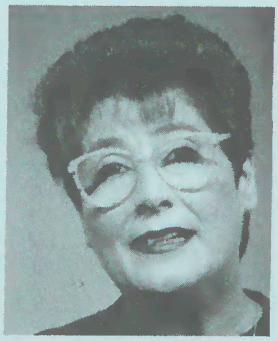
Wir sollten daher das bevorstehenden WAHLJAHR nutzen, um Kandidaten aller Parteien zu den KOMMUNAL-, LANDTAGS-, BUNDESTAGS- und EUROPAPARLAMENTS-Wahlen des Jahres 1993/94 entsprechende Fragen zu stellen und von den Antworten unsere Wahlentscheidung abhängig machen. UTOPIE kreativ schlägt Ihnen - wie im vorigen Heft zum § 218 - zwei solche Fragen vor:

Was werden Sie als Abgeordneter tun, um Rußland und Osteuropa unverzüglich gleichberechtigt in die ökonomische und politische (nichtmilitärische) Vereinigung Europas einzubeziehen? Was haben Sie dafür schon geleistet?

Werden Sie sich als Abgeordneter für den unverzüglichen Stop aller deutschen Rüstungs-Exporte in die Konfliktzonen dieser Welt einsetzen?

Helmut Steiner

Renate Holland-Moritz
Ossis, rettet die Bundesrepublik!



Renate Holland-Moritz - Jg. 1935, Schriftstellerin (u.a. »Das Durchgangszimmer«, 1967), verfaßt hauptsächlich Kurzgeschichten

RHM fand zu DDR-Zeiten die Erfahrung ihres Lieblingsklassikers Kurt Tucholsky bestätigt, daß es schwer sei, keine Satire zu schreiben. Obwohl es ihr beileibe nicht immer leichtgemacht wurde. Heutzutage keine Satire zu schreiben, hält sie für unmöglich.

In ihrem Leserbrief an eine große Tageszeitung hat eine Berlinerin den verdienstvollen Vorschlag gemacht, jeder ehemalige DDR-Bewohner möge dem Finanzministerium seinen Begrüßungs-Hunni zurückerstatten. Schließlich habe, als das Milliardenloch in Herrn Waigels Haushalt gerissen wurde, niemand ahnen können, wie teuer wir Ossis der Bonner Regierung noch werden würden.

Ich finde das wirklich sehr anständig von der Dame, aber genaugenommen kann die Rückzahlung des kleinen Darlehens nur ein Anfang sein, unsere Dankbarkeit endlich in materielle Gewalt umschlagen zu lassen.

Seit einigen Jahren sind wir nun schon im Besitz der herbeidemonstrierten harten Währung, dürfen richtige Autos fahren, in richtige Ausländer reisen und jeden Tag Bananen essen. Das alles haben die westdeutschen Bürger in vierzig Jahren für uns erkämpft, und viele von ihnen kämpfen sogar weiter, indem sie sich, statt ihre alten Tage zu genießen, an die marode Ostfront verpflichten lassen. Ist es da für uns nicht an der Zeit, reinen Tisch zu machen und einen gewaltigen Schuldenberg abzutragen?

Jawohl, ich rede von den aber Millionen Päckchen, die in vier Jahrzehnten von West nach Ost gingen, um ein wenig Licht in den grauen Graupenalltag der DDR-Volksküchen zu bringen. Hätten wir sonst außerhalb des offiziellen Werbeprogramms erfahren können, daß eine Kindstaufe ohne Krönungszeremonie kalter Kaffee und die Schokoladenseite einer Pause lila ist? Und wieviel süßer Werthers Echte als Werthers Leiden sind?

Damals konnten wir uns nicht revanchieren, denn es gab ja außer informellen Stasi-Mitarbeitern nichts, was man den westdeutschen Brüdern und Schwestern hätte schicken können. Jetzt aber sieht die Sache anders aus. Auch wir sind wieder wer, nämlich Teil einer stolzen großdeutschen Nation, die durch uns in Not zu geraten droht. Allein die Vorstellung, daß es der Bundeswehr eventuell nicht möglich sein sollte, sich den dringend gebrauchten Jäger 90 zu leisten, sollte uns die Schamröte ins Gesicht treiben.

Deshalb mein Vorschlag: Jede ehemalige DDR-Familie beziehungsweise Einzelperson läßt schätzen, welchen durchschnittlichen Wert die von ihnen bezogenen Westpäckchen hatten. Das Finanzministerium darf die errechnete Summe per Einzugsverfahren monatlich von den Konten der Betroffenen abbuchen lassen.

Ex-DDR-Bürger, die angeblich weder Verwandte noch Freunde in

den alten Bundesländern hatten, also auch keine Päckchen bekommen haben wollen, müssen dies beweisen. Folgende Unterlagen sind dazu erforderlich: Eine Liste aller bei den Einwohnermeldeämtern geführten Westbürger gleichen Namens, im Falle Verheirateter auch gleichen Geburtsnamens. Notariell beglaubigte eidesstattliche Erklärungen derselben, daß Verwandtschaft nicht vorliegt. In Zweifelsfällen erbbiologische Gutachten.

Um das Nichtvorhandensein von Freunden nachzuweisen, müssen kostenpflichtige Anzeigen in sämtlichen überregionalen und lokalen Zeitungen geschaltet werden, enthaltend Name, Adresse, Beruf, kurzen Lebenslauf und Lichtbild des ehemaligen DDR-Bürgers. Antwortschreiben werden von den Redaktionen direkt an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weitergeleitet.

Ich bin sicher, diese Aktion wird die Bundesfinanzkrise schlagartig beenden. Außerdem hat sie den angenehmen Nebeneffekt, daß zahllose herumlungernde Ossis wieder ganztags beschäftigt sind.

Renate Holland-Moritz: Ossis, rettet die Bundesrepublik! Dietz Verlag GmbH Berlin 1993. - 158 S. : 27 Illustr. v. Manfred Bofinger. ISBN 3-320-01827-2; 16,80 DM
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Dietz Verlages Berlin

Neues Deutschland

Die Linke unter den Großen

Wenn Ihnen andere Blätter äußerlich zu dick und innerlich zu dünn sind. Wenn Sie weniger Schaum und mehr Substanz erwarten. Wenn Sie Informationen und keine Banalitäten suchen. Wenn Ihnen Nachdenken wichtiger ist als Nachbeten. Wenn Sie ein neues, aber kein teutsches Deutschland wünschen:

Nehmen Sie uns vier Wochen unter die Lupe, bestellen Sie ein Probeabonnement für nur 10,- DM!

PROBE ABONNEMENT

Bitte liefern Sie mir vier Wochen lang die Tageszeitung "Neues Deutschland" zum Kennenlernpreis von 10,- DM. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

UC

Bitte ausschneiden und einsenden an: Neues Deutschland, Abt. Marketing, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Hansgünter Meyer

Angleichungen und Defizite der deutsch-deutschen Hochschulerneuerung

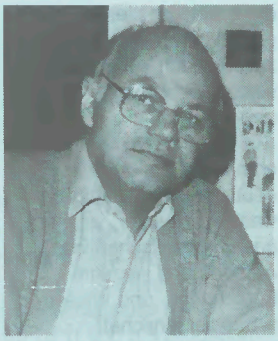
Hochschule Ost: die Erbschaft - lauter Altlasten?

Bei der Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den ostdeutschen Ländern ist die Hochschulerneuerung ein zentraler Vorgang. Das ist sicher unbestritten. Es gibt keine moderne Gesellschaft ohne ein leistungsfähiges, flächendeckendes und territorial ausgewogenes System von Universitäten und Hochschulen. Abzuwägen, was bei diesem Prozeß die Transformation der überkommenen Verhältnisse ist und was ihre Beseitigung ausmacht und die folgende *Kreation* neuer Verhältnisse sollte schon als eine akute Fragestellung angenommen werden.

Transformation sollte man als die einer inneren Dynamik geschuldete Umwandlung historischer Gegebenheiten verstehen - und historisch Gewordenes sind diese ostdeutschen Zustände doch wohl? *Kreation* ist eine Neuschaffung von Institutionen auf den Resten eines sozialen Gebildes, ohne dessen eigensystemisches revitalisierendes Dazutun - in der Geschichte häufig praktiziert, und in der Regel Kolonisierung genannt. Indes gibt es nicht nur das eine oder das andere, sondern meist eine Komponentenvielfalt, wo beides in unterschiedlicher Durchmischung vorkommt.

Was nun die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen anlangt, so rangiert der Abbruch bestehender Strukturen und die administrativ gesteuerte Neugründung vor der Transformation von Bestehendem. Das nachzubildende Original ist das System von Universitäten und Hochschulen der westdeutschen Länder. Dies scheint wohlbegründet. Ist doch das Hochschulwesen der Bundesrepublik seit Jahrzehnten einer der dynamischsten Bezirke in der internationalen Wissenschaftslandschaft; charakterisiert durch lange Phasen internationaler Spitzenstellungen, strukturell und kapazitiv ausgebaut und ausgewogen, enorme Effizienz in Lehre und Forschung.

Demgegenüber wird das Erbe aus der DDR-Zeit vorrangig unter der Optik seiner Defizite wahrgenommen. Diese gab es unzweifelhaft. Eine Aufzählung gestaltet sich allerdings schwierig, weil sich interessante Vorzüge wie auch Defizite kaum trennfähig durchdringen. Darunter wären auch solche Defizite zu nennen, die aus der fehlenden Kompatibilität zwischen einem lediglich im RGW-Rahmen führenden Hochschulsystem und einem in der Welt führenden Wirtschafts- und Wissenschaftssystem, wie es das westdeutsche ist, resultieren. Zudem verschlechterte sich die ohnehin schwierige Situation der ostdeutschen Hochschulen nach 1990 nochmals dramatisch, als durch die staatlichen



Hansgünter Meyer - Jg. 1929, Prof. Dr. phil. Dr. rer. oec. habil., seit 1961 empirische Untersuchungen zur Sozialstruktur und zur Organisations- und Wissenschaftssoziologie, deren Ergebnisse zumeist in Koautorenschaft mit Manfred Lötsch veröffentlicht wurden, 1965-1974 Mitaufbau der Soziologie an der Akademie der Wissenschaften, zeitweise in leitender Stellung, seit 1974 wissenschaftssoziologische Untersuchungen in verschiedenen RGW-Ländern, 1990-1992 Mitbegründer und Mitherausgeber des »Berliner Journals für Soziologie«, Mitbegründer und bis 1992 Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland, seit 1992 Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik.

»Ich kann die Feststellung treffen, daß die deutschen Universitäten vor einer der größten Herausforderungen weitgehend versagt haben, nämlich vor der deutschen Einheit. Es ist unglaublich, daß es die Universitäten auch drei Jahre nach diesem Vorgang noch nicht fertiggebracht haben, eine auch nur in Andeutungen erkennbare Diskussion über die Probleme dieses gewaltigen Konversionsprozesses auch nur in Gang zu setzen, geschweige denn zu tragen.
Aus dieser Reaktion entnehme ich, daß die deutschen Universitäten, was ihre Neugier, was ihre gesamtgesellschaftliche Aufgabe und was ihre Forschungs- und Wissenschaftsleidenschaft anbetrifft, ausgesprochen gelähmt sind.«
Kurt Biedenkopf in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Es ist wahrscheinlich erforderlich, daß wir wegkommen von der Funktion der Universität, alle Abiturienten zu nehmen, die anderswo nicht untergekommen sind. Ein bißchen ist mein Eindruck so: Wenn sie an den Fachhochschulen keinen Platz bekommen, werden sie nach oben gedrängt. Ich denke, 85 Prozent eines Abiturjahrgangs sind einfach nicht in der Lage, universitär zu studieren. Bezogen auf einen Altersjahrgang sind nicht einmal 30 Prozent in der Lage, wirklich zu studieren, darunter verstehe ich nicht schnelle Ausbildung zum Arzt oder zum Anwalt, um Geld zu verdienen, sondern wissenschaftliche Ausbildung.«
Gerhard Maeß in der

und wirtschaftlichen Zusammenbrüche in Osteuropa eine ihrer möglichen künftigen Optionen bzw. Domänen verloren ging.

Zunächst: Die ostdeutschen Hochschulen dienten einem gesellschaftlichen System anderer Art. Sie waren ausgelegt auf die wirtschaftlichen Bedürfnissen einer im RGW-Raum integrierten Industriegesellschaft. Daraus resultierten ein bestimmter Fächerkanon und auch die Inhalte des Lehrangebotes, besonders in den ingenieurtechnischen und anderen wirtschaftsbezogenen Fachrichtungen. Ein großer Teil dieser Strukturen war für die Bedürfnisse eines führenden Landes der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht paßfähig. Das ist keine Frage der Ideologie, sondern beruht auf harten wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Die berufsausbildende Leistung der Hochschulen erfaßte nur ca. 12 - 14 Prozent eines Geburtenjahrganges. Der weitergehende Bedarf an Hochqualifizierten wurde durch das Fachschulwesen ergänzt, auf das noch einmal etwa die gleiche Anzahl Auszubildender entfiel. So wurden in der DDR seit Ende der 60er Jahre (einschließlich Fern- und Abendstudium) für ca. 28 Prozent eines Geburtenjahrganges die berufliche Hochqualifikation ermöglicht.[1] Aber an dieser bedeutenden Leistung (in der BRD erreichten Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen erst im Verlauf der 80er Jahre die 30-Prozent-Marke) waren die Universitäten unterproportional beteiligt.

Die Studienplätze wurden nach einem langfristigen Plan jährlich an die Sektionen und Fachrichtungen vergeben. Sie waren knapp und befriedigten das Bedürfnis nach Hochschulbildung nicht annähernd. Die vorgegebene Studiendauer wurde strikt eingehalten. Alle Studenten erhielten ein Stipendium, so daß sie neben dem Studium keinen Job aufnehmen mußten. Vorzeitige Exmatrikulationen kamen vergleichsweise selten vor (unter 10 Prozent der Studienanfänger). Jedem Absolvent wurde ein Arbeitsplatz vermittelt, auf dem er/sie etwa drei Jahre verbleiben mußten. Das ebenfalls alimentierte Promotionsstudium war mit zuletzt 1.200 Jahresplätzen ausgelegt und unterlag ebenfalls einem straffen Terminregime. Alle Studenten höherer Semester wurden (abhängig von der Fachrichtung) in das Forschungs- und Entwicklungspotential ihrer Hochschule einbezogen.

All das führte zu beträchtlichen Strukturunterschieden im Hochschulwesen der beiden deutschen Regionen. In der DDR war das Hochschulwesen stark auf ideologische Restriktionen gegenüber den Studenten und Mitarbeitern ausgerichtet. Wissenschaftliche Leistungen sollten nicht an sich erbracht werden, sondern als Inkarnation des geforderten politischen Bekenntnisses. Man kann nicht sagen, daß sich daraus alle Defizite und Besonderheiten bezüglich Niveau und Effizienz ableiteten, aber insgesamt müssen doch verheerende dysfunktionale Auswirkungen festgestellt werden. Sie führten nicht nur zu Ausgrenzung und Schikanen gegenüber Anders- oder Kritisch-Denkenden, sie erzeugten ein Klima der Unselbständigkeit, der Furcht und Vorsicht gegenüber risikobehafteten wissenschaftlichen Vorgängen; sie erzeugten aber auch Kritiklosigkeit, das Sich-Abfinden mit Mängeln, den Verzicht auf schonungslosen Vergleich mit dem internationalen Standard. Sie riegelten vom internationalen Wissenschafts-

fortschritt auf mehrfache Weise ab, durch die Beschränkung von Kontakten und Reisen, der Teilnahme an Konferenzen ebenso wie durch ein paranoisches Sicherheitsdenken, das sich auch gegen wissenschaftliche Selbstverständlichkeiten richtete. Dadurch entstand ein Klima der Unsicherheit und der Leistungszurückhaltung bei den Mitarbeitern bzw. des Leistungsverzichtes seitens der Staats- und Parteibürokratie.

Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

Jedoch waren nicht alle im Systemvergleich hervortretenden Unterschiede gleichzeitig Nachteile. Aus den umständebedingten Zwängen Wege zu finden, um mit einem begrenzten Mitteleinsatz bedeutende Leistungen zu erbringen, ergaben sich auch einige Vorzüge. Dazu gehörten vor allem die Entlastung der Hochschulen durch das berufsorientierte Fachschulwesen, dessen ingenieurtechnische und andere wirtschaftsbezogene Studienrichtungen man ohne große Kosten begonnen hatte, in ein System von Ingenieurhochschulen zu verwandeln, was leicht als Schaffung von Fachhochschulen fortsetzbar gewesen wäre.

Die sehr ausgebaute hochschulpädagogische Aufgabenstellung führte zu einem Bestand von ca. 8.000 *Lehrern im Hochschuldienst*, was fast einem Viertel aller Beschäftigten mit wissenschaftlicher Ausbildung entsprach, das aber ohne eigenständige wissenschaftlich-forschende Funktion blieb. Das war eine strukturelle Besonderheit, ein Verzicht auf hochschulwissenschaftliches Potential, aber auch eine Chance und ein Vorteil für das forschende Personal. D.h. nicht nur für die Studenten. Zunächst aber für diese.

Bei der Studentenausbildung bestand in der DDR 1988/89 eine Relationen von 20,5 Studenten je Hochschullehrer (BRD 1990 59 zu 1) und 3,5 Studenten je Person des wissenschaftlichen Personals insgesamt (BRD: 12 zu 1); gemessen an der Zahl der Gesamtbeschäftigten an den Hochschulen waren es in der BRD etwa 3,5 Studenten je Beschäftigter, in der DDR 1,3.

Dies ermöglichte den Wissenschaftlern ein relativ großes Maß an kontinuierlicher Forschungsarbeit. Deren oft beklagte wissenschaftliche Begrenzung bestand in der rigorosen Einbindung per Weisung in die innovationsschwachen Strukturen der DDR/RGW-Industrie. Das hätte man relativ rasch kompensieren können, wenn es gelungen wäre, die DDR-Hochschulforschung, mit 14.000 Vollzeitkräften ein international bedeutendes Potential, zügig in die Forschungs- und Entwicklungsbedürfnisse der westeuropäischen Wirtschaft einzubinden. Das wäre sicherlich nicht einfach gewesen, aber doch auch nicht gänzlich unmöglich, sollte man meinen, wenn man sich die jetzt anschwellende öffentliche Kritik über Defizite an Forschungskapazitäten und -formaten gegenüber den USA und Japan vergegenwärtigt.

Zu den Defiziten des DDR-Hochschulwesens gehörte ferner eine ungenügende Ausprägung exzellenter Forschung. Zwar gab es eine Beteiligung an internationalen Spitzen- und Frontthemen, übrigens mehr, als im Sommer 1990 von seinen Kritikern behauptet worden war (die Korrektur dieser Feststellungen nach oben war eines der Ergebnisse der Evaluierungen durch den Wissenschaftsrat). Aber besonders der große Sektor der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE), in welchen die Hochschulforschung mit großen Kapazitäten eingebunden war, war nicht ausreichend auf High-tech-Entwicklungen gerichtet. Er bediente gewisse heute nicht mehr effiziente Branchen des RGW-Industrie-Systems und war durch seine ungenügende Ausstattung häufig nur Produktkosmetik oder eben marginaler Natur. Das schlug auf die Hochschulen zurück.

Tabelle 1: Hochschulpotentiale der DDR, 1989/90[2] (umgerechnet auf die heutigen Ländergrenzen; Vergleichswerte: Hessen; Personen je 10.000 Einwohner/Erwerbstätige; gerundet)

Land im	HS-wesen Tätige gesamt	davon an HS wiss.Tätige	davon an Unis wiss.Tätige	Profs gesamt	A:Wohnbev.(Ew) B:Erwerbsbev.(Ewtg) (Mio)
Hessen	38.600	17.900	11.400	3.510	
je 10.000 Ew.	68,2	31,6	20,3	6,2	A: 5.661
je 10.000 Ewtg.	154,1	71,4	45,9	14,0	B: 2.505
Berlin(Ost)	15.300	6.500	4.500	1.280	A: 1.279
je 10.000 Ewtg.	219,1	92,8	64,2	18,3	B: 0.697
Mecklenbg./Vp.	15.800	4.700	3.580	850	A: 2.116
je 10.000 Ewtg.	135,3	40,0	30,6	7,2	B: 1.170
Brandenburg	3.500	1.740	—	300	A: 2.693
je 10.000 Ewtg.	23,1	11,5	2,0	B: 1.510	
Sachsen	38.000	14.900	8.800	2.900	A: 4.864
je 10.000 Ewtg.	135,7	53,3	31,4	10,3	B: 2.800
Sachs-Anh.	18.750	6.370	3.380	1.130	A: 2.986
je 10.000 Ewtg.	109,2	37,1	19,7	6,6	B: 1.715
Thüringen	15.250	4.700	2.200	850	A: 2.496
je 10.000 Ewtg.	108,9	33,7	15,7	5,9	B: 1.400
DDR	104.300	38.900	25.700	7.325	
je 10.000 Ew.	64,5	24,0	15,9	4,5	A:16.178
je 10.000 Ewtg.	111,5	41,7	27,6	7,9	B: 9.325

Tabelle 1 verdeutlicht, daß je 10.000 Erwerbstätige in den Regionen das Hochschulwesen der DDR einerseits eine Personalausstattung aufwies, die einem modernen Industrieland in etwa entsprach, andererseits jedoch, mit Ausnahme der zielstrebig angelegten Konzentration in Berlin, keine Region die Dichte an Hochschulbeschäftigten z.B. des Bundeslandes Hessen erreichte.

Einige Besonderheiten der Personalstrukturen ergaben sich daraus, daß das Fehlen von Unternehmen für wissenschaftliche Dienstleistungen in der DDR mittels eines hochschuleigenen Dienstleistungssektors von beträchtlicher Größe zu kompensieren versucht wurde.[3] Dies überschritt dann aber oft die Grenze struktureller Rationalität, überforderte die Hochschulen administrativ und tendierte zum Mitschleppen von Personalgruppen, die wenig zur Effizienz der Einrichtungen beitrugen.

Allerdings resultierte der relativ großzügige Ausbau des unbefristet beschäftigten Mittelbaupersonals sowie von Mitarbeitern für wissen-

schaftlich-technische Aufgaben auch aus einem anderen Verständnis des Verhältnisses von Lehre und Forschung. Dies wieder rückgängig zu machen, ist ein wesentlicher Punkt der gegenwärtigen Hochschulerneuerung, den wir auch als Teil des insgesamt vor sich gehenden Potentialabbaus beschreiben können. Man darf dabei die relativ großzügige Personalausstattung vor 1990 nicht, wie oft behauptet, im bürokratischen Sektor (Organisations- und Verwaltungspersonal) suchen. Dies war, verglichen mit den westdeutschen Hochschulen sogar sparsamer ausgelegt.

Die Berechnung der Anzahl der je Verwaltungskraft betreuten wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Hochschulmitarbeiter in Tabelle 2 berücksichtigt aus technischen Gründen bei den Länderdaten die Professoren nicht. Diese bildeten in der DDR 7,2 Prozent, in den alten Bundesländern 10,6 Prozent der zu betreuenden Mitarbeiterschaft.

Tabelle 2: Hochschulverwaltungskräfte in Relation zur zu betreuenden Mitarbeiterschaft (Ländervergleich - Auswahl)[4]

Land	Personal je Verwaltungsmitarbeiter
Berlin (West)	6,8
Berlin (Ost)	10,2
Baden-Württemberg	6,5
Niedersachsen	7,3
Hessen	8,4
Rheinland-Pfalz	7,5
Sachsen	9,1
Sachsen-Anhalt	10,4
Thüringen	11,3
BRD 1990*	7,3
DDR 1989*	10,8

* Länder gesamt: einschließlich der Professorenschaft

Der nicht nur im Durchschnitt, sondern auch in den willkürlich ausgewählten westdeutschen Ländern einzeln sichtbar werdende komfortablere Bestand an Verwaltungskräften sollte Vorurteile, die noch immer bestehen, ausräumen. Dabei muß aber bedacht werden, daß eine engere Proportion zwischen Betreuungskräften und wissenschaftlichem Personal, gut organisiert, auch eine bessere Unterstützung der Forschungsprozesse bedeuten kann. Darüber kann hier natürlich nicht geurteilt werden, vielleicht mit Ausnahme des Verweises auf verbreitete Bedenken, daß die administrativ betriebene Personalausdünnung auch als Ausdünnung der Infrastruktur der Hochschulen wirksam wird und sich dysfunktional äußern kann.

Die Bewahrung der genannten wenigen, aber insgesamt doch essentiellen Vorteile, die - einmal beseitigt - nicht so leicht kompensiert werden können, ist nicht gelungen.[5] Darauf zielen die bitter-resignativen Mahnungen des seinerzeitigen Wissenschaftsrats-Vorsitzenden, Dieter Simon, man hätte die speziellen Strukturen des ostdeut-

schen Hochschulwesens nicht den so stark reformbedürftigen westdeutschen angleichen, sondern sie »...zur Differenzierung des gesamtdeutschen Hochschulwesens aufrechterhalten«[6] sollen. Simon hatte, wie mancher andere, angenommen, die neuen ostdeutschen Länderregierungen würden die Chance ergreifen, die - im Unterschied zum nichtuniversitären Bereich - durch den Vereinigungsvertrag nicht infrage gestellte Struktur der Hochschulen und deren personelles Potential zu erhalten. Es ist also nicht gelungen, aus der Existenzkrise des DDR-Hochschulwesens 1989/90 einen dritten Weg der deutschen Hochschulerneuerung abzuleiten. Doch was geschieht nun wirklich?

Den Hochschulen der DDR »...blieb ein solcher Zusammenbruch (wie in der industriellen FuE. - H.M.) erspart. Sie gingen, das stand ... am 3. Mai 1990 fest, vollständig in die Verantwortung der Wissenschaftsverwaltungen der neuen Länder über. Für einen kleinen, aber qualitativ keineswegs unbedeutenden Teil der DDR-Wissenschaft schien damit das Überleben gesichert zu sein. Denn ob die neuen Wissenschaftsverwaltungen außer den offenkundig anstehenden politischen Ablösungen umfassende und tiefgreifende Änderungen vornehmen würden, war anfangs keineswegs deutlich«. Dieter Simon: Die Quintessenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, 51/92, S. 24.

Defizite des Originals - der Reformbedarf West

Zur Lage der westdeutschen Universitäten und Hochschulen sind in Journalen und Fachzeitschriften seit ein, zwei Jahren eine Vielzahl Artikel, Konzeptions- und Positionspapiere geschrieben worden.[7] Die meisten von ihnen sagen unverblümt, daß sie eine andauernde Entwicklungskrise zum Gegenstand haben. Jüngst erst präzisierte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Hans-Uwe Erichsen, seinen Ausspruch vom vergangenen Jahr vor der Hochschulrektorenkonferenz-Jahrestagung 1992 »Humboldt ist in der Masse erstickt« in einem ausführlichen positionellen Diskussionsbeitrag im Tagesspiegel.[8] Hat er in dem diskursiven Kreislauf eine neue Runde der Debatte eröffnet und geht damit über den resignierenden Satz von Dieter Simon, daß über deutsche Hochschulen seit vielen Jahren nichts gesagt, nichts vorgeschlagen wurde, was nicht schon wiederholt gesagt und vorgeschlagen worden ist,[9] hinaus? Keineswegs, alles ist schon wiederholt gesagt und spricht dennoch nicht gegen den HRK-Präsidenten und seine Thesen.

Nämlich, wir haben das vor uns, was Kant eine Antinomie und Hegel einen Widerspruch nannte, die Contradictio in adjecto, das widerstreitende siamesische Zwillingswesen: Man kann das eine nicht haben ohne seinen fatalen Gegensatz. Wissenschaftliche Bildung - setzen wir dort an, wo die Hochschulen am unmittelbarsten mit der Gesellschaft verstrickt sind - war seit Jahrhunderten das Geschäft einer Elite. Eliten sind mehr oder weniger kleine Minoritäten - oder sie sind keine Eliten. Die Grundverfassung der deutschen Universitäten beruhte immer auf den Vorrechten von Eliten, genauer, auf elitären Strukturen, untersetzt durch hierarchische und funktionelle Gebilde, die ein massenhaft wachsendes Wissenschaftsgeschehen möglich machen.

»Zwischen 1950 und 1991 stieg die Studentenzahl in den alten Bundesländern von rund 300.000 auf fast 1.650.000 an. Die mittlere Studiendauer hat sich in den vergangenen zehn Jahren um etwa zwei Semester verlängert. Mit einem Durchschnittsalter von 28,5 Jahren machen deutsche Studenten ihr Examen wesentlich später als die meisten ausländischen Kommilitonen. Doch für die inzwischen 1,8 Millionen Studenten an Universitäten und Fach-

In der modernen industriellen Zivilisation ist Hochschulbildung nun aber eine Ressource, deren sich der potentielle Arbeitnehmer massenhaft versichert, so er kann, da sie ihm hilft, seinen Platz im allgemeinen Verteilungswettbewerb um den gesellschaftlichen Reichtum lebenslang zu verbessern; Bildung als eine Ressource, die Zugang zu anderen Ressourcen eröffnet. Wer mittellos ist, wird sie nicht erlangen, aber wer über etwas Wohlstand verfügt, kann sie für seine Kinder und Enkel unter Umständen erlangen.

Die kapitalistische Industriegesellschaft, die nach dem Ausschei-

den ihres realsozialistischen Gegenentwurfs die einzig »übriggebliebene« Industriegesellschaft ist, bringt nun beides hervor: einen massenhaften Bedarf nach Arbeitnehmern mit Fach- oder Hochschulbildung (Hochqualifikationen) sowie die Möglichkeit eines massenhaften Zuganges zu den Hochschulen. Der damit in Gang gekommene Prozeß trägt die Bezeichnung »Bildungsexplosion«; man kann auch sagen, es ist eine Revolution in der sozialen Struktur.

Diese nun löst einen Erosions-Prozeß aus: *erstens* vermehrt sich die Masse an Hochqualifikationen schneller als ihre Verwertungsmöglichkeiten. Das kennt man am Kapitalismus: was immer er an rascher und effizienter Produktivkraft- und Ressourcenvermehrung zu leisten vermag, immer wird diese Leistungsfähigkeit größer sein als die Fähigkeit, adäquate Verwertungsmöglichkeiten für sie zu schaffen. Mit der Vermehrung der Hochqualifikationen wird also zugleich ihre Entwertung in Szene gesetzt.

Zweitens wird damit die der modernen Gesellschaft eigene hierarchische Struktur angegriffen. Es werden auch Privilegien entwertet, wenn eine wachsende Masse Bildungs-Ressourcen-Eigner auf den Plan treten. Es setzt folglich ein fatales Rennen um Privilegien »abgeleiteter Art« ein - Ausnutzung von Vorteilen aller Art, Korruption, Ausweichen auf familiäre, geschäftliche, ideologische Beziehungsnetze, Unterlaufen der durch das staatliche Zertifikatswesen (Diplome) errichteten Leistungshürden, Hervorbringung nichtleistungsabhängiger Selektionen für den Zugang zu elitären Strukturen usw. Auch einige moderne Formen der Wirtschaftskriminalität gehören wesentlich dazu.

Drittens erodiert dieser Vorgang die Strukturen der Universitäten und Hochschulen in ihrer überkommenen Konsistenz. Die Funktion der Hochschule besteht nicht allein in Lehrbetrieb und Ausbildung. Man kann ein das ganze Volks erfassendes Volksbildungswesen schaffen, aber es ist unmöglich, die Lehr- und Ausbildungsfunktion der Universitäten über einen bestimmten Grenzwert hinaus zu steigern, weil dann ihre andere wesentliche Funktion, Wissenschaft hervorzubringen, beeinträchtigt wird.

Die zutiefst demokratische und wissenschaftsethische Formel vom freien Zugang zur Wissenschaft als Bedingung für die Entfaltung aller ihrer Kräfte - und gegenteiligenfalls die Austrocknung und Lähmung von Wissenschaft - hat unterschiedliche Konsequenzen im vorindustriellen und im industriegesellschaftlichen Zeitalter. Die nach der Studentenrevolte 1968 einsetzenden Reformen der universitären Wissenschaft, die wachsende Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitnehmern mit Hochschulbildung und das Entstehen eines neuen gesellschaftlichen Konsens über Chancengleichheit durch Bildung hat 1977 in der BRD den prinzipiell unbegrenzten Zugang zu den Universitäten (Abschaffung des Numerus clausus) hervorgebracht. Das war zwar ein folgerichtiger Schritt, trug aber zugleich zur vollen Entfaltung von Widersprüchen der Moderne bei.

Was folgte, war ein doppelt-determiniertes Wachstum der Studentenzahlen. Es steigerte sich die Anzahl der Studienanfänger und es verlängerte sich die Studienzeit. In der Durchbrechung der Regelstu-

hochschulen in ganz Deutschland geben Bund und Länder rund 30 Milliarden Mark aus, während der Wirtschaft die Berufsausbildung von 1,5 Millionen Auszubildenden rund 40 Millionen wert ist.«
Sabine Etzold in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Natürlich müssen wir über Eliten diskutieren, insofern wir damit den moralischen Nutzen für die Gesellschaft meinen. Aber Elite wird gleichgesetzt nicht etwa mit qualitativer Leistungsbereitschaft für die Gesellschaft, sondern mit quantitativen Einkommenserwartungen für das Individuum. (...)
...das Berechtigungswesen in Deutschland, ...(löst) einen katastrophalen Ansaugeffekt aus, so daß Menschen nach dem Abitur nicht etwa eine Bildungsentscheidung treffen, sondern eine Einkommensentscheidung.«
Robert Leicht in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Wenn die Gesellschaft schon einen wesentlichen Teil ihrer Ressourcen aufwendet, um Menschen auszubilden, dann muß sie auch den Anspruch erheben können, daß diese Ausbildung einen Sinn ergibt. Eine Ausbildung, die dazu führt, daß 23 Prozent derjenigen, die eine abgeschlossene Universitätsausbildung haben, in Berufen tätig sind, für die man keine Universitätsausbildung braucht, betreibt eine Fehlleitung von Ressourcen.«
Kurt Biedenkopf in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

dienzeiten hat auch hier Freiheit ihren Preis. Erwartungsgemäß wuchs auch die Quote der Studienabbrecher, die heute ca. 30 Prozent beträgt, so daß eine stetig wachsende Überlast auf die Hochschulen entstand, die schließlich dort den Lehr- und Wissenschaftsbetrieb deformierte. Der Zeitraum zwischen Studienabschluß und dem Finden eines adäquaten Arbeitsplatzes verlängerte sich. Die Menge der berufsfremd Tätigen wuchs. Insgesamt bildete sich ein wachsender Bedarf an teuren Zusatz-, Um- und Neuqualifikationen, sowie, last not least, eine Heerschar arbeitsloser »Akademiker« heraus.

Tabelle 3: Zuwachs an Studienanfängern und Studenten gesamt in der BRD (auf hunderter gerundet)[10]

	Studienanfänger			Studenten insgesamt		
Jahr	absolut	Zuwachs (%)	Zuwachs im jährl. Durchschnitt	absolut	Zuwachs (%)	Zuwachs im jährl. Durchschnitt
	Zuwachs			Zuwachs		
1965	85.700	100,0		384.400	100,0	
1970	125.500	146,4	9,4	510.500	132,8	6,6
1975	165.100	131,5	6,3	840.800	164,7	12,9
1980	183.500	111,1	2,2	1.044.200	124,2	4,8
1985	197.600	107,7	1,5	1.338.000	128,1	5,6
1990	265.500	134,4	6,9	1.585.200	118,5	3,7
1995*	216.000	0,0	0,0	1.549.000	0,0	0,0

* Prognose des BMBW

Die Tabelle 3 zeigt, daß die Zuwächse der Gesamtmenge der Studierenden zwischen 1975 und 1985 bedeutend größer sind als der Zuwachs an Studienanfängern. 1990 vollzog sich (wie 1970) ein größerer Zuwachs bei den Studienanfängern, der unweigerlich, wenn er nicht stark gebremst und das Studienregime nicht einschneidend umgestellt wird (z.B. strenge Einhaltung der Regelstudienzeiten), zu einem neuen vermehrten Wachstum der Gesamtmenge der Studierenden führt.

Zuwachs: Die Angaben in Prozent beziehen sich auf die jeweils vorhergehende Zeile. Es handelt sich also um den Zuwachs im jeweils ausgewiesenen Jahrfünft. Die letzte Spalte enthält die Umrechnung auf den durchschnittlichen jährlichen Zuwachs des jeweiligen Fünfjahrzeitraumes.

Heute wird die Bildungsdynamik am Anteil der Studierenden/Auszubildenden in Prozent des jeweiligen Geburtenjahrganges gemessen. Sie betrug in den 30er Jahren zwischen drei und fünf Prozent, stieg dann in den 60er Jahren auf über zehn Prozent und beginnt in den 90er Jahren das 30-Prozent-Niveau zu überschreiten. Die Kultusministerkonferenz hat 1992 akzeptiert, daß man sich perspektivisch auf 40 Prozent einstellen muß; eine Aussicht, die zu der horrenden Kritik führte, das sei die Umwandlung der Universitäten in ein System von Volkshochschulen. Die 30-Prozent-Rate an Studierenden, von der meist alles Negative abgeleitet wird, und der ihr folgende »Studentenberg« sind nun aber an sich noch nicht die Ursachen für die Krisenerscheinungen im Hochschulsystem der westdeutschen Länder, was Erichsen bestätigte.

Inzwischen bewegen sich viele Kritiker in wesentlich schrilleren Tonlagen: Tod der Universitäten, Verfall des Lehrkörpers, Stagnation und Austrocknen der Forschung, Verfall von Gebäuden und Ausrüstungen, die Hohen Schulen als studentische »Wärmehallen der Nation« (Berlins Wissenschaftssenator Ehrhardt) usw.

Man sieht, daß es keineswegs nur um das sachliche Problem geht,

wie man eine ungewohnt große Menge an Studierenden unterrichtet und ausbildet. Es geht um den Tod der berühmten deutschen Universitätsidee, der Humboldt-Universität, um ihr wirkliches oder vermeintliches Scheitern an den Gegebenheiten der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Moderne.

Im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit sind die Universitäten eine Art ethnisch-kultureller Reichtum, der wesentliches im internationalen Prestige der Deutschen darstellt, der konstitutiv ist für ihr nationales intellektuelles Selbstbewußtsein, der die Deutschen in ihrem Selbstverständnis zu einer führenden Kulturnation macht. Die »kritische Lage an den Hochschulen« gewinnt so das Ausmaß eines nationalen Traumas. Man kann sagen, daß auf die eine oder andere Weise sich gut ein Viertel aller Deutschen davon betroffen sieht.

Es ist vorstellbar, daß aus diesem Umfeld sich Krisenerscheinungen und Erschütterungen ausbreiten und zusammen mit anderen Widersprüchen der deutschen spätbürgerlichen Gesellschaft zu dramatischen Formen der ohnehin latenten Zivilisationskrise unserer Zeit verflechten.

Es wurde von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) dezidiert herausgestellt, daß die Krisensituation durch die Überlast an Lehre und diese wiederum durch die Stagnation in der Personalausstattung der Hochschulen bedingt sei. Das ist jedoch eine Fehlinterpretation der Personalentwicklung an den Hochschulen, die keineswegs stagniert, sondern sich in einem strukturellen Umbau befindet.[11]

Die HRK geht bei der Ursachenbeschreibung vom »nichtuntertunnelbaren Studentenberg« aus, der durch die stagnierenden Personalbestände zu einer die Hochschule erodierenden Überlast wird. Wie die Tabelle 4 darstellt, sind seit 1975 die Bestände an *unbefristeten Personalstellen* nicht gewachsen, mit Ausnahme der Hochschulmedizin, diese aber nicht wesentlich im wissenschaftlichen Bereich. Für manche Personalgruppen sind im Zeitraum 1980 - 1985 sogar Einbußen zu verzeichnen. (Rückläufig, was hier nicht alles dokumentiert werden kann, waren in den 80er Jahren besonders die Stellen für Professoren.) Es handelt sich bei der HRK-Statistik jedoch nicht um das gesamte *tätige Personal*, sondern um die *Personalstellen*, die von den Ländern für die Hochschulen aus dem Haushalt finanziert werden.

Tabelle 4: Personalstellen des bundesdeutschen Hochschulwesens nach Berechnung der HRK (absolut und in Prozent; auf Hunderter gerundet)[12]

Jahr	Hochschulen insgesamt		Unis, wiss. und künstlerische HS		Fachhochschulen (ohne Medizin)		Hochschulmediziner	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1965	30.500	48,6	26.900	49,8	3.600	40,9	5.900	40,6
1970	44.500	70,9	39.000	72,2	5.500	62,5	9.400	64,8
1975	63.000	100,3	54.000	100,0	9.000	102,3	14.400	99,3
1980	63.700	101,4	54.600	101,1	9.100	103,4	15.900	109,7
1985	61.100	97,3	51.900	96,1	9.200	104,5	17.900	123,4
1990	63.800	101,6	54.300	100,5	9.500	108,0	20.300	140,0

»Überlast und Unterfinanzierung der Universitäten der alten Länder haben deformierende, dysfunktionale Effekte im Bereich von Forschung, Lehre und Studium. In vielen Fächern haben wir zu registrieren, daß Qualifikation durch Einbeziehung in Forschung nicht oder kaum mehr stattfindet. Die Einheit von Forschung und Lehre als prägender und als individueller Befund ist gefährdet. Von einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden kann ... schon räumlich, aber auch sachlich nicht mehr die Rede sein. Die Universalität der Wissenschaft ist der Spezialisierung gewichen, die sich in kommunikationshindernde organisatorische Zellteilung und fachliche Parzellierung umsetzt. Humboldt ist in der Masse erstickt.«
Hans-Uwe Erichsen: Humboldt ist in der Masse erstickt, in: Tagesspiegel vom 1. August 1993, S. 21.

In diesem Zusammenhang muß man die jüngsten lokalbegrenzten Protestbewegungen an der Freien Universität sehen, die sich gegen die Spitze der Maßnahmen des Senats zur Reduzierung des Berliner Hochschulwesens richteten, wozu jedoch im weiteren Verlauf, bei derzeit 146.000 Studenten in Berlin, die Beseitigung von 15.000 Studienplätzen hinzukäme, mit der Zielstellung, künftig nur 100.000 Studienplätze anzubieten. Ungewiß, was folgt.

Die Prozentwerte sind Berechnungen der HRK; sie beziehen sich auf das Basisjahr 1975 und auf die Personalfrequenz der wissenschaftlichen Hochschulen in diesem Jahr. Sie veranschaulichen die von der HRK angenommene Stagnation des Personalwesens der westdeutschen Hochschulen.

Ganz anders stellt sich aber die Situation dar, wenn man das tatsächlich beschäftigte Personal, einschließlich nebenberuflichen und befristeten Mitarbeitern, erfaßt (vgl. Tabelle 5). Allerdings sind dabei keine Aussagen über den Anteil der Vollzeitkräfte möglich, was jedoch insofern nicht gravierend ist, als ja der Studienbetrieb keine Rund-um-die-Uhr-Betreuung der Studenten erfordert. Leider ist es nicht möglich, das befristete Drittmittel-Personal vollständig auszuweisen; überhaupt sagen alle diese Angaben nichts über die disponiblen Forschungskapazitäten aus.

Tabelle 5: Vergleich der vom Wissenschaftsrat (WR) ausgewiesenen Personalstellen mit Angaben aus dem Statistischem Jahrbuch der BRD, differenziert nach Hochschultypen (einschl. Hochschulmedizin; auf Hunderter gerundet) [13]

Personal-gruppe	Personalstellen nach WR 1988	Beschäftigung nach Stat.BAmt 1990	Spalte 3 in % von Spalte 2
Personal insges.	236.000	370.100	156,8
wiss. Personal	83.600	163.100*	195,1
davon an Unis**	64.700	118.800	183,6
GesamtHS insgesamt***	8.500	18.300	215,3
KunstHS***/#	3.200	7.000	218,8
FachHS***	9.500	34.500	363,2
Verwaltung, techn. und sonstiges Personal****	149.800	207.000	138,2
davon an Unis**	135.200	183.100	135,4

Verglichen werden die Angaben des WR für 1988 mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes für 1990, da dem Verf. Angaben beider Zählweisen zu den gleichen Personalgruppen zum gleichen Jahr nicht vorlagen. Bei der zu unterstellenden Stagnation der Personalstellen sind die Unterschiede 1988 zu 1990 nicht gravierend.

* davon nebenberuflich: 54.550;
** einschließlich medizinischen Einrichtungen;
*** davon wissenschaftliches Personal: Ges.-HS: 8.900; KunstHS: 5.560; FHS: 23.500, davon nebenberuflich 13.800 (= 59 Prozent!)
**** Haushaltsansatz 1989;
\# einschließlich künstlerischem Personal.

Da in unserem Zusammenhang, dem weiter unten folgenden Vergleich der aktuellen ostdeutschen Personalfrequenzen mit denen der westdeutschen Länder, von den Administrationen, zum Teil auch von der Fachpresse, meist eine aus der DDR überkommene Personalüberfüllung behauptet wird, in dem nicht vom Gesamtpersonal, sondern

nur von den Personalstellen der Länderhaushalte ausgegangen wird, ist es von Interesse, die Differenz der beiden Rechnungsgrößen zu kennen.

Insgesamt, so ist festzustellen, haben im Hochschulbereich der BRD die Personalkapazitäten nicht stagniert. Sie sind gewachsen. Allerdings ging dieses Wachstum mit einer durchaus problematischen, d.h. in ihrer Auswirkung zweischneidigen, Umschichtung einher. Die Hochschulen der westdeutschen Länder sind zum Vorreiter einer veränderten Struktur des Arbeitskräftepotentials geworden, indem sie zuerst in diesem Umfange und schließlich als Prinziplösung, einen wachsenden Teil der Mitarbeiterschaft in befristete Arbeitsverhältnisse überführt haben und nebenberufliche Tätigkeit in immer stärkerem Maße anwandten.

Wer aus der außeruniversitären Forschung in der DDR kommt, wie der Autor, weiß, daß Dauerarbeitsstellen und lebenslang gesicherte Arbeitsverhältnisse - gerade im Wissenschaftsbetrieb - problematisch sind. Aber - um Manfred Lötsch zu zitieren - »das Gegenteil eines Fehlers ist wieder ein Fehler«. Die Grundstruktur des westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulpersonals kann so beschrieben werden: Sie ist ausgeprägt hierarchisch; ihr Bewegungsgrundschema ist nicht potentialbildend-autogenerativ, sondern durch ein »top-down-«, »kopfgesteuertes« hire- and fire-System, beruhend auf Zeitverträgen, charakterisiert. Es ist genau das eingetreten, wovor der seinerzeitige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Georg Turner, selbst einer der Fürsprecher einer dezidierten Elitenbildung und Dynamisierung der Personalstruktur, als mögliche Rückwirkung warnte.[14]

In einem Papier des Bundes demokratischer Wissenschaftler liest sich das so: »Gegenwärtig dominiert ... eine außengesteuerte technokratische Reduktion der Wissensvermittlung, die durchaus mit *neuen Hierarchiebildungen der Personalstruktur*, zwischen C_4-Spitzenforschern in Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen *auf der einen* und flexibel einsetzbaren Lehrbeauftragten mit Zeitverträgen im Grundstudium auf der anderen Seite, vereinbar ist.«[15]

Der dort einzuordnende Mittelbau ist im wesentlichen identisch mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs, dessen Funktion in der Institution auch nur »auf Zeit« definiert ist. Es fehlt (als stabile Strukturebene) die Gruppe der dauerbeschäftigten wissenschaftlichen »Altgesellen«, die eine so große Rolle in der außeruniversitären Forschung und in der industriellen FuE spielt und die einen Mitarbeiterkern bilden könnte, die Stammbelegschaft - ohne den kein anderer Betrieb auszukommen vermeint.

So ergibt sich eine sehr problematische Fünfgliedrigkeit: Verbeamtete Elite - befristeter Mittelbau (meist Nachwuchs) - nebenberufliche befristete Spezialkräfte - befristete Forschungshilfskräfte - dauerbeschäftigtes technisches und administratives Personal.

Da nun der Forschungsprozeß, ohnehin meist unterkritisch personalgestützt, große Bereiche der Tätigkeit der Elite absorbiert, entsteht ein strukturelles Defizit, das es immer schwieriger macht, das *komplizierte Doppelsytem von Überlast in der Lehre und begrenzten Kräften abgetrotzte Forschung* zu beherrschen. Kann die Lösung darin beste-

hen, die strukturellen Widersprüche in einer »Ekstase von Tugenden« (T. Bultmann, W.-D. Narr) unter Kontrolle zu bekommen?

Es geht also keineswegs nur um den Studentenberg und darum, daß man sich verrechnete, als man ihn ohne Kapazitätsaufstockung an den Universitäten bis Anfang der 90er Jahre 'untertunneln' wollte. Wenn die HRK annimmt, daß allein 10 Mrd. DM jährlich für den Nachholbedarf an den Ausstattungen erforderlich sind, dann ist darin noch nicht mit einbegriffen, was es bedeuten würde, die Kapazität von 50.000 dauerbeschäftigten Hochschulmitarbeitern aufzustocken, die allein in den westdeutschen Ländern fehlt. Die staatliche Drittmittelforschung, trotz allen Wachstums, deckt etwa 45 Prozent des Antragvolumens. Die industrielle Drittmittel-Zuführung stagniert. Überhaupt stagnieren die industriellen FuE-Potentiale und -Aktivitäten, was als einer der Grundzusammenhänge der Krise der Hochschulforschung noch gar nicht richtig ausgeleuchtet ist.

»Unser Bildungssystem braucht nicht nur mehr Geld, mehr Sorgfalt und mehr Zuwendung, zuerst einmal muß es befreit werden vom Druck verwaltungsstaatlicher Bevormundung.« Sabine Etzold in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

Aus stagnierender, teilweise rückläufiger Haushaltszuführung (die stete Verteuerung der Forschungsmittel verringert die reale Kaufkraft der eingefrorenen Haushaltsmittel rapide) und aus der ebenfalls trotz kleiner Zuwächse stagnierenden Drittmittel-Zuführung speist sich im wesentlichen die komplexe Strukturschwäche der Hochschulforschung - was sich dann referentiell mit dem Überlast-Phänomen in der Lehre verkettet. Nämlich, zu den 10 Mrd. für ergänzende Ausstattungsmittel und zu den Personalmehrkosten kommt das Defizit von 20 Mrd. Forschungsmittel, die, alle Sektoren zusammengenommen, in Deutschland zuwenig verausgabt, angewandt, verwertet werden. Daraus leitet sich für den Hochschulsektor, dessen Forschungspotentiale mit ca. 50.000 Vollzeitkräften etwa das Doppelte der außeruniversitären Forschung und etwa die Hälfte der industriellen FuE in Deutschland betragen, jene asynchrone und unterkritische Potentialbildung und -reproduktion ab, die zu Strukturschwächen, Dysfunktionen, Insuffizienzen im Gesamtbetrieb führen. Statt nämlich den Hochschulen eine Potentialbildung in den Maßstäben des *kommenden* Hochtechnologiejahrhunderts zu ermöglichen (was allerdings nicht das einsame Werk von zwei oder drei Bundesministern und 16 Länder-Ressort-Ministern sein kann), werden die Hochschulen als Bildungsinstitutionen der öffentlichen Hand aus regide verwalteten öffentlichen Haushalten gespeist (problematisch diversifiziert nach unterschiedlichen Länderdispositionen) und erhalten selektiv und unzureichend Drittmittel, die keine Potentialbildung ermöglichen, sondern nur laufende personelle und sachliche Projektkosten abgelten. Der öffentliche Diskurs in dieser entscheidenden Frage der Art der Stagnation in den Potentialbildungsprozeduren ist so unentwickelt, daß es schon fast aussichtslos ist, sich nur über die Fragestellung zu verständigen.

In Anbetracht dieses Systemdefekts im Verhältnis Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland wäre es angezeigt, ihn tiefer auszuleuchten und darüber zu diskutieren, warum die Deutschen hinter den USA und Japan in der Wissenschaftspotentialbildung und ihrer ökonomischen Verwertung so auffällig zurückbleiben. Wieso, bei einem Bruttosozialprodukt von etwa 2,5 Billionen DM, es ihnen unmöglich ist, eine Mittelerweiterung um maximal 30

- 35 Mrd. DM in Gang zusetzen, obgleich sich die Zeichen mehren, daß sich der Platz Deutschlands in der technologischen Weltrangliste gefährlich verschlechtert. Dies würde jedoch den Rahmen dieser Abhandlung sprengen.

Deutsch-deutsche Rückkopplungen

Nach diesen Vorreden erscheint die Frage leicht hinterhältig, was eigentlich das westdeutsche Hochschulwesen auszeichnet, das als Modell dienen kann, dem die ostdeutsche Hochschullandschaft nachzugestalten ist.

Mit einer gewissen Überdeutlichkeit können wir einige *umständebedingte und einige akteursbedingte Fehlsteuerungen* in Wissenschaft, Forschung und Hochschulwesen am Gang der Hochschulerneuerung (und die sie tangierende Umgestaltung der Wissenschaftsstrukturen) in den ostdeutschen Ländern nachvollziehen. Am Beginn steht die Erinnerung daran, daß die zuständigen Ressortminister in Mecklenburg und Sachsen, St. Schnoor und H.-J. Meyer die Hochschulerneuerung Ost bereits zum Jahreswechsel 1992/93 für im Prinzip abgeschlossen betrachteten.[16]

Einem solchen Optimismus folgt der Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vom 24. März 1993 zwar nicht, insofern dort der Personalumbau noch als stark in Fluß angesehen wird. Jedoch wird in Anspruch genommen, daß »in den neuen Ländern...ein Forschungssystem aufgebaut(!) (wurde), das der föderalen Struktur der Bundesrepublik ebenso wie dem Grundsatz der Wissenschaftsautonomie und internationalen Qualitätsmaßstäben entspricht.«[17] So könnte, sarkastisch ins Bild gesetzt, jedes Land, das in jeder Region außer *einem* Wissenschaftler mit internationalem Ruf und einigen Mitarbeitern nichts besitzt, von sich dasselbe behaupten.

Was die HRK auf selektive Weise und massiv als unterkritische kapazitive Entwicklung und ergo Fehlentwicklung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder einklagt, findet sich im Bericht der Bundesregierung über die ostdeutschen Hochschulen nicht einmal im Ansatz. Die wenigen, höchstens dreistelligen, in einem Fall, vierstelligen Zahlen, die genannt werden, beziehen sich auf die Berufungspraxis der Landesregierungen, die 1.920 früheren Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, die ins HEP-WIP-Verfahren aufgenommen wurden, sowie die etwa 12.500 Personen, die in den Neugründungen der außeruniversitären Forschung einen Platz gefunden haben. Um die letztgenannte Zahl richtig zu würdigen, muß man wissen, daß in Ostdeutschland noch 1990 allein im FuE-Sektor der außeruniversitären Forschung 32.000 Vollzeitbeschäftigte tätig waren. Aber im Ganzen geht es um sechsstellige Größen, um ein ursprüngliches Personal von mehr als 104.000 Personen, eine Menge, die noch immer unter dem Standard führender westdeutscher Bundesländer (Hessen z.B.) lag.

Das ist keineswegs eine willkürliche Sicht auf die Probleme, sondern die Konsequenz aus der Territorialgliederung von Wissenschaftspotentialen als eine Bedingung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Funktionalität, ihrer Funktion als Komponente gesellschaftlicher

»...ich (bin) auch der Ansicht, daß alle die Strukturdebatten dazu führen müssen, daß die Hochschulen handlungsfähig werden, indem sie eine Autonomie bekommen müssen, in der sie auch versagen können. Und wo sie sich nicht verhalten wie ein Postamt, das im Grunde genommen darauf rechnen kann: Die Leute müssen kommen, weil die Briefe verschickt werden müssen... So ist die deutsche Universität; sie ist postamtsmäßig organisiert. Und das war sie immer - ...(eine) Staatsanstalt.«
Hubert Markl in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Wenn Sie wirklich Reformen haben wollen und wenn Sie fragen: Was soll sich in der Organisation ändern? Dann gibt es aus meiner Sicht eine Antwort: Die große Änderung, glaube ich, müßte sein, daß die deutschen Universitäten nicht mehr nur verwaltet werden, wie im Moment, sondern daß sie wirklich geleitet und geführt werden. Ohne Leitung gibt es keine Reform.«
Steven Muller in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Es muß der bestehenden Organisationsform klargemacht werden, daß sie sich selbst zerstört, wenn sie sich nicht ändert. Bürokratien werden sich nur reformieren, wenn sie existentiell bedroht sind.«
Kurt Biedenkopf in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

»Der Kernbereich jeder Reform muß Verselbständigung der Hochschule sein. Die Hochschullehrer tun sich damit wahnsinnig schwer. Wir rechnen in Witten/Herdecke neun Monate, bis der Student begreift, wie das Studieren bei und geht. Aber wir rechnen zwei bis drei Jahre, bis ein Hochschullehrer begreift, wie das Studieren bei uns geht, weil Professoren ganz anders sozialisiert sind. Sie kommen halt aus dem öffentlichen Dienst.« Konrad Schily in der Wochenzeitung Die Zeit vom 17. September 1993 (Nr. 38).

Moderne.

Pointiert: *Vor* der Betrachtung des wissenschaftlichen Niveaus von Institutionen steht die Analyse ihrer Kapazitäten, nicht anstelle, sondern als Bedingung ihrer Effizienz im gesellschaftlichen Maßstab. Diese aber können nur im Bezug auf dritte Größen ermittelt werden, sonst sind sie nicht vergleichbar. Wir kommen hier auf einen folgenschweren Aspekt deutsch-deutscher Mißverständnisse. In der westdeutschen Fachliteratur über Hochschulen wird der Begriff der Flächenbezogenheit benutzt, der jedoch (ausgehend von der Wohnbevölkerung der Region) Personen eines Altersjahrganges im Studentenalter meint. Daraus wird dann die wahrscheinliche Menge der Studierwilligen abgeleitet und daraus (was seit den 80er Jahren als verbindliche Bezugsgröße allerdings suspendiert ist) das erforderliche Hochschulpersonal.

Der hier verfolgte Ansatz bezieht die Personalstärken der Hochschulen *erstens* direkt auf die *Wohnbevölkerung*, und er zieht die *Menge* (bzw. Rate) *der Erwerbstätigen* als *zweite* Bezugsgröße heran. Letztere ist wichtig, um die wirtschaftliche Funktionalität der Hochschulen im Territorium abzuschätzen. Da die DDR lange Jahre je Wohnbevölkerungseinheit bedeutend mehr Erwerbstätige verzeichnete als die BRD (57,6 Prozent zu 44,3 Prozent), ergaben sich allein daraus beachtenswert unterschiedliche Bezugsgrößen, die jedoch bei der Bewertung des DDR-Hochschulpersonals nie berücksichtigt wurden.

Um den Gang der Untersuchung abzukürzen, wird zunächst eine Zusammenfassung zu einem regionalen Ost-West-Vergleich in Tabelle 6 vorgestellt. Sie ist gegenüber den obigen Quantifizierungen ergänzt um eine erste Zusammenfassung der Kapazitätenplanung der ostdeutschen Länder 1991 bis 1995/97.

Die Hochschulkapazitäten Hessens sind zwar überdurchschnittlich, liegen aber nicht an der bundesdeutschen Spitze. Die Stadtstaaten und das Saarland rangieren davor. Bezogen auf die Wohnbevölkerung hatte Sachsen zu DDR-Zeiten mit 75,7 Beschäftigten insgesamt je 10.000 Einwohner eine höhere Dichte als Hessen mit 68,2, was bedeutet, daß die Konzentration des DDR-Potentials vorrangig in Sachsen erfolgte. Die Situation in Stadtregionen wie Ostberlin ist mit der in Flächenländern nur sehr bedingt vergleichbar, das gilt auch für Westberlin, Hamburg und Bremen.

Es zeigt sich dann aber, daß Hessen in bezug auf je 10.000 Erwerbstätige mit 154 vor Sachsen (131) rangiert und auch in den Frequenzen des wissenschaftlichen Personals höhere Werte aufweist. Die *Wirtschaft* in Hessen war folglich intensiver »hochschulpotentialbildend« als die der sächsischen Bezirke zu DDR-Zeiten. Das soll in Tabelle 7 mit einer einfachen Relationsdarstellung verdeutlicht werden, bei welcher die hessischen Werte = 100 gesetzt sind.

Es läßt sich deutlich eine annähernde Ausgeglichenheit in der Zeile je 10.000 Personen Wohnbevölkerung erkennen, mit dem schon erwähnten Vorsprung Sachsens beim »Personal insgesamt«. Außer dem bedeutenden Konzentrationseffekt, resultierend aus der Verteilung des DDR-Potentials, erkennt man aber noch einen strukturellen

Obgleich die Tabelle mehrdimensional ist, macht ein Vergleich der Werte in Spaltenrichtung sicher keine Schwierigkeiten. In der Spalte 1 ist erkennbar, daß, bezogen auf je 10.000 erwerbstätige Personen, in der BRD 1990 124,4 Hochschulbeschäftigte gezählt wurden, in der DDR 111,8, in Hessen, das über dem Bundesdurchschnitt liegt, 153,6 und in Sachsen, das über dem DDR-Durchschnitt lag, 131. Betrachtet man die analogen Werte der Spalte 2, so kehrt dieses Verhältnis wieder. Es besteht kein Zweifel, daß diese Art Vergleichsrechnung die Relationen korrekter wiedergibt als die üblichen Vergleiche der Studentenzahlen mit den Beschäftigtenzahlen.

Tabelle 6: Hochschulpotentiale in deutschen Regionen (absolut sowie A : je 10.000 der Wohnbevölkerung; B : je 10.000 Erwerbstätige) [18]

Land	im HS-Wesen Tätige gesamt	davon an HS wiss.Tätige	davon an Unis wiss.Tätige	Profs gesamt	A:Wohnbev. B:Erwerbsbev. (Mio)
BRD 1989/90	370.100	163.100	118.800	30.800	
je 10.000 Ew.	60,5	24,3	19,4	5,0	A: 61.178
je 10.000 Ewtg.	124,4	54,8	39,9	10,3	B:29.750
DDR 1990	104.300	38.900	25.700	7.350	
je 10.000 Ew.	64,5	24,	15,9	4,5	A: 16.178
je 10.000 Ewtg.	111,8	41,7	27,6	7,9	B: 09.325
Ländervergleich					
Hessen 1990	38.600	17.900	11.500	3.380	
je 10.000 Ew.	68,2	32,6	20,3	6,0	A: 5.661
je 10.000 Ewtg.	154,0	71,4	45,9	13,5	B: 2.506
Sachsen 1990	36.800	15.000	9.950	2.930	
je 10.000 Ew.	75,7	30,8	20,5	6,0	A: 4.864
je 10.000 Ewtg.	131,0	53,3	35,5	10,5	B: 2.800
Ostdt. Länder Plan 1995/97 (ohne Ostberlin)*	52.000	24.200	16.100	7.400	
je 10.000 Ew.	34,3	16,0	10,6	4,9	A: 15.160
je 10.000 Ewtg.	77,4	36,0	24,0	11,0	B: 06.715

* Einschließlich Hochschulmedizin, deren Kapazität mit 66 Prozent derjenigen angenommen wurde, die im DDR-Hochschulwesen vorhanden war. Das ist eine optimistische Hochrechnung.

Effekt, der in einer höheren Ausstattung der sächsischen Hochschulen mit nichtwissenschaftlichem (was wir hier nicht detailliert ableiten können) technischem und medizinischem Versorgungspersonal besteht.

Tabelle 7: Struktureller Vergleich Hessen/Sachsen (Personalgruppen 1 - 4 aus Tabelle 6)

Hessen		100,0	100,0	100,0	100,0
Sachsen	je 10.000 Ew.	111,0	94,5	100,1	100,0
	je 10.000 Ewtg.	85,3	74,6	77,3	77,8

Die Zeile »Dichte nach Erwerbstätigen« ist, mit Defiziten gegenüber Hessen, in sich auch wieder ausgeglichen.

Einen großen Einfluß auf diese Verteilungen haben die Personalstärken der Hochschulmedizin (vgl. Tabelle 8).

Es ist sicher überraschend, daß das medizinische Personal in Sachsen (kleinere Ungenauigkeiten ergeben sich aus den zwei Jahre auseinanderliegenden statistischen Stichtagen und vielleicht daraus, daß die

Tabelle 8: Ländervergleich zur Hochschulmedizin[19]

	med. Personal	wiss. Personal	Pflegepersonal insgesamt
Hessen 1988	10.515	1.947	3.714
je 10.000 Ew.	18,6	3,4	6,6
	= 100	= 100	= 100
Sachsen 1989/90	8.550	1.962	5.064
je 10.000 Ew.	17,6	4,0	10,4
	= 94,5	= 118,6	= 157,7

Klassifizierung von »Pflegepersonal« in den Ländern nicht absolut identisch ist) *erstens* in der Gesamtbelegschaft den hessischen Standard fast erreicht, *zweitens* in der Frequenz des wissenschaftlichen und Pflegepersonals jedoch deutlich überschreitet. Das verweist wiederum auf eine geringere Ausstattung mit infrastrukturellem und administrativem Personal. Andererseits ist eine große Dichte an Pflegepersonal nicht nachteilig für die wissenschaftlich-forschenden Mediziner wie für die Patienten

Wichtiger aber sind hier folgende Feststellungen:

Erstens, daß die DDR-Hochschulen, wenn man reale bevölkerungsbezogene Größen heranzieht (und nicht eine abgeleitete wie Studentenaufkommen), dem altbundesdeutschen Standard nahekommen, ihn aber nicht erreichen oder gar überschreiten. Die DDR hatte nicht zuviel Menschen im Hochschulwesen - wie es überhaupt kurzschlüssig ist zu urteilen, ein Land habe zuviel Hochschulkapazität besessen.

Zweitens, daß es in den hier zu vergleichenden Systemen eine Reihe struktureller Besonderheiten gab, die mehr oder weniger ambivalente Wirkungen haben. Eine etwas großzügige Ausstattung mit wissenschaftlich-technischem Personal ist für die effiziente Arbeit von Wissenschaftlern, unter sonst gleichen Bedingungen, vorteilhafter als eine knapp gehaltene, besonders wenn diese noch durch verbreitete Kurzzeitbeschäftigung unstet und oberflächlich motiviert ist.

Die ausgeprägt bevorzugte Versorgung des hochschulmedizinischen Sektors mit wissenschaftlichem und Pflegepersonal kann gleich gar nicht kritisch gewertet werden. Das gilt auch für das so konfrontativ behandelte Problem der »Überausstattung« Ostberlins (gegenüber dem Westteil der Stadt) durch die ursprünglich 5.500 Personen zählende Belegschaft der Charité. Gewiß hatte der komfortable Personaleinsatz den Nebeneffekt, daß das Einkommen des mittleren medizinischen Personals in der DDR gegenüber anderen hochqualifizierten Beschäftigten bescheiden war und daß es gering ausfiel im Vergleich mit den Gehältern in den westdeutschen Ländern, soweit sich das bei der insgesamt anderen Soziallage und Unterschieden in den Bezugsgrößen überhaupt vergleichen läßt.

Drittens, zeigt die Gegenüberstellung der Werte für die vier Territorien (vgl. Tabelle 6) BRD, DDR, Hessen und Sachsen mit der letzten Zeile: Ostdeutsche Länder (ohne Ostberlin!), die anschlußbedingte Ausdünnung der Hochschulkapazitäten, die einen schmerzhaften Abbau von 50 bis 60 Prozent erfuhren, wobei ihnen glücklicherweise

Der relative Überschuß an nichtwissenschaftlichem Personal - polemisch maßlos übertrieben - wurde (und wird weiterhin) in den Bewertungen des DDR-Erbes als Personalüberfüllung der Hochschulen interpretiert. In Wirklichkeit handelte es sich um eine strukturelle Besonderheit, die sich teils ableitete aus der unzureichenden technischen Ausstattung, teilweise aber aus den potenten ingenieurtechnischen Fachrichtungen mit hoher FuE-Leistung, die sich über Jahre hinweg einen stabilen technischen Mitarbeiterstamm geschaffen hatten.

der horrende 80prozentige Abbruch in der industriellen FuE deutlich erspart blieb.

Die Daten der fünften Zeile von Tabelle 6 enthalten die Eckziffern der Personalentwicklungsprogramme in den neuen Bundesländern etwa bis 1997. Der Zeithorizont ist sehr vage. Manche Landesregierungen rechneten fest mit 1995 als der zeitlichen Zäsur, in der diese Größen erreicht sein würden und neue Horizonte in Angriff genommen werden könnten. Indes rechtfertigen die bisherigen Verläufe der Personalentwicklungen diesen Optimismus nicht. Aus 1997 kann leicht 2000 werden. Dennoch sollen diese Daten im folgenden nochmals auf den Grad ihrer Übereinstimmung mit denen des Landes Hessen geprüft werden, wobei davon ausgegangen wird, daß die hessischen Kapazitäten - man muß sagen: tragischerweise - in absehbarer Zeit *nicht* die Entwicklungsziele der ostdeutschen Länder sein können (vgl. Tabelle 9). Aber als Bezugsgrößen für eine *»Richtungsorientierung«* scheinen sie doch geeignet zu sein.

Tabelle 9: Struktureller Vergleich der Personalgruppen (Hessen und ostdeutsche Länder; ohne Ostberlin; ostdt. Länder bezogen auf Hessen = 100)

Land	im HS-Wesen Tätige gesamt	davon an HS wiss.Tätige	davon an Unis wiss.Tätige	davon an FachHS gesamt	Profs gesamt (Mio)	A:Wohnbev. B:Erwerbsbev.
Hessen 1990						
je 10.000 Ew.	68,2	31,6	20,3	6,7	6,2	A: 5.661
je 10.000 Ewtg.	154,1	71,4	45,9	15,2	14,0	B: 2.505
Hessen: alle Werte	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Ostdeutschland 1995/97						
je 10.000 Ew.	50,3	49,1	52,2	43,3	81,7	A: 15.160
je 10.000 Ewtg.	50,2	50,4	52,3	42,8	80,9	B: 06.715

Die kapazitiven Entwicklungsziele im Hochschulwesen Ostdeutschlands liegen - wie die Spalten 1-3 zeigen - mit erstaunlicher Gleichmäßigkeit bei etwa 50 Prozent der hessischen Kapazitäten (außer bei den Professoren und den Fachhochschulen). Das erklärt sich aus administrativen Vorgaben, wie die »flächenbezogene« Personalbedarfsfeststellung zu handhaben ist. Obgleich die einzelnen Universitäten und auch die Länderministerien eine ganze Reihe von Erwägungen in diese Vorgaben haben einfließen lassen, gleichen sich doch Über- und Unterschreitungen aus.

Zu diesem durchgehenden 50-Prozent-Limit kann nur das generelle Urteil abgeben werden, daß, wenn es dabei bleibt, die Hochschulen im Osten andere Wissenschaftssysteme sein werden als die im deutschen Westen. Mindestens - aber die Folgen werden weit ausgreifender sein - wird das junge ostdeutsche Begabtenpotential weiterhin der Westdrift unterliegen, die schon seit 1944 in Gang ist und die zwischen 1961 und 1989 lediglich gewaltsam durch die befestigte Grenze zurückgehalten wurde.[20] Die ostdeutsche bürgerliche Gesellschaft

wird sehr wahrscheinlich in vielen Zusammenhängen eine andere Gesellschaft werden als die westdeutsche.

Die etwas über 40 Prozent bei den Fachhochschulen (Spalte 4) stehen im Gegensatz zu den Erklärungen der ostdeutschen Landesregierungen und der Fachhochschulstrukturkommissionen, diesen Hochschultyp - die Erfahrungen der westdeutschen Länder mit seiner zu schwachen Ausprägung ebenso nutzend wie die der DDR mit dem hohen Fachschulanteil - bevorzugt auszubauen. Die Aggregation der Einzelwerte der bisherigen Planungen zeigt nun aber entweder ein Abgehen von diesem Prinzip (vielleicht, weil kein Geld da ist) oder ein Entwicklungsrückstand, weil man vollauf beschäftigt war mit der Etablierung der neuen Universitäts-Elite.

Die fünfte Spalte in Tabelle 9, Professoren, mit erwartetem 80-Prozent-Limit im Vergleich zu Hessen zeigt das Gesagte in Ziffern. Es wird aber auch eine gewisse Richtung deutlich, was an der ostdeutschen Universitätsverfassung anders funktionieren wird. Ist die nach 1980 wiedererstandene und erneut stark unter Kritik stehende westdeutsche Ordinarien-Universität heute ernsthaft und öffentlich vor die Frage gestellt, wie Neuerungen aussehen könnten, so wird die ostdeutsche Hochschule eine *Mega-Ordinarien-Hochschule* werden, denn sie wird nicht nur gewissermaßen top-down von Ordinarien-Colleges neugegründet, sie wird langfristig eine Professorenveranstaltung mit einem viel zu kleinen (und einflußlosen) personellen Unterbau sein. Sicherlich wird vor größeren oder kleineren Auditorien gelehrt werden, aber es wird nur wenig Potential für darüber hinaus gehende Wissenschaft und vor allem für die Haushaltszuführung Forschung da sein. Selbst im Bericht der Bundesregierung an den Bundestag (vom März 1993!) wird ein strategisches Prinzip darin gesehen, die Mittelbaupotentiale im Osten noch weiter abzubauen.[21]

Auf eine abschließende Bemerkung zu der hier sichtbar werdenden Personalrotation kann nicht verzichtet werden. Die Angaben der Landesregierungen enthalten die *vorgesehenen Bestände*. Diese sind bislang nur etwa zu 60 Prozent gesichert. Auch die Professorenschaft zu ist nicht mehr als 60 Prozent funktionstüchtig, wenn nicht noch weniger. Die Entlassungen einerseits und die Neuberufungen andererseits sind noch in Fluß. In den vorgesehenen Endbeständen sind nun die Rotationsverluste nicht mehr sichtbar. Gerade aber bei der Professorenschaft und beim jungen Mittelbau handelt es sich um beträchtliche Größenordnungen. Es ist nicht zu hoch gegriffen, von 4.000 entlassenen bzw. in den Vorruhestand gedrängten DDR-Professoren auszugehen. Damit sind alle Rekorde in der europäischen Geschichte, Intellektuelle aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu verbannen, überboten. Von weiteren Tausenden wurde die wissenschaftliche Qualifikation entwertet, darunter schmerzlich viele in jungem Alter; Tausende, die ihre ostdeutsche Heimat seit 1990 in Richtung West verlassen haben. Ein 'Drop out' intellektueller Potentiale in sozialstruktureller Dimension. Kann das je kompensiert werden? Was werden die Folgen sein?

Man wird dem entgegenhalten, daß unter den Gründen auch gute politische Gründe sind, nämlich die Abrechnung mit Personen, die

sich zu DDR-Zeiten an Pressionen gegen Studenten und Mitarbeiter beteiligt haben, IM waren oder anders gegen ihre Mitbürger schuldig geworden sind. Der Umfang solcher speziellen Altlasten ist in etwa abschätzbar. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hatte z.B. »Ehrenkommissionen« eingesetzt, die den Auftrag übernahmen, jeden Hochschulmitarbeiter auf seine Schuldhaftigkeit zu prüfen. Es wurde ein 8-stufiges Verfahren ausgearbeitet, um mit preußischer Beamtenexaktheit die Betroffenen ganz eindeutig zu klassifizieren. Dazu dienten deprimierende Fragebogen-Vorschriften, die zur Angabe persönlicher (in der Alt-BRD datengeschützter) Daten und zur Selbstbezichtigung aufforderten, ferner die Auswertung von Mitteilungen Dritter und Aussagen vor Kommissionsmitgliedern.[22]

Es ist gerade dieses Verfahren, Menschen *politisch zu klassifizieren,* was auch für diejenigen ehrenrührig und traumatisierend sein dürfte, die dabei auf gute oder leidlich gute Plätze gelangten. Immerhin, die allermeisten (*Universitätsmitarbeiter:* 87 Prozent, von den insgesamt 7.972 klassifizierten Personen an den Universitäten) gelangten auf einen sehr guten Platz: »kein Fehlverhalten«! Fehlverhalten, das zur Kündigung führte, wurde 1,8 Prozent der Universitätsmitarbeiter vorgeworfen. Insgesamt nahmen die »schwereren Formen von Fehlverhalten«, die Kategorien V - VIII, 2,7 Prozent ein. Verbleibt eine Gruppe von 9,2 Prozent, deren Verhalten zu wünschen übrigließ, was immer das heißen soll, angesichts der Tatsache, daß dazu schon die Ausübung gesellschaftlicher Funktionen auf unterer Ebene gehörte, denen man sich in der DDR (gerade wenn man als ein etwas querköpfiger Typ bekannt war) nur schwer entziehen konnte. Den »schwereren Fällen« sprach die Kommission vorübergehend das Recht ab, an den erneuerten Universitäten Funktionen/Ämter zu bekleiden (1,5 Prozent).

Um korrekt zu sein, muß erwähnt werden, daß die 2.014 klassifizierten Mitarbeiter der technischen, seemännischen und pädagogischen Hochschulen des Landes schlechter abschnitten. Hier erreichte die Anzahl der Unbelasteten nur knapp 84 Prozent!

Die Gruppe der 746 Hochschullehrer erwies sich mittels dieses Verfahrens als am stärksten belastet, was bei der von ihnen dienstlich erwarteten Loyalität zum Staat und zur SED nicht weiter verwundert. Nur 40,7 Prozent wurden unter »kein Fehlverhalten« eingestuft. Dazu kamen 23,4 Prozent, deren DDR-Nähe läßlich geahndet wurde. 17 Prozent erhielten die Auflage, *vorübergehend* keine Ämter wahrzunehmen. Also, eine Bewertung, die hinsichtlich der Verwendbarkeit dieser Leute für die Gestaltung der neuen Verhältnisse im Osten optimistisch anmutet. 7,6 Prozent sollten wegen schwererer Belastung entlassen werden. Wenn aber darunter solche Wissenschaftler wie der Mediziner Prof. Klinkmann sind, dessen Fall international bekannt wurde und der nicht als Ruhmesblatt in die Geschichte der Rostocker Universität eingehen wird (Wissenschaftsgeschichte hat ein langes und peinlich gutes Gedächtnis), dann muß man schon die Frage stellen dürfen, ob die Ehrenkommisionen bei ihren Entscheidungen immer gut beraten waren.

Der politischen Bonifizierung folgte eine fachliche Evaluierung. Wie dieser massenhafte persönliche Bewertungsvorgang vor sich gegangen ist, kann in toto kaum nachvollzogen werden. Seine Anwendung war dann auch letztlich weniger wichtig, wie sich zeigte. Das Ergebnis im Lande Mecklenburg-Vorpommern war zwar eine Empfehlung zur Weiterbeschäftigung von etwa 60 Prozent des 1992 noch vorhandenen Personals, dann aber setzten die Massenkündigungen wegen »fehlenden Bedarfs« ein, die zwischen 40 und 50 Prozent übrigließen.

Wir haben, weil hier genauere Unterlagen vorliegen, die Situation in Mecklenburg-Vorpommern erörtert. Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der in anderen Ländern. Dramatischere Akzente setzten die Akteure der Erneuerung in Sachsen, die sich durch die starke Konzentration der DDR-Hochschulen in einer besonders prekären Lage glaubten. Und weiter: Starker Druck wurde von Landtagsabgeordneten in Sachsen auf den Wissenschaftsminister ausgeübt, daß er viel zu viel von dem unerwünschten DDR-Wissenschaftserbe übriglasse. Ein großes Wissenschaftspotential nutzen zu können, wird im Prozeß der Wiedervereinigung nicht eben als eine Trumpfkarte für den wirtschaftlichen Aufstieg betrachtet, eher im Gegenteil, als fiskalischer Klumpfuß. So gehen die »Bedarfskündigungen« weiter und weiter und erzeugen eine verzweifelte Stimmung, wie sie sich in dem - allerdings verspäteten - Beschluß von Rektor und Senat der Leipziger Universität ausdrückt, keine dahingehenden ministeriellen Weisungen mehr auszuführen, denn »...jede Profilierung des Lehrangebotes...wird in Frage gestellt und eine konkurrenzfähige Forschungstätigkeit (wird) unmöglich. Es droht das Abgleiten in Mittelmaß und Provinzialität.«[23]

So können wir nur ein widersprüchliches Fazit der ostdeutschen Hochschulerneuerung ziehen, wie eben die ganze Situation antinomisch ist. Es ist möglich, daß im Verlauf des Lebens einer Generation in Ostdeutschland leistungsfähige Hochschulen etabliert sind, die sich qualitativ kaum, in kapazitiver Hinsicht nur vorteilhaft (weil auf flexibleren Strukturen beruhend) von den westdeutschen unterscheiden. Die Voraussetzungen sind nicht ungünstig, denn an vielen Fakultäten hat ein energischer und imponierender Neuanfang schon stattgefunden. Es ist aber auch denkbar, daß die neue Professorenschaft kein ausreichendes Gegengewicht ist gegen unterkritische Personalausstattung, Überkonzentration auf Lehre und Ausbildung in ihrer zu erwartenden ostdeutschen Form und gegen die zahllosen Erscheinungen von Provinzialität, die sich aus der steckengebliebenen Selbstrevitalisierung der ostdeutschen Hochschulen ergeben, wozu nicht zuletzt der immer weitergehende brain-drain nach dem Westen beiträgt. Es könnte durchaus sein, daß wir später im Osten hoch alimentierte Prestige-Objekte vorfinden, darunter einzelne Kristallisationen exzellenter Forschung und Lehre, im Ganzen als einkömmlicher Tummelplatz einer neuen Elite, wissenschaftlich aber eher belanglos.

1 Zu den statistischen Angaben über die Personalstrukturen der DDR bis 1990 und der BRD vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten. Bonn 1991; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland für 1991; Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistische Berichte 1992; Fachserie 11; Anke Burkhardt, Doris Scherer, Sigrid Erdner: Personalbestand an Hochschulen der ehem. DDR 1989 und 1990; Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst: Bericht 3/1991.

2 Anke Burkhardt, Doris Scherer, Sigrid Erdner: Personalbestand an Hochschulen der ehem. DDR, a.a.O.; Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistische Berichte 1992; Fachserie 11, a.a.O.

3 Die DDR-Wissenschaftsstatistik folgte nicht dem von der UNESCO empfohlenen Frascati-Handbuch. Zur Korrektur der dadurch entstandenen nichtkonkordanten Zählungen und Berechnungen vgl.: SV-Wissenschaftsstatistik (Hrsg.): Forschung und Entwicklung in der DDR: Daten aus der Wissenschaftsstatistik 1971 - 1989, Essen 1990 (Mitautor: Werner Meske).

4 Tabelle 2: Quellen vgl. Anmerkungen 1 und 2.

5 Vgl. die detaillierteren Darlegungen von Charles Melies, Hansgünter Meyer: Transformation der Wissenschaft im Osten. Fusion - Filetierung - Integration - Neugründung? In: Wolfgang Richter (Hrsg.): Unfrieden in Deutschland. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin 1993, S. 21-52.

6 Dieter Simon: Die Quintessenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, 51/92, S. 29.

7 Wissenschaftsrat (Hrsg.): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren, Köln 1988; ferner: Wissenschaftsrat: 10 Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik, in: Pressemitteilung des WR, Bonn, 26. Januar 1993; vgl. auch die Zusammenfassung in: hochschule ost, 2(1993)3, S. 36-39; Torsten Bultmann (Red.): Zwischen Humboldt und 'Standort Deutschland'. Diskussionspapier des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) zur gegenwärtigen Hochschuldebatte, in: Forum Wissenschaft, Marburg. Heft 1/1993; Verf.-Kollektiv der Freien Universität: Für eine Hochschulreform durch Lehrende und Lernende, in: hochschule ost, 2(1993)3, S. 25-30; vgl. den Sammelband der GEW: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch, Berlin 1993; Bericht der Bundesregierung an den Bundestag: Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland (Drs.12/4629), Bonn, März 1993; Willkommen im Labyrinth, in: Der Spiegel Nr.16, vom 19. April 1993, S. 80-101.

8 Hans-Uwe Erichsen: Humboldt ist in der Masse erstickt, in: Tagesspiegel vom 1.August 1993, S. 21

9 Nach R. Dettmar: Stärkung des Bestehenden, in: Deutsche Universitätszeitung, Heft 14/1992, S. 18.

10 Quellen zu Tabelle 3: BMBW (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten. Bonn 1991, a.a.O., S. 141 und 152f. Diese Angaben liegen bedeutend über dem Statistischen Jahrbuch der BRD! Gezählt werden Deutsche und Ausländer. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW) beruft sich bei der Prognose auf Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) Dokum. 116.

11 Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland. Dokumente zur Hochschulreform 75/1992, 167. Plenum der HRK vom 6. Juli 1992, S. 49.

12 Quelle zu Tabelle 4: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland, a.a.O., S. 49.

13 Quellen zu Tabelle 5: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland, a.a.O., S. 49 sowie Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistische Berichte 1992; Fachserie 11; Wissenschaftsrat (Hrsg.): Personalstellen der Hochschulen 1988, Köln, Drs. 9417/89, S. 74.

14 Georg Turner: Massenuniversität und Elitebildung, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 22(1983)7, S. 7.

15 Torsten Bultmann (Red.): Zwischen Humboldt und 'Standort Deutschland'. Diskussionspapier des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) zur gegenwärtigen Hochschuldebatte, a.a.O.

16 Ministerin Steffi Schnoor in: Pressemitteilung des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Oktober 1992; Minister Hans-Joachim Meyer in: Pressemitteilung des Staatsministeriums des Landes Sachsen für Wissenschaft und Kunst vom 22. Januar 1993.

17 Bericht der Bundesregierung an den Bundestag: Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland, a.a.O., S. 3.

18 Quellen zu Tabelle 6: Vgl. Anm. 1, sowie Hochschulstrukturpläne der Landesregierungen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Für Sachsen lag ein solches Dokument nicht vor. Die Daten wurden errechnet nach Pressemitteilungen der Landesregierung sowie nach Hochrechnungen des Verf.

19 Quellen zur Tabelle 8: Wissenschaftsrat (Hrsg.): Personalstellen der Hochschulen 1988, a.a.O.; Anke Burkhardt, Doris Scherer, Sigrid Erdner: Personalbestand an Hochschulen der ehem. DDR 1989 und 1990, a.a.O.

20 Der Osten Deutschlands hat den 2. Weltkrieg anders verloren als der von den Alliierten befreite Westen. Ende 1944 gerieten die ostdeutschen Länder in den Sog der zurückflutenden Ostfront. Go west! war schon damals die Parole für viele Arrivierte, nicht bloß für Nazibelastete; auch für Unternehmer, die ihre Ressourcen sowie leitende und Ingenieurkader in die Überlebensrichtung dirigierten.

21 Bericht der Bundesregierung an den Bundestag, a.a.O., S. 5.

22 Vgl. Wolfgang Richter (Hrsg.): Unfrieden In Deutschland. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, a.a.O., S. 21-52, 166-170 und 226-229.

23 Entschließung von Rektor und Senat der Universität Leipzig, in: Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte...; hrsg. vom Rektor, Heft Mai 1993, S. 1f.

Die BÜCHER STUBE

Buchhandlung
und
Versand

Wallstraße 76/79 • 10179 Berlin
Tel/Fax: 030 - 279 31 06

In unserem Sortiment finden Sie speziell Sachbücher aus
- Politik/Zeitgeschehen
- Geschichte
- Philosophie

sowie Belletristik, Unterhaltungs- und Ratgeberliteratur

Wir führen das gesamte lieferbare Programm von
- Dietz Verlag Berlin
- Reiher Verlag Berlin
- Eulenspiegel/Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft Berlin
- Verlag für die Frau Leipzig

und
- UTOPIE kreativ

Sie erreichen uns mit der U2,
direkt am U-Bhf. Märkisches Museum (Ausgang Neue Roßstraße)
Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9°° bis 13°° und 14°° bis 18°° Uhr
Ihre Bestellungen können Sie per Fax, telefonisch oder postalisch an uns richten.

Hans Luft
Die Rezession in Deutschland - als Gründerkrach

Hans Luft - Jg. 1936; Prof. Dr. rer. oec. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Potsdam-Kolleg für Kultur und Wirtschaft Berlin.

Die Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus ist ein ebensolches historisches Experiment mit ungewissem Ausgang, wie es eine Reformierung des sowjetrussischen Modells des Sozialismus gewesen wäre.

Keine der Voraussagen über die Zukunft der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas hat sich bestätigt. Es kam weder zu einer weiteren Gestaltung der sogenannten entwickelten sozialistischen Gesellschaft noch zu einer Konvergenz mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Aber auch keine der Voraussagen über die Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Sozialismus ist bisher eingetreten. Selbst die deutsche Wirtschaft wird derzeit von einer hartnäckigeren Wirtschaftskrise als je zuvor in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geplagt. Warum? Zu den schon von Karl Marx im »Kapital« entdeckten allgemeinen Ursachen zyklischer Krisen in Gestalt des Widerspruchs zwischen der Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion und der Beschränkung der Kaufkraft der Massen sind eine Reihe in den Besonderheiten des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses wurzelnde Umstände gekommen. Sie lassen die jetzige Krise auch als Gründerkrach analog zum Gründerkrach wenige Jahre nach der Reichseinigung 1871 erscheinen.

Die Krise als verspätete Rezession

Erstens kam die heutige Rezession in Deutschland gegenüber anderen Industrieländern verspätet wegen der durch die Wiedervereinigung bedingten Verlängerung der Hochkonjunktur am Ende der 80er Jahre. Nun bricht sie mit desto größerer Wucht herein (vgl. Tabelle1).

Tabelle 1: Entwicklung wirtschaftlicher Daten in den alten Bundesländern (preisbereinigt, in Prozent)

Jahr	Industrieproduktion	Bruttoinlandsprodukt	Bruttosozialprodukt
1988	3,9	3,7	3,7
1989	5,2	3,3	3,9
1990	5,5	5,1	4,9[1]
1991	3,0	3,7	3,6
1992	- 2,0	1,5	0,9

1 prognostiziert waren 3,5 Prozent.

Quellen: Wirtschaftsanalysen der Hamburgischen Landesbank, Heft 1/1993, Trierischer Volksfreund vom 2. April 1993

Zunächst wurde nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 Ostdeutschland als Absatzmarkt für westdeutsche Waren erschlossen, was einen Wachstumsschub in den alten Bundesländern zur Folge hatte. Parallel führte die Verdrängung ostdeutscher Erzeugnisse in nicht wenigen Fällen trotz Konkurrenzfähigkeit dazu, daß die ostdeutsche Industrie

ihren Binnenmarkt verlor. Aber auch die westlichen Märkte blieben zunächst weitgehend für ostdeutsche Unternehmen geschlossen aufgrund des realen Aufwertungseffektes der Währungsunion. Hatten die ostdeutschen Betriebe früher für eine erwirtschaftete DM mindestens 4,40 Mark der DDR gutgeschrieben bekommen, so daß sie als Billiganbieter fungieren konnten, so wurden jetzt die Kosten genauso in DM ausgewiesen wie die Erlöse. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Umstellung des Außenhandels auf konvertierbare Währungen führte zum Verlust des wichtigsten äußeren Marktes der ostdeutschen Industrie und Landwirtschaft. Insgesamt ist die Industrieproduktion in Ostdeutschland bis Ende 1992 auf weniger als ein Drittel ihrer ursprünglichen Größe geschrumpft. Eine so gravierende Talfahrt konnte schließlich in ihren Auswirkungen nicht auf den Osten beschränkt bleiben. Das Bruttoinlandprodukt Gesamtdeutschlands erhöhte sich z.B. 1991 nur noch um 0,3 Prozent. 1993 wird mit einer Verringerung um 1,5 Prozent gerechnet.

Schloß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik 1989 noch mit einem Überschuß von 108 Mrd. DM ab, so betrug dieser 1990 noch 77 Mrd., während 1991 ein Defizit von 34 Milliarden DM zu Buche stand, ganz abgesehen von der dramatisch gewachsenen Inlandsverschuldung, die schon 1988 bei 899 Mrd. DM lag[1], 1990 die Billionengrenze überstieg und sich 1993 der Zwei-Billionen-Grenze nähert.

Zweitens verschafft sich in Ostdeutschland der in den 70er und 80er Jahren immer wieder hinausgeschobene Strukturwandel nun in direkter Konfrontation mit dem Weltmarkt mit Macht Geltung, wobei die Textilindustrie ein besonders anschauliches Beispiel liefert.

Die westdeutsche Textilindustrie hatte z.B. 20 Jahre Zeit zum Schrumpfen unter dem Druck der Konkurrenz aus Fernost, Zeit genug, um diesen Prozeß sozial verträglich zu gestalten und Marktnischen auszukundschaften und zu besetzen. In der ehemaligen DDR ging dieser Schrumpfungsprozeß auf weniger als ein Zehntel der bisherigen Kapazität innerhalb von zwei Jahren vonstatten, wodurch auf einen Schlag Zehntausende insbesondere Frauenarbeitsplätze vernichtet wurden. Über Nacht hatten die Betriebe keinen Absatz mehr; hatte sich das Vertriebssystem in Gestalt des Großhandels aufgelöst.

Zudem hemmen künstlich geschaffene (durch das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung) Eigentumsprobleme und die Finanzschwäche der Kommunen angesichts Belastung der Wohnungsbaugesellschaften im Osten mit sogenannten Altschulden den Wohnungsbau, der dort auf das Niveau der Jahre 1949/1950 zurückgefallen ist (vgl. Tabelle 2).

Gerade der Wohnungsbau könnte in den 90er Jahren eine Konjunkturlokomotive wie in den 80er Jahren die Automobilproduktion sein. Zudem besitzt er noch folgende Vorteile: Er ist standortgebunden, kann also nicht einfach in andere Regionen oder Länder verlagert werden, belebt nicht nur die Nachfrage nach Baumaterialien, Stahl, Glas und anderen Zuliefererzeugnissen, sondern mit der Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen auch die Konjunktur. Und schließlich ist er umweltfreundlich.

Tabelle 2: Wohnungsneubau in Deutschland (pro Jahr fertiggestellte Neubauwohnungen ohne Modernisierung und Rekonstruktion)

Jahr	altes Bundesgebiet	neue Bundesländer
1985	425.285	99.129
1986	375.396	100.067
1987	331.254	91.896
1988	208.600	93.472
1989	276.000	83.361
1990	391.000	60.055
1991	314.000	22.500
1992		unter 20.000

* geschätzt aus Erhebungen des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft
Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 198, S. 75 und Meldungen des Statistischen Bundesamtes.

Drittens erfaßt die Rezession auch die Landwirtschaft, hier wiederum besonders stark im Osten Deutschlands, insbesondere weil die Nachfolgeeinrichtungen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Möglichkeit der Bewirtschaftung früher staatlichen Grund und Bodens sowie hinsichtlich Milchquoten und Erzeugerpreisen gegenüber Betrieben und Investoren aus den alten Bundesländern benachteiligt werden. Wen kümmert es da, daß die Masse der ostdeutschen Bauern weiter gemeinschaftlich, weil effektiver und zugleich sozial verträglicher wirtschaften will?

Insgesamt wurden in den neuen Bundesländern seit der Wende bis Ende 1991 die Schweinebestände von über 12 Mio auf ca. 5 Mio Stück reduziert, die Rinderbestände von 5,8 auf 3,9 Mio Stück. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche verringerte sich seit der Wende bis Ende 1992 in den neuen Bundesländern um über 700.000 ha, was ca. 11,4 Prozent der Gesamtnutzfläche entspricht, in den alten Bundesländern dagegen im gleichen Zeitraum nur um 3,2 Prozent. Damit verbunden nahm die Zahl der in der ostdeutschen Landwirtschaft Beschäftigten im gleichen Zeitraum von ca. 850.000 auf unter 200.000 ab.[2]

Viertens wird die Arbeitslosigkeit durch die Ausgrenzung ehrlicher und erfahrener Menschen wegen sogenannter DDR-Staatsnähe zugunsten der Aktivierung selbst von Pensionären aus dem Westen verstärkt.

Die gegenwärtige Rezession geht einher mit einer Krise der Transformation in Osteuropa. Vor allem die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben nach ihrer Lossagung vom Sozialismus weder einen Platz in der Weltwirtschaft gefunden noch ihren Binnenmarkt konsolidiert. Viele dortige Politiker versprechen sich von westlicher Hilfe - mit deren reichlichem Fließen sie fest rechnen, weil doch mit dem Kommunismus gebrochen wurde - die automatische Überwindung aller Schwierigkeiten. Trotz beachtlicher Finanztransfers insbesondere seitens Deutschlands verschlimmert sich die ökonomische Situation in Rußland und der Ukraine jedoch täglich.

Die Lage in Rußland zeigt erschreckend, wohin ordnungspolitischer Fundamentalismus im Verein mit der jesuitischen Formel »Der Zweck heiligt die Mittel« führen kann.

In Deutschland zeigt sich die Krise des Transformationsprozesses vor allem darin, daß die Ostdeutschen die Hauptlast der zyklischen Rezession zu tragen haben. Waren in der ostdeutschen Industrie

(verarbeitendes Gewerbe und Bergbau) im Dezember 1989 noch über 3,2 Millionen Personen beschäftigt, so im Dezember 1991 nur noch knapp 1,8 Millionen und im Dezember 1992 weniger als 828.000 Personen, d.h. etwas mehr als ein Viertel der ursprünglich Beschäftigten.[3] Die Arbeitslosenquote von 15 Prozent im Osten Deutschlands, die schon hoch genug ist, verbirgt jedoch, daß ca. 43 Prozent der Erwerbstätigen im Prozeß der Wende ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sofern sie nicht als arbeitslos registriert wurden, gingen sie in den Vorruhestand oder den Altersübergang, nahmen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an oder an Fortbildungsmaßnahmen teil bzw. gingen in die alten Länder auf Arbeits- und Lehrstellensuche.

Besonders benachteiligt sind die Frauen. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen (63,8 Prozent) sind Frauen. Der Frauenanteil an den Vermittlungen von Arbeitsplätzen beträgt nur 40,3 Prozent.[4] Aus der beruflichen Gleichstellung der Frauen in der DDR, die trotz Doppelbelastung auch zu einem neuen Selbstbewußtsein der Frauen führte, wurde, wie Eberhard Knödler-Bunte schreibt, eine geschlechtsspezifische Benachteiligung, durch die viele Frauen nahezu unvorbereitet aus dem normalen gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt wurden[5].

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit steigen auch die Lebenshaltungskosten im Osten mit über 20 Prozent allein im Jahre 1992 wesentlich stärker als im Westen, ein Phänomen, das sogar der klassischen Phillips-Kurve, wonach sich Arbeitslosigkeit und Geldentwertung entgegengesetzt entwickeln würden, widerspricht. Zu diesen ökonomischen Belastungen kommt hinzu, daß die pauschale Verurteilung der DDR-Vergangenheit verbunden mit dem Lehrstellenmangel besonders bei der jüngeren Generation einen drastischen Werteverlust und in Verbindung damit Rechtsunsicherheit und Hoffnungslosigkeit hervorbringt. Die bisher für Ostdeutsche unbekannte soziale Unsicherheit hat zu früher unbekannter Gewalt und Ausländerfeindlichkeit geführt, ein Geburtenrückgang um mehr als die Hälfte des Standes von 1989 war in diesem Ausmaß nur aus Kriegszeiten bekannt (vgl. Tabelle 3). Arbeiter greifen zum letzten Mittel, dem Hungerstreik. Existenzgründer wissen keinen anderen Ausweg als Selbstmord.

Wurden 1991 rd. 38 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit passiv vor allem für Arbeitslosengeld und Vorrentenleistungen ausgegeben, sind es 1993 rd. 50 Prozent. Waren 1991 die Ost-Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit erst halb so groß wie die Bruttotransfers des Bundes in die neuen Länder, so erreichten die Ausgaben 1993 schon fast zwei Drittel der Bundesausgaben für den Osten. - Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr. 11, vom 26. August 1993.

Im Unterschied zu dem Streit über Berechnung von Nominal- und Realeinkommen vor und nach der deutschen Einheit widerspiegelt die Geburtenstatistik eindeutig, wie zumindest junge Leute die Entwicklung ihrer Lebensumstände und Zukunftsaussichten einschätzen.

Tabelle 3: Geburtenentwicklung in Deutschland (Lebendgeborene je 1.000 Einwohner)

Jahr	altes Bundesgebiet	neue Bundesländer
1986	10,3	13,4
1987	10,5	13,6
1988	11,0	12,9
1989	11,0	12,0
1990	11,5	11,1
1991	11,3	6,8
1992	11,3	5,4

Quelle: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Statistisches Bundesamt 1993, S. 7.

Zwar ist die Wanderung in die alten Bundesländer nach der Währungsunion etwas geringer geworden. Aber sie ist z.B. im Vergleich des zweiten Halbjahres 1991 mit dem Vorjahreszeitraum wieder angestiegen, was mit der niedrigeren Arbeitslosigkeit in den alten Ländern zusammenhängt. So erwies sich die Annahme, durch die Einführung der DM werde die Abwanderung in die alten Ländern zum Stillstand kommen, was im überhasteten Vereinigungsprozeß zu einer der Hauptbegründungen avancierte, als unrichtig (vgl. Tabelle 4).

Mehr als eine halbe Million Erwerbstätige aus den neuen Bundesländern einschließlich Ost-Berlin arbeiten in Westdeutschland und Westberlin. - Vgl. IAB Werkstattbericht, Nr. 18, vom 4. Oktober 1993, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Tabelle 4: Innerdeutsche Wanderungen

Jahr	Fortzüge aus den neuen Bundesländern	Wanderungssaldo zugunsten des früheren Bundesgebietes
1988	40.454	40.035
1989	255.756	254.627
1990	395.343	359.126
dar. II. Halbjahr	138.395	114.447
1991	249.743	169.476
dar. II. Halbjahr	147.578	100.902

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 398. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern vgl. Statistisches Bundesamt 1993, S. 9.

Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie

Ebenso wenig wie ein wirtschaftlicher Aufschwung über die Jahrzehnte hinweg anhält, ebenso wenig gibt es permanente Krisen. Darauf hat schon Karl Marx verwiesen, als er im zweiten Band des »Kapital« schrieb, daß die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage bilde.[6]

Politische Fehler können die Krise vertiefen oder den Aufschwung verzögern. Gegenwärtig besteht diese Gefahr für den Osten Deutschlands. Hier hat die bisherige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung den Unternehmen im Osten gleiche Chancen gegenüber Westunternehmen verwehrt. Immer mehr wird öffentlich, was sich aus Spezialuntersuchungen schon lange ergab[7], daß nämlich die ostdeutschen Betriebe nicht durchgängig marode waren, sie vielmehr aus Konkurrenzgründen liquidiert wurden und werden sollen. Auch im Osten Deutschlands haben über ein Jahrhundert oder länger Generationen geschickter Facharbeiter und talentierter Ingenieure den Ruf deutscher Wertarbeit ebenso begründet und bewahrt wie in Baden-Württemberg oder im Ruhrgebiet. Erst vor wenigen Wochen ist der erste FCKW-freie Kühlschrank aus dem erzgebirgischen Schwarzenberg auf den Markt gekommen. Das ostdeutsche wie das ost- und westdeutsche Innovationspotential zusammengenommen verspricht auf lange Sicht selbst bei hohen Westlöhnen einzigartige Standortvorteile.

Die jetzt analog dem von Grasham und Kopernikus entdeckten Geldumlaufgesetz - »schlechtes Geld verdrängt gutes Geld, gutes Geld kann schlechtes nicht verdrängen« - beschworene Vorstellung, wonach geringer entlohnte Arbeit zwangsläufig höher entlohnte ersetze, gilt, wenn überhaupt, nur für vergleichbare Tätigkeiten. Gerade

hochqualifizierte Tätigkeit erfordert einen höheren Anteil einmaliger Bildungsaufwendungen und oft jahrelange Erfahrung, ist also nicht einfach übertragbar.

Wenn trotz guter Marktchancen ehemals volkseigene Betriebe lediglich Scheinkäufer finden, weil viele Firmen aus den alten Ländern schon aus Konkurrenzgründen nicht unbedingt an der weiteren Existenz von Betrieben gleichen Profils im Osten Deutschlands interessiert sind, sondern höchstens an deren unverschuldeten Immobilien, dürften diese durch die Treuhand nicht um jeden Preis verkauft werden. Sie könnten im Rahmen einer formalen Privatisierung, das heißt der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, als öffentliches Eigentum erhalten werden. Eine Reihe von schon privatisierten Betrieben kehrt übrigens wegen erheblicher Vertragsverletzungen der Käufer unter das Dach der Treuhand zurück und wird z.B. in Management-KG umgebildet. Erste Erfahrungen in Betrieben des Maschinenbaus berechtigen zu Hoffnungen. In der Diskussion steht das Problem der Sanierung industrieller Kerne in wichtigen Regionen gemeinsam von Treuhand und Ländern. Die Zusammenfassung der sanierungsfähigen Betriebe unter einer Länderbeteiligungs- und Sanierungs-Holding bietet dabei eine gute Chance. Wenn die Länder Verantwortung für den Erhalt von Betrieben übernehmen, können Mittel zur Wirtschaftsförderung auch für Treuhandfirmen genutzt und Förderprogramme gezielter angewendet werden. So kann Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Schließlich wäre die Beibehaltung eines Sektors öffentlichen Eigentums durchaus mit dem der Marktwirtschaft eigenen Eigentumspluralismus zu vereinbaren. Aber auch bei der Privatisierung wird immer undurchsichtiger, warum - wie die Beispiele des Kaliwerks Bischofferode oder der Deutschen Seereederei Rostock zeigen - bestimmte Investoren keinen Zuschlag erhalten haben und oft die denkbar schlechteste Alternative favorisiert wird.

Vielen gilt Strukturpolitik als Synonym für Staatsdirigismus. Die Wirtschaft laufe Gefahr, voluntaristisch, letztlich von Beamten gestaltet zu werden. Befürchtet wird die Einengung der freien Marktkräfte. Ein solcher Standpunkt ignoriert, daß der Markt stets dem kurzfristigen Erfolg Priorität gibt, in Gestalt der zahlungsfähigen Nachfrage in der Regel nur auf die Gegenwart zu reagieren in der Lage ist, keine aus künftigen Bedürfnissen hervorgehenden zukunftsbezogenen Ziele formen kann. Damit kann er kein Anwalt von Interessen kommender Generationen z.B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes sein. Die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes beeinträchtigen die Selbstheilungskräfte der Natur.

Es ist zumindest im Osten Deutschlands eine neues wirtschaftspolitisches Konzept notwendig, weil hier die zyklische Rezession durch die oben genannten hausgemachten deutsch-deutschen Umstände verstärkt wurde. Die generelle Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die Angst um die Sicherheit der Rente oder vor der Unbezahlbarkeit der Wohnung bei Zurückfahren des Wohnungsbaus sowie die Armut in den Dörfern infolge Benachteiligung der Nachfolgeeinrichtungen der LPG aus politischen Gründen - all das verringert zusätzlich die zah-

lungsfähige Nachfrage der Ostdeutschen und wirkt damit krisenverschärfend. Es ließe sich hier also die Krise zumindest in ihren Auswirkungen unabhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung mildern, wenn nur die Politik es wollte.

Darüber hinaus stehen drei Gesichtspunkte zur Diskussion:

Erstens. Marktwirtschaft »pur« oder genauer eine rein kapitalistische Marktwirtschaft kann im Osten nicht helfen, verdammt außerdem den Staat weiter zur Flickschusterei. Selbst Treuhandpräsidentin Birgit Breuel schrieb unlängst: »Die Treuhandanstalt hat in den vergangenen zwei Jahren eine eigene Philosophie ihres Handelns und Wertens entwickeln müssen. Dabei mußten so eherne Wahrheiten wie 'weniger Staat gleich mehr Freiheit und mehr Erfolg' dort gelassen werden, wo sie sich am liebsten aufhalten: in den Aufsätzen der Experten, die weit weg sind vom Geschehen. Die eigene Philosophie hat sich an der Wirklichkeit der Menschen und Unternehmen zu orientieren.«[8] Leider sieht die Treuhandpraxis, wie schon erwähnt, anders aus. Und die Dominanz des Privateigentums führt, wie die ostdeutschen Erfahrungen bestätigen, ohne Korrektiv zu Teuerung und Verarmung beachtlicher Bevölkerungsteile, verdrängt aber auch das ehrliche Geschäftsgebaren des Kaufmanns.

Zur Erklärung der ökonomischen Realität ist es wenig hilfreich, wenn Marx durch Keynes oder Erhard ersetzt wird, sondern Marxsche Erkenntnisse sollten mit Gedankengut anderer Denkschulen bereichert werden bzw. deren Erkenntnisse mit den Marxschen und denen seiner Schüler von Hilferding über Kautsky bis Rosa Luxemburg und W.I. Lenin.

Zweitens. Natürlich können Betriebe in öffentlicher Hand oder Agrargenossenschaften auch ökonomische Grundlagen des Sozialismus sein; und natürlich beseitigt den kapitalistischen Konjunktur- und Krisenzyklus erst der Sozialismus, der trotz der schweren Deformationen des ersten Versuchs kein solcher Irrweg der Geschichte war, als der er jetzt gern verteufelt wird, zumal die weitere Konzentration der Produktionsmittel und Arbeitskräfte in immer mächtigeren Kapitalgesellschaften Karl Marx auch heute noch recht gibt, als er diesen Prozeß als »die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst« bezeichnete, als »ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andrerseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.«[9] Noch ist nicht klar, wie diese assoziierten Produzenten konkret agieren werden, zumal die Absichten der Akteure in bezug auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit verschieden sind, so daß es im Interesse der Menschen einen wirklichen Eigentumspluralismus geben muß, ebenso auch parlamentarische Demokratie, Reisefreiheit und konvertible Währung – und alles, was zu einem demokratischen Sozialismus gehören wird. Aber angesichts der opferreichen und bitteren Niederlage dieses ersten Versuchs wird in Deutschland ein erneuerter Sozialismus wahrscheinlich mehrere Jahrzehnte lang nicht auf der Tagesordnung stehen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß soziale Konflikte rechtsradikale nationalistische Strömungen verstärken. Eine einflußreiche wählerstarke sozialistische Partei, die das Kapital am Sozialabbau hindert, wäre hier ein wirksames Gegengewicht.

Auch wenn die Jahre 1989/1990 zweifelsfrei bestätigten, daß die Geschichte nach vorn offen ist, so bedeutet das keineswegs das Fehlen von Bewegungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft und sei es nur eines gesetzmäßigen Wechsels ökonomischer und politischer Strukturen im Laufe zweier oder mehrerer Generationen.

Von den Subjekten der Naturgesetze unterscheiden sich die der gesellschaftlichen und so auch der ökonomischen Gesetze dadurch, daß sie mit Verstand und Gefühlen ausgestattet sind, konkrete Interessen verfolgen usw.

Drittens. Schließlich hat gerade die neuere Geschichte gezeigt, daß Auswege aus Krisen, sollen sie demokratie- und sozialverträglich sein, eine verstärkte Wahrnehmung der Verantwortung des Staates für die Wirtschaft erfordern. Das war so durch die Hilferdingsche Finanzpolitik zur Überwindung der Inflation 1923 in der Weimarer Republik (»organisierter Kapitalismus«) oder ist mit dem Namen »New Deal« verbunden, unter dem die Rooseveltsche Wirtschaftspolitik, die den USA einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise bescherte, bekannt geworden ist. Und nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte nicht nur im Osten, sondern auch im Westen eine verstärkte staatliche Einflußnahme befördernd auf den wirtschaftlichen Aufbau, wodurch erst eine spätere sozialverträgliche Privatisierung in einer Reihe westeuropäischer Staaten möglich wurde.

Anmerkungen

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1992, S. 534 und 690 und Pressemitteilungen.
2 Ebenda, S. 186/187 und Agrarbericht der Bundesregierung, Bonn 1992, S. 164, Tabelle 159 und 160.
3 Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Sonderausgabe April 1993, S. 12f. und IAB-Werkstattbericht, Nürnberg, Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt, Nr. 1,4 vom 15. April 1993.
4 Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt.a.a.O., Nr. 15 vom 15. Juni 1993.
5 Eberhard Knödler-Bunte: Regionale Strukturförderung - Modellprojekte für Frauen aus dem ländlichen Raum, in: Landbote. Eine Zeitung für die Uckermark. Juli 1993, S. 3.
6 Karl Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, S. 186.
7 Vgl. Untersuchungen des Verfassers im Auftrag der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern: Einblicke in die Kombinatsabwicklung in der volkseigenen Industrie der DDR, in: Beiträge zur sozialen Transformation. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Nr 6/1993.
8 Birgit Breuel: Der Winter kommt, in: Treuhandinformationen, Nr.17/1992, S. 5
9 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 452f.

STEFAN BOLLINGER

Prager Frühling - Testfall für einen demokratischen Sozialismus? Chancen, Dilemmas, Probleme

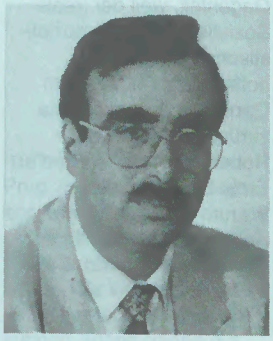
Zwischen Vergessen und Verriß

Resignierend resümiert einer der Protagonisten des Prager Frühling, Zdenék Mlynár (1968 ZK-Sekretär): »Was das Ereignis selbst betrifft, so ist die Erinnerung daran zweifellos unbequem. Das hängt damit zusammen, daß sich das Erbe dieses Jahres '68 in heutige Geschichtsbetrachtungen nicht recht einordnen läßt. In Geschichtsbetrachtungen, die schematisch in gut und böse zu unterscheiden suchen. Beim 'Prager Frühling' kamen gut und böse zusammen. Auf der einen Seite war es der letzte Versuch, ja die letzte Gelegenheit, das Sowjetsystem positiv umzukrempeln. Und auf der anderen Seite endete dieser Versuch mit einer bitteren Niederlage.«[1]

Mit dem Ende des Realsozialismus in einer Implosion der Ideologie-, Moral-, Wirtschafts- und Machtstrukturen scheint gegenwärtig auch dieses Geschichtskapitel des nun eher verurteilten denn anerkannten Experiments humaner Gesellschaft zu den Akten gelegt.[2] Eine intensivere Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen, die möglicherweise bei anderem Ergebnis auch der Gegenwart einen anderen Verlauf gegeben hätten, findet nur noch bedingt statt. Auch in linken Diskussionen wird heute gelegentlich unterstellt, daß dieses Experiment in Osteuropa und die zeitgleichen Vorgänge in Westeuropa (mit größerer Folgewirkung) eher episodenhafte Irrwege denn Material für die sozialistische Idee sein könnten. So ist es in einer undifferenzierten Zusammenschau für Kurt Gossweiler »unmöglich, in den Ereignissen in Polen und Ungarn 1956, 1968 in der CSSR, 1980 wieder in Polen Versuche zur 'Reformierung des Sozialismus' zu sehen. Es handelte sich vielmehr um Vorstöße, die schon damals auf das Ergebnis zielten, das erst 1989ff. erreicht wurde.«[3]

Etienne Balibar verweist dagegen darauf, daß die »Niederlage der siebziger Jahre« zwischen 1968 und 1981 auch Folgen für die heute »äußerst besorgniserregenden Aspekte für die Zukunft Europas« hat. Er sieht eine damals »momentane *Konvergenz* der sozialen und politischen Kämpfe und der revolutionären kritischen Tendenzen in Ost und West«. Letzten Endes aber »hatten die 68er-Bewegungen tragischerweise die Teilung Europas nur so stark erschüttert, um sie von neuem erbarmungslos zu verfestigen«.[4]

Mit der heutigen Abstinenz oder dem Einordnen in normale Fraktionskämpfe werden die wiederholten Versuche in den Reihen der kommunistischen Parteien - angefangen bei Nikolai Bucharin über Antonio Gramsci bis hin zu Anton Ackermann oder den Eurokommu-



Stefan Bollinger - Jg.1954, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; abgewickelter Hochschuldozent und Wissenschaftsbereichsleiter; gegenwärtig PR-Tätigkeit in der Privatwirtschaft; wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen

nisten - unterschlagen, die zur humanistischen Traditionslinie der Linken gehören. Immer wieder hatten Kommunisten versucht, aus der kriegskommunistischen Konzeption ausbrechend, demokratische Momente alternativ zur historisch entstandenen Praxis des Realsozialismus seit Stalin vorzudenken.

Es wäre ein Thema für sich, die Jubiläen der Ereignisse von 1968 - und zwar sowohl des Prager Reformversuches mit seinem gewaltsamen Ende wie der Wirkung der westlichen Studentenrevolte mit ihren wertwandelnden und systemmodifizierenden Folgen - in den Jahren 1988 und 1993 vergleichend zu untersuchen. Eine Epochen-Wende liegt dazwischen.

Der Realsozialismus mauerte 1988 natürlich. In Prag wie Berlin fanden sich vehemente Verteidigungen der militärischen Krisen-»lösung« und der folgenden »Normalisierung«. Die Stellungnahmen waren allerdings bereits durch die Abwehr möglicher Parallelen zu dem von Gorbatschow in Moskau eingeleiteten Reformprozeß bestimmt. Bei den traditionalistischen Verbündeten stieß die Perestroika auf taube Ohren, sorgenvolles Stirnrunzeln und strikte Ablehnung.[5] Im Westen wurde breit an die Reformer erinnert, weil es damals die einmalige Chance gegeben hätte, den Realsozialismus menschlicher zu gestalten. Angesichts der Perestroika erinnerte man sich der Vorläufer und wollte »vor allem ... die Reformmöglichkeiten der real-sozialistischen Gesellschaften (ausloten)«.[6]

Nur fünf Jahre später ist nach dem Ende des Realsozialismus auch der Versuch seiner Reformen abgehakt. Im Westen wird darüber hinaus die 68er-Generation denunziert, an den heutigen Krisen schuld zu sein. Sie habe kaum etwas »zur Humanisierung und Zivilisierung unserer Gesellschaft beigetragen«, eher »das Gegenteil«. »Ihr kritisches Potential stand in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer schöpferischen Kraft.«[7] Gleichzeitig vermelden Korrespondenten aus Prag Desinteresse an diesem Jahrestag, die einstigen Reformkommunisten sind als Teil der »kommunistischen Zwangsherrschaft« faktisch geächtet, unterliegen der Aburteilung von 40 Jahren »Unrechtsstaat«. Die heutigen Transformationsprozesse, aber auch die vollzogene Spaltung des Landes lassen diesen Reformversuch aus dem Gedächtnis verschwinden. Heute, nach der »samtenen Revolution« und in der marktwirschaftlichen, kapitalistischen Transformation propagiert die neue Elite: »Es war keine Frühling, sondern eine Götterdämmerung... Das menschliche Gesicht des Sozialismus ... fand nicht statt. Höchstwahrscheinlich aus dem einfachsten Grund, daß es das nie gab.«[8]

Die Frühlingserinnerung stört offenkundig, weil sie die Legende eines tumben, reformunfähigen Sozialismus widerlegen könnte. Außerdem sind alternative, sozialistische Ideen sowieso nach dem Sieg des Westens tabuisiert. Deshalb müssen sich auch ehemalige antistalinistische Dissidenten, wie z.B. der Dramatiker Pavel Kohout, vorwerfen lassen, daß sie zu »blauäugig« waren, »so lange an eine Reform und Reformierbarkeit des Kommunismus oder Sozialismus« geglaubt zu haben.[9]

»Der 21. August 1968 war der schwärzeste Tag in der Geschichte des Sozialismus seit Stalin.« »In späteren Zeiten werden unsere Historiker den Prager Frühling mit der Pariser Kommune vergleichen ... Die Prager Commune scheiterte nicht wie die Pariser, weil der Sozialismus der Zeit weit vorausgeeilt war, sondern im Gegenteil, weil der 'reale' Sozialismus in den sozialistischen Staaten so hoffnungslos hinter dem Gang der Zeitgeschichte zurückgeblieben war.« Robert Havemann: Brief an Ernst Bloch. In: ders.: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, Berlin 1990; S. 233

»Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern.« Lenin, Wladimir Iljitsch: II. Gesamtrussischer Verbandstag der Bergarbeiter. Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Verbandstages, 28. Januar 1921. In: Lenin, Werke, Bd. 32, S. 44

Die Letzten wollen die Ersten sein?

In den neueren Untersuchungen zum Prager Frühling bestimmen die Politik der Sowjetunion, der DDR, die Vorgeschichte der Intervention und innenpolitische Resonanzen das Interesse der Chronisten.[10] Mehr sollte aber nach den Inhalten des damaligen Versuchs eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz gefragt werden. Alexander Dubceks Überlegung dürfte hierfür treffen: »Man sollte immer zuerst die Vergangenheit verstehen, bevor man den Blick in die Zukunft wagt.«[11]

Der Prager Frühling war Reaktion auf eine akute Wirtschaftskrise seit Anfang der 60er Jahre.[12] Anstelle von Zuwachsraten wurden rote Zahlen geschrieben. Eingriffe in die Wirtschaft taten not. Nach langen Diskussionen wurde Akademie-Professor und ZK-Mitglied Ota Šik von der KPTsch-Führung unter Antonín Novotny beauftragt, eine Wirtschaftsreform auszuarbeiten. Ab 1966 wurden diese Maßnahmen eingeleitet, die erste Erfolge zeitigten.[13] Diese Reformen waren vergleichbar mit jenen, die in der ersten Hälfte der 60er Jahre auch in anderen Ostblockstaaten diskutiert und teilweise eingeführt wurden. 1962 hatte der sowjetische Ökonom Liberman den Schlüsselsatz dieser Reformen geprägt: »Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein.«[14] Der Plan sollte mit ökonomischen Hebeln und Marktelementen verbunden werden, jedoch in den Ländern mit unterschiedlicher Konsequenz. Der Prager Ansatz griff sowohl westliche Planification-Diskussionen auf als auch das 1963 in der DDR durch Walter Ulbricht initiierte Neue Ökonomische System und ähnelte ebenso dem dann seit Januar 1968 praktizierten Neuen Ökonomischen Mechanismus im Ungarn János Kádárs.

Es blieb aber nicht bei der Wirtschaftsreform. Seit Herbst 1967 war in Prag ein offener Richtungskampf in der KPTsch-Führung ausgebrochen. Es ging nicht mehr nur um wirtschaftliche, sondern um politische Veränderungen. Die CSR war 1956 fast das einzige osteuropäische Land, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU keine Entstalinisierung durchmachte. Zwar wurde still und heimlich amnestiert, aber sonst blieb alles beim alten. Erst 1962/63 wurden einige politische Prozesse der 50er Jahre wieder aufgerollt und Opfer offiziell rehabilitiert, Sündenböcke geopfert. Endlich setzte mit sieben Jahren Verspätung ein »Tauwetter« ein, dessen markantestes Ereignis zunächst die Kafka-Konferenz von 1963 war. Offen wurde die Qualität des bisher erreichten Sozialismus diskutiert und von der Fortexistenz der Entfremdung auch unter neuen, noch unreifen sozialistischen Verhältnissen gesprochen. Wissenschaftler und Künstler begannen in diesen Jahren mit einer breiten Diskussion zum erreichten Stand des Sozialismus, seinen Mängeln und Grenzen. Sie bewegten sich zwischen Repression durch die Parteiführung, skeptischer Beobachtung seitens der Verbündeten und teilweise wohlwollender Förderung durch die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen um Šik, Mlynár, Radovan Richta u.a. Der Verlauf der Wirtschaftsreform und die fortgesetzte intellektuelle Diskussion machten deutlich, daß im Un-

»Wir können ... nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten.«
Gemeinsamer Brief, a.a.O., S. 86-87

In ihren Forderungen an Prag zeigten die Paktpartner, wo für sie Grenzen realsozialistischer Ordnung unwiderruflich überschritten waren. Sie verlangten »einen entschiedenen und kühnen Angriff gegen die rechten und antisozialistischen Kräfte zu führen, alle Mittel zur Verteidigung, die der sozialistische Staat geschaffen hat, zu mobilisieren; mit der Tätigkeit aller politischen Organisationen, die gegen den Sozialismus auftreten, Schluß zu machen; die Leitung der Massenmedien - Presse, Rundfunk, Fernsehen - durch die Partei zu sichern und sie im Dienste der Arbeiterklasse, aller Werktätigen, der Sache des Sozialismus einzusetzen. Das erfordert die Geschlossenheit der Reihen der Partei selbst auf der prinzipiellen Grundlage des Marxismus-Leninismus, die unbedingte Einhaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, den Kampf mit denen, die durch ihre Tätigkeit den feindlichen Kräften in die Hände arbeiten.«
Gemeinsamer Brief, a.a.O., S. 91/92

»Die Überschreitung der Scheidelinie der modernen Zivilisation, die immer mehr zu unserem täglichen Los wird, stellt außerordentliche Ansprüche an unser Vermögen, neue Methoden und ungewohnte Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, ohne die wir die Dimensionen, Gesetzmäßigkeiten und Formen, die die Geschichtsbewegung zusammen mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, der wir entgegengehen, hinzunimmt, nicht verstehen können. Der Sozialismus öffnet hier unabsehbare Möglichkeiten, aber zugleich absolviert er seine größte geschichtliche Prüfung.«
Richta-Report, a.a.O., S. 22

terschied zu den anderen Ostblock-Reformen unbedingt die politische Komponente in eine Erneuerung des Sozialismus hineingehören mußte. Nur unzureichend wurde reflektiert, daß genau dies zu verhindern der Sinn eines Kurswechsels in Moskau und bei den Verbündeten war. Im Oktober 1964 wurde Chrustschow gestürzt, ein Jahr später legte das 11. Plenum des ZK der SED der eigenen Reform politische Zügel an.

In Prag wurde jedoch tiefer begriffen, daß es nicht um kleine Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus gehen konnte. Der Richta-Report »Menschheit am Scheideweg« wog nüchtern Chancen und Risiken der wissenschaftlich-technischen Revolution für die sozialen Prozesse ab: »Die Lösung der Industriezivilisation und die Beseitigung der von ihr hervorgerufenen Gegensätze ist keine Errungenschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die durch Umwälzungen im Bereich der Macht und des Besitzes zustande kamen, und kann es auch nicht sein. Als wirklich entscheidend kann allein die Tatsache gelten, daß die großen Probleme der industriellen Zivilisationsbasis auf dem Boden des Sozialismus *lösbar* werden, allerdings auf dem Weg (und unter der Voraussetzung) einer *völligen Umwandlung der gesamten Struktur der Produktivkräfte*, der gesamten Zivilisationsgrundlage des menschlichen Lebens.«[15]

In den Reformansätzen wurde deutlich, daß es um eine völlig neue Sicht auf geistige, soziale und politische Prozesse im Sozialismus gehen mußte, denn ein marxistisches, »humanistische(s) Sozialismus-Modell...muß...als Gesamtheit fungieren, die alle seine wesentlichen Komponenten umfaßt; fehlt auch nur eine von ihnen, geht der Sinn des ganzen Sozialismus-Projekts verloren«. Das erforderte, so die Überlegungen für ein neues Parteiprogramm der KPTsch im Sommer 1968, »die positive Herstellung neuer Bedingungen, neuen Raums für freie menschliche Aktivität: um die Entfaltung der Demokratie und die Erweiterung der Freiheiten für alle, um die Schaffung eines effektiveren Systems gesellschaftlichen Wirtschaftens, um eine stärkere Entfaltung der Produktivkräfte des menschlichen Lebens, um die allgemeine Kultivierung des Menschen selbst«.[16] Nur wenn es gelänge, in einem modernen Industriestaat die Errungenschaften der Zivilisation, die wissenschaftlich-technische Revolution auszuweiten und für die Menschen wirksam zu machen, die Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen und zugleich eine demokratische, humanistische, sozial gerechte Alternative aufzubauen, dann könnte der Sozialismus im Wettstreit der Systeme bestehen.

»Unter den gegenwärtigen Bedingungen des *Wettbewerbs der beiden Systeme* stellt die wissenschaftlich-technische Revolution einen Prozeß dar, der überall die Schwächen aufdeckt und der sich gegen jeden wendet, der nicht schritthalten oder rechtzeitig gleichzuziehen vermag. Der Entscheidungskampf um den Sozialismus wird derzeit auf dem Boden der Voraussetzungen des Produktions-, technischen und wissenschaftlichen Fortschritts ausgetragen«.
Richta-Report, a.a.O., S. 77

Das Prager Laboratorium für einen demokratischen Sozialismus

Natürlich kann man sich der Mühe unterziehen und kritisch Schwachstellen der Prager Reform hinterfragen, ihre vielbeschworene Naivität kritisieren, die Mlynár bestreitet: »Naiv waren wir nicht. Aber: Sie können nicht eine Reformpolitik verfolgen und gleichzeitig immer daran denken, 'die' kommen mit Panzern und machen alles kaputt. Das geht schon rein psychologisch nicht.«[17] Tatsächlich blieb aber manches nicht immer im Kalkül der Reformer. Wobei schon eine solche Formulierung eine Übertreibung ist. Handicap der Reform war

das Fehlen eines geschlossenen personalpolitischen und noch mehr inhaltlichen Reformkonzepts. Im Januar 1968 siegte der Kompromiß unterschiedlicher Flügel in der Partei gegen eine (auch in Moskau) verhängnisvoll empfundene Politik. Aber das »Wofür« blieb zwischen grundlegenden Reformen, Kosmetik und Befriedigung slowakisch-nationaler Wünsche unentschlossen. Es gab eine Vielzahl durchaus auch entwickelter Ansätze in der Intelligenz, die aber zunächst isoliert, oft eher theoretisch waren. Die personellen Veränderungen im Januar, März und April waren oft mit Kompromissen erkauft, und es ergoß sich nach der Zensuraufhebung unkontrolliert eine Informationsflut mit Enthüllungen und Konzepten, Progromstimmungen und Sozialismusbekenntnissen. Das »Aktionsprogramm der KPTsch« im April auf der Parteiseite, die »2000 Worte« im Juni auf der Seite der über die meisten Reformkräfte in der Partei hinausgehenden Gruppierungen bestimmten die Diskussionen, begrenzten sie aber keineswegs.

In diesem Rahmen kann über Fehler und Schwachpunkte gesprochen werden, die sowohl aus der Nach-August-Situation als auch aus 25-jähriger Rückschau leichter zu formulieren sind als in der Situation selbst getriebener Kräfte. Dazu gehörten:

I. Die Reformer unterschätzten die sich aus der *Systemauseinandersetzung* ergebenden Fragestellungen so kurz nach dem Höhepunkt des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund eines offenen Krieges in Vietnam.

Sie begriffen nicht die undifferenzierten sowjetischen, DDR- und polnischen Sicherheitsinteressen, die noch aus einer vereinfachten Weltkrieg-2-geprägten Sicherheitsphilosophie des Haltens geostrategischer Linien und Räume (Otto von Bismarck: »Böhmen ist der Schlüssel für Europa«) sowie der Furcht vor dem (west)deutschen Imperialismus geprägt waren.

Die westlichen Intentionen gegenüber dem Reformprozeß wurden fehlbewertet. Es wurde berechtigt die Chance für ein Ausbrechen aus der Logik der sich am Rande des Krieges bewegenden Blockkonfrontation erfaßt. Nicht gesehen wurde, daß der Preis dafür eine Politik sein sollte, der weg vom Kommunismus nicht nur Moskauer Prägung führt, den Westen möglichst nichts kostet und für die dieser im Ernstfall auch nicht bereit war, die Grenzen und Interessensphären von Jalta in Frage zu stellen.

Dubcek und seine Genossen verstanden es in der kurzen ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht, sich rechtzeitig und schnell ein eigenes »Bündnis« mit Reformkommunisten und Abweichlern in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, vielleicht auch der DDR aufzubauen. Es gab in all diesen Ländern ähnliche Interessenlagen bis in die politischen Führungen hinein für wirtschaftliche Effizienz, nationale Souveränität, abgeschwächt auch für eine Demokratisierung. Das betrifft auch die bewußte Suche der Nähe zu den an den Reformen sehr interessierten KP'n Westeuropas als ein inhaltliches Bündnis.

II. Die Prager Reformer waren zudem mit *inneren Problemen und Ängsten des Realsozialismus* als System und seiner geistig wenig beweglichen Führungen konfrontiert. Sie sollten sich im Frühjahr und

»Sicher ist, daß dieser Industrialisierungsprozeß, der sich auf das quantitative Wachstum der Produktivkräfte stützte, schnelle Fortschritte verzeichnete und die Grundlage für eine Neuorientierung schuf. Zugleich häufte er jedoch innere Probleme an, bildete seine dem Gesetz der Trägheit gehorchende Struktur heraus (Organisation, Leitung, Zusammensetzung der Produktion usw.), überschritt die Grenzen seiner Zweckmäßigkeit unter den gegebenen Bedingungen, und vor allem schwächte er die technische Entfaltung, die Anwendung der Wissenschaft in der Volkswirtschaft; die Ergebnisse entsprachen nicht den aufgewandten Mitteln.«
Richta-Report, a.a.O., S. 103f.

»Das Zentralkomitee geht, gestützt auf die Erfahrungen der sozialistischen Länder und der internationalen Arbeiterbewegung, bei der Schaffung seiner Programmerklärung konsequent von tschechoslowakischen Verhältnissen aus. ... Nun ist die Zeit gekommen, in der die Kommunisten an die Wandlung im gesamten Leben der Partei, den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft gehen.«
Aktionsprogramm, a.a.O., S. 44/45

Sie wollten einen Sozialismus mit »ein(em) breite(n) Spielraum der gesellschaftlichen Initiative, offene(m) Meinungsaustausch und Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Systems buchstäblich (als) Voraussetzung einer dynamischen sozialistischen Gesellschaft«. Nur so seien sie in der Lage, »im Wettbewerb vor der Welt (zu) bestehen und ehrenhaft unsere Verpflichtungen gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung (zu) erfüllen«. Aktionsprogramm, a.a.O., S. 44/45

Sommer 1968 als ausschlaggebend für die Entscheidung der Verbündeten erweisen.[18]

In der Sowjetunion hatte sich mit Chrustschows Sturz Oktober 1964 eine Wende bei der Infragestellung des von Stalin geprägten Sozialismus ergeben. Nicht allein die gelegentlich abenteuerlich-sprunghaften Züge der Politik Chrustschows wurden zurückgenommen. Vielmehr wurde die Linie des XX. und XXII. Parteitages mit ihrer Entstalinisierung und den Reformansätzen in Wirtschaft und Politik weitgehend eliminiert. Nur noch ein Modifizieren des von Stalin begründeten Modells, nicht aber sein Überwinden wurden für die UdSSR und zunehmend für die Verbündeten akzeptiert. Hier brachen die KPTsch-Reformer verspätet mit ihrer Idee vom Modellwechsel ein und stießen mit der Restauration zusammen.

Prag überschritt die bisherige Grenze von Reformkonzepten der Regierenden, indem sie ausdrücklich politischen Wandel, einen demokratisierten Realsozialismus anstrebte. Auf die Frage der Macht - die letztendlich immer die Macht des Politbüros und des jeweiligen Generalsekretärs war - reagierten die Verbündeten allergisch, ohne daß Prag ausreichend die Brisanz dieser Frage für die eigene Macht und die Beziehungen zu den Verbündeten begriff. Zudem war ja damit außerdem die Abkehr von dem eher paternalistischen Hegemonievorbehalt der Sowjetunion verbunden.

Angesichts des bis zum Einmarsch im großen und ganzen zivilisierten Vollzugs der Reformen sowie der Auseinandersetzungen mit den Konservativen konnten und wollten die Reformer die immer wieder von den Verbündeten beschworenen Parallelen zu den ungarischen Ereignissen 1956 mit den auch für Kommunisten blutigen Abrechnungen nicht akzeptieren. Prag ging von der Normalität von Diskussion und Kontroverse aus, meinte, daß radikalere Gruppierungen wie KAN oder K 231 keine ernsthafte Gefahr für den Sozialismus seien und daß von einer Progromstimmung eigentlich nicht die Rede sein könne.[19]

III. Damit ist auf eine weitere, sich aus dem realsozialistischen Modell ergebende *innere Problemgruppe* zu verweisen, die die Reformer in ihrem Risiko unterschätzten und die unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen 1989/90 in aussichtsloser Situation eine Reform des Realsozialismus erst recht durchkreuzen mußte. Dieses Risiko hatten die Konservativen realistischer eingeschätzt. In ihrem Sicherheitsbedürfnis zerstörten sie aber viel nachhaltiger das eigene, unbeweglich und steril gewordene System, das sich aus der eigenen, von Marx für jede Gesellschaft als charakteristisch angesehenen Dialektik verabschiedete. Engels hatte darauf verwiesen, »daß jeder revolutionären Erschütterung ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrunde liegen muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird«.[20] Ob diese Eruption nun tatsächlich immer in Richtung eines unvermeidlich nach vorn gerichteten Fortschritts, so der traditionelle Glaube der Kommunisten, erfolgen muß, steht auf einem anderen Blatt.

»Die eigentliche positive Mission des Sozialismus erfüllt sich durch die Suche nach einer menschlichen Variante der technischen Zivilisation, durch die Öffnung der Möglichkeit der Entfaltung des Menschen.« Richta-Report. a.a.O., S. 186

Es gelang zunächst nicht, den als entscheidend angesehenen Auseinandersetzungsprozeß mit den konservativen Kräften in der Partei

konstruktiv und als innertschechoslowakischen Prozeß zu führen, wie das angestrebt worden war. Die Reformer standen einer mehr oder minder geschlossenen Phalanx konservativer Kräfte in Prag wie Moskau, Berlin oder Warschau gegenüber, die ernsthafte Bedenken gegen den Reformkurs artikulierten und über die Solidarität des Moskauer Politbüros einen Modellwechsel zu verhindern suchten. Ein Reformparteitag, für den September einberufen, sollte den Wandel zementieren, wurde aber zum Zeitmesser für die Einmarschentscheidung.

Die überzeugendsten Argumente der Reformgegner waren einerseits die mit dem Wegfall der Zensur überschwellenden Zeitungen, die nicht mehr nur die sozialistische Ordnung unterstützen, sondern auch Verbrechen und Fehler der Vergangenheit offenlegten, damit gleichzeitig nach sowjetischer Verantwortlichkeit fragten und teilweise den Sozialismus zur Disposition stellten. Zum anderen war da das Wirken nichtkommunistischer Organisationen, die sowohl sozialdemokratisches Gedankengut reaktivierten, teilweise die sozialistische Ordnung in der CSSR insgesamt anzweifelten oder offen prowestliche Veränderungen, häufig mit Rückgriff auf die Zwischenkriegs-CSR, wollten. Hier konnten sich Parteiführung und Regierung im Geiste der neu gewonnenen politischen Freiheit nicht zu intensiverer Auseinandersetzung, gar Unterdrückung dieser Opposition durchringen, weil dies eigene Glaubwürdigkeit und Selbstverständnis nicht zuließen. Die realen Risiken für einen weiteren (von außen ungestörten) Reformprozeß aus diesen Gruppierungen heraus sind nicht mehr bestimmbar. Zu sehr werden die Tatsachen durch die Desinformation der Verbündeten ebenso wie durch das Verschweigen seitens des Westens verzerrt.

Der konkrete Reformverlauf war durch innere und äußere Faktoren zeitlich und inhaltlich unter Druck geraten. Die von oben, durch Teile der Parteiführung und -intelligenz eingeleiteten, in der konkreten Ebene nur unzureichend ausgearbeiteten Reformschritte mußten sich in einem ungleichen Wettlauf bewähren. Denn gleichzeitig wurde dieselbe Partei angesichts der Enthüllungen über die jüngere Vergangenheit demontiert und die Ausschaltung einer großen Zahl bisheriger Funktionäre verunsicherte Partei- und Staatsstrukturen.

Schließlich darf die breite Massenaktivität gegen den Einmarsch der Sowjetunion und die Verbündeten nicht über den realen Verlauf und den Inhalt der innergesellschaftlichen Diskussion hinwegtäuschen. Sie setzte sowieso erst nach der endgültigen Entmachtung Novotnys und der Aufhebung der Zensur besonders im März 1968 ein. Abwarten und allgemeines Lamentieren über neue Freiheiten und bisherige Bedrückungen bestimmten diese Situation. Konstruktive Schritte für Reformen wurden aber weiterhin von oben vorgegeben, so das Schicksal der im Juni/Juli beschlossenen Regelungen über die Räte der Werktätigen.

In der Zange

Das Schicksal des Reformversuchs ist bekannt. Die Verbündeten akzeptierten den versuchten Modellwechsel nicht, sie sahen nur die

»Die bisherige auf die Industrialisierung ausgerichtete Orientierung hat sich offensichtlich überlebt. Das alte administrativ-direktive Leitungssystem, das sie in Gang setzte und das mit ihr innerlich verknüpft war, ist zu (einem) *Hindernis* der Einordnung der Tschechoslowakei in den Strom der wissenschaftlich-technischen Revolution geworden.«
Richta-Report, a.a.O., S. 113

»Der Sozialismus kann nicht nur die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Vorherrschaft der ausbeutenden Klassenbeziehungen bedeuten, sondern muß mehr als jede andere bürgerliche Demokratie ermöglichen, die Persönlichkeit des Einzelnen voll zur Geltung zu bringen.«
Aktionsprogramm, a.a.O., S. 71

Zur »Stimulierung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts« ist es erforderlich, »daß weitgehend Impulse sozialistischen Unternehmungsgeistes freigemacht werden und sich Wertkategorien als notwendige Unterlagen für die Lenkung objektiver und subjektiver Elemente der gegenwärtigen Zivilisationsprozesse herausbilden«.
Richta-Report, a.a.O., S. 326/327

Gefahr eines Systemwechsels und hier waren für sie die Grenzen überschritten. Marktwirtschaftliche Reformen klangen schon schlimm, aber Demokratisierung und Aufgabe der »Diktatur des Proletariats«, Verzicht auf eine adminstrativ durchgesetzte führende Rolle der Partei konnten nur revisionistisch, sozialdemokratisch, also konterrevolutionär sein. Aus ihrer Sicht war »eine für ein sozialistisches Land absolut unannehmbare Situation entstanden«, die bei Ausbleiben inneren Dreinschlagens das eigene Handeln erforderte.[21] Am 21. August 1968 rückten sowjetische und Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR ein (bzw. deckten sie militärisch, wie die NVA) und beendeten das Experiment. Genauer gesagt, es war ein fast vollständiger militärischer Erfolg, aber ein politisches und ideologisches Desaster. Das eigene Krisenmanagement funktionierte nicht. Weder fand sich zunächst eine hinreichend starke, verantwortungsbereite Fraktion der KPTsch, die als »revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung« nach ungarischem Vorbild von 1956 »die Ordnung« wiederherzustellen vermochte. Noch kam es zu einer Wiederauflage des Befreiungszuges der Roten Armee von 1945. Die Bevölkerung leistete passiven Widerstand gegen die Besatzer. Erst in einem längeren Prozeß konnten innerhalb der KPTsch die Machtverhältnisse geklärt und ein Kurs der »Normalisierung« beschritten werden, der die Reintegration in das sowjetische Modell sicherte. Es schien ein Muster zu funktionieren - »*Vergessen*: das ist der Schlüssel zur sogenannten Normalisierung in der Tschechoslowakei. Erfolgreich hat das Regime die Menschen aufgefordert: vergeßt 1968. Vergeßt eure demokratischen Traditionen... Vergeßt die Politik. Im Gegenzug dafür werden wir euch ein komfortables, sicheres Leben bieten.«[22] Ein Gesellschaftsvertrag, der sich nur für die nächsten zwanzig Jahre einhalten ließ.

»Die unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen und einzelner Schichten sowie ihre Vereinigung zur Geltung zu bringen erfordert, ein neues politisches System unseres Lebens, ein neues Modell der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten und anzuwenden. Die Partei wird sich um eine solche Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bemühen, wie sie den tatsächlichen Interessen der einzelnen Gruppen und Schichten unserer Gesellschaft entspricht und wie sie es ermöglichen würde, ihre Interessen von ihren Organisationen auszudrücken und so ihre Stimme im öffentlichen Leben geltend zu machen.«
Aktionsprogramm, a.a.O., S. 59

Aber auch der Westen scheiterte vorerst mit seiner Aufweichung. Der bundesdeutsche Außenminister Willy Brandt hatte in seiner Architektur einer »neuen Ostpolitik« die Idee vom »Wandel durch Annäherung«, der das tödliche Balancieren am Rande des Krieges ablösen sollte. »Eine solche Konzeption kann zur Transformation der anderen Seite beitragen. Das verstehe ich unter einer aktiven, friedlichen und demokratischen Politik der Koexistenz. Wir sollten uns darauf konzentrieren, eine Entwicklung zu unterstützen, die uns mehr verspricht als bloße Selbstbehauptung, die dazu beitragen kann, eine friedliche und dynamische Transformation zu fördern. Auf dieser Ebene der Auseinandersetzung sind wir viel erfahrener und weniger verwundbar als die andere Seite.«[23] Letzten Endes sollte er recht behalten. Damals ließ das Erbe von Jalta und die fehlende Bereitschaft, selbst etwas praktisches zu tun, den Prager Frühling unter sanften Protesten sterben. Der ständige westliche Versuch, Reformen des Realsozialismus für die eigenen Zwecke auszunutzen, ließ aber Reformen immer wieder eher als Trojanische Pferde der Konterrevolution denn als notwendige Korrektive erscheinen. Insofern wurden auch dadurch Grundsteine für den Einsturz des scheinbar so monolithischen Koloß gelegt.

Mehr und mehr fand sich der Realsozialismus in der Situation des

Hasen aus dem Fabel, der mit seinem abgekupferten Wohlstandsmodell den Westen abhängen wollte, aber immer wieder in der gleichen Furche lief, in der der Igel schon allhier war und buntere Schaufenster wie besseres Werbefernsehen zu präsentieren wußte, mit gelegentlich auch sozialem Klimbim, aber ohne Bedürftigkeit, sein ganzes System sozial umgestalten zu müssen. Die Chance, die Furche zu wechseln und Demokratie, Selbstverwirklichung, alternative Entwicklungskonzepte einzulösen anstelle der Bananen, dies hatte sich der Realsozialismus und seine politischen Führungen 1968 endgültig verbaut.

Die Partei »kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muß sie immer aufs neue durch ihre Taten gewinnen.« Aktionsprogramm, a.a.O., S. 61/62

Was bleibt?

Auch wenn außer diversen Studien und Artikeln, Reden und Büchern eigentlich nur das Aktionsprogramm der KPTsch vom April 1968, die Materialien des später für illegal erklärten XIV. Parteitages und für die ökonomischen Reformen seit 1965/66 eine breite Literatur und Beschlußlage existiert, so lassen sich doch zumindest fünf Grundzüge des Prager Reformversuchs skizzieren, die für den angestrebten Modellwechsel eines »*Weg(es) der Tschechoslowakei zum Sozialismus*«[24] und künftig auch für jeden anderen Versuch eines demokratischen Sozialismus von bleibendem Wert sind.[25]

Erstens wollten die Prager Reformer die *Gesellschaft als Voraussetzung für Sozialismus demokratisieren.* Damit verwarfen sie die bisherige Praxis der führenden Rolle der Partei und ihres engsten Führungszirkels. Sie erstrebten eine Partei, die Kraft ihrer Überzeugung, der Aktivität der Mitglieder, der lebendigen Antworten auf die Probleme der Gesellschaft Autorität genießt. Sie waren bereit, sich im Rahmen eines sozialistischen Parlamentarismus und Pluralismus der Konkurrenz zu anderen politischen Kräften zu stellen, weil sie nur so die Chance sahen, sowohl den demokratischen Grundanspruch der sozialistischen Alternative als auch die für ihr Wirtschaftsmodell unabdingbare Artikulation, Abwägung und Durchsetzung unterschiedlicher Interessen zu garantieren. Entscheidend war damals die Sicherung der politischen Freiheiten (Versammlungs-, Meinungs-, Vereinigungsfreiheit) als Antwort auf die Jahrzehnte praktischer Entmündigung der Bürger. Zivilgesellschaftliche Strukturen waren im Kalkül der Reformer.[26]

Sie blieben jedoch dem traditionellen Parteiendenken verhaftet, wenn sie auch der Nationalen Front ein bedeutend größeres Gewicht beimaßen. Basisdemokratische Momente spielten hierbei nur bedingt eine Rolle, die konkreten Vorstellungen liefen zuallererst auf ein wiederbelebtes parlamentarisches System von der Republiks- bis zur Gemeindeebene hinaus. Auf der unteren Ebene standen sie demokratischen Aktivitäten wohlwollend gegenüber. Letztendlich ging dieses Konzept aber nicht über westlich-parlamentarische Muster hinaus, war allerdings zum Zeitpunkt der gewaltsamen Repression offen für eine Weiterentwicklung.

Unter heutigen Aspekten bleibt naturgemäß die Frage, welchen Fortschritt allein die Wiederherstellung des Parlamentarismus gebracht hätte, wenn sie nicht mit dauerhafter politischer Aktivität weiter Bevölkerungsteile, eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und nicht

nur der Delegierung an Abgeordnete sowie - unter den heute erneuerten kapitalistischen Verhältnissen - der Möglichkeit einer institutionalisierten, organisierten Gegenmacht zu politischen wie wirtschaftlichen Monopolen und drängenden Funktionsprinzipien einhergeht.

Zweitens begriffen sie die *Produktionsdemokratie* als Voraussetzung für eine erfolgreiche wissenschaftlich-technische Revolution. Nur denkende, mitentscheidende Beschäftigte garantierten, daß wirtschaftliche und technologische Grundsätze in den Betrieben zum Erfolg geführt werden könnten. Kritisch verarbeiteten sie die Erfahrungen der jugoslawischen Selbstverwaltung und wollten deren Fehler einer zu willkürlichen, gruppenegoistischen Ausgestaltung vermeiden. Praktisch herausgekommen und nur in den Anfängen erprobt war das Modell der Räte der Werktätigen, daß stark dem bundesdeutschen Mitbestimmungsmodell angelehnt war. Einem starkem Manager, der sich wesentlich auf seine technokratischen und Effizienzüberlegungen stützen sollte, stand ein Rat gegenüber, der zu wichtigen Fragen zu hören war, der kontrollieren und Einwände geltend machen konnte, letztlich auch für längere Fristen den Manager bestellte, aber in den praktischen Prozeß nur bedingt gestaltend eingreifen konnte.[27]

Dieses Modell setzte klare gesamtgesellschaftliche Vorgaben und Rahmenbedingungen voraus, um ein entsprechendes Profil und eine für die Gesellschaft wirksame Unternehmenspolitik zu gewährleisten. Heute anzustellende Überlegungen müßten aber von einer tatsächlichen Mitbestimmung der Beschäftigten über die Produktionsziele ausgehen, wobei naturgemäß die Frage bleibt, wie immer wieder übergreifende gesellschaftliche Fragestellungen zum Tragen kommen und nicht jeder Betrieb im Sinne allein seiner betriebswirtschaftlichen Effizienz nach optimalen Verwertungsbedingungen sucht und sie auf Kosten anderer Gesellschaftsglieder durchzusetzen sucht.

Damit sind wir *drittens* bei den angestrebten *marktwirtschaftlichen Reformen*. Die zentrale Stellung des Betriebsgewinns und die nur locker über Perspektiv- und Rahmenplanungen sowie durch die zentralen Banken und Ministerien festgesetzten Mechanismen (Kredite z.B.) gesteuerten Prozesse sollten eine sozialistische Marktwirtschaft begründen.

Nur wenig wurde nach den inhaltlichen Kriterien von Wirtschaft in einer sozialistischen Gesellschaft gefragt. Klar war, daß bestimmte soziale Bedingungen entsprechend dem Charakter dieser Gesellschaft zu gewährleisten waren. Man sah Probleme einer ungezügelten Bedürfnisentwicklung und -befriedigung, die Befürchtungen um die Natur bewegten sich im Rahmen ihrer in den 60er Jahren noch unentwickelten Reflektion.

Gerade hier liegen aber für künftige Wirtschaftsalternativen die Schlüsselfragen, deren allein marktwirtschaftliche Regulierung unwahrscheinlich ist. Überhaupt ist offen, inwiefern im Einzelfall eines Betriebes und einer Gesellschaft wirtschaftliche Effizienzkriterien mit sozialen Mindeststandards in Einklang zu bringen sind.[28] Daran sind ja bislang fast alle marktorientierten Reformversuche des Realsozialismus gescheitert - entweder wurden sie in den 60er Jahren

angesichts der politischen Risiken (Menetekel CSSR) gedrosselt (DDR-NÖS-Schicksal 1969/70) oder sie verhinderten nicht bzw. vertieften die wirtschaftliche Krise des Landes (Jugoslawien, Ungarn in den 80er Jahren) oder führten zu sozialen Spannungen (China 1989) oder begünstigten den Übergang zu einer Marktwirtschaft, die auf das Attribut sozialistisch radikal verzichtete (Polen, Ungarn 1989; letztendlich die Wende-Folgen 1989/90 in ganz Osteuropa). Auf die Erfolge und Grenzen sich marktwirtschaftlich nennender Gesellschaften des Westens - ob sozialdemokratisch oder neoliberal-konservativ - sei hier gar nicht erst eingegangen.

Viertens begriffen die Prager Reformer früher und nachhaltiger als die meisten der Verbündeten (vielleicht mit Ausnahme Walter Ulbrichts und seines NÖS, der aber die politische Seite ausklammerte) die *Bedeutung der revolutionären neuen Produktivkräfte*. Ohne auf diesem Feld zu bestehen, hatte auch der Sozialismus keine Chance im Systemwettstreit. Gerade deshalb stellten sie die Frage der wirtschaftlichen Effizienz, die sie mittels Marktmechanismen lösen wollten. Aus der Situation erklärlich und für künftige Sozialismusversuche so nicht nachvollziehbar ist der recht unkritische Umgang mit Technik und Wissenschaft ohne Furcht vor ökologischen Konsequenzen. Heute wäre ohne ein ganz anderes Verständnis von Fortschritt und Verzicht auf einen Wettlauf um wirtschaftliche Kennziffern und Tonnagen kein Ausweg mehr denkbar. Bedacht muß allerdings werden, daß sich dies alles noch vor dem legendären Bericht an den Club of Rome von 1971 über die »Grenzen des Wachstums!« abspielte, der selbst ein Jahrzehnt zu seiner gesellschaftlichen Wirksamkeit brauchte.

Fünftens, im Unterschied zum kollektivistischen Ansatz bisheriger realsozialistischer Entwicklung setzten die Reformer auf das *Individuum, auf die Entfaltung der Persönlichkeit und die Aufhebung entfremdeter Strukturen* gerade in der sozialistischen Gesellschaft. Im Menschen, seiner reichen Individualität, sahen sie den eigentlichen Reichtum und das Ziel der Gesellschaft. Sie begriffen ebenso, daß seine tatkräftige Arbeit, seine freie Entwicklung für ein politisches und soziales System auch als Produktivkraft im Produktionsprozeß Reserven freisetzen könnte, die den Sozialismus in der Systemauseinandersetzung zum Siegen befähigen könnte. Auch hier ein weitgehender Ansatz, der für heutige linke Politik von eminenter Wichtigkeit ist, der aber natürlich auch die Frage nach den positiven wie negativen Folgen der Individualisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für eine erfolgreiche Formierung von Gegenmacht in der bestehenden Ordnung impliziert.

Zerstörung der Reform als Ende der Reform des Sozialismus

Die Zerstörung der Prager Reform erwies sich im Nachhinein als Ende der Reformen in Osteuropa. Die Versuche im Umfeld von Gorbatschows Perestroika vollzogen sich bereits unter denkbar ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen, so daß hier der Umbau einer Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend aussichtsloser geriet. Zudem wurden die Prozesse von 1968 nicht ausreichend analysiert, genauer: sie wurden nur zur Entlarvung »revisionistischer« und »reformisti-

scher« Positionen genutzt, die sich hinter ihnen verborgen hätten.[29] Berechtigt wurden immer wieder einige Fehler der Vorjanuarpolitik seit 1948 kritisiert: die zu radikale Vergesellschaftung, sprich: Verstaatlichung aller Wirtschaftszweige bis zum kleinen Friseur, die Deformationen im politischen System und die Repressalien besonders der 50er Jahre, die zu schleppende Rehabilitierung, die falsche nationale Politik gegenüber den Slowaken. Letztlich blieb diese Analyse aber bewußt an der Oberfläche und suchte nicht nach grundlegenderen Fragen der Theorie, der Parteipolitik und des angewandten sowjetischen Modells eines administrativ-zentralistischen Sozialismus, das zu Kriegszeiten unter rückständigsten Bedingungen als Ausnahmelösung entstand und sich verselbständigt hatte.

Die Zeit ging über dieses Unvermögen zu Lernen hinweg. Bereits zwölf Jahre später bei den Streiks von NSZZ »Solidarnosc« in Polen 1980/81 wurde auf die Unfähigkeit zu Innovation und Selbsterneuerung radikal reagiert. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter waren kaum mehr mit dem Ziel nach einer erneuerten *sozialistischen* Gesellschaft verknüpft. Diese Alternative wurde hier zu den Akten gelegt und die faktisch die Wiedererrichtung des anderen, *kapitalistischen* Systems gefordert. Natürlich gab es Illusionen über die demokratischen und sozialen Züge dieser Gesellschaft, aber entscheidend war, sie sahen deren ökonomische Effizienz.

Genau diesen Rückschritt wollten die Prager Reformer nicht. Sie wollten im Rahmen ihres Systems ihre Gesellschaft entsprechend den neuen Erfordernissen und den humanistischen Intentionen wirtschaftlich und politisch umgestalten. 1983 vermutete Mlynár unter dem Eindruck der polnischen Ereignisse, daß der Realsozialismus in seinen Krisen immer wieder mit dem gleichen Problem konfrontiert sein wird wie 1968: »das politische System zu beseitigen, welches als Instrument der Durchführung gebilligter Entscheidungen aufgebaut ist und die Behandlung verschiedener Alternativlösungen unter demokratischer Kontrolle und Teilnahme von Menschen (sozialer Kollektive und Einzelpersonen) im Prozeß der politischen Entscheidungsbildung unmöglich macht. Obwohl sich der 'Prager Frühling' in der Zukunft nirgends wiederholen kann, wird immer wieder die Frage gestellt werden, auf die er eine Antwort suchte.«[30]

Die heutige und künftige Diskussion um den Sozialismus wird sich darum drehen müssen, welcher Sozialismus es sein soll. Die osteuropäischen Erfahrungen haben gezeigt, daß das historisch entstandene Modell in eine Sackgasse führte und die ganze Idee diskreditierte. Für Osteuropa ist nun die Reformierung des alten Modells durch den Systemwechsel obsolet geworden. Es bleibt aber offen, wie die Menschheit aus ihrer generellen Sackgasse der Entwicklung herausgeführt werden kann und wie die soziale Ungerechtigkeit, die zur Arbeiter- und sozialistischen Bewegung mit ihren Revolutionsversuchen führte, unter den veränderten Bedingungen überwunden werden kann. Gelegentlich scheint sich das in linken Diskussionen in die vereinfachte Fragen- und Etikettenzuweisungen zwischen einem »zurück zu Stalin« oder zu den Reformkommunisten oder der Sozialdemokratie zu erschöpfen.

Es geht aber um grundlegende Selbstverständnisfragen einer modernen sozialistischen Alternative, die demokratisch Machtpositionen gewinnen will und die demokratische Teilhabe des Volkes ebenso sichert wie den Schutz von Minderheiten. Es geht um eine Wirtschaft, die effizient ist, die die Voraussetzungen für eine sozial gerechte Gesellschaft schafft, aber nicht die Umwelt weiter zerstört und deren Verantwortung nicht an den nationalen Grenzen halt macht, sondern auch die Probleme der bisherigen 2. und 3. Welt versucht mitzugestalten. Es geht um einen Sozialismus, der auf den Menschen ausgerichtet ist. Schließlich geht es um eine Gesellschaft, die fähig ist zu Selbstkritik und Selbstkorrektur. Das Schicksal des Prager Frühlings belegt das Scheitern eines Modells am Widerstand des eigenen Konservatismus und in den Zwängen der Systemkonfrontation. Es bietet wie alle anderen Reformversuche aber auch historisches Material für einen modernen Sozialismus, das es gilt aufzufinden und wirksam zu durchdringen.

1 Zdenék Mlynár: »Was passiert, wenn eine Nonne in ein Bordell geht?«. In: Berliner Zeitung, 21./22. August 1993
2 Siehe zu Geschichte und Aktualität alternativen Denkens: Stefan Bollinger, Bernhard Maleck: Auf der Suche nach der Zukunft. Über Macht und Ohnmacht des Utopischen, Berlin 1992; siehe ausführlicher zu Geschichtsverständnis und -debatte: Stefan Bollinger: Geschichte und Linke - zwischen Flucht und Verantwortung. In: ders., Uwe-Jens Heuer, Hans Heinz Holz, Günter Benser: DDR-Geschichte. Nostalgie oder Totalkritik. Reihe controvers. Berlin 1992, S. 3-20
3 Kurt Gossweiler: Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus - Eine Thesenreihe, in: Weißenseer Blätter, Berlin, H. 4/1992, S. 54
4 Etienne Balibar: Europa nach dem Kommunismus, in: Das Argument, Hamburg, H. 191/1992, S. 17/18
5 Typisch dafür: Alois Indra: Die Umgestaltung und die Lehren aus der krisenhaften Entwicklung, in: Neues Deutschland, 8. März 1988; siehe auch: Karel Horak: »Wie waren die Worte, und wie waren die Taten - Die Wahrheit über das 'Aktionsprogramm' 1968«, in: ebd., 09./10. April 1988; Hribek, Mejsnar, Chuchmák: Tschechoslowakei 1968 - Prager Frühling? Düsseldorf 1988
6 Jutta Tiedtke: »Prager Frühling« und demokratischer Sozialismus, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn, H. 8/1988, S. 712
7 Kurt Sontheimer: Eine Generation der Gescheiterten, in: Die Zeit, Hamburg, H. 15/93, S. 11
8 Jirí Grusa: Es war kein Frühling, sondern eine Götterdämmerung, in: Das Parlament, Bonn, H. 34/1993, S. 17
9 So der Vorwurf von Fritz J. Raddatz an Pavel Kohout in einem ZEIT-Gespräch: Der Kalte Krieg in den Köpfen. Wie lange durfte man als Intellektueller Kommunist sein? in: Die Zeit, Hamburg, H. 50/92, S. 60
10 Siehe z.B. die Beiträge von Vojtech Mencl, Wladimir K. Wolkow, Feliks Tych, Lutz Prieß, Manfred Wilke, Stefan Wolle in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, H. B 36/92
11 Alexander Dubcek: Leben für die Freiheit. München 1993, S. 91
12 Siehe umfassender zum Prager Reformversuch und der Rolle der DDR: Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg - SED zwischen NÖS und »Prager Frühling«. hefte zur ddr-geschichte. Abhandlungen, H. 5, Berlin 1993
13 Siehe Grundsatzresolution des ZK der KPC vom 29. Januar 1965 zum Neuen Ökonomischen System, in: Peter Norden: Prag - 21. August. Das Ende des Prager Frühlings, München 1977, S. 16-25; siehe auch: Jirí Kosta: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis. Opladen 1974
14 Jewsei G. Liberman: Plan - Gewinn - Prämie. Die Leitung und Planung der

Volkswirtschaft vervollkommnen, in: Presse der Sowjetunion, Berlin, H. 108/1962, S. 2333

15 Radovan Richta und Kollektiv (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, Frankfurt/M. 1971 (im weiteren: Richta-Report), S. 60

16 Über die Vorbereitung und die Grundzüge eines langfristigen Parteiprogramms (Entwurf für den 14. Parteitag der KPTsch), in: Jirí Pelikán (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1969 (im weiteren: Programmentwurf), S. 121

17 Zdenék Mlynár:] »Was passiert ...«. a.a.O.

18 Symptomatisch dafür das Ultimatum der sogenannten Warschauer Fünf vom Juli 1968: Gemeinsamer Brief der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Sowjetunion an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. XII, Berlin 1971, S. 85-95

19 Moskau und Berlin dürften diesbezüglich solche Berichte wie auf den hier zu verweisenden kaum beruhigt haben: Progrom-Gefahr. Gefährliche Schraube, in: Der Spiegel, Hamburg, H. 17/1968, S. 155/157

20 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, S. 5

21 Gemeinsamer Brief. a.a.O., S. 89

22 Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München-Wien 1990, S. 61

23 Willy Brandt: »Denk ich an Deutschland ...«. Eine Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, in: Manfred Uschner: Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991, S. 197

24 Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, in: Prag 1968 - Dokumente, eingeleitet und zusammengestellt von Michael Csizmas, Bern 1968, S. 45

25 Siehe auch eine entsprechende Position des Richta-Teams 1968: Gesellschaftspolitische Reformvorstellungen. In: Helmut Dahm: Demokratischer Sozialismus. Das tschechoslowakische Modell, Opladen 1971, S. 45

26 Siehe: Vladimir Klokocka: Demokratischer Sozialismus. Ein authentisches Modell, Hamburg 1969

27 Siehe: Jirí Kosta: Sozialistische Planwirtschaft, a.a.O., Opladen 1974, bes. S. 187-217

28 Siehe dazu die kritische Sicht von zwei früheren Verfechtern des Marktsozialismus auf der Grundlage einer Vorwende-Analyse der osteuropäischen Reformansätze bis 1988/89: Wlodzimierz Brus, Kazimierz Laski: Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990

29 Kommunistische Partei der Tschechoslowakei: Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und der Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch, in: Neue Zeit, Moskau, H. 5/1971, S. 31-48

30 Zdenék Mlynár: »Prager Frühling« 1968 und die gegenwärtige Krise politischer Systeme sowjetischen Typs, in: ders. (Hrsg.): Der »Prager Frühling«. Ein wissenschaftliches Symposion. Köln 1983, S. 66

Klaus-Peter Schwarz
Troubadix bei den Ostgoten

Das Sprengen amerikanischer Katzen durch amerikanische Mäuse rangiert in meiner Werteskala kaum höher als das Sprengen somalischer Wohnhäuser in der Nähe der US-Botschaft. Da bin ich eigen, und ich meine sehr schlicht, ersteres ist das Weltbild der Welt-GSG-9. Also muß Florian z.B. unter den Videos aus dem Befreiungskampf wählen: »Operation Hinkelstein« oder »Asterix erobert Rom«...

So bin ich einigermaßen up to date in jener gallischen Lebensart, die einst Caesar aufgebracht hat und jüngst Bischofferode ansteckte: ein kleines Dorf voller Verrückter kann eben Rom besiegen, wenn es sich einfach nicht ergibt...

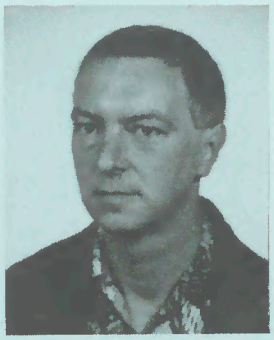
Trotzdem ist die Geschichte mit unserer Geschichte nur schwer zu vergleichen. Mirakulix war zwar ein sehr hagerer Zauberer, doch hatte er außer dem Druidentitel an sich auch noch das Rezept für den notwendigen Zaubertrank im Kopf. Auch Obelix gefällt mit sehr gut: sehe ich ihm doch ein wenig ähnlich, ohne als Baby in den Zaubertrank gefallen zu sein ...

Am besten einfühlen kann ich mich jedoch in Troubadix, den gallischen Barden, der seinen Leuten mit der Laute Lust am Dorfleben und noch mehr Wut auf die Römer machen will. Immer dann hauen sie ihm nämlich mit der vom Zaubertrank wunderbar vervielfachten Kraft das Instrument um die Ohren, stampfen ihn in den nicht in Treuhände gefallenen Boden und holen ihn nur heraus, um ihn gefesselt an eine große gallische Eiche zu hängen. Als den Ahnherren einer fast vergessenen und doch nicht »ehemaligen« Kulturpolitik: am Kragen aufzuhängen... Und während Troubadix in seiner Beobachterposition schaukelt und unverständlich lallt, hauen die Männer und Frauen nach Herzenslust die Römer und lallen der eroberten Weinfässer wegen...

Seit ich mich für Literatur entschieden habe - das ist das Geheimnis meiner Einfühlung - war ich unter meinem Vol..., also unter mir ähnlich Verrückten in der Lage von Troubadix...

Fatalerweise hat sich daran seit der »Wende« nichts, und zumindest nichts zum Besseren gewendet. Wenn die Waffen sprechen und die Waffeln knacken, haben die Musen die Beine breit und die Dichter den Mund geschlossen zu halten. Darin ist nicht einmal die PDS, die sonst aber auch von jedem aus allem ausgenommen werden soll, eine Ausnahme.

Ich will dabei noch gar nicht einmal davon klagen, daß sie zu einem großen Teil neue Wahrheiten von Leuten erwartet, die nur immer alles



Klaus-Peter Schwarz – Jg. 1955; studierte 1973 - 1980 in Leipzig M/L; Promotion 1981; seit 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Künste der DDR. 1986 - 1989 Aspirantur in Leipzig; Habilitationsschrift zu »Der Gott, der ist, ist der Gott der Proletarier« von der ml-philosophischen Fakultät der Karl-Marx-Universität abgelehnt, weil an Publikationen nur Gedichte, Liedtexte, Essais und Theaterstücke vorweisbar waren; vom letzten DDR-Kulturminister mit dem Büro zur Förderung populärer Künste abgewickelt; seitdem offen und versteckt arbeitslos.

besser wissen wollten als Kurt Hager und sich nicht vorstellen mochten, daß das Orakel von Wandlitz (ihnen darin sehr ähnlich) von sich selbst bestochen war. Auch die Restposten des demokratischen Zentralismus, inzwischen in die Basisdemokratie abgesunken, will ich gar nicht zählen... Sie zu ertragen oder abzutragen, ist eine parteiinterne Angelegenheit, die noch weit vor jeglicher Kultur kommt...

Und ich will nicht verhehlen, daß wir Troubadixe der Ostgoten es unserem Stammvolk alles andere als leicht machen, uns komische Kauze zu mögen. Noch immer sind wir nicht Spottdrosseln geworden, aber zu Lerchenhöhen vermögen wir uns nicht aufzuschwingen; ähnlich dem Kuckuck plazieren wir unsere Eier in ziemlich partei-, ja auch kulturfernen Nestern, suchen darin auch selbst Wärme und Würmchen...

Und trotzdem! Nur als verdeutlichende Pointe: wenn sich alle PDS-Mitglieder und Sympathisanten verpflichten würden, monatlich ein bestimmtes Buch und vierteljährlich eine bestimmte CD eines ostdeutschen Künstlers und ostdeutschen Verlages zu kaufen, würden die in schöner Regelmäßigkeit ziemliche Bestseller produzieren. Weniger noch: würden sie allen ostdeutschen Verlagen ihre Adressen so vertrauensvoll überlassen wie jedem westdeutschen Versandhaus, wäre schon damit ein beachtliches Informationsnetz geknüpft. Und noch weniger, und immer noch mehr als real: hätten sie doch nur eine reale Vorstellung davon, welche Verlage und Kulturinstitutionen und Künstlervereinigungen auf alte oder neue Weise den einst DDR-Kultur genannten Acker ihnen (widerspruchsgeist-)verwandt weiterbestellen...

Nicht alles davon wünsche ich mir wirklich, aber vielleicht habe ich soviel deutlich gemacht: das Nächstliegende, die nicht unerhebliche kulturelle Altlast aufzunehmen und durch diese neue Kulturlandschaft mitzuschleppen, wird auch nicht von der angeblichen Altlast-Partei PDS unternommen.

Noch immer scheint der PDS, die darin tatsächlich beispielhaft für die gesamte Linke ist, ihre Abgrenzung von der kapitalistischen Gesellschaft in so ziemlich allem zu liegen - zu allerletzt jedoch in der Kultur.

Da ich mich am linken Rand der Linken sehe, meine ich schon: die Linke grenzt sich durch ein paar Wahrheiten von den bürgerlichen Parteien ab. Allein: ein paar Wahrheiten sind auch im Konservatismus enthalten. Vielleicht sind die Abgeordneten von PDS und Bürgerbewegungen sogar ein wenig ehrlicher, als wir es vom Gros vermuten. Allein: weiße Schafe finden sich auch in den anderen Herden...

Die große Unterscheidung zwischen der Linken und der systemtragenden Koalition von Regierenden und Oppositionskomparsen besteht für mich eben in der Art ihres Umgangs mit der Kultur.

Kunst hat mit dem Sozialismus immerhin soviel gemein, daß ihr erstes Ziel nicht Profit ist. Künstler sind auch insofern Sozialisten, daß ihnen die Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft nicht die Norm sein können und ein gewisser Anarchismus Voraussetzung ihres Arbeitens ist... Und... Und...

In »Asterix: Die Trabantenstadt« mieten die Gallier ihren Trouba-

dix in der römischen Appartement-Anlage ein, von ihrem Zaubertrank also höchst gewitzt. Sie sind seine schrägen Lieder los, die nunmehr die römischen Besatzer um den Schlaf bringen, und als diese Troubadix in den Wald zurückjagen, finden die Gallier dies beschämender als den wirtschaftlichen Umgang mit ihren neuen Nachbarn vorteilhaft... Aber ich sagte ja: so richtig ist das Dorf voller Verrückter mit uns eben doch nicht vergleichbar.

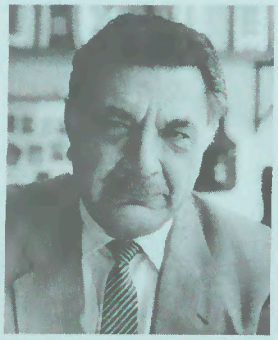
Gehauen und gefastet wird die Kultur allerorten, besonders in Ostdeutschland, aber die Stammesgenossen der Künstler erregt das so sehr nicht. (Auch nicht alle Zunftgenossen, das ist mir bekannt.) Also, wenn es Euch, liebe GenossInnen, schon nicht Spaß macht, Euren Sprachrohren von gestern zuzuhören, nach Bildbänden Eurer Alltagsfotografen zu fragen, City oder Silly zuzuhören und... und... Wenn Euch also der Umgang mit der Kultur zu nebensächlich, zu mühsam, zu teuer oder... oder... erscheint, dann nehmt doch ihre Schwierigkeiten bitte als phantastische Gelegenheit, unseren dicken Caesaren zu zeigen, daß sie ganz Gallien besetzt haben: »mit Ausnahme eines kleinen Dorfes voller Verrückter!«

In der politischen Theorie - denn so ein schnurriger Artikel ist ja nur eine Form - diesen Zusammenhang herstellend hat Antonio Gramsci sozialistische Politik als eben das charakterisiert: als Fähigkeit, die Alltagskultur und die künstlerische und philosophische Kultur der Zeit durch hervorragende Mitgestaltung für sich zu gewinnen. Wo immer linke Bewegungen einigermaßen erfolgreich waren, waren sie das nur auf diesem Hintergrund: so war die Abneigung zwischen Lenin und Majakowski oder Brecht und Kurella durchaus gegenseitig, und ihnen zugleich weniger wichtig als ihre Abneigung gegen die Heiligen Römischen Reiche jeglicher Nation.

Und natürlich kann ich nicht sagen: Hier sind so und so viele und diese und jene Künstler, so und soviel Wählerstimmen für die Linken zu gewinnen; Parteistrukturen als Formen kultureller Sammlung und Auseinandersetzung zu begreifen, heißt aber, zum menschheitlichen Sinn jener Abspaltungen von der uninteressierten Masse zurückzukehren, Parteiprogramme, Parteitage und Wahlen auf ihren Stellenwert zurückzuverweisen.

PARVIZ KHALATBARI

Das Wachstum der Weltbevölkerung als Bedrohung der Zivilisation?

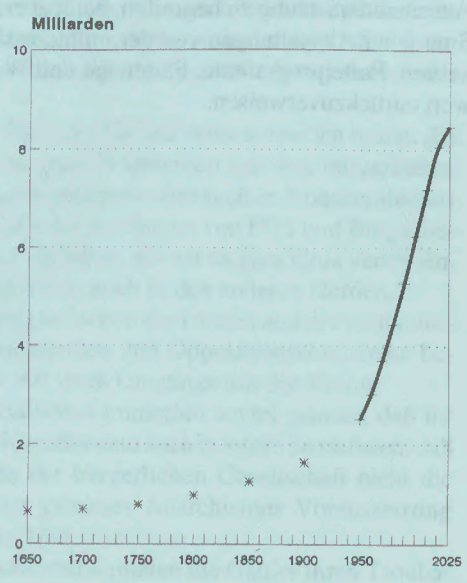


Parviz Khalatbari – Jg. 1925; Prof. em. für Demographie, Studium der Ökonomie in Teheran , Promotion 1961 Humboldt-Universität, Habilitation 1966 an der Hochschule für Ökonomie, dort 1969 Professor für Demographie, seit 1972 am Institut für Demographie der Humboldt-Universität, dessen Direktor bis zur Emeritierung 1991, gegenwärtig Vorsitzender der Gesellschaft für Demographie, daneben Herausgeber von »Beiträgen zur Demographie« im Akademie-Verlag. Veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher, von denen mehrere in andere Sprachen übersetzt und im Ausland verlegt wurden. Wichtige Publikationen: »Bevölkerungsdynamik und Gesellschaft« 1977, »Ökonomische Unterentwicklung. Eine historisch politökonomische Analyse« 1984.

Fragen der Entwicklung der Weltbevölkerung und deren Konsequenzen waren in der Geschichte der Menschheit noch nie so akut wie heute. Auch die von diesen Entwicklungen ausgehende Gefahr war nie so bedrohlich. Die gegenwärtigen Bevölkerungsprobleme und ihre Folgewirkungen bergen eine Reihe von Risiken in sich, die die bestehende Zivilisation ernsthaft gefährden können.

Das anhaltend rasche Bevölkerungswachstum , das seit Mitte des 18. Jahrhunderts das demographische Antlitz unserer Welt prägt, trat in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts plötzlich in eine neue eruptive Phase. Die Weltbevölkerung hat sich innerhalb von 37 Jahren (von 1950 bis 1987) verdoppelt und eine Zahl von 5 Milliarden Menschen erreicht. Nach UN-Prognosen wird diese eruptive Phase über das Jahr 2000 hinaus anhalten. Wenn diese Prognosen zutreffen, dann wird die Weltbevölkerung von 1950 bis 2025, also innerhalb von nur 75 Jahren um 6 Milliarden Menschen zunehmen und am Ende dieses Zeitraumes 8,5 Milliarden überschreiten (vgl. Abb. 1).

Abb.1 **Weltbevölkerungswachstum im Zeitraum von 1650 bis 1950 und von 1950 bis 2025**

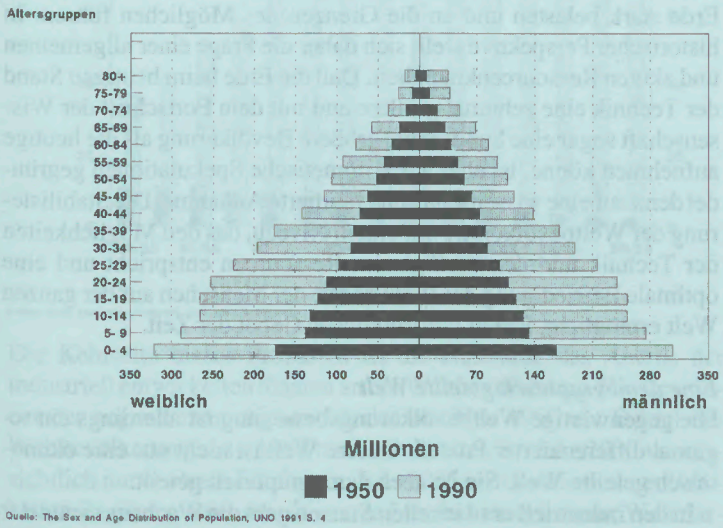


Niemals zuvor ist die Weltbevölkerung mit einer derartigen Intensität gewachsen wie zwischen 1950 bis 2025. Diese Periode stellt wahrlich ein einmaliges Kapitel in der demographischen Geschichte der Menschheit dar. Kennzeichnend für die demographische Situation in diesem Zeitabschnitt ist vor allem eine eigenartige Entwicklung der Determinanten der natürliche Bevölkerungsbewegung. Während die Zahl der Sterbefälle relativ konstant bleibt und um 50 Millionen Menschen oszilliert, nimmt die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr zu. Folglich nimmt die absolute Zahl der Weltbevölkerung von Jahr zu Jahr zu.[1]

Die unterschiedliche Dynamik der Determinanten für die natürliche Bevölkerungsbewegung hat auch die Struktur der Weltbevölkerung stark beeinflußt. Die absolute Zahl der Neugeborenen wird in jedem Jahr größer als im vorhergehenden. So bewirkt jeder neue Jahrgang eine Verbreiterung des Lebensbaumes nach unten (vgl. Abb. 2).

So betrug der absolute Zuwachs der Weltbevölkerung im Zeitraum von 1950-55 jährlich durchschnittlich 47,2 Millionen. In den folgenden Jahren vergrößerte sich diese jährliche durchschnittliche Zunahme und erreichte 88,1 Millionen für die Periode 1985-90. Gegenwärtig (1990-95) werden jährlich weltweit im Durchschnitt über 146 Millionen Kinder geboren, und es sterben im Durchschnitt jährlich knapp 51 Millionen Menschen. Die Weltbevölkerung wächst folglich jährlich um über 95 Millionen Menschen. In den letzten fünf Jahren unseres Jahrhunderts wird der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Weltbevölkerung über 98 Millionen betragen.

Abb. 2 Weltbevölkerungsstrukrur 1950 und 1990



Quelle: The Sex and Age Distribution of Population, UNO 1991 S. 4

Die Weltbevölkerung hat daher eine jugendliche Struktur. Der prozentuale Anteil der Altersgruppen von 0 bis 24 an der Gesamtweltbevölkerung betrug 1990 51,5 Prozent. Die absolute Zahl der Kinder und Jugendlichen ist im Wachsen begriffen. Die Kinder von heute sind die Eltern von morgen. D.h. die Struktur der Weltbevölkerung ist nun so gestaltet, daß von Jahr zu Jahr mehr Menschen in das reproduktive Alter eintreten. Die Zahl der Frauen im reproduktiven Alter (15 bis 49jährige) stieg von 624 Millionen 1950 auf 1,32 Milliarden 1990. Voraussichtlich wird diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf 1,6 Milliarden und bis zum Jahr 2025 sogar auf ca. 2,1 Milliarden Frauen ansteigen. Selbst wenn die optimistischeren Prognosen zutreffen und die Geburtenrate über das Jahr 2000 hinaus weiter sinken sollte, reicht dennoch die absolute Zahl der Frauen im reproduktiven Alter vollkommen aus,

um den weiteren Zuwachs der Weltbevölkerung in den kommenden Dekaden zu garantieren. *D.h. die Weltbevölkerungsbewegung verzeichnet gegenwärtig eine selbsttragende Dynamik.* Es herrscht ein Zustand , in dem die Bevölkerung, trotz des Rückganges der Geburtenrate, weiter rasch wächst. Diese dramatische Entwicklung setzt sich so lange fort, bis sich als Folge einer anhaltenden weltweiten niedrigen Geburtenrate ein neuer Typ von Bevölkerungsstruktur herausbildet, für den charakteristisch ist, daß der zahlenmäßige Schwerpunkt der Bevölkerungsverteilung stärker auf den älteren Generationen liegt, wodurch ein neues gleichgewichtiges Verhältnis der Bestimmungsfaktoren für die Bevölkerungsbewegung eintritt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das weltweite dramatische Bevölkerungswachstum erst Ende des kommenden Jahrhunderts zum Stehen kommen und sich dann bei etwa 12 Milliarden - ja vielleicht sogar 15 Milliarden Menschen - stabilisieren.

Unsere Erde ist ein kleiner, beengter Planet mit begrenzten Anbauflächen und anderen Ressourcen. Eine angemessene Befriedigung der Bedürfnisse an Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen würde bei rasch zunehmender Weltbevölkerung das natürliche Potential der Erde stark belasten und an die Grenzen des Möglichen führen. In historischer Perspektive stellt sich daher die Frage einer allgemeinen und akuten Ressourcenknappheit. Daß die Erde beim heutigen Stand der Technik eine zehnmal größere und mit dem Fortschritt der Wissenschaft sogar eine hundertmal größere Bevölkerung als die heutige aufnehmen könne, ist eher auf arithmetische Spekulationen gegründet denn auf eine wissenschaftlich fundierte Annahme. Die Stabilisierung der Weltbevölkerung auf einem Niveau, das den Möglichkeiten der Technik und den verfügbaren Ressourcen entspricht und eine optimale Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen auf der ganzen Welt ermöglicht, ist ein vordringliches Gebot der Zeit.

»Manche mögen den rasch steigenden Energieverbrauch in der Dritten Welt als Zeichen des Fortschritts sehen, doch eigentlich ist genau das Gegenteil der Fall. (...) Allein seit 1970 haben die Entwicklungsländer, in denen 77 Prozent der Weltbevölkerung leben, ihren Energieverbrauch fast verdreifacht. (...) Der Energieverbrauch wuchs viel schneller als die Bevölkerung und übertraf sogar das Wirtschaftswachstum. (...) Trotz des gestiegenen Energieverbrauchs nehmen die Menschen in der Dritten Welt nur ein Neuntel der Energie in Anspruch, die die Menschen durchschnittlich in den Industrienationen verbrauchen.«
Nicholas Lenssen: Energieversorgung in Entwicklungsländern, in: Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt - 1993, Frankfurt a.M. 1993, S. 114-116.

Die Bevölkerungszahl der mehr entwickelten Regionen hat im Zeitraum 1950/55 um jährlich 11 Millionen zugenommen. Dieser jährliche Zuwachs fiel 1985/90 auf 6,4 Millionen. Nach den UN-Prognosen wird er 1995/2000 auf jährlich 5,6 Millionen sinken, und im Zeitraum 2020/2025 werden diese Regionen lediglich einen Zuwachs von jährlich 2,4 Millionen verzeichnen.

Eine demographisch geteilte Welt

Die gegenwärtige Weltbevölkerungsbewegung ist allerdings ein regional differenzierter Prozeß. Unsere Welt ist nicht nur eine ökonomisch geteilte Welt. Sie ist auch demographisch geteilt.

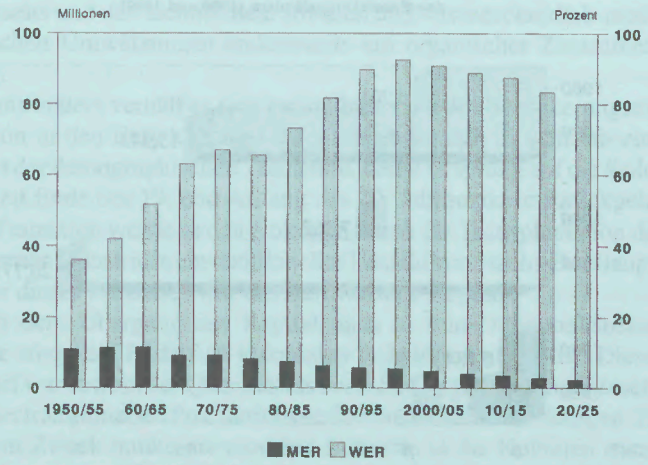
In den industriell entwickelten Staaten geht die Wachstumsrate der Bevölkerung rapide zurück. Sie ist von 1,28 Prozent pro Jahr (1950/55) auf 0,54 Prozent pro Jahr (1985/90) gefallen. Sie wird, nach UNO Prognosen auf 0,18 Prozent pro Jahr (2020/2025) weiter zurückgehen. D.h. es wächst zwar noch die absolute Zahl der Bevölkerung, jedoch nimmt der Zuwachs von Jahr zu Jahr ab.

Völlig anders ist die Situation in den Entwicklungsländern. Hier befindet sich das Zentrum des explosionsartigen Bevölkerungswachstums. Der absolute Zuwachs der Bevölkerung beschleunigt sich in diesen Ländern bis zur Jahrtausendwende von jährlich durchschnittlich etwa 36 Millionen (1950-55) auf 81.7 Millionen (1985-90) und auf 92,5 Millionen (1995-2000). Erst nach dem Jahr 2000 tritt eine gewisse Verlangsamung ein (vgl. Abb. 3).

Die Bevölkerungszahl dieser Länder hat sich innerhalb von 30 Jahren (1950-80) verdoppelt und 3,3 Milliarden überschritten. Bis

zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung dieser Länder sich 5 Milliarden nähern und bis zum Jahr 2025 sogar 7 Milliarden überschreiten. Infolge dieser Tendenz gewinnen die Entwicklungsländer zunehmend an demograpischem Gewicht. 1950 machte ihre Bevölkerung 67 Prozent der Weltbevölkerung aus. 1990 waren diese Länder mit 77,2 Prozent an der Weltbevölkerung beteiligt. Im Jahr 2000 werden laut UN-Prognose fast 80 Prozent der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern leben, und 2025 werden es voraussichtlich sogar 84 Prozent sein. Das Bevölkerungswachstum im Süden bestimmt den Gang der Weltbevölkerungsentwicklung.

Abb. 3 **Absoluter jährlicher Zuwachs der Bevölkerung in mehr- (MER) und in weniger- (WER) entwickelten Regionen 1950 bis 2025**



Quelle: World Population Prospects, UNO 1991, S. 226-231

Die Kehrseite dieses Prozesses ist die Abnahme des Anteils der industriell entwickelten Staaten an der Weltbevölkerung. Die Bewohner der sogenannten reichen Länder machten 1950 ein Drittel der Weltbevölkerung aus - 1985 noch ein Viertel, im Jahr 2000 voraussichtlich nur noch ein Fünftel. Im Jahr 2025 werden die mehr entwikkelten Regionen eine unbedeutende Minderheit in unserer Welt darstellen, die mit lediglich 16 Prozent an der Weltbevölkerung beteiligt ist.

Das demographische Gleichgewicht in unserer Welt wird mit zunehmendem Tempo zerstört. Dabei liegt das eigentliche Problem darin, daß sich diese unterschiedliche Bevölkerungsdynamik in einer Welt vollzieht, die wirtschaftlich bereits stark polarisiert ist und sich weiter polarisiert.

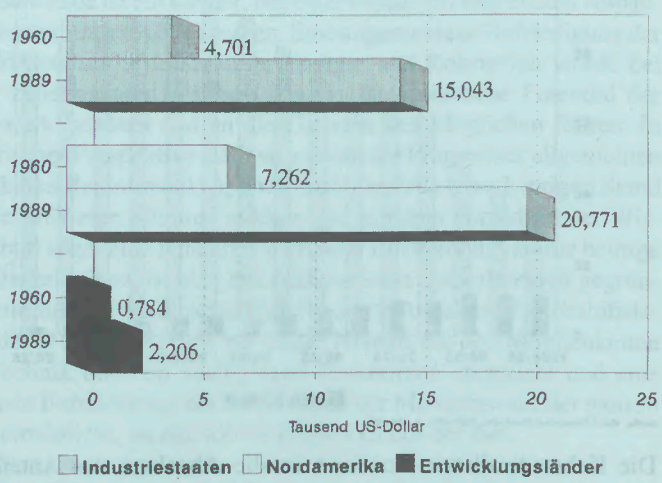
Im Zuge der industriellen Revolution und unter der Herrschaft des Kapitals entstand seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine neue internationale Arbeitsteilung, wonach ein Teil der Welt (die Industriestaaten) vorzugsweise zum Standort der Industrieproduktion wurde. Der andere Teil (die Kolonien) wurde vorzugsweise zum Lieferanten der Rohstoffe aller Art für die Industriestaaten.[2] Die Verhältnisse zwischen diesen beiden Teilen der Welt waren einseitig ausgerichtet und

Das demographische Antlitz der Welt, der Kontinente, Regionen und Länder ändert sich in einer historisch kurzen Periode, und zwar in einer nie dagewesenen Art und Weise. So wird z.B. die Bevölkerung Chinas im Zeitraum 1950 bis 2025 von 500 Millionen auf 1,5 Milliarden; die Bevölkerung des indischen Subkontinents (Indien, Pakistan, Bangladesh) von 433 Millionen auf 1,6 Milliarden und die Bevölkerung Afrikas von 222 Millionen auf 1,6 Milliarden ansteigen.

beruhten auf dem berüchtigten »Colonial Act«, wonach »colonies are made by and for their mother countries«. Das Ergebnis war die zunehmende wirtschaftliche Polarisierung der Welt. An einem Pol wurden Reichtümer und der Wohlstand konzentriert, am anderen Pol Rückständigkeit und Armut. An diesem Mechanismus der internationalen Arbeitsteilung und deren Ergebnissen hat sich bis heute nichts geändert.[3] Sie wurde sogar im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution noch intensiviert, wobei die Kluft zwischen diesen beiden Teilen der Welt von Dekade zu Dekade wuchs - eine Tatsache, die sich deutlich in der entsprechenden Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in beiden Teilen der Welt widerspiegelt (vgl. Abb. 4).

»Der wissenschaftlich-technische Fortschritt in den Industrieländern bewirkt, daß die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern noch verschärft werden; den letzteren wird es schwer gemacht, technische Neuerungen einzuführen. Den armen Ländern fehlt es an der industriellen, technologischen und wissenschaftlichen Infrastruktur und an ausgebildeten Fachkräften, um sich die Technologie und das Know-how, das schon verfügbar ist, wirklich anzueignen.« Alexander King, Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a.M. 1992, S. 34.

Abb. 4 **Die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts pro Kopf in den Industriestaaten, in Nordamerika und in den Entwicklungsländern (1960 und 1989)**



Human Development Report 1992, S. 189

Ob die Konzentration des Reichtums, des Wohlstands und des Überflusses auf der Seite einer immer kleiner werdenden Minderheit der Weltbevölkerung und die Armut auf seiten der übergroßen Mehrheit auf längere Zeit Bestand haben können und ob eine Oase des Wohlstands in der Wüste der Armut sich auf Dauer erhalten kann, sind Fragen, die uns zum Nachdenken zwingen.

Ursachen der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern

Das explosionsartige Bevölkerungswachstum stellt kein spezifisches Phänomen der Entwicklungsländer dar. Die europäischen Länder haben, wenn auch mit minderer Intensität, eine ähnliche demographische Explosion im vergangenen Jahrhundert erlebt. Die Bevölkerungsexplosion in Europa stellte eine Folge des wirtschaftlichen Wachstums dar. Im Verlaufe der industriellen Revolution und der daraus folgenden gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen wurde die Sterblichkeit in Europa allmählich unter Kontrolle gebracht. Die Sterberate sank hier relativ rasch und irreversibel und

fixierte sich um einen Minimalwert. Die Geburtenrate blieb zunächst unverändert hoch, woraus das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts resultiert - die Bevölkerungszahl Europas hat sich zwischen 1750 bis 1900 verdreifacht. Dennoch haben dieselben gesellschaftlichen Umwälzungen, die den Rückgang der Sterblichkeit verursachten, auch die Bedingungen für die Anpassung der Geburtenentwicklung an das niedrige Niveau der Sterblichkeit gesorgt. In den europäischen Ländern sind die Konturen eines neuen gleichgewichtigen demographischen Regimes - eines neuen Typs der Bevölkerungsreproduktion - auf der Basis niedriger Sterbe- und Geburtenraten sowie eines sehr langsamen Wachstums der Bevölkerung erkennbar. Dieser als demographische Transition bezeichnete Prozeß war in diesen Ländern endogen bedingt. Es bestand zwischen den sich vollziehenden demographischen Prozessen einerseits und den technischen, sozialen und wissenschaftlich-medizinischen Umwälzungen andererseits ein organischer Zusammenhang.

Ganz anders verhält es sich beim Phänomen der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern. Hier handelt es sich um eine Abart der demographischen Transition, deren Ursprung auf die Kolonialzeit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgeht. Die Transition wurde in den Kolonien durch die Transplantation der modernen Industrie in ein traditionelles Umfeld verursacht. Der Hauptträger dieses Prozesses war das ausländische Kapital.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine monopolistische Phase stieg sein Bedarf an kolonialen Rohstoffen aller Art.[4] Dieser Bedarf war sowohl der Quantität als auch der Qualität nach nicht mehr mit der traditionellen Produktionsverfahrensweise zu befriedigen. Zu diesem Zweck mußte die moderne Industrie in die Kolonien transplantiert werden. Geographisch gesehen befand sich die transplantierte Industrie in den Kolonien. Inhaltlich-funktional war sie aber ein fester Bestandteil des ökonomischen Systems der Metropole. Von derartigen Enklaven konnten nicht jene gesellschaftlich umwälzenden Effekte ausgehen, die für die industrielle Revolution in Europa charakteristisch waren. Daher blieb die traditionelle Wirtschaft in den Kolonien, trotz der Transplantation industrieller Segmente, weitgehend erhalten.

Dennoch ging von der transplantierten Industrie eine Reihe wichtiger demographischer Nebeneffekte aus. Die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen wie die Bekämpfung der Epidemien, die Schaffung von elementaren sanitären Einrichtungen und die Schaffung eines Netzes medizinischer Betreuung sowie die Unterbindung der ständigen Stammeskriege bildeten elementare Voraussetzungen für die Funktionstüchtigkeit der Industrieenklaven. Diese Maßnahmen hatte eine Reihe demographische Konsequenzen, vor allem in Richtung auf die Reduktion der Sterblichkeit. Als das Kolonialsystem zusammenbrach, lag die Sterberate in den meisten Kolonien bei 24 pro 1.000, also erheblich unter dem traditionellen Niveau der Sterblichkeit von 40 pro 1.000 Einwohner pro Jahr. Die Geburtenrate blieb dagegen weiterhin traditionell hoch. Dies ist wiederum, historisch

»...die kapitalistische Entwicklung in der 'dritten Welt' (entsteht) primär durch Zwänge, die - aus der Sicht der Entwicklungsländer gesehen - exogenen Charakter tragen. Dabei geht es nicht um die Herausbildung einer umfassenden kapitalistischen Produktionsweise in diesen Ländern. Es handelt sich lediglich um die Verlagerung eines Teils der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, deren Verwertungsbedingungen in den Metropolen ungünstig sind, in Gebiete, in denen die Verwertungsbedingungen günstig sind.« Parviz Khalatbari: Ökonomische Unterentwicklung, Berlin 1984, S. 306f.

betrachtet, zum einen auf die innere Festigkeit der traditionellen gesellschaftlichen Verhältnisse und Normen zurückzuführen, zum anderen aber auf die konservierende Wirkung, die das ausländische Kapital auf die rückständigen sozialökonomischen Strukturen ausübte, die diese Verhältnisse und Normen bedingten. Als das Kolonialsystem zusammenbrach, war für die Entwicklungsländer eine Geburtenrate charakteristisch, die sich nicht im geringsten von der traditionellen unterschied.

Die Bevölkerungszahl dieser Länder hat sich im Zeitraum 1900 bis 1960 verdoppelt und überschritt die Grenze von 2 Milliarden. D.h., die Bevölkerungsexplosion war längst im Gange, als diese Länder ihr wirtschaftliches Wachstum beginnen wollten. Die in der Kolonialzeit beginnende demographische Transition setzte sich nach dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit fort. Die Sterblichkeit wurde z. T. durch die Gesundheitspolitik der jungen Nationalstaaten und den Import medizinischer Errungenschaften aus den Industriestaaten gesenkt. Zum Teil trug auch die fortschreitende Verjüngung der Bevölkerungsstruktur dazu bei. Innerhalb von 25 Jahren nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems, also zwischen 1950-55 und 1975-80, halbierte sich die Sterberate und erreichte den niedrigen Stand von durchschnittlich 11,7 pro 1.000 Einwohner und Jahr - und lag 1985-90 bei 9,8. Trotz aller Bemühungen dieser Länder um Entwicklung seit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit ist eine grundlegende Umwälzung der sozialen Verhältnisse in diesen Ländern ausgeblieben. Die Grundlage des generativen Verhaltens blieb weiterhin, und vor allem in ländlichen Gebieten traditionell. Im Ergebnis verdoppelte sich die Bevölkerung abermals im Zeitraum von 1960 bis 1990. Nunmehr ist ein Zustand eingetreten, in dem die Bevölkerungsdynamik die Möglichkeiten des unterentwickelten sozialökonomischen Systems längst übersteigt. Und diese Situation wird sich in den kommenden Dekaden noch verschärfen.

Konsequenzen der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern

Das Problem in den Entwicklungsländern besteht nicht nur darin, daß die Bevölkerung rasch wächst, sondern darin, daß die Bevölkerung in einem rückständigen sozialökonomischen Milieu wächst, das nicht fähig ist, die wachsende Bevölkerung zu absorbieren, d.h. sinnvoll zu beschäftigen, ausreichend zu ernähren und zu versorgen. Zwischen der begrenzten Tragfähigkeit des unterentwickelten sozialökonomischen Systems und der Bevölkerungsdynamik besteht ein tiefer Widerspruch. In diesem Sinne sind viele Entwicklungsländer überbevölkert.

Im Laufe der Zeit bildeten sich zahlreiche demoökonomische, demoökologische und demosoziale Probleme heraus, die heute wiederum selbst bereits globale Dimensionen angenommen haben. Diese eng miteinander verflochtenen Problemlagen stellen ein globales System dar, mit dem das Schicksal von Milliarden Menschen verbunden ist. Insgesamt sind die verschiedenen Teilprobleme jedoch schwer lösbar und bergen eine Reihe von Risiken, die die Existenz der

Durch den jugendlichen Charakter der Bevölkerung wird die Anzahl von Frauen im reproduktiven Alter in den kommenden Dekaden weiter wachsen. Ihre Zahl ist von 400 Millionen (1950) auf eine Milliarde (1990) angestiegen. Schätzungsweise wird ihre Zahl bis zum Jahr 2025 1,8 Milliarden überschreiten. Unter diesen Umständen ist das weitere rapide Bevölkerungswachstum auch selbst dann vorprogrammiert, wenn die Geburtenrate in absehbarer Zeit einen dramatischen Rückgang erfahren sollte. Nach UN-Schätzungen wird in diesem Zeitraum die Zahl der Geburten in den Entwicklungsländern von durchschnittlich jährlich 79 Millionen (1950) auf jährlich 130 Millionen (2025) ansteigen, vorausgesetzt, daß die Zahl der Kinder pro Frau in diesem Zeitraum von 6,2 auf 2,3 zurückgeht. Die Bevölkerungszahl dieser Länder nimmt also innerhalb von nur 75 Jahren (von 1950 bis 2025) um 5,4 Milliarden Menschen zu. - Vgl. UNO: Long-range World Population Projections. Two Centuries of Population Growth, New York 1992, S. 29.

bestehenden Zivilisation ernsthaft gefährden können - ja möglicherweise die gesamte Menschheit in eine Katastrophe ohnegleichen führen.

Oft wird vom Gesamtkomplex der Risiken lediglich ein Aspekt, nämlich die Wanderung aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten, in den Vordergrund gestellt und sogar absolut priorisiert. Zweifellos übt die ökonomische Rückständigkeit auf die wachsende Bevölkerung der Entwicklungsländer massive »push«-Effekte aus und die reichen Länder verursachen ihrerseits nachhaltige »pull«-Effekte, die durch Massenmedien immer intensiver mitverursacht werden. Daher ist in den kommenden Jahren eine Welle räumlicher Bevölkerungsbewegung von Entwicklungsländern in Richtung Industriestaaten zu erwarten. Es handelt sich offensichtlich um eine demoökonomische Gesetzmäßigkeit, daß Bevölkerungsdruck in einer Region sich durch Umverteilung in andere Regionen entspannt. Die Geschichte gibt viele Zeugnisse für die Gültigkeit dieses Gesetz. Ein besonders markantes Beispiel dafür liefert die demographische Geschichte Europas im 19. Jahrhundert. Als die Bevölkerung explosionsartig wuchs, wanderten allein im Zeitraum zwischen 1871 bis 1914 mehr als 34 Millionen Menschen von Europa aus.[5]

Heute spielt sich derselbe Prozeß in den Entwicklungsländern, allerdings in einer viel größeren Dimension ab. Paul Kennedy gab in diesem Zusammenhang die folgende Tatsache zu bedenken: Australien, dessen Bevölkerung 1990 16,8 Millionen Menschen zählte, die sich bis zum Jahre 2025 auf lediglich 23 Millionen erhöhen wird, liegt neben einem Indonesien, für dessen Bevölkerung im selben Zeitraum eine Vermehrung von 184 Millionen auf 286 Millionen erwartet wird.[6] Das gleiche demographische Mißverhältnis besteht z.B. zwischen Europa und Afrika, Nord- und Südamerika. Damit wird Auswanderung unvermeidlich. Dies wird oft nicht erkannt. Daher glauben manche Wissenschaftler, daß der Marktmechanismus den Wanderungsprozeß regulieren könnte und zum Halten bringen würde.[7]

Die Regierungen der Industriestaaten, die sich faktisch nie mit den globalen Problemen unserer Zeit ernsthaft beschäftigt haben, glauben durch Gesetzgebungsakte die Wirkung objektiver Gesetze außerkraft setzen zu können. Hingegen ist, nach der Meinung von Fachleuten klar, »daß keine Maßnahmen die Einwanderungsbewegung wirkungsvoll stoppen werden... und unsere Nachkommen...vermutlich Massenwanderungen ungekannten Ausmaßes erleben (werden)«[8].

Wie mächtig diese Massenwanderungswelle auch sein mag, sie wird offensichtlich kaum entlastend auf den Bevölkerungsdruck in den Entwicklungsländern wirken. In den Zielländern kann sie jedoch erhebliche soziale, politische und ethnische Probleme hervorrufen, wenn die Unvermeidlichkeit dieses Prozesses in diesen Ländern nicht rechtzeitig erkannt und die Ausarbeitung praktikabler Konzeptionen zur sinnvollen Absorption der Auswanderer noch länger vernachlässigt wird. Das Phänomen Auswanderung darf jedoch *an sich* nicht unterschätzt werden. Wenn die entwickelten Industriestaaten auf ihrem bisherigen verhängnisvollen Kurs beharren und die Polarisierung

»Mitte des kommenden Jahrhunderts werden die Bewohner der heutigen Industrieländer nicht einmal mehr 20 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Können wir uns eine künftige Welt vorstellen, in der sich reiche, mit hochmodernen Waffen gerüstete Staaten wie in einem Getto gegen die übrige Welt abschirmen, um die aufgebrachten Horden der Hungernden, Ungebildeten und Arbeitslosen fernzuhalten? (...) Es ist wohl eher damit zu rechnen, daß der Bevölkerungsdruck, fehlende Chancengleichheit sowie Tyrannei und Unterdrückung Auswanderungswellen in Richtung Norden und Westen auslösen werden, die sich nicht mehr eindämmen lassen.«
Alexander King, Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a.M. 1992, S. 63.

der Welt in Arm und Reich sich weiter zuspitzt, wird der Strom von Armen aus dem Süden in die reichen Länder, trotz aller künstlich errichteten Barrieren, unvorstellbare Ausmaße annehmen. Dann kann sich die Geschichte - allerdings auf ungleich höherer Stufenleiter - wiederholen. »Wie in der Zeit des römischen Kaiserreichs kann jetzt von neuem die überquellende Fruchtbarkeit der Barbaren zu einer Gefahr für die unfruchtbaren Kulturnationen werden.«[9]

Dabei stellt die gegenwärtig beginnende Auswanderung eines Bruchteils der Bevölkerung aus Entwicklungsländern noch das geringste Übel des Phänomens »Überbevölkerung« dar. Die eigentlichen Probleme stellen sich in den Entwicklungsländern selbst.

Hunger und Unterernährung

Die Landwirtschaft der Entwicklungsländer ist durch die Wirkungen des ausländischen Kapitals und des Weltmarkts zerrüttet und heterogen gestaltet. Sie ist im Grunde genommen traditionell, rückständig und mit zahlreichen Elementen der Zersetzung behaftet. Die Produktionsmittel beruhen zum überwiegenden Teil in der Landwirtschaft auf primitiver manueller Technik mit begrenzter Effektivität. Die Produktionsverhältnisse sind hier noch weitgehend vorkapitalistisch. Unter diesen Bedingungen bleibt die Produktionskapazität der Landwirtschaft beschränkt. Sie kann nur ein begrenztes Quantum an Bevölkerung ernähren. Dagegen wächst aber allein infolge des Bevölkerungswachstums der Bedarf an Nahrungsmitteln rapide. Um diesen Bedarf zu decken, müßte die landwirtschaftliche Produktion jährlich um 3,2 Prozent steigen. Aber dem landwirtschaftlichen Bereich in den Entwicklungsländern fehlt es an einer solchen Dynamik. Das bestehende Produktionssystem kann nicht mit der rasch wachsenden Bevölkerung Schritt halten deren Bedarf an Nahrungsmitteln befriedigen. *In einer rückständigen Landwirtschaft ist die Ernährungskrise als Folge des Bevölkerungswachstums vorprogrammiert.*

Die Länder des Südens sind unter diesen Bedingungen gezwungen, ihr wachendes Defizit an Nahrungsmitteln durch Importe zu kompensieren. So hat sich innerhalb von 15 Jahren ihr Nahrungsmittelimport verdreifacht und ist von 20 Millionen Tonnen (1969-71) auf 69 Millionen Tonnen (1983-85) angestiegen. Voraussichtlich wird er sich bis zum Jahr 2000 noch einmal mehr als verdoppeln.[10] Trotzdem leiden in diesen Ländern etwa 400 bis 600 Millionen Menschen unter akuter Unterernährung und es sterben täglich 40.000 Menschen (jährlich 14 bis 15 Millionen) infolge von Entkräftung und Hunger.

Oft wird dieses Ernährungsproblem auf die ungerechte Verteilung der Nahrungsmittel und die Polarisierung der Konsumtion in der Welt zurückgeführt. Es wird argumentiert, daß die Nahrungsmittel weltweit gar nicht knapp sind. Jährlich werden 1,8 bis 1,9 Milliarden Tonnen Getreide in der Welt produziert. Das reicht vollkommen aus, um alle Menschen - vom Baby bis zum Greis - täglich mit einem Kilogramm Getreide zu versorgen. Das Problem bestünde nur darin, daß die Verteilung der Nahrungsmittel in der Welt extrem ungleich ist. Diese Argumentation birgt in sich natürlich eine bittere Wahrheit, aber keinesfalls die ganze Tragik.

Sicher reichen 1,8 Milliarden Tonnen Getreide, um die gegenwärtige Weltbevölkerung zu ernähren, wenn sie gleichmäßig verteilt würden und die Nahrung ausschließlich aus Brot bestünde. Soll dieses bescheidene Menü mit einem Minimum an tierischem Eiweiß ergänzt werden, dann reicht die Weltgetreideproduktion aber nicht aus, um die Weltbevölkerung zu versorgen. Paul Ehrlich meint dazu: »Eine durchschnittliche Mahlzeit, wie sie etwa in Südamerika üblich ist, mit einem ca. 15prozentigen Anteil an tierischen Produkten, kann bestenfalls für 4 Milliarden Menschen bereitgestellt werden.«[11] Die gegenwärtige Getreideproduktion reicht lediglich, um nur knapp drei Milliarden Menschen mit einer physiologisch adäquaten Diät - die über dem lateinamerikanischen Durchschnittsstandard liegt - zu versorgen!

Dabei wird selbst diese an sich unzureichende Produktion außerordentlich ungleichmäßig verteilt. Ein kleiner Teil der Weltbevölkerung ist überernährt und der überwiegende Teil ist unterernährt. 60 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel werden in den Industriestaaten verbraucht, die nur 23 Prozent der Weltbevölkerung beherbergen. Der Hauptteil der Lebensmittel in den Industriestaaten besteht aus hochwertigen Nahrungs- und Genußmitteln. Zur Herstellung einer Kalorie hochwertigen tierischen Eiweißes werden sieben Kalorien pflanzlicher Ausgangsstoffe benötigt. Daher verzehrt eine vierköpfige US-amerikanische Familie soviel Nahrungsmittel, wie eine 18köpfige Familie in Indien -ganz abgesehen vom verschwenderischen Umgang mit Nahrungsmitteln in den reichen Ländern. Nach einem Bericht an den Club of Rome werden in den USA 65 Prozent der in Restaurants servierten Speisen weggeworfen. Eine Familie mit mittlerem Einkommen wirft 25 Prozent ihrer Nahrungsmittel regelmäßig weg.[12] Dabei geben z.B. die überernährten Amerikaner jährlich fünf Milliarden Dollar für spezielle Diäten zur Senkung des Kalorienverbrauchs aus.[13] Und in den Entwicklungsländern »gehen etwa 800 Millionen Menschen jeden Abend hungrig ins Bett«[14].

»Jeder neugeborene Nordamerikaner wird in Zukunft die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ebenso stark belasten wie z.B. 55 Neugeborene in Indien. Der Energieverzehr, der Verbrauch natürlicher Rohstoffe...und die Umweltbelastungen in den reichen Ländern sind für den ökologischen Zustand der Erde so schwerwiegend wie die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern.«
Rudolf H. Strahm: Warum sie so arm sind, Wuppertal 1990, S. 15.

Auch wenn es paradox scheint, wurden in den Entwicklungsländern, trotz dieser Krisensituation, in den letzten Dekaden zunehmend Anbauflächen aus der Produktion für Nahrungsmittel herausgenommen, »modernisiert« und unter der Ägide multinationaler Gesellschaften auf den Export ausgerichtet. Die Erzeugung einer Reihe hochwertiger Nahrungs- und Genußmittel sowie von Luxusgütern wurde in die südlichen Länder verlagert, da hier die Arbeitskräfte und der Boden billig sind. Der Profit ist entsprechend hoch. Das Eindringen des ausländischen Kapitals in die Landwirtschaft hat dabei die Zustimmung und aktive Unterstützung der einheimischen Landbesitzer und Agrarspekulanten gefunden, da es für sie vorteilhafter ist, die Landwirtschaft auf die zahlungskräftigen, gehobenen Märkte des Auslands auszurichten. Die Regierungen stimmen diesen Aktivitäten zu, weil sie dadurch Devisen beschaffen können, die für die Zahlung des Schuldendienstes an die Industriestaaten bitter nötig sind.

Im Zuge derartiger »Modernisierung« werden die eigentlichen Produzenten massenhaft von ihrem Grund und Boden vertrieben. Landknappheit und Landlosigkeit nehmen zu. Die vertriebenen Bau-

ern können nicht mehr ihre bescheidenen Nahrungsmittel selbst produzieren. Um die Lebensmittel zu kaufen, fehlt ihnen das Geld, weil sie nun ohne Einkommen sind. Die ohnehin prekäre Ernährungssituation wird noch unsicherer. So entstand im Laufe der vergangenen Dekaden ein regelrecht perverser Zustand. Ist es nicht pervers, wenn die Länder, die sich nicht ausreichend ernähren können, hochwertige Nahrungsmittel in die Industriestaaten exportieren, wo sie zu Hunde- und Katzenfutter verarbeitet werden?

Das Ergebnis dieser perversen Form von Marktwirtschaft ist für die multinationalen Gesellschaften höchst profitabel und für die Konsumenten in den reichen Ländern wohlstandssichernd. Für die Entwicklungsländer aber ist es verheerend und für unsere Welt als Ganzes bedrohlich. Die Zuspitzung der Ernährungsfrage birgt eine Gefahr für die ganze Welt in sich. Erinnern wir uns an die mahnenden Worte von Willy Brandt: »Ist es wirklich abwegig zu meinen, daß Hunger auch zu Krieg führen kann? Oder daß in Verzweiflung geratene Völker die nördliche Hälfte des Planeten eines Tages einfach wegsprengen.«[15]

Die Umweltzerstörung

Die Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung nimmt im Süden tendenziell ab. 1950 betrug sie pro Kopf noch über 0,4 Hektar. Bis 1985 schrumpfte ihr Umfang auf 0,23 Hektar pro Kopf, was weit unter der traditionell fixierten sogenannten »land-man-ratio« liegt. Dies findet seinen folgenreichen Ausdruck in zunehmender Landknappheit und Landlosigkeit. Um nicht zu verhungern, sind die landlosen Bauern zur Übernutzung der Natur faktisch gezwungen. Auf lange Sicht führt dies unausweichlich zur Ruinierung der natürlichen Produktionsgrundlagen und folglich eher zur Verschärfung der Ernährungsfrage als zu ihrer Lösung. So wird z.B. minderwertiger Boden unter den Pflug genommen oder wird , unter Abkehr von traditionellen Bewirtschaftungsverfahren, die Brachezeit verkürzt. Beides hat eine Verminderung der Fruchtbarkeit des Bodens zur Folge, verstärkt die Erosionsgefahr und führt letztlich zur Verwüstung. Schon jetzt dehnen sich die Wüstenflächen in diesen Ländern um 6 bis 7 Millionen Hektar pro Jahr aus.

Auf der Earth-Day-Konferenz 1990 wurde berichtet, daß im Zeitraum 1970 bis 1990 unsere Welt etwa 200 Millionen Hektar Wald verloren hat. Dagegen haben sich die Wüstenflächen der Erde im selben Zeitraum um 120 Millionen Hektar erweitert. Eine erschreckende Bilanz!

Genauso umweltschädlich sind die Maßnahmen zur Gewinnung von »neuen« Anbauflächen. Der zunehmende Druck der wachsenden Bevölkerung auf das Land zwingt Bauern, in jene Gebiete zu ziehen, wo es noch Lebensraum gibt, also vor allem in die Tropenwälder. Sie dringen immer tiefer in die Wälder ein, drängen den Wald zurück und entholzen die Wälder über ihre Regenerierungsfähigkeit hinaus. Dadurch werden die Wälder mit zunehmendem Tempo vernichtet. Gegenwärtig trägt die Brandrodung durch vertriebene landlose Bauern mit »über 60 Prozent zur gesamten Waldvernichtung« bei. Schätzungsweise leben bereits »500 Millionen Menschen unmittelbar an den tropischen Waldrändern«[16]. Das sind immerhin zehn Prozent der Weltbevölkerung.

Nach Angaben der UNFPA wurde die Anbaufläche in den Entwicklungsländern von 1971 bis 1986 um 59 Millionen Hektar erweitert. Das geschah vor allem auf Kosten der Wälder. Im gleichen Zeitraum

hat der Umfang der Wälder um 125 Millionen Hektar abgenommen (zum Teil auch durch Brennholzgewinnung zur Deckung des Energiebedarfs).[17]

Dieser Vernichtungsprozeß geht mit einem Tempo von 22 Hektar pro Minute vor sich. Wenn er sich weiter fortsetzt, werden bis zum Jahr 2000 etwa 12 Prozent der tropischen Wälder vernichtet sein, wobei die auf diese Weise gewonnenen Böden biologisch arm sind. Sie werden »hart wie trockener Lehm werden, sobald sie den Schutz verlieren, den das reiche Blätterwerk der tropischen Wälder bietet. Einmal ausgetrocknet, sind diese Böden für landwirtschaftliche Zwecke völlig unbrauchbar geworden«[18]. Durch diese Maßnahmen kann letztlich keine neue landwirtschaftliche Nutzfläche gewonnen werden - jedoch gehen dabei wertvolle Wälder verloren.

Hinzu kommt, daß der Energiebedarf der wachsenden Bevölkerung in einer Reihe von Entwicklungsländern nur durch Holz befriedigt werden kann. Das führt wiederum zu massiven Angriffen gegen den Wald.

Auch wenn der Bedarf der wachsenden Bevölkerung nach Anbaufläche und Brennholz die Hauptursache der Waldvernichtung in der südlichen Hemisphäre bildet, ist dies dennoch offensichtlich nicht die einzige Ursache der rapiden Waldvernichtung in den letzten Dekaden.

Nach den Angaben von Norman Myers ist allein in den achtziger Jahren die Entwaldung in den Tropenländern um 90 Prozent angestiegen. Bemerkenswert ist, daß im selben Zeitraum die Bevölkerung in diesen Ländern nur um 15 bis 36 Prozent zugenommen hat.[19] Das zunehmende Tempo der Waldvernichtung muß also noch andere Gründe haben, als das rasche Wachstum der Bevölkerung.

Es scheint, daß folgende wirtschaftspolitische Maßnahmen auch maßgeblich zur Waldvernichtung beigetragen haben:

Aktivitäten zur »Modernisierung« der Landwirtschaft haben in vielen Regionen die eigentlichen Produzenten weitgehend überflüssig gemacht. Völlig unabhängig von der Bevölkerungszunahme entstand eine Schar mittelloser Bauern, die von ihrem Grund und Boden vertrieben wurden und von denen viele auch in die Wälder strömten.

Eine Reihe von entwicklungspolitischen Maßnahmen in tropischen Ländern wie die Siedlungspolitik und der dazu gehörige Straßenbau sowie der Bau von Staudämmen und die Errichtung von Hochöfen, die mit Holzkohle betrieben werden, gehen auf Kosten der Wälder.

Nicht zuletzt bildet der kommerzielle Holzeinschlag eine wesentliche Ursache der Waldvernichtung.

Der Bedarf der Industriestaaten an tropischem Holz wächst. Die Regierungen der Entwicklungsländer sind an zunehmenden Exporten interessiert. Holz bedeutet für sie Devisen für die Rückzahlung der Schulden an die Industriestaaten. Der Umfang der Holzimporte des Westens hat sich im Zeitraum 1960 bis 1980 verdreifacht.

Die Wälder werden also aus sehr unterschiedlichen Richtungen angegriffen. Daran wird sich wahrscheinlich in den kommenden Dekaden nichts ändern. Eher ist eine Verschlechterung zu erwarten. Die »ehrgeizigen« Pläne dafür werden bereits allerorts ausgearbeitet.

In West-Afrika wurden in den letzten Dekaden bereits drei Viertel des Waldbestandes vernichtet. Im Zeitraum von 1963 bis 1983 reduzierten sich in Kenia die Waldgebiete um die Hälfte. In Indien schrumpfte der Waldbestand allein in den letzten 20 Jahren auf knapp ein Drittel zusammen; Nepal ist bereits kahlgeschlagen. In Brasilien werden jährlich 1,6 Millionen Hektar Wald gerodet. Das sind nur einige Beispiele, die das Ausmaß der Waldvernichtung verdeutlichen.

Holzwirtschaft ist ein verschwenderisches Unternehmen. Um einen kommerziell genutzten Baum zu gewinnen, müssen mitunter bis zu 25 Bäume geopfert werden. Diese Verluste tauchen natürlich in keiner Statistik auf!

So plant z.B. die Regierung in Zaire, die 1984 lediglich 500.000 Kubikmeter Holz einschlagen ließ und davon 150.000 Kubikmeter exportierte, dieses Volumen bis zum Jahr 2000 auf 6.000.000 Kubikmeter zu erhöhen. Davon sollen fünf Millionen Kubikmeter exportiert werden. Für die Nutzbarmachung neu entdeckter Erdöl- und Erdgasvorkommen in Waldgebieten Brasiliens, für die Errichtung von Wasserkraftwerken, für die Holzernte und für die Ansiedlung von Kleinbauern sollen 750.000 bis 1.366.000 Quadratkilometer Wald vernichtet werden.[20] Ähnliche Pläne bedrohen auch die Wälder in anderen Tropenländern.

Dabei ist das rasche Wachstum der Bevölkerung als Hauptursache der Waldvernichtung noch nicht einmal berücksichtigt. Dadurch wird in den kommenden Dekaden der Bedarf an Boden, aber auch an Brennholz verstärkt wachsen. Der Wald bildet die einzige Quelle für die Befriedigung dieser Bedürfnisse. Der Prozeß der Waldvernichtung wird sich daher in den kommenden Dekaden noch intensiver fortsetzen. Es ist damit zu rechnen, daß bis zur Mitte des kommenden Jahrhunderts der Waldbestand unserer Welt auf die Hälfte reduziert wird. Das ist eine alarmierende Voraussage, denn nicht erst wenn der letzte Baum fällt, bricht das globale Ökosystem zusammen. Die kritische Grenze liegt weit niedriger. Fachleute meinen, daß »mit dem unaufhaltsamen Voranschreiten der Entwaldung die ökologische Komplexität vieler Regionen verloren gehen wird, wodurch ernste Verluste an Muttererde, anhaltende Dürren und verheerende Überschwemmungen verursacht werden, genauso wie eine gestörte Wasserversorgung und sinkende Erträge«[21]. Im Zuge der Deforestation nehmen die »natürlichen« Katastrophen von Dekade zu Dekade zu.[22] Das Ökosystem unseres Planeten bricht lautlos zusammen. Noch verfügt jedoch niemand über eine brauchbare Konzeption, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Folgende Tatsachen zwingen aber zum Nachdenken.

Die Abholzung von Wäldern ist eine menschliche Aktivität und verstärkt den anthropogenen Treibhauseffekt. 1979 wurden durch Holzeinschlag ca. 1,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid freigesetzt. Gegenwärtig (1990) beträgt die Emission durch Abholzung ca. 2,4 Milliarden Tonnen. Das ist eine Zuwachs von 41 Prozent innerhalb von 10 Jahren. Angesichts dessen, daß in den kommenden 35 Jahren die Bevölkerung in den Entwicklungsländern um weitere drei Milliarden zunimmt, zeichnet sich ein bedrohliches Bild über das Ausmaß der künftigen Waldvernichtung, der künftigen Kohlendioxidemission und damit des künftigen Beitrags der Entwicklungsländer zur globalen Erwärmung ab.

Eine Änderung dieser Situation scheint sehr unwahrscheinlich, denn, wenn es auch eigenartig klingt, in vielen Ländern des Südens ist *die Umweltzerstörung zur Existenzbedingung der Menschen geworden.* Wie weitsichtig bemerkte doch einst Indira Gandhi: »Der schlimmste Feind der Umwelt ist Armut!«

Wohlgemerkt, die Umwelt hat aber noch einen schlimmeren Feind - den Wohlstand in den Industriestaaten. Diese Länder sind der Hauptverursacher von Treibhausgasen. Die Schadstoffemission wird hier vor-

nehmlich durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas, also durch die fossilen Brennstoffe hervorgerufen. Allein 1990 wurden 5,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid durch die Verfeuerung fossiler Brennstoffe in den Industriestaaten freigesetzt. D.h., die Industrieländer sind mit mindestens 70 Prozent an der Emission von Kohlendioxid beteiligt. Dieses Gas trägt mit etwa 50 Prozent zur globalen Erwärmung bei. Berücksichtigt man die gesamte Emission von Schadstoffen, die zur globalen Erwärmung beitragen, dann sind die Industrienationen mit 80 Prozent daran beteiligt.

Die rasche Erwärmung wird, nach der Meinung von Fachleuten, »unsere Welt in klimatische Bereiche katapultieren, die jenseits aller bisherigen Erfahrungen von Wissenschaft und Wissenschaftlern liegen«[23]. In den nächsten Dekaden wird ein Anstieg der durchschnittlichen Temperatur eintreten, für den in der Vergangenheit Jahrtausende erforderlich waren. Ein unmittelbares Ergebnis der raschen Erwärmung ist, laut dem Bericht der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), die Anhebung des Meeresspiegels. Wenn gegen die Emission von Treibhausgas nichts getan wird, dann wird der Meeresspiegel möglicherweise bis Ende des nächsten Jahrhunderts um einen Meter ansteigen. Dies wird nach der Meinung des IPCC, »ganze Bevölkerungsgruppen vertreiben, niedrig gelegene städtische Infrastrukturen zerstören, landwirtschaftliche Nutzflächen überschwemmen, Süßwasserressourcen versalzen und den Verlauf von Küstenlinien verändern«.

In dieselbe Richtung weist auch das Schlußkommuniqué der Weltklima-Konferenz von Toronto 1988. »Die Menschheit führt ungewollt ein weltweites Experiment durch, das in seinen schlimmsten Konsequenzen nur von einem globalen Atomkrieg übertroffen werden könnte.«

Die Rettung unseres Planeten liegt einfach in der starken Reduktion der Emission von Kohleverbindungen. Sie liegt wiederum vor allem in der starken Reduktion beim Verbrauch fossiler Brennstoffe. Die Weltklima-Konferenz (Toronto 1988) hat dringend empfohlen, die Emission durch die Nutzung fossiler Brennstoffe drastisch zu reduzieren. Wenn die Zielvorgabe der Konferenz realisiert werden soll, dann muß nach einer Studie japanischer Wissenschaftler die Wachstumsrate der Wirtschaft in den OECD-Ländern von jährlich 3,1 Prozent auf 1,4 Prozent gedrosselt werden. Jede weitere Reduktion der Emission von Treibhausgasen bedeutet weitere Einschränkungen bei der Produktion, aber auch im Bereich der Konsumtion in den hochentwickelten Industriestaaten. Dies ist aber weder mit der Profitgier der Konzerne noch mit der Konsumverwöhntheit der Verbraucher in diesen Ländern zu vereinbaren. Genauer gesagt, die Empfehlungen der Toronto-Konferenz sind mit dem Mechanismus eines wachstumsorientierten Systems gar nicht vereinbar. Vielmehr scheint die Voraussage der Welt-Energie-Konferenz (Montreal 1989) realistischer zu sein. Dort wurde festgestellt, daß der Energieverbrauch in den Industriestaaten bis zum Jahr 2020 um 50 bis 75 Prozent ansteigen wird. Und zwei Drittel dieses Anstiegs müssen durch fossile Brennstoffe gedeckt werden. Folglich muß auch der Ausstoß von Kohlen-

»Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Konsumgesellschaften die wesentlich Verantwortlichen für die furchtbare Zerstörung der Umwelt sind. Sie sind geboren aus den Metropolen der alten Kolonialmächte und aus imperialer Politik, die ihrerseits Unterentwicklung und Armut erzeugt haben... Mit nur zwanzig Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen sie zwei Drittel der metallischen Werkstoffe und drei Viertel der Energie, die auf der Welt produziert werden. Sie haben Meere und Flüsse vergiftet und die Luft verschmutzt, sie haben die Ozonschicht geschwächt und durchlöchert und die Atmosphäre mit Gasen angereichert, welche die Klimabedingungen mit solch katastrophaler Wirkung verändern, daß wir bereits darunter zu leiden beginnen.«
Fidel Castro auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, am 12. Juni 1992.

dioxid bis zu diesem Zeitpunkt entsprechend ansteigen. Eine düstere Perspektive!

Es liegt also eine eigenartige Situation vor. Wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen, besteht weder in den Industriestaaten, als Haupterzeuger von Treibhausgasen, noch in den Entwicklungsländern die geringste Chance für eine Minderung der gefährlichen Emissionen. Die rasche Erwärmung unseres Planeten scheint bereits vorprogrammiert zu sein. Wir treiben auf eine Katastrophe zu, deren Folgen, nach der Meinung von Gro Harlem Brundtland, Ministerpräsidentin Norwegens, nur mit denen eines Atomkriegs vergleichbar sind.

Arbeitslosigkeit

Allein zwischen 1980 und 2000 wird die Zahl der Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern voraussichtlich um ca. 700 Millionen zunehmen. Das bedeutet, daß jährlich im Durchschnitt 35 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, um den Stand der Arbeitslosigkeit auf dem Niveau 1980 zu erhalten.

Im Zuge des raschen Wachstums der Bevölkerung nimmt das Arbeitskräftepotential in den Entwicklungsländern zu. So betrug ihre Zahl 1950 etwa 600 Millionen. Gegenwärtig (1990) beträgt sie schätzungsweise mehr als 1,5 Milliarden und bis zum Jahr 2000 werden es sogar 1,9 Milliarden sein, was einem Wachstum von 2,1 Prozent pro Jahr entspricht. Unterentwickelte Wirtschaften können diese rasch wachsende Zahl an Arbeitskräften nicht absorbieren. Daher wächst die Zahl der Arbeitslosen von Dekade zu Dekade. Die Zahl der Unter- und Unbeschäftigten betrug im Süden 1950 schätzungsweise rund 90 Millionen Menschen - 1980 waren es 300 und 1990 über 500 Millionen. Sie hat sich also innerhalb von 40 Jahren mehr als verfünffacht und wird bis zum Jahr 2000 in der Dritten Welt voraussichtlich über 800 Millionen betragen. D.h. die Arbeitslosigkeit wächst mit durchschnittlich vier Prozent pro Jahr doppelt so schnell wie die Zunahme an Arbeitskräften, woraus folgt, daß das rasche Wachstum der Arbeitslosigkeit nicht allein auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist. Es muß also andere Quellen geben, die unabhängig von der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung, die Arbeitslosigkeit erzeugen.

In den letzten 30 Jahren wurden z.B. im Zuge der »Modernisierung« der Landwirtschaft Millionen Arbeitskräfte durch die Maschinen ersetzt. Auch die Industrialisierung hat in den vergangenen Dekaden eher zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen. In der Regel ruiniert die Herausbildung moderner Industrien gerade solche Zweige der Wirtschaft, in denen noch Millionen traditioneller handwerklicher Kleinbetriebe existieren. Dadurch steigt infolge der industriellen Entwicklung die Arbeitslosigkeit, statt zu fallen. Bereits vor 20 Jahren hat R. McNamara auf dieses Phänomen aufmerksam gemacht.[24] Heute fallen 35 bis 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Dritten Welt unter verschiedene Kategorien von Arbeitslosigkeit.[25]

Oft wird geglaubt, daß die Industrialisierung den Schlüssel zu Wohlstand und Prosperität darstellt. Die Autoren des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung meinen, daß, um den Verbrauch der Entwicklungsländer an Fertigerzeugnissen bis zum nächsten Jahrhundert - wenn der Bevölkerungszuwachs sich ausgleicht - gerade auf das Niveau der Industrieländer zu erhöhen, die Weltproduktion auf das Fünf- bis Zehnfache ansteigen müßte.[26] Ge-

genwärtig werden jährlich etwa 100 Milliarden Tonnen verschiedenster Ressourcen verbraucht und die Industriestaaten emitierten über 14 Milliarden Tonnen Treibhausgase. Es ist daher sehr fraglich, ob die Pläne zur Industrialisierung der Entwicklungsländer nicht das natürliche Potential der Erde überlasten und die Ruinierung der Umwelt noch forcieren. Ganz abgesehen davon, daß es ins Reich der Utopien gehört, in ein oder zwei Dekaden das Fünf- oder gar Zehnfache dessen zu schaffen, wozu die Industriestaaten 200 Jahre benötigten.

Faktisch verfügt heute niemand über eine brauchbare Konzeption für die Lösung des Beschäftigungsproblems in den Entwicklungsländern. Dabei bedeutet die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern nicht nur schlechte Lebensbedingungen, sondern nacktes Elend. Die Ausbreitung des Elends und der Unzufriedenheit bei Milliarden von Menschen bildet eine ernsthafte Gefahr für die bestehende Zivilisation. »Es steht zu erwarten, daß die Verschlechterung der Lebensbedingungen wachsende Unzufriedenheit und zunehmende Mißgunst gegenüber dem prosperierenden Teil der Welt erzeugen wird. Derartige Gefühle tendieren dazu, Kriege hervorzubringen, selbst wenn jeder Mann weiß, daß Krieg für niemand Gutes bedeuten kann.«[27]

Landflucht und Pauperismus

Die ländlichen Regionen der meisten Entwicklungsländer sind buchstäblich übervölkert. Selbst nach Abzug von Hunderten Millionen Arbeitskräften würde das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion nicht im geringsten vermindert, worauf 1953 bereits R. Nurkse hingewiesen hat.[28] Dieser Abzug findet real und spontan statt. Von Jahr zu Jahr verlassen Millionen von Menschen auf der Suche nach Arbeit die ländlichen Gebiete in Richtung Stadt - waren es 1950-55 nur etwa 7,5 Millionen Menschen so stieg diese Zahl 1975-80 auf 17,3 Millionen und beträgt gegenwärtig (1990-1995) schätzungsweise über 37 Millionen pro Jahr. Und sie wird noch weiter zunehmen. Zwischen 2020 und 2025 wird mit jährlich 44 Millionen Landflüchtlingen gerechnet.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die erschreckende Tatsache, daß im Zeitraum von 1950 bis 2025, also innerhalb von nur 75 Jahren, über zwei Milliarden Menschen vom Land in die Städte abwandern werden. Das ist die massivste räumliche Bevölkerungsbewegung in der Geschichte der Menschheit.

Trotz einer massiven Abwanderung von mehr als 600 Millionen Menschen zwischen 1950 und 1990 hat sich die Zahl der ländlichen Bevölkerung aufgrund des hohen natürlichen Wachstums im selben Zeitraum von ca. 1,4 auf fast 2,6 Milliarden verdoppelt. Die spontane Abwanderung wirkt somit keineswegs entlastend auf den Bevölkerungsdruck in den ländlichen Gebieten. Sie sorgt jedoch für die Entstehung zusätzlicher Probleme in den städtischen Gebieten. Die städtische Bevölkerung nimmt im beschleunigten Tempo zu. 1950 betrug ihre Zahl etwa 285 Millionen Menschen, 1990 bereits 1,5 Milliarden und bis zum Jahr 2000 werden es 2,2 Milliarden und bis zum Jahr 2025 sogar 4,4 Milliarden sein.

Das Schwergewicht der städtischen Weltbevölkerung verlagert sich

Von 70 Großstädten mit je über einer Million Einwohnern befanden sich 1950 lediglich 28 in den Entwicklungsländern. Heute (1990) befinden sich dort 256 solcher Städte in 163 Ländern. Von 6 Mega-Städten mit jeweils über fünf Millionen Einwohnern (1950) lagen nur 2 in den Entwicklungsländern (Shanghai und Buenos Aires). 1990 waren es 21 von 34 Mega-Städten. Bis zum Jahr 2000 wird sich die Zahl solcher gigantischen Städte im Süden auf 32 erhöhen, davon sogar 18 mit je über zehn Millionen Einwohnern.

somit immer mehr in die Entwicklungsländer. Zirka 35 Prozent der städtischen Bevölkerung lebten 1950 in diesen Ländern, 1990 waren es 63 Prozent und bis zum Jahr 2000 werden über 70, bis 2025 sogar fast 80 Prozent der städtischen Bevölkerung in Entwicklungsländern leben. Die Bildung von gigantischen Agglomerationszentren ist die Folge. Die Masse der Abwanderer strömt in Großstädte, wo die Chancen für die »Gründung« einer neuen Existenz besser scheinen. Folglich nimmt die Zahl der Groß- und Mega-Städte im Süden stark zu. Diese Städte platzen bereits jetzt aus allen Nähten. Dabei ist der Zustrom in die Städte keinesfalls abgeschlossen. Der eigentliche Höhepunkt steht wahrscheinlich noch bevor.

Die »Verstädterung« der Entwicklungsländer - ihr Tempo und Ausmaß - bildet sicherlich eines der zentralen und schwer lösbaren Probleme des 21. Jahrhunderts. Allein die Arbeitskräfteentwicklung spricht für sich. Das städtische Arbeitskräftepotential hat sich in den letzten 50 Jahren um das Achtfache vergrößert. Die Tragfähigkeit der Wirtschaft in den Städten ist schon längst überfordert. Die Absorption der hinzukommenden Arbeitskräfte ist nicht mehr möglich. Sie bleiben in zunehmendem Maße außerhalb des formalen Reproduktionsprozesses. Damit ist das Schicksal der Zuwanderer bereits besiegelt. Sie haben keine Chance, in den Städten ein menschliches Leben zu führen.

Das rasche Wachstum der Städte erschwert zudem die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, mit den elementaren sanitären und hygienischen Einrichtungen, mit gesundheitlichen Diensten, mit Bildungsmöglichkeiten, mit Wohnungen, mit Müllbeseitigung, mit sauberem Wasser, Energie, Transportmitteln, Kanalisation usw. Für die Lösung all dieser Probleme gibt es keine brauchbare Konzeption.

Die Schar der entwurzelten Bauern zieht in die Umgebung der Großstädte. Sie stellen die Einwohner der Elendsviertel. Wenn in den Entwicklungsländern von der raschen Verstädterung die Rede ist, dann ist in erster Linie die rapide Ausdehnung der Elendsviertel und die Umkreisung der eigentlichen Städte durch die Slums gemeint. Aufgrund der hohen natürlichen Vermehrungsrate sowie der Wanderungsprozesse nimmt die Zahl der Slumbewohner in erschreckendem Tempo zu. Nach Angaben von »Global 2000« lebte 1980 in vielen Großstädten, wie z.B. in Kalkutta, Bombay, Mexiko-City, Rio de Janeiro, Seoul und Taipeh mindestens ein Viertel der Bevölkerung in wilden Siedlungen - und der Trend weist steil nach oben.[29] Merkwürdigerweise wird dieses soziale Phänomens offiziell kaum zur Kenntnis genommen. Die Wohnviertel dieser Menschenmassen werden in keinem Stadtplan verzeichnet.

»Diese in Brasilien Favelas, im französischsprachigen Westafrika Bidonvilles, im Mittleren Osten Ischisch und in Indonesien Kampungs genannten illegalen Siedlungen beherbergen 30

Die Einwohner der Elendsviertel führen ein menschenunwürdiges Dasein. »Für jemanden, der diese Situation nicht selbst erlebt hat, ist es schwer, sich vorzustellen, wie viele Menschen in einer solchen Situation degeneriert werden können. Diese Slums sind die physischen und seelischen Gräber der 'over-migrators' der ländlichen Gebiete in die Städte.«[30] Keine Gesetzgebung und keine offizielle Organisation unterstützt diese Menschen. Sie sind buchstäblich von

der Gesellschaft vergessen und verlassen. Diese Bewohner der Elendsviertel bilden eine eigenständige und rasch wachsende Gesellschaftsschicht - die Pauper.

In den Entwicklungsländern vollzieht sich heute ein dramatischer Prozeß massenhafter Umwandlung von Bauern in Pauper. Soziale Unruhen, ethnische Spannungen und politische Instabilität nehmen mit dem Anwachsen des Pauperismus zu. Dieses Pänomen kann sich so zu einem mächtigen Unsicherheitsfaktor in der Welt entwickeln. Um nicht zu verhungern, nehmen diese Menschen Zuflucht zu eigenartigen Erwerbszweigen. Entweder versuchen sie, im sogenannten informellen Sektor, eine - wenn auch unsichere - Existenz zu gründen oder sie werden zum Betteln gezwungen bzw. in die Prostitution und ins Verbrechen - vom Drogenhandel bis hin zu Diebstahl und Mord getrieben. Das einzige 'Vergnügen' dieser Menschen ist Sex und die Zeugung ungewollter Kinder -Kinder, die sie nicht erhalten können, sogenannte »homeless kids«.

Wenn die Pauper ihre jämmerliche Lage mit der der eigentlichen Einwohner der Städte vergleichen, wird ihnen ihr eigenes Elend deutlich vor Augen geführt. Haß gegen die bestehende, ungerechte Gesellschaft und all ihre Erscheinungen entwickelt sich hier als alltägliche Reaktion. Die physische und seelische Degeneration, die moralische Degradation, gekoppelt mit Haß, veranlaßt diese Menschen, unter Umständen mit aller Brutalität gegen eine Gesellschaft vorzugehen, die sie genauso brutal vergessen und verlassen hat.

Diese pauperisierte Masse kann durch ihre objektive Lage sehr leicht radikalisiert und fanatisiert werden. Sie kann zur sozialen Basis von Abenteurercliquen werden, die - indem sie sich auf das 'Lumpenproletariat' stützen - die Macht ergreifen und eine reaktionäre Diktatur errichten. Diese Gefahr existiert objektiv. Die künftige Entwicklung einiger oder mehrerer Länder im Süden könnte eine gefährliche Wende nehmen und zur Herausbildung neuer Krisenherde führen. Das daraus resultierende Bedrohungspotential darf nicht unterschätzt werden. Insbesondere sollten die folgende Tatsachen zum Nachdenken Anlaß geben:

Durch die Abwanderung von weiteren 1,4 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2025 aus dem ländlichen Raum ist u.a. die massive Ausbreitung des urbanen Pauperismus vorprogrammiert.

Mit aktiver Unterstützung der nach Profit strebenden Unternehmer in den Industriestaaten wird das Know-how für die Herstellung von Kernwaffen auch in den Entwicklungsländern Verbreitung finden. Bereits 1980 wurde im Brandt-Report darauf aufmerksam gemacht, daß »dreißig bis vierzig Nationen ... wahrscheinlich bereits in den nächsten zwanzig Jahren zur Kernwaffenherstellung in der Lage sein (werden)«[31]. Insgesamt heißt das, daß die potentiellen Gefahren, die in den Entwicklungsländern gären, in absehbarer Zukunft akute Formen annehmen könnten.

Sind die Probleme lösbar?

Gewiß haben Probleme wie Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut bereits ungeheure Dimensionen erreicht. Dennoch ist die Situation

- 60 Prozent der Bevölkerung vieler Städte in der Dritten Welt.«
Marcia D. Lowe: Gestaltung der Städte, in: Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt - 1992, Frankfurt a.M., S. 172.

Es gibt Zehntausende von Straßenkindern auf den Boulevards der brasilianischen Großstädte. Diese Kinder lernen das Handwerk der Eltern sehr rasch und verunsichern manchmal sogar das »normale« Großstadtleben. Niemand kümmert sich um diese Kinder. Niemand versucht, das Phänomen Pauperismus an der Wurzel zu packen. Als einzige 'Lösung' werden z.B. in Brasilien die »Killer squads« organisiert, um die Straßenkinder zu bekämpfen. Allein in Greater Sao Paulo wurden 1992 täglich vier Kinder auf offener Straße umgebracht. Das sind 1.470 Kinder im Jahr! - Vgl. Marguerite Michaels: Rio's Dead Road Kids, in: Times International, Vol. 142, Nr. 6, August 1993.

vom finanziellen wie auch technischen Standpunkt aus nicht hoffnungslos.

Weltweit werden jährlich über ein Billion Dollar für die Rüstung ausgegeben. Für den »Golfkrieg« wurden über 100 Milliarden Dollar sofort bereitgestellt. Unter vernünftigen Bedingungen wäre eine Lösung der globalen Probleme durchaus zu finanzieren.

Auch vom technischen Standpunkt scheinen die Probleme durchaus lösbar. Die wissenschaftlich-technische Revolution birgt im besonderen Maße die Potenzen zur Überwindung der Unterentwicklung, zur Lösung der globalen Probleme und zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Daseins für die Weltbevölkerung. Zahlreiche programmatische Erklärungen der UNO und ihrer Spezialorganisationen, die in der letzten Dekade ausgearbeitet wurden, gehen von diesen Möglichkeiten aus. Ihre Zielsetzungen sind angesichts des heutigen Standes der Wissenschaft und Technik durchaus realistisch. Dennoch scheitern die Programme in der Regel bereits, ehe ihre Realisierung überhaupt in Angriff genommen wurde. Dieses Versagen zeugt von etwas Faulem in den bestehenden Gesellschaftssystemen, die, trotz aller Potenzen, bei Lösungsansätzen für die globalen Probleme regelmäßig scheitern.

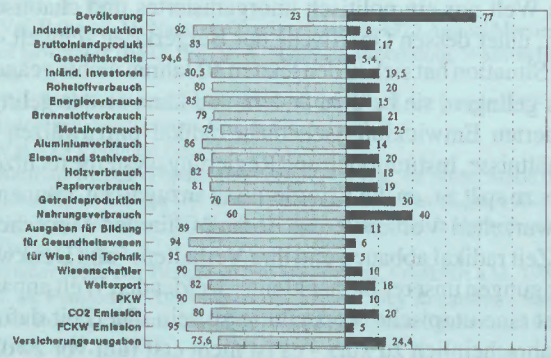
Die Wurzel des ganzen Übels besteht darin, daß unsere Welt polarisiert ist. Die tradierte internationale Arbeitsteilung aus dem 19. Jahrhundert wurde erhalten und durch die wissenschaftlich-technische Revolution verfestigt. Das Ergebnis war einerseits die maßlose Ausbeutung der Dritten Welt, andererseits vollzog sich eine nie dagewesene einseitige und hypertrophe Entwicklung in den Industriestaaten. Allein im Zeitraum von 1963 bis 1990 hat sich die Industrieproduktion in diesen Ländern reichlich verdreifacht.[32] Der »Wohlstand« entwickelte sich hier zu Überfluß und Verschwendung.

Die Welt wurde zutiefst und zunehmend in Arm und Reich gespalten. Heute verfügen 23 Prozent der Weltbevölkerung, also die Bevölkerung der industriell entwickelten Staaten - als reiche Länder - über den weitaus größten Teil des produzierten Weltnationaleinkommens. Sie sind die Hauptverbraucher von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Holz, Papier und Energie. Der größte Teil der Ausgaben für Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft ist hier konzentriert. Gleichzeitig sind sie die Hauptproduzenten der Abprodukte.[33] Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung, also die Bevölkerung der Entwicklungsländer, verfügt über einen unvergleichlich geringeren Teil der Weltreichtümer (vgl. Abb. 5).

Offensichtlich sind Krankheit, Rückständigkeit, Hunger und Armut das Los von Milliarden Menschen, die in der internationalen Arbeitsteilung zu Lieferanten der Rohstoffe für die Industriestaaten bestimmt sind. Und Wohlstand, Prosperität, Überkonsumtion und Überfluß sind das Los der Industriestaaten.

Der Hauptwiderspruch unserer Zeit besteht gerade darin, daß Wissenschaft und Technik weit entwickelt sind, während das bestehende Weltwirtschaftssystem und die mit ihm korrespondierenden internationalen Beziehungen nach den Schemata des 19. Jahrhunderts funktionieren. Durch den Fortschritt in der wissenschaftlich-technischen

Abb. 5 **Polarisierung unserer Welt**
Prozentualer Anteil der Industriestaaten und Entwicklungsländer an :



Quelle: Khalatbari, Weltbevölkerung

Revolution wird unsere Welt immer mehr zusammenrücken. Die Entfernungen zwischen Ländern und Kontinenten werden immer schneller überbrückt. Der Einfluß der Massenmedien nimmt zu. Die Völker kommen einander immer näher. Unser Planet, der einst ein großes Objekt mit riesigen Dimensionen war, schrumpft zusehends und die Interessen seiner Bewohner verschmelzen immer mehr. Die Interdependenzen nehmen zu.

In einer solchen kleiner werdenden Welt können die Probleme nicht nach alten Schemata gelöst werden. Die gravierendsten Probleme unserer Zeit sind global, und ihre Lösung kann nur durch gemeinsame Anstrengungen aller erreicht werden. Dazu bedarf es einer solidarischen Weltgemeinschaft und einer Weltregierung, die die Herausforderung produktiv annehmen. Die radikale Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse, Institutionen und Regierungsweisen als Reliquien der Vergangenheit, die Überwindung der bestehenden hypertrophen Entwicklung in der nördlichen Hemisphäre und die Orientierung auf ein durchhaltbares, stabilisierendes Entwicklungsmodell im Weltmaßstab stehen längst auf der Tagesordnung der Geschichte. Inzwischen ist es unzulässig in den Kategorien der industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts zu denken, zu handeln und zu regieren.

Bleiben die globalen Probleme ungelöst, so kann dies im Laufe der Zeit zu gefährlichen Reaktionen der Verzweiflung von Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern führen, die möglicherweise den Weltfrieden ernsthaft gefährden können. Dies ist in der Friedensforschung bisher wenig berücksichtigt worden, obwohl Bertrand Russell bereits vor 30 Jahren darauf aufmerksam gemacht hat. »Nichts könnte einen Wasserstoffbombenkrieg bereitwilliger auslösen als die drohende durch Überbevölkerung ausgelöste Verzweiflung.« In einer durch die Folgen der wissenschaftlich-technische Revolution sich

Hinter den Zahlen versteckt sich ein tragischer, menschenunwürdiger Zustand. In den Entwicklungsländern haben 25 Prozent der städtischen und über 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung (also fast zwei Milliarden Menschen) nicht einmal sauberes Wasser zur Verfügung. Fast 50 Prozent der städtischen und 87 Prozent der ländlichen Bevölkerung hatten noch 1980 keine angemessene Möglichkeit zur Müllbeseitigung. In diesen Ländern liegt die Zahl der Ärzte bei 22 pro 100.000 Menschen und die Zahl der Hebammen und Krankenschwestern liegt bei 52 pro 100.000 Einwohnern - gegenüber 217 bzw. 650 zu 100.000 in den Industriestaaten. - Vgl. UNDP: Human Development Report 1992, Oxford 1992, S. 151.

Über 1,5 Milliarden Menschen haben in der Dritten Welt keinen Zugang zu medizinischer Betreuung. Für 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten besteht keinerlei Möglichkeit, an die unabdingbar notwendigen Medikamente heranzukommen. Dabei leiden über zwei Milliarden Menschen in diesen Ländern an Krankheiten. Die Säuglingssterblichkeit liegt um 100 pro 1.000 Neugeborene. Die Zahl der Erwachsenen, die weder schreiben noch lesen können, stieg von 700 Millionen (1960) auf fast 800 Millionen (1980) und auf eine Milliarde (1990). Über 1,2 Milliarden Menschen leben unter der Armutsgrenze. - Vgl. UNDP: Human Development Report 1991, Oxford 1991, S. 24.

verkleinernden Welt besteht nach Lord Boyd Orr ein tiefer Widerspruch. »Die Welt ist eine geographische, wirtschaftliche und politische Einheit geworden. Die äußeren Voraussetzungen für einen Weltstaat, von dem früher die Philosophen als von einem Ideal geschrieben haben, das in einer fernen Zukunft einmal verwirklicht werden könnte, sind ganz plötzlich über uns hereingebrochen. Aber noch ist die Welt nur ein politisch unorganisiertes und chaotisches Staatswesen, unter dessen Oberfläche der Bürgerkrieg schwelt.«[34]

An dieser Situation hat sich in den letzten 40 Jahren nichts geändert. Wird es uns gelingen, sie bald zu ändern und kann es uns gelingen, unsere tradierten Entwicklungsschemata radikal umzuwälzen und unsere Verhältnisse, Institutionen und Regierungssysteme rechtzeitig und bevor es zu spät ist, an die Erfordernisse anzupassen, können wir die tief verwurzelten Vorurteile von sechs Milliarden Menschen in absehbarer Zeit radikal abbauen und ihre Verhaltens- und Denkweise an die Bedingungen unserer immer kleiner werdenden Welt anpassen - das scheint eine utopische Vorstellung zu sein. Die Zeit dafür ist nunmehr wahrscheinlich zu kurz - es ist nicht erst fünf vor zwölf!

Anmerkungen:

1 Alle statistischen Angaben aus: UNO. World Population Prospects 1990, New York 1991
2 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 475.
3 Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.): Politik der Partner. Aufgaben, Bilanz und Chancen der deutschen Entwicklungspolitik, Bonn 1990, S. 39.
4 World Bank, World Development Report 1987. Washington 1987, S. 41f.
5 André Armengaud: Population in Europe 1700-1914, in: Carlo M. Cipolla (Ed.): Economic History of Europe, Vol 3, S. 67.
6 Paul Kennedy: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1993, S. 64.
7 Vgl. Philip L. Martin: The Unfinished Story: Turkish labour migration to Western Europe. Geneva 1991, S. 106.
8 Alexander King, Bertrand Schneider: Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Spiegel-Ausgabe, Hamburg 1991, S. 43.
9 Karl Kautsky: Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Stuttgart 1910, S. 195.
10 UNFPA, The State of World Population. Report of executive director Dr. Nafis Sadik, New York 1990, S. 7.
11 Paul Ehrlich, Anne Ehrlich, Gretchen Daily: Food Security, Population, and Environment, in: Population and Development Review, Vol. 19, Nr. 1, March 1993, S. 4.
12 Vgl. Reshaping the International Order - A Report to the Club of Rome. Coordinator: Jan Tinbergen, New York 1977, S. 87/88.
13 Alan B. Durning: Ending Poverty, in: State of the World 1990. A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society, New York - London 1990, S. 135.
14 UNDP: Human Development Report 1991, New York - Oxford 1991, S. 64.
15 Willy Brandt: Der organisierte Wahnsinn - Wettrüsten und Welthunger, Frankfurt a.M. - Olten - Wien 1985, S. 42.
16 Norman Myers: Tropische Wälder, in: Global Warming - Die Wärme-Katastrophe und wie wir sie verhindern können. Der Greenpeace Report, München 1991, S. 439f.
17 UNFPA. The State of World Population 1990, a.a.O., S. 11.
18 Mihailo Mesarovic, Eduard Pestel: Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart 1974, S. 152.

19 Vgl. Norman Myers, Tropische Wälder, a.a.O., S. 436.
20 Vgl. ebenda, S. 420-427.
21 Sandra Postel, Lori Heise: Reforesting the Earth. World Watch Paper 83, Washington 1988, S. 5.
22 Our Common Future - The Report of the World Commission on Environment and Development, Oxford - New York 1987, S. 30.
23 George M. Woodwell: Folgen der globalen Erwärmung, in: Global Warming..., a.a.O., S. 168f.
24 Vgl. Robert S. McNamara: Opening Address. 1975 Annual Meetings of the Boards of Governors IBRD, IFC, IDA. Summary Proceeding, Washington D.C. 1975, S. 30.
25 Vgl. Paul Harrison: The Workless of the World, in: People IPPF review of population and development, Vol. 6, Nr. 3, 1979, S. 4.
26 Vgl. Our Common Future..., a.a.O., S. 15
27 Bertrand Russell: Population Pressure and War, in: Stuart Mudd (Ed.): The Population Crisis and the Use of World Ressources, The Hague 1964, S. 3.
28 Vgl. Ragnar Nurkse: Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1964, S. 32.
29 Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt a.M. 1980, S. 44f.
30 J. M. Ponsionen: An Analyzis of - and a Policy Regarding - Rural Migration in Developing Countries, in: UNO, World Population Conference 1965, Vol. IV, New York 1967, S. 520f.
31 Brandt-Report - Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Frankfurt a.M. - Berlin - Wien 1980, S. 151.
32 Donella und Dennis Meadows: Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart 1992, S. 25.
33 Ebenda, S. 27; Fritjof Capra: Wendezeit, München 1991, S. 259f.
34 John Boyd Orr: Werden nur die Reichen satt? Düsseldorf 1953, S. 1.

Wladislaw Hedeler
Alexander Wladimirowitsch Ruzkoj

Wladislaw Hedeler - Jg. 1953, Philosophiehistoriker, Berlin

Die Ereignisse in Rußland im September und Oktober 1993 sind in den Medien kontrovers kommentiert worden. Ein Blick in die russische und deutsche Presse zeigt, daß die Biographie eines der Hauptakteure jener Tage in den Mittelpunkt des Interesses rückte. Roy Medwedjew hatte kurz zuvor die Arbeit an einem Manuskript über den Vize-Präsidenten abgeschlossen und Zwischenergebnisse - u.a. im »Neuen Deutschland« - publiziert. Ruzkojs Biographie (und die von ihm ins Leben gerufene Partei) waren für Medwedjew aus mehreren Gründen ausgesprochen interessant. Ruzkoj steht für einen neuen Typus des Politikers: Der Ko-Pilot kam im Unterschied zur Nummer Eins nicht über die Karriereleiter der Nomenklatura in die Politik. Die schwierige Entwicklung der Ruzkoj-Partei - mit und gegen die Kommunisten - ist für den Analytiker aus der Sozialistischen Partei der Werktätigen Medwedjew sehr aufschlußreich.

Die politische Biographie Ruzkojs ist eine Sache der Zukunft, nicht der Vergangenheit, schrieb Medwedjew im Juli 1993. Da wir Medwedjews Korrekturen nicht vorgreifen können und wollen, haben wir uns entschlossen, aus dem von ihm der Redaktion »Utopie kreativ« zur Verfügung gestellten Material einige Passagen zu entnehmen und mit weiterführenden Hinweisen aus der russischen und deutschen Tagespresse zu ergänzen.

16. 9. 1947	in Kursk geboren.
1965	Militärdienst.
1969	Ehe mit N. S. Tschurikowa, die fünf Jahre später geschieden wird.
1971	Abschluß des Studiums an der Höheren Militärfliegerschule.
1979	Studium an der Militärfliegerakademie.
1980	Abschluß des Studiums an der Akademie des Generalstabes.
bis 1985	Stabschef eines Regiments der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.
1980 - 1985	Chef des Zentrums der Militärausbildung der Luftstreitkräfte.
1985 - 1986	428 Kampfeinsätze in Afghanistan geflogen.
14. 2. 1988	Die »Prawda« meldet Ruzkojs »Rückkehr« nach Afghanistan.
18. 8. 1988	Die »Prawda« berichtet über den Luftkampf in der

Nähe der pakistanischen Grenze und die Gefangennahme Ruzkojs. Am 16. August wird er in Pakistan ausgetauscht, am 22. August meldet die »Prawda« seine Ankunft in Moskau.

1988 Held der Sowjetunion.

Mai 1989 Ruzkoj kandidiert als Volksdeputierter im Moskauer Wahlbezirk Kunzewo, kann aber nicht die erforderlichen 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. (Komsomolskaja Prawda, 13. Mai 1989.)

Frühjahr 1990 Ehrenbürger von Kursk, im zweiten Wahlgang mit 51,3 Prozent der Stimmen in den russischen Volksdeputiertenkongreß gewählt. (Kurskaja Prawda, 7., 15. und 14. März 1990.)

Mai 1990 Mandat als Volksdeputierter.

Juni 1990 Vorsitzender des für die Angelegenheiten der Veteranen und Invaliden zuständigen Komitees des Obersten Sowjets, erste Kontakte zu Jelzin.

1990 - 1991 Mitglied des ZK der KP der RSFSR, Volksdeputierter der RSFSR.

21. 1. 1991 Ruzkoj tritt während einer Sitzung des Obersten Sowjets der RSFSR, in der die Ereignisse in Vilnius zur Debatte standen, mit einer Kritik der verantwortungslosen Politik der Führung hervor. »Nowoje Wremja« 1992, November, S. 20 registriert die Annäherung des Vertreters der Vereinigung »Vaterland« und der »Demokraten« um Jelzin.

17. 3. 1991 Einführung des Präsidentenamtes in der RSFSR, mit Ruzkojs Hilfe erhält Jelzin nach dem dritten Wahlgang die absolute Mehrheit (mit 4 Stimmen) und gewinnt Anhänger unter den Altkommunisten und Militärs.

2. 4. 1991 Ruzkoj verkündet auf dem Volkskongreß die Bildung der neuen Fraktion »Kommunisten für Demokratie«.

21. 5. 1991 »Ruzkoj gewinnt an Höhe« schreibt die Moskauer Abendzeitung. Während der kurzen, aber intensiven Wahlkampagne tritt Ruzkoj in Barnaul, Irkutsk, Nowosibirsk, Omsk, Krasnojarsk, Lipezk, Kursk und Krasnodar auf.

22. 5. 1991 Jelzin bezeichnet die Fraktion »Kommunisten für Demokratie« und Ruzkoj als seine Stütze. (Krasnaja Swesda.)

1. 6. 1991 Jelzin begründet vor Wählern seine Entscheidung für Ruzkoj. (Russkij kurjer, Nr. 15, Juni 1991.)

12. 6. 1991 Im ersten Wahlgang Vize-Präsident. Zu den Anwärtern auf dieses Amt unter den Jelzin-Anhängern gehörten: G. Burbulis, S. Schachraj, G. Starowojtowa und D. Wolkogonow. Jelzin und Ruzkoj schlugen mit 57 Prozent der Stimmen N. Ryshkow, A.

Genadi Eduardowitsch Burbulis (geb. 1945) Leiter der Arbeitsgruppe des Obersten Konsultativ- und Koordinationsrates Rußlands; Sergej Michailowitsch

Schachraj (geb. 1956) Staatlicher Berater der RSFSR zu Fragen der Rechtspolitik; Galina Wassiljewna Starowojtowa (geb. 1946) Mitglied der Arbeitsgruppe des Obersten Konsultativ- und Koordinationsrates Rußlands, zuständig für Nationalitätenfragen; Dmitri Antonowitsch Wolkogonow (geb. 1928) Mitglied der Arbeitsgruppe des Obersten Konsultativ- und Koordinationsrates Rußlands, zuständig für Fragen der nationalen Verteidigung.

Tulejew, W. Shirinowski, A. Makaschow und W. Bakatin. (Rossijskaja Gaseta, 23. Januar 1993 und ein Interview mit Ruzkoj über seine Ernennung in: Megapolis-Express, 26. Mai 1993.)

Weder im Juni noch im Juli wird Ruzkoj zu den Beratungen in Jelzins Datsche geladen.

10. 7. 1991 N. S. Stoljarow, Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission der KP der RSFSR, im Gespräch mit Ruzkoj. (Literaturnaja Gaseta, S. 2.)

16. 7. 1991 »Die Perestrojka begann auf der Stelle zu treten, da ihr wirklicher Inhalt mit den Gruppeninteressen des Parteiapparates zusammenstieß, der die Bedeutung des historischen Moments des Epochenbruchs nicht verstand, den Übergang zu der Macht anderer, vom Volk gewählter Strukturen. Der Parteiapparat akzeptierte das Wichtigste nicht, nämlich die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Eigentumsbeziehungen.«
Erklärung der Bewegung »Kommunisten für die Demokratie«, zitiert in: Galina Luchterhand: Die politischen Parteien im neuen Rußland, Bremen 1993, S. 135f.

Wassili Semjonowitsch Lipitzki (geb. 1947) 1983 - 1990 Sektorleiter für Geschichte der KPdSU am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU; Eduard Schewardnadse (geb. 1928) seit Juli 1991 Ko-Vorsitzender des Rates der Bewegung für Demokratische Reformen; Alexander Nikolajewitsch Jakowlew (geb. 1923) Ko-Vorsitzender des Rates der Bewegung für Demokratische Reformen;

2./3. 8. 1991 Gründungskongreß der aus der KPdSU hervorgegangenen Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands. Gemeinsam mit Wassili Lipitzki (von der Demokratischen Plattform der KPdSU [Kommunisten für Demokratie]) Vorsitzender der DPKR, nach dem Putsch in Volkspartei Freies Rußland umbenannt, am 21. November 1991 vom Justizministerium Rußlands registriert. Mit dieser Partei sympathisierten E. Schewardnadse und A. Jakowlew, an der Ausarbeitung der Programmdokumente wirkten I.K. Pantin und G.G. Wodolasow mit.

1991 Dem Ausschluß aus der KPdSU geht eine Pressekampagne in Kursk voraus. Kommunistische Wähler fordern seine Abberufung als Abgeordneter.

August 1991 Ruzkoi ist einer der militärischen Führer zur Verteidigung des Weißen Hauses in Moskau vom 19. - 22. August. »Als ihn die Berliner Zeitung vor zwei Wochen genau an dieser Stelle vorstellte, kannten ihn außerhalb der Sowjetunion nur wenige Insider. Heute kennt ihn die ganze Welt: Rußlands Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi, den Mann, der das 'Weiße Haus' in Moskau vor den anrückenden Panzern rettete. Eine Persönlichkeit, die zur Legendenbildung geradezu einlädt.« (Berliner Zeitung, 23. August 1991, S. 3.)

September 1991 Ernennung zum Generalmajor, nachdem er zu Gorbatschows Befreiung auf die Krim geflogen war.

Herbst 1991 Ruzkoj in Opposition zur Jelzin-Gajdar-Regierung.

26. 10. 1991 Erster Parteitag der DPKR. »Aleksandr Ruzkoj setzt auf den freien, tatkräftig arbeitenden Menschen, auf den kleinen und mittleren Unternehmer«. (Zitiert in: Galina Luchterhand, Die politischen Parteien im neuen Rußland. Bremen, 1993, S. 135f.)

Februar 1992 Verantwortlich für die Durchführung der Agrarreform. Die engste Umgebung des Präsidenten meinte ohnehin, daß Ruzkoj seine Schuldigkeit bereits getan habe, als er Jelzin zum Präsidentenamt verhalf. In den neuen Strukturen gab es für ihn keine Verwendung. Ruzkoj gedachte wohl die neue Regierung zu leiten, doch das übernahm Jelzin selbst. In der offenkundigen Absicht, Ruzkoj zu erniedrigen, wurde er mit der Aufsicht über die Landwirtschaft betraut, traditionell der Friedhof politischer Laufbahnen.

24. 2. 1992 Klaus Joachim Herrmann: Alexander Ruzkoj - nackter Vizekönig oder Volkstribun? Rußlands Präsident Jelzin dürfte längst begriffen haben, daß sein Stellvertreter wohl eine zu gute Wahl war. (Neues Deutschland.)

22. 3. 1992 Lew Owruzkij veröffentlicht in den »Moskowskie Nowosti« den bissigen und galligen Essay »Ruzkismus« (als typische Erscheinung der postkommunistischen Epoche). Ruzkoj, heißt es im Artikel, sei eine tragische Figur, die in der Politik eigentlich nichts verloren habe. Darauf folgt eine Aufzählung dessen, was Ruzkoj nicht kann bzw. nicht ist. (S. 9)

Sommer 1992 Die Volkspartei Freies Rußland spricht sich gegen die Auslieferung Erich Honeckers an die BRD aus. Die Ruzkoj-Partei, Nikolai Trawkins Demokratische Partei und Arkadi Wolskis Industriebund vereinigen sich zum Oppositionsblock Bürgerunion.

März 1993 Jelzin überträgt Ruzkoj keine Aufgaben mehr, nachdem sich Ruzkoj von Jelzins Fernsehansprache distanzierte. »Das kunstvolle (von Sergej Schachrai, und Anatoli Sobtschak verfaßte) Konglomerat aus Kongreßbeschimpfung, Angstmache vor dem Kurs des innenpolitischen Gegners und Drohgebärde ging Jelzin nur schwer über die Lippen. Fast 20mal mußte die Aufzeichnung geschnitten werden, das Material aus verschiedenen Probeläufen geriet durcheinander... Nach der Aufzeichnung blieben Jelzin noch knapp zwölf Stunden bis zur abendlichen Ausstrahlung. Er bestellte Vize Ruzkoi zu sich und bat um Billigung der TV-Rede, in der er sich dreimal ausdrücklich zu seinem Stellvertreter bekannt hatte. Ruzkoi lehnte ab und warnte seinen Präsidenten auch noch schriftlich vor den Folgen: Die Anord-

Jegor Timurowitsch Gajdar (geb. 1956) 1991 - 1992 Minister für Wirtschaft und Finanzen der RSFSR. Vgl. Roy Medwedjews Artikel „Der 'Chicago-Boy' Jegor Gajdar". In: Utopie kreativ, 1993, Nr. 27/28, Januar/ Februar, S. 62 - 69.

Nikolai Iljitsch Trawkin (geb. 1946) 1990 - 1992 Vorsitzender der Demokratischen Partei Rußlands; Arkadi Iwanowitsch Wolski (geb. 1932) 1986 - 1991 Mitglied des ZK der KPdSU, seit 1992 Präsident des Industriebundes.

Anatoli Aleksandrowitsch Sobtschak (geb. 1937) seit 1992 Präsident der Juristenvereinigung St. Peterburgs.

nungen werden zu einer Spaltung in Staat und Gesellschaft führen und am Ende zu Gewalt und Blutvergießen.« (Der Spiegel, 1993, 13, S. 165.)

6. 3. 1993 Roy Medwedjew: General Ruzkoj und seine Partei. In: Lewaja Gaseta, Nr. 6, März 1993, S. 4f.

April 1993 Ruzkoj klagt vor dem Referendum das Präsidentengefolge der Korruption an, Jelzin legt ihm daraufhin den Rücktritt nahe. »Vieles, über das Alexander Ruzkoi gesprochen hat, ist tatsächlich ein ernsthaftes Problem«, räumte Jelzin ein, »Es gibt Korruption, unter anderem in den obersten Etagen der Macht, es gibt ungesetzliche Geschäfte.« Doch er kann seinem Stellvertreter nicht verzeihen, daß er das Material »über Monate bis zu einem genehmen Augenblick« gesammelt habe und damit an die Öffentlichkeit gegangen sei, als »das Referendum über das Vertrauen zum Präsidenten beginnt«. Fünf Prozent der Stimmen könnte Jelzin der Ruzkoi-Alleingang kosten, befürchtet man in der Umgebung des Präsidenten. (Manfred Quiring: Selbst der Gewinner wird nicht Sieger sein. In: Berliner Zeitung, 24./25. April 1993, S. 3)

April 1993 »*Wie stehen Sie selbst zum Präsidenten?* Ich anerkenne, daß er älter und erfahrener ist als ich. Aber ich bin gegen jene, die ihn austricksen und ihn zur Geisel ihrer schädlichen Ideen machen.« (Mafiosi streben zur politischen Macht. Interview mit dem Widersacher und Vize des russischen Präsidenten, A. Ruzkoi. In: Berliner Zeitung, 24./25. April 1993, S. 3.)

13. 5. 1993 Jelzin reduziert das Sekretariat seines Stellvertreters von 51 auf sechs Angestellte. (Roy Medwedjew: Vom Verbündeten zum Gegner des Präsidenten. Ein politisches Porträt des russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoj. In: Neues Deutschland, S. 6.)

25. 5. 1993 Wie man die Verfassung auch auslegt, Ruzkojs Position als Nachfolger Jelzins ist sicher, kommentiert die »Nesawisimaja Gaseta«.

26. 5. 1993 Igor Kljamkin: Warum Ruzkoj unter Jelzin nicht die Rolle spielen konnte, die Jelzin unter Gorbatschow gespielt hat. (Literaturnaja Gaseta, S. 11)

Juli 1993 Jelzin spricht Ruzkoj die Funktion des Vize-Präsidenten ab, Ruzkoj wird als Chef der von Präsident Jelzin im Januar 1993 nominierten Kommission zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens abberufen. (Irina Wokowa: Der Sumpf reicht bis in Jelzins nächste Nähe. In: Neues Deutschland, 6. September 1993, S. 3.)

11. 6. 1993 Woldemar Koreschkow: Über Boris Nikolajewitsch

und Alexander Wladimirowitsch. (Rossijskaja Gaseta, S. 2). Jetzt treten die Differenzen zwischen Jelzin und Ruzkoj deutlich zu Tage.

23. 6. 1993 Alexander Ruzkoj: Was der Präsident versprach, ist eingetreten, jedoch nur im Gegenteil. (Rossijskaja Gaseta, S. 4)

3. 7. 1993 »Rossijskaja Gaseta« mit einer Karikatur, die Ruzkoj als Stalin zeigt (S. 3.).

6. 7. 1993 Boris Pugatschew: Jelzin und Ruzkoj, Politische Führer und das zerfallende Land. (Rossijskaja Gaseta, S. 4)

15. 7. 1993 Roy Medwedjew beendet die Arbeit am Manuskript für das Einleitungskapitel seines Buches über General Alexander Ruzkoj. Zu diesem Zeitpunkt ist Jelzins Position angeschlagen. Ob er bis 1996 im Amt bleiben würde, ist fraglich, heißt es übereinstimmend in der russischen Presse.

Roy Alexandrowitsch Medwedjew (geb. 1925) seit 1991 Ko-Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Werktätigen.

Spätsommer Jelzin schränkt Ruzkojs Tätigkeit als Mitglied des Sicherheitsrates ein.

29. 8. 1993 Wladimir Orlow schildert Ruzkoj in den »Moskowskie Nowosti« (S. 5) als Nachfolger Jelzins und beschreibt detailliert das Personen- und Funktionskarussell. Ruzkoj wird es schwer haben, hinter ihm steht keine Mannschaft, in den Regionen hat er kein Hinterland. Wenn er nicht handelt, sind die Stunden seiner Amtszeit gezählt.

21. 9. 1993 Jelzin löst den Obersten Sowjet und den Kongreß der Volksdeputierten auf.

22. 9. 1993 0.07 Uhr: Der Oberste Sowjet versammelt sich zu einer Sondersitzung. Vizepräsident Alexander Ruzkoj läßt sich auf Jelzins Sessel nieder... Mit drei Enthaltungen, drei Nein- und 142 Ja-Stimmen wird Präsident Jelzin abgesetzt. 0.23 Uhr: Ruzkoj leistet den Amtseid. Im Verlag »Pajea« erscheint ein Buch von Alexander Ruzkoj mit dem Titel »Über Ehre und Ehrlosigkeit«.

Ruzkoj weist Barannikow, Atschalow und Dunajew an, alle - mit Ausnahme der im Weißen Haus zur Wache eingeteilten Milizionäre und Offiziere - zu entwaffnen. (Moskowskie Nowosti, 17. 10. 1993)

Wiktor Pawlowitsch Barannikow (geb. 1940) seit 1992 Minister für Sicherheit der Russischen Föderation; Andrej Fjodorowitsch Dunajew (geb. 1939) seit 1992 Erster Stellvertreter des Innenministers der Russischen Föderation.

23. 9. 1993 Chasbulatow referiert auf dem X. Kongreß der Volksdeputierten Rußlands »Über die politische Situation in der Russischen Föderation im Zusammenhang mit dem erfolgten Staatsstreich«.

Ruslan Imranowitsch Chasbulatow (geb. 1942) seit Oktober 1991 Vorsitzender des Obersten Sowjets der Russischen Föderation.

24. 9. 1993 Umfrage des WZIOM: Für wen würden Sie bei Präsidentenwahlen stimmen?

	St. Petersburg	Moskau
Für Jelzin:	19, 7 Prozent,	38 Prozent
Für Ruzkoj:	10, 7 Prozent,	15 Prozent
Für Jawlinski	21, 7 Prozent	11 Prozent

Falls Jelzin nicht kandidiert, wem würden ihre Stimme geben? Jawlinski 22 Prozent; Ruzkoj 1 Prozent. Falls Jawlinski nicht kandidiert? Jelzin 36 Prozent; Ruzkoj 9 Prozent. (Moskowskie Nowosti, 3. Oktober 1993, S. 5A)

Grigori Alexejewitsch Jawlinski (geb. 1952) Mitautor des 500-Tage-Programms, seit 1991 Vorsitzender des Zentrums für ökonomische und politische Studien; Juri Wladimirowitsch Skokow (geb. 1938) 1992 Vorsitzender der Kommission zur Bekämpfung des Verbrechens, der Mafia und der Korruption.

26. 9. 1993 »Nach Jelzin ist Ruzkoj heute zweifellos Kandidat Nr. 1. Rußland wird eher einem charismatischen Führer folgen, als einem Intellektuellen oder Pragmatiker.« Großen Einfluß haben auch Jawlinski, Skokow und Wolski. (W. Lipitzki im Gespräch mit Tatjana Jachlakowa, in: Moskowskie Nowosti, S. 11A)

13.30 Uhr: Ruzkoj übergibt dem Moskauer Stadtsowjet zwölf AKM-Maschinenpistolen. Sie seien im Plansoll der Parlamentswache überzählig. Er versichert, er werde bei einem Sturmangriff keinen Schritt weichen und bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. (Wochenpost, 7. Oktober 1993, S. 16)

27. 9. 1993 Ruzkoj betont gegenüber Journalisten seine Verfassungstreue.

29. 9. 1993 Ruzkoj trifft sich mit Jawlinski.

Wiktor Fjodorowitsch Erin (geb. 1944) seit Januar 1992 Innenminister der Russischen Föderation.

3. 10. 1993 Ruzkoj befiehlt den zur Wache eingeteilten Posten im Weißen Haus, nicht von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. (Moskowskie Nowosti, 17. Oktober 1993, S. 4A)

16.00 Uhr: Ruzkoj wendet sich über Polizeifunk an die OMON-Einheiten, nicht zu schießen. (Moskowskie Nowosti, 10. Oktober 1993, S. 4A)

16.20 Uhr fallen die ersten Schüsse vor dem Weißen Haus. Ruzkoj ruft um 16.35 Uhr auf, das Bürgermeisteramt zu stürmen. Unter den Angreifern auf dieses und das Fernsehzentrum Ostankino sind viele Mitglieder der profaschistischen paramilitärischen »Russischen Nationalen Einheit«.

Jelzin gibt gegen 21.00 Uhr bekannt, daß er die Vollmachten des Vize-Präsidenten Wiktor Tschernomyrdin übertragen habe.

4. 10. 1993 Telephonumfrage. 1) Wem vertrauen Sie mehr? Jelzin und der Regierung Tschernomyrdin oder dem Obersten Sowjet, Chasbulatow und Ruzkoj? 71 Prozent - Jelzin, 4 Prozent dem Obersten Sowjet. 2) Wer trägt die Verantwortung für die Ereignisse in Moskau? 15 Prozent - Jelzin; 45 Prozent - Ruzkoj; 47 Prozent - Chasbulatow; 12 Prozent alle. 3) Die Verteidigung des Weißen Hauses erfolgte 8 Prozent spontan, 65 Prozent war vorher geplant, 11 Prozent von Jelzin provoziert. 4) Die Regierung wird die Situation schnell unter Kontrolle bekommen: 66 Prozent. (Rossijskie Westi, 6. Oktober 1993, S. 1)

Verbot folgender Organisationen: Partija wosroshdenija dershawy (*Partei der Wiedergeburt des Reiches*), gegründet im Oktober 1991; Rossijskij obschtschenarodnyj sojus (*Russische Allgemeine Volksunion*), gegründet im Dezember 1991; *Russische Partei*, gegründet im Mai 1991, Russkij nazionalnyj sobor (*Russische Nationalversammlung*), gegründet im Juni 1992; Russkoe nazionalnoje jedinstwo (*Russische Nationale Einheit*), gegründet im August 1990; *Front der nationalen Rettung*, gegründet im Oktober 1992; *Pamjat*, gegründet 1986, *Werktätiges Rußland*, gegründet im Oktober 1992; *KPR(B)*, gegründet im November 1991; *KPRF*, gegründet im Februar 1993; *Russische Kommunistische Arbeiterpartei*, gegründet im November 1991; *Russischer Kommunistischer Jugendbund*, gegründet Ende 1991; *Vereinigte Front der Werktätigen*, gegründet 1989; *Bund der Offiziere*; die Vereinigung »*Schild*«.

»Russische Nationale Einheit« (RNE) Im August 1990 aus der »Pamjat« hervorgegangen, geführt von Alexander Barkaschow (geb. 1953).

8. 10. 1993 18.15 Uhr: Atschalow, Barannikow, Chasbulatow, Makaschow, Ruzkoj und 150 weitere Personen werden festgenommen und in das Lefortowo-Gefängnis verbracht.

Albert Michajlowitsch Makaschow (geb. 1938) General-Oberst d. R. Einer der Führer der Nationalen Rettungsfront.

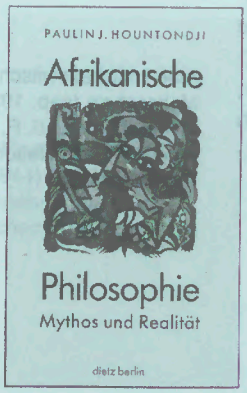
Reiner Werner

Mein unruhiges Ich

Selbstfindung zwischen Vernunft und Illusion

247 Seiten · Mit 22 Graphiken von Burkhart Seidemann · Leinen · 32,00 DM
ISBN 3-320-01821-3

Unruhe im Ich ergreift zu unruhigen Zeiten keineswegs nur sensible Menschen; die Unruhe zur Selbstfindung zu nutzen, dafür will das „Unruhige Ich" Begleiter und Helfer sein.



Paulin J. Hountondji

Afrikanische Philosophie – Mythos und Realität

Hrsg.: G.-R. Hoffmann
Mit einem Essay von G.-R. Hoffmann und C. Neugebauer
Aus dem Englischen von C. Neugebauer und F. M. Wimmer

240 Seiten · Leinen · 32,00 DM
ISBN 3-320-01805-1

Mit diesem Buch wird einer der auch für Diskussionen in Europa interessantesten Aspekte gegenwärtiger afrikanischer Philosophie, die Auseinandersetzung mit der sogenannten Ethnophilosophie, ausführlich dargestellt.

David Rjasanow –
Marx-Engels-Forscher · Humanist · Dissident

Herausgegeben und mit einem biographischen Essay versehen von Volker Külow und André Jaroslawski
Reihe „Soziales Denken des 19. und 20. Jahrhunderts"

260 Seiten · Pappband · 39,80 DM
ISBN 3-320-01798-5

Rjasanow gilt als der bedeutendste Marx-Engels-Forscher unseres Jahrhunderts. Erstmals wird in deutscher Sprache auf der Grundlage seines in Moskau überlieferten Nachlasses, einschließlich der im KGB-Archiv befindlichen Materialien, sowie zahlreicher Briefe und Akten aus amerikanischen, deutschen und niederländischen Archiven Lebensweg und Schaffen des Herausgebers der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) nachgezeichnet.

Dietz Verlag Berlin
Weydingerstraße 14–16
10178 Berlin

dietz berlin

UTOPIE kreativ dokumentiert:

Egon Bahr, Valentin Falin, Henry Kissinger
Wandel durch Annäherung

Zusammenhänge und Hintergründe des Berlin-Abkommens der vier Mächte und dessen Bedeutung für die Beendigung des Ost-West-Konflikts

Im folgenden bringen wir den Wortlaut einer Podiumsdiskussion über die historischen Zusammenhängen des Berlin-Abkommens 1971 und die aktuellen Aufgaben einer internationalen Friedenspolitik.
UTOPIE kreativ verfolgt damit ein zweifaches Anliegen:
zum einen wollen wir helfen, für die weithin geführte Diskussion Informationen und Einsichten zum widersprüchlichen Verlauf des Ost-West-Gegensatzes zu vermitteln, und
zum anderen wollen wir mit unseren Möglichkeiten das Anliegen zur Vorbereitung und Gründung einer Friedensuniversität in Potsdam unterstützen.
Vgl. hierzu auch Beitrag von Dorothee Sölle: Ein Volk ohne Vision geht zugrunde, in UTOPIE kreativ, H. 31/32

Uwe Morawetz: Ich freue mich sehr, daß diese Veranstaltung, dieses Gespräch heute hier im Haus der Kulturen der Welt stattfinden kann, das uns, wie so viele andere Firmen und Institutionen, seine Leistung kostenlos zur Verfügung gestellt hat, damit dieser Abend in dieser Form möglich wird, und ich bedanke mich besonders bei dem Haus der Kulturen der Welt für die mietfreie Nutzung dieses Auditoriums. Das Haus der Kulturen der Welt verfolgt und fördert den Dialog der verschiedenen Kulturen, einen Dialog zwischen sogenannten Fremden, um diese sogenannten Fremden verstehen und akzeptieren zu lernen und in ihrer Verschiedenartigkeit als Bereicherung zu begreifen: geistig, körperlich und emotional. Somit verfolgt das Haus der Kulturen der Welt ähnliche Ziele wie die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität, die 1991 zu einer Zeit gegründet wurde, in der die Ausmaße der Gewalt immer stärker spürbar wurden, die Angst vor dem Fremden und die Hilflosigkeit, diesem Fremden und dieser Gewalt zu begegnen. Wir alle wissen, daß wir nicht von der Politik allein die Lösung dieser täglichen Probleme erwarten können und dürfen, und daß Politiker die Bevölkerung tagtäglich aufrufen zur Eigeninitiative und Eigenverantwortung.
Die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität ist eine aus der Bevölkerung heraus entstandene Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, langfristig in der früheren Militärstadt Potsdam eine Friedensuniversität zu gründen, unabhängig von bestimmten politischen, weltanschaulichen und geistigen Richtungen. Eine Friedensuniversität als interdisziplinäres Forum zur Entwicklung von handlungsorientierten Konzepten zum Abbau von Gewalt.
Ich freue mich sehr, daß sieben Friedensnobelpreisträger die Schirmherrschaft zur Gründung der Friedensuniversität übernommen haben, und daß einer dieser Friedensnnobelpreisträger heute hier unser Gast ist. Eine Friedensuniversität, die Brücken schlägt, Brücken zwischen Völkern, zwischen den verschiedenen Generationen, zwischen Mensch, Technik und Natur, zwischen den Sprachgruppen unserer Gesellschaft - Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur - die oft so unterschiedliche Sprachen sprechen und sich so oft so wenig verstehen.

Eine Veranstaltung der Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität (FGF) e.V. im Berliner Haus der Kulturen der Welt (Kongreßhalle) am Sonntag, den 4. Juli 1993
Im Gespräch:
Prof. Dr. Egon Bahr, ehemaliger Bundesminister für besondere Aufgaben sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit; amtierender Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik;
Dr. Valentin Falin, ehemaliger Botschafter der UdSSR in Bonn, Direktor der Presseagentur NOWOSTI und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU; derzeit in der internationalen Friedensforschung tätig;
Dr. Henry Kissinger, ehemaliger Außenminister der USA, Friedensnobelpreisträger 1973, gehörte von 1954 bis 1971 dem Lehrkörper der Harvard Universität an; heute international als Berater tätig.
Moderation:
Dr. Josef Joffe, Gastprofessor für Internationale Sicherheitspolitik an der Harvard Universität, früherer Leiter des Ressorts »Dossier« der ZEIT, seit 1985 Leiter des Ressorts Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung
Giovanni di Lorenzo, Mitinitiator der Münchener Lichterkette gegen Ausländerhaß und Rechtsradikalismus, politischer Reporter der Süddeutschen Zeitung und Moderator der Talkshow »III nach Neun« von Radio Bremen
Einführung:
Uwe Morawetz, Vorsitzender der FGF

Wie schaffen wir es, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln, die uns wirkliche Dialoge und nicht nur Mißverständnisse und Voreingenommenheiten ermöglicht? »Wo der Dialog aufhört, kommt es zu Mißverständnissen, kommt es zu Konfrontation, kommt es zu Krieg«. schreiben Alexander King und Bertrand Schneider in ihrem neuesten Bericht des Rates des Club of Rome. Einen solchen Dialog offen und vorurteilsfrei zu führen, ist der Anspruch der Friedensgespräche, die die FGF als Vorlauf zur Gründung der Friedensuniversität veranstaltet. Ein Dialog, bei dem es möglich wird, dem anderen zuzuhören, sich für die Argumente des anderen zu öffnen und nicht auf dem eigenen Standpunkt bis zum bitteren Ende zu verharren.
Ich freue mich sehr, daß heute drei Menschen auf dem Podium sein werden, die diesen Wandel durch Annäherung in der Politik praktiziert haben. Sie sind sich im Zuge der Verhandlungen über das Berlin-Abkommen der vier Mächte von 1971 wirklich, auch menschlich begegnet und haben es geschafft, ein Fundament zu legen für die Beendigung der Konfrontation der Blöcke, indem sie Mut in ihren verschiedenen und eigenen Lagern für Kooperation und Annäherung bewiesen haben. Sie haben es geschafft, Konflikte, wie sie heute an vielen Plätzen der Erde eskalieren, auf friedliche Weise auszutragen, ohne Eskalation. Ich habe die Hoffnung, daß wir gerade heute viel von den Erfahrungen von Dr. Henry Kissinger, Dr. Valentin Falin und Professor Egon Bahr lernen können.
In diesem Zusammenhang ist dies ein historisches Ereignis, denn Dr. Valentin Falin, Dr. Henry Kissinger und Professor Egon Bahr sind noch nie öffentlich zusammen aufgetreten. Der Dank gilt vor allem Valentin Falin, der diese Veranstaltung initiiert hat und Mitglied unseres Kuratoriums ist. Herzlichen Dank!
Die Moderation der heutigen Friedensgespräche übernehmen gemeinsam Dr. Josef Joffe, Leiter des Ressorts Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung und Giovanni di Lorenzo, politischer Reporter der Süddeutschen Zeitung, vielen sicher bekannt als Mitinitiator der Münchener Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit und auch als Moderator der Sendung »III nach Neun« von Radio Bremen.
Ich wünsche uns allen einen spannenden Abend.

JOSEF JOFFE: Vor einundreißig Jahren wurde nach achtzehn Monaten Verhandlung das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin in West-Berlin unterzeichnet. Es brachte große Erleichterungen im Berlin-Verkehr, und der Effekt bestätigte die Bindung West-Berlins an die Bundesrepublik und regelte den Besuchsverkehr zwischen Ost- und Westberlin. Vor allem aber stabilisierte es bis zur Wiedervereinigung eine Stadt, die vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts bis dahin einer der gefährlichsten Schauplätze des Kalten Krieges war.
Ich erinnere an die Blockade von 1948, an das Ultimatum 1958, an den Mauerbau 1961. Das Abkommen, das unter strenger Geheimhaltung zustandekam, wurde von den vier Botschaftern unterzeichnet, aber: Hinter den Kulissen waren an seinem Zustandekommen die Männer beteiligt, die auf diesem Podium sitzen. Wir wollen das damalige Abkommen hinterfragen nach Wirkungen und Folgen und das Glück

beim Schopf packen, diese drei gewieftesten Diplomaten, sagen wir seit Metternich, hier sitzen zu haben, zu fragen, welche Lösungsansätze ihnen vorschweben bei der Bewältigung der furchtbaren Konflikte, die die Welt zur Zeit in Atem halten.

Meine Damen und Herren, auch Sie sollen sich an der Diskussion beteiligen. Es sind Zettel vergeben worden, die in der Pause, die ungefähr in einer Stunde stattfindet, abgegeben werden. In der Halle ist ein Infostand, und wir wollen versuchen, soviele wie möglich dieser Fragen zu berücksichtigen.

Vor vielen Jahren, es war in der Princeton-Universität, trat einmal ein deutscher Botschafter ans Mikrophon, um Henry Kissinger vorzustellen, und zwar mit den Worten: »Here is a man who needs no introduction«, »Hier ist einer, der keine Vorstellung braucht«, und dann hat er trotzdem vorgestellt, vierzig Minuten lang.

Warum erzähle ich Ihnen das? Erstens, um Sie zu beruhigen. Die Tatsache, daß hier zwei Moderatoren sitzen, heißt nicht, daß wir zusammen einen 80-Minuten-Vortrag halten, sondern zu zweit sind wir nur, weil sich keiner von uns beiden getraut hat, allein mit diesen Koryphäen der Geschichte aufzutreten. Zweitens: Die Hauptdarsteller hier auf der Bühne brauchen in der Tat keine Vorstellung, aber lasssen Sie uns trotzdem kurz in Erinnerung rufen, welche Rolle diese drei in der Phase des Berliner Abkommens gespielt haben.

Egon Bahr, langjähriger Vertrauter Willy Brandts, ab 1966 als Planungsstab im Auswärtigen Amt, hat damit begonnen, eine konzeptuelle Trasse für die Außenpolitik zu bauen. In der sozialliberalen Koalition ab '69 spielte Egon Bahr eine herausragende Rolle in den Gesprächen mit Moskau und Ost-Berlin.

Valentin Falin saß ihm dabei häufig gegenüber als langjähriger Deutschlandexperte, Leiter der Europa-Abteilung 3 im Außenministerium und schließlich als Botschafter der Sowjetunion in Bonn. Beide zusammen waren auch Teil der informellen Berlin-Gruppe, die zusammen mit dem Amerikaner Kenneth Rush sozusagen hinter den Kulissen die offiziellen Berlin-Verhandlungen beraten, vielleicht sogar gesteuert haben.

Henry Kissinger war damals der Sicherheitsberater von Richard Nixon, der Mann für die große Strategie in einer der schwierigsten Phasen der amerikanischen Außenpolitik während des Vietnam-Krieges, der SALT-Gespräche mit Moskau, der Öffnung nach China, der westdeutschen Ostpolitik. Im Sommer 1973, also vor fast genau zwanzig Jahren, avancierte er zum Außenminister. Und damals war die Presse außerordentlich verwirrt, und so fragte ihn einer: »Möchten Sie Mr. Secretary oder Dr. Secretary genannt werden?«. Und Kissingers Antwort war: »In Protokollfragen bin ich nicht kleinlich, wenn Sie mich ‚Eure Exzellenz' nennen, ist das OK.«

Und nun, in medias res, das Berlin-Abkommen ist natürlich nicht isoliert zu sehen, sondern es gehört zu dieser großen Phase der Entspannung: Ost-Verträge, Grundlagenvertrag Berlin, Abkommen der SALT-Gespräche, der neuen Dreieckskonstellation USA - UdSSR - China, all die schlugen ein neues Kapitel in den Annalen des Kalten Krieges auf. Bis 1990, dem Ende des Kalten Krieges, sollte noch sehr

Die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität (FGF) e.V. fördert den Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener geistiger Richtungen und Denkansätze, praktischer Initiativen und Gruppierungen, die nach neuen Lösungen und praktikablen Ansätzen zur Bewältigung der enormen Zukunftsaufgaben suchen, die vor uns liegen. Sie will in Potsdam ein interdisziplinäres und interkulturelles Forum schaffen, auf dem sich handlungsorientierte Konzepte zur Rettung des Planeten und zum Abbau von Gewalt, verschiedene gesellschafts- und wirtschaftspolitische Visionen und Denkmodelle miteinander messen und sich gegenseitig befruchten können.

Als Ergänzung zum Lehrbetrieb an unseren vertikal organisierten Universitäten mit ihren Abteilungen und Fakultäten, die weitgehend unabhängig nebeneinander arbeiten und sich immer mehr spezialisieren, will die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität interdisziplinäre Fortbildungsgänge entwickeln. Diese sollen graduierten Studenten und Praktikern aus dem In- und Ausland offen stehen, die bereit sind, über den Horizont ihrer jeweiligen Fachdisziplinen hinaus in einem größeren Zusammenhang zu denken und zu handeln. Nicht nur rationale Ursachen und Beweggründe, sondern auch emotionale und intuitive Grundlagen individuellen und gesellschaftlichen Handelns sollen Gegenstand fächerübergreifender Forschung sein.

Die FGF will einen Beitrag leisten, theoretische und praktische Grundlagen für ein friedliches Miteinander mit der Natur und ein Mehr an Menschlichkeit in den Strukturen unserer zunehmend multikulturellen Gesellschaft zu entwickeln. Über die Grenzen bestimmter geistiger, weltanschaulicher oder politischer Ausrichtungen hinweg will sie Offenheit, Toleranz, Akzeptanz und Verständnis wecken für alle Menschen, gleich welcher Hautfarbe, Nation oder welchen Glaubens.
Die Kreativität und Initiative vieler Menschen sollen in diesen Prozeß einbezogen werden. Aus diesem Grunde finden regelmäßig öffentliche Veranstaltungen statt mit dem Ziel, einen Beitrag zu leisten für den Austausch und die Vernetzung von Kulturen und ihren Traditionen, der Geistes- und Naturwissenschaften, die Vernetzung von Theorie und Praxis, von geistigen und materiellen Werten sowie die Kommunikation der Altersgruppen und Generationen.

viel passieren, viele Ost-West-Konflikte - von Angola über Afghanistan bis zur SS-20-Aufrüstung - aber damals, eben 1970/71 begann die großangelegte Entspannung, zumal das Ende des deutsch-sowjetischen Sonderkonfliktes.
Beginnen wir jetzt am besten mit ein paar Zitaten aus Kissingers Memoiren, um die Ausgangslage zu beschreiben, und um den Blutdruck der Teilnehmer etwas hochzutreiben.
Gegenüber den Sowjets herrschte in Washington Mißtrauen, wie Kissinger in seinen Memoiren schrieb: Sie verfolgten eine selektive Entspannung, um so »das Bündnis zu spalten und uns zu isolieren. Sie wollten uns offenbar in eine Lage hineinmanövrieren, in der es den Anschein hatte, daß wir den Abbau der Spannung verhindern wollten.« Gegenüber Bonn herrschte ebenfalls ein Maß an Mißtrauen, die Ostpolitik verlief zu stürmisch für Washington. Zitat Henry Kissinger über Egon Bahr: »Seine Eitelkeit verführte ihn dazu, mit seinen persönlichen Kontakten zu sowjetischen und ostdeutschen Persönlichkeiten zu protzen. Und das wurde von seinen Gesprächspartnern gelegentlich zweifellos ausgenutzt.« Egon Bahr sei zwar ein Linker, aber vor allem ein deutscher Nationalist. Und trotz alledem schreibt Kissinger im selben Kapitel: »Mir fehlte es jedenfalls nicht an Selbstvertrauen, Bahrs Taktik zu begegnen.«

GIOVANNI DI LORENZO: Genug der Komplimente, jetzt kommen wir zu den Fragen: Herr Bahr, fühlen Sie sich durch das feinsinnige Psychogramm des Herrn Kissinger zutreffend beschrieben?

EGON BAHR: Also erstens bin ich nicht blöd genug, um zu widersprechen. Zweitens glaube ich, daß dem noch vieles hinzuzufügen wäre. Ich war damals der Auffassung, daß es notwendig ist, daß die Deutschen selbst anfangen, sich zu bewegen. Wir lagen schließlich im Zentrum, auch der Gefahr, und niemand würde es für uns tun. Und auf dem Hintergrund des Moskauer Vertrages war eigentlich nicht ein besonders neues Verhältnis zu Moskau hergestellt worden, sondern im Verlauf des Moskauer Vertrages haben wir mit Henry Kissinger ein unglaublich enges Vertrauensverhältnis und Verhältnis der Zusammenarbeit entwickelt, was einfach daran lag, daß ich ihm vierzehn Tage vor der Regierungserklärung von Brandt im Herbst 1969 in einem langen Gespräch erzählt habe, was wir machen wollen. Und ich gebe zu, daß ich ihn mehr informiert als konsultiert habe. Und ich habe sehr wohl gemerkt, daß er mißtrauisch blieb. Und erst nach dem Moskauer Vertrag, als ich wieder nach Washington kam, kam er mir entgegen und sagte: ‚Das ist eine unglaubliche Sache, das habe ich noch nicht erlebt: Erstens, daß eine Regierung vorher sagt, was sie will, und zweitens, es dann auch tut, und drittens: es funktioniert.'

MODERATOR: Herr Falin, wollten die Sowjets die Allianz, das westliche Bündnis spalten?

VALENTIN FALIN: Solche stolzen Aufgaben stellte damals die sowjetische Regierung nicht. Ende '68 war der Gedanke Breshnew und

anderen näher, aus der Isolation herauszuklettern, in die sie die Sowjetunion durch die Zerschlagung des Prager Frühlings hineingetrieben haben. Ich würde sagen, Moskau suchte buchstäblich Vorwände, wie man die neuen Kontakte knüpft und statt verbrannten Brücken die neuen aufbaut. Deswegen war die innere Entwicklung in der Bundesrepublik vor den Wahlen eine ganz gewünschte Gelegenheit, unserer Politik insbesondere in Europa einen neuen Anlauf zu geben und zu versuchen, nicht allein mit Paris, obwohl Paris eine Reise wert ist - wie bekannt - sondern auch mit Bonn etwas Vernünftiges anzufangen.

MODERATOR: ...bei der Rolle im deutsch-sowjetischen Verhältnis werden wir sicher noch darauf zurückkommen. Herr Kissinger, erstmal an Sie die Frage: Wenn es doch Mißtrauen gab auf allen Seiten, wie erklären Sie sich, daß die Sache insbesondere in der Berlin-Frage dann doch zu einem glücklichen Ende gekommen ist?

HENRY KISSINGER: Ich werde mir erlauben, Sie einige Sätze mit meinem Deutsch zu belästigen. Ich denke über diese Probleme auf Englisch nach, insofern fehlen mir viele deutsche Worte. Bevor ich englisch spreche, möchte ich eines klarmachen: Egon Bahr ist mein Freund, und es ist nicht nötig, mit mir übereinzustimmen in jedem Punkt, um mein Freund zu sein. Ich habe es sehr bewundert, wie er die Interessen seines Landes wahrgenommen hat, was seine Aufgabe war. Dasselbe gilt für Valentin Falin, den ich lange Jahre nur dem Namen nach kannte, aber mit dem ich indirekt durch Egon Bahr und andere in Kontakt kam, bis wir uns endlich trafen.
Was ich als grundlegendes Problem der Politik der USA angesehen habe, so habe ich es zumindest immer gesehen, ist, daß wir die Politik der USA mit einem festen Ziel, mit einer festen Zielrichtung versehen und in Verbindung bringen wollen. Und in Verbindung mit dem nationalen Interesse. Denn in Amerika besteht immer die Gefahr, daß man Politik mit einer Art sentimentalen Außenpolitik verwechselt. Mein Mißtrauen war nicht gegen Bahr gerichtet, ich habe viel deutsche Geschichte studiert, und ich bin der Ansicht, daß wenn Deutschland im Zentrum Europas eine rein nationale Politik führt, es in eine unmögliche Lage gerät, wie das vor dem ersten Weltkrieg der Fall war. Und es war mir nicht klar, ob die Ostpolitik nicht dazu führen könnte, und vielleicht von Moskau so beabsichtigt war, eine nationale competition, Rivalität zwischen uns und Rußland innerhalb Deutschlands zu führen. Das wollte ich nicht haben. Egon und ich sprachen zwei Wochen vor der Regierungserklärung, und ich gewann Vertrauen zu der Richtung von Brandts Politik.
Die Richtung der sowjetischen Politik nach Stalin war philosophisch nicht ganz klar, denn die ging hin und her zwischen Druck und dann Friedenserklärungen, und wir wollten von den Sowjets konkrete Vorschläge über spezifische Probleme. Wir wollten uns nicht mit Friedenserklärungen abspeisen lassen. Und wir wollten nicht in eine Lage kommen, wo wir darüber diskutieren sollten, ob wir Frieden wollen oder nicht Frieden wollen, wir wollten darüber diskutieren, welche konkreten Lösungen von spezifischen Problemen richtig waren.

Diese 1991 aus der Bevölkerung heraus entstandene Initiative wird von vielen prominenten Persönlichkeiten sowie von mehreren Organisationen und Institutionen unterstützt, u.a. von der Friedensuniversität der Vereinten Nationen in Costa Rica und dem Aspen Institut Berlin. Der gemeinnützige Verein FGF e.V. mit Sitz in Potsdam zählt zur Zeit 550 Mitglieder aus 45 Ländern, die die bisherige Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden ermöglicht haben. Die Schirmherrschaft über die Aktivitäten der FGF haben gemeinsam übernommen: die sieben Friedensnobelpreisträger S. H. der Dalai Lama (Tibet), S.E. Bischof Desmont Tutu, (Südafrika), Dr. H. Kissinger (USA), Linus Pauling (USA), Mairead Corrigan - Maguire (Nordirland), das Internationale Friedensbüro in Genf, die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW, Cambridge/ USA) sowie Amos Oz (Israel), Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 1992.

Die Gesellschaft als Ganzes und auch der Einzelne sind aus dem Gleichgewicht geraten. Die emotionalen, geistigen und sogar die rein intellektuellen Elemente wurden vom Gewicht unserer materiellen Triumpfe erdrückt. Ein gesundes Gleichgewicht kann nur durch ein tiefes Verständnis des einzelnen Menschen hergestellt werden, durch eine wirkliche Wahrnehmung unserer Motive, das Akzeptieren aller positiven und negativen Aspekte und durch die Schaffung eines Raumes in uns selbst, in dem Weisheit und Kreativität wachsen können. Die Probleme, die der Einzelne und die ganze Gesellschaft heute haben, sind tief in der menschlichen Natur begründet. Ohne ein intensives Wissen um unsere inneren Begrenzungen und Möglichkeiten und ohne ihre offene Anerkennung werden wir bei dem Versuch, die Probleme zu lösen, nicht über die Ebene hinauskommen, auf der wir Symptome einer nicht diagnostizierten Krankheit erkennen. Beispielsweise werden wir nie den Krieg endgültig verhindern können, ehe wir nicht verstanden haben, wo es in jedem von uns zur Entstehung von Konflikten kommt. Aus: Alexander King und Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution - ein Bericht des Rates des Club of Rome, Horizonte Verlag.

Wir dürfen nicht länger auf das Morgen warten, wir müssen es erfinden. Gaston Berger, französischer Philosoph.

Nachdem ich die Ostverträge sah, sahen wir in Berlin eine Berliner Lösung, eine konkrete Möglichkeit, wo man über das Abstrakte dann nicht zu sprechen brauchte. Und was die Entspannung betrifft, waren wir der Ansicht, daß, wenn wir die Sowjets dazu bewegen konnten, über konkrete Probleme mit uns zu sprechen, wir genügend Vertrauen in die Zukunftsentwicklung hatten, daß eine lange Periode des Friedens uns wahrscheinlich mehr helfen würde als eine aggressive sowjetische Politik. Deshalb gingen wir '69/70 zu der Entspannungspolitik über, in der dann wir drei, aus verschiedenen Gründen, in die Richtung des Berlin-Abkommens gingen.

MODERATOR: Herr Kissinger, Sie machten damals die große Politik mit China und der Sowjetunion, Egon Bahr machte die kleine Politik mit der Sowjetunion und der DDR. Wie paßt Berlin als Bindeglied zwischen diese beiden Ebenen, welche Funktion hatte dies in der amerikanischen Politik?

HENRY KISSINGER: Wir waren in einer Lage, in der wir den Vietnamkrieg beenden wollten. Das war unser hauptsächliches psychologisches Problem. Wir wollten eine Öffnung nach China, wobei uns nicht völlig klar war, wie das gelingen würde, und wir wollten eine Entspannung mit Moskau. Wenn Herr Falin mir das erlaubt: an sich war unser erster Versuch in Richtung Moskau, das uns aber dann zwingen wollte, Vorleistungen zu machen, bevor wir überhaupt ins Gespräch kommen konnten, wie Herr Falin sich sicher genau erinnern kann. Dann sagten wir: Gut, wir warten mit Rußland, bis wir in China waren. Für uns war Berlin erstens wichtig, um zu beweisen, daß die Sowjets nicht fortwährend eine Krise in Zentraleuropa wollten, und in diesem Sinne hatten wir genau dasselbe Interesse wie die Bundesrepublik und wie eine wohlverstandene sowjetische Politik. Zweitens gab es uns die Möglichkeit, von der Ebene des Theoretischen - ob wir für oder gegen Frieden sind - in eine sehr konkrete Verhandlung zu kommen. Und Berlin war für uns ein Symbol, aber auch etwas sehr Konkretes, denn wenn es 'mal keine Möglichkeiten mehr gab, auf Berlin Druck auszuüben, außer einen Vertrag zu brechen, dann könnte man sich wirklich vorstellen, wie die Entspannung in Zentraleuropa weitergehen würde, und wie man die Zukunft Deutschlands der geschichtlichen Entwicklung überlassen konnte. Das war unsere Vorstellung; ich persönlich habe mich nicht zu sehr in die Details eingemischt, weil ich mir sagte: All diese bürokratischen Probleme, wie das alles ganz genau gemacht wird, ist für die Deutschen wichtiger als für uns, und ich habe genügend Vertrauen in Egon, daß das schon richtig rauskommen würde. Und ich muß sagen, daß in den zwanzig Jahren, wo dieser Vertrag lief, sich nicht einmal ein technisches Problem über das Abkommen ergeben hat.

EGON BAHR: Ich würde gerne zwei Punkte ergänzen aus unserer Sicht damals. Der erste Punkt war: Wir hatten nicht juristisch, aber politisch, ein Junktim geschaffen zwischen dem Moskauer Vertrag und einem noch nicht existierenden Berliner Abkommen und hatten,

wenn man so will, das Schicksal des Moskauer Vertrages abhängig gemacht von einem befriedigenden Vier-Mächte-Abkommen Berlin. Valentin Falin hat damals davor gewarnt, indem er sagte: ‚Damit geben wir das Schicksal des Moskauer Vertrages in die Hand der Amerikaner. Wenn die Nein sagen zu einem Berlin-Abkommen, dann ist der Moskauer Vertrag geplatzt.' Und mein Zutrauen war eigentlich, daß die Amerikaner Moskau nicht platzen lassen würden, wenn es zu einem befriedigenden Berlin-Abkommen kommt. Das war der eine Punkt, der Ausgangspunkt dann dafür war, daß nachdem die Verhandlungen der vier Botschafter hier im Kontrollratsgebäude sich totliefen, weil sie Monate darüber redeten, wie ist die unterschiedliche legale und auch völkerrechtliche Position zu Berlin, wir dann die Idee hatten - und Henry hat das Gottseidank akzeptiert. Da habe ich gezittert bei dem Gespräch, bei der Bilderberg-Konferenz, ob das klappen würde zu sagen: Laßt doch diese ganzen Juristereien 'mal beiseite. Also wir akzeptieren doch alle, daß die vier Mächte kompetent sind, zu verhandeln und einen Vertrag zu schließen. Laßt uns konzentrieren auf die praktisch zu regelnden Fragen. Und da haben wir dann dieses Unikum eingesetzt, d.h. der Ken Rush, der amerikanische Botschafter direkt gekoppelt mit Henry Kissinger, der sowjetische Botschafter in Bonn direkt gekoppelt an Breshnew und der Staatssekretär im Kanzleramt direkt gekoppelt an den Kanzler haben zu dritt zusammengesessen und haben den ganzen Vertrag durchformuliert und abgestimmt und darüber ein Vertrauen gewonnen, daß im besten Sinne des Wortes klar war: Niemand will den anderen betrügen, wir haben uns gegenseitig auf Fallen aufmerksam gemacht oder auf Vokabeln, die der eine oder andere nicht verstand. Das fand in Englisch statt, aber jeder hatte im Ohr, wie das in Russisch klingt, wie das im Deutschen klingt. Das war der eine Punkt.
Der andere Punkt war: Uns war klar, daß die ganze Sache im wesentlichen auf Kosten der DDR ging. Die DDR mußte eine ganze Menge bezahlen, und umgekehrt konnte das dadurch ausgeglichen werden, daß die DDR natürlich damit auch internationale Reputation gewinnen würde. Es war das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte, daß die vier Mächte kein Abkommen über Deutschland schließen konnten ohne Beteiligung der beiden deutschen Staaten. Das Transitabkommen mußte nämlich zwischendurch geschlossen werden.

Die Krise der Gesellschaft ist eine Krise des Dialogs, und wo der Dialog aufhört, kommt es zur Konfrontation. Aus: Alexander King und Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution - Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Horizonte Verlag.

MODERATOR: Wer hat denn für die DDR gesprochen?

EGON BAHR: Niemand.

VALENTIN FALIN: Das ist nicht ganz korrekt.

EGON BAHR: Also die Dreierkombination genügte, und er hatte die freundliche und nette Aufgabe, die Sache mit der DDR klarzuziehen.

HENRY KISSINGER: Einer der interessanten Aspekte dieses Vertrages ist, daß es keine offizielle deutsche Version gibt.

EGON BAHR: Zum Teil. Also es gab eine deutsche Version.

HENRY KISSINGER: Der offizielle Text ist in Französisch, Englisch und Russisch.

EGON BAHR: Ja, das ist doch klar.

HENRY KISSINGER: Nicht in Deutsch.

EGON BAHR: Das ist klar.

MODERATOR: Herr Falin, wie haben Sie es damals den Verbündeten versucht nahezubringen? Wenn es denn überhaupt stimmt...

VALENTIN FALIN: Ich möchte noch hinzufügen zu dem, was Henry Kissinger und Egon Bahr gesagt haben: Bevor überhaupt alles in Bewegung kam, was die Bundesrepublik Deutschland angeht, mußte man manche Hindernisse zuhause überwinden. Weil es verschiedene Meinungen in der höheren Etage der Führung gab, ob es im Interesse der Sowjetunion ist, eine CDU-Regierung in Bonn als Partner zu haben oder eine Regierung, wo die erste Geige die SPD spielen wird. Es war uns gelungen, Gromyko zu überreden, daß ohne vernünftig geregelte Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland keine Gesundung der Situation in Europa möglich ist, und auf diesem Wege schienen uns aufgrund der Analysen, die Ende '68/Anfang '69 angefertigt wurden, die Stellungnahmen, Positionen, Ansichten der SPD optimaler als die damals von Kurt-Georg Kiesinger. Aber die Internationale Abteilung des Zentralkomitees war gerade ganz anderer Meinung. Der damalige Chef dieser Abteilung, Ponomarjow, versuchte, Hermann Axen aus dem Zentralkomitee der SED dafür zu gewinnen, daß diese unsere Strategie nicht zustandekommt. Es gab, um es kurzzufassen, ganz intensive Diskussionen im Politbüro und in anderen Gremien der Sowjetunion; die Stellungnahme des Außenministeriums hat gewonnen. Dann begannen wir diese Arbeit. Zum ersten. Zum zweiten: Es ist nicht zu vergessen, welche primäre Rolle eine Akte gespielt hat, die zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien '68 ausgehandelt wurde, der Nichtverbreitungsvertrag. Das war auch einer der wichtigsten Verträge der Nachkriegszeit, und für uns, für unser Land war es außerordentlich wichtig, ob die Bundesrepublik Deutschland diesem Vertrag beitritt oder nicht. Und nachdem die sozialliberale Koalition das gemacht hat, war es in Moskau klar: Mit diesen Leuten sind seriöse Verhandlungen zu führen.

1993 veranstaltete die Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität eine Reihe von interdisziplinären Friedensgesprächen zur neuen Ost-West-Problematik.

MODERATOR: Ich würde diese Frage gerne weitergeben an Herrn Kissinger.

VALENTIN FALIN: Und jetzt zu Ihrer Frage: Ich hatte wirklich eine sehr schöne, gute und interessante Aufgabe, weil ich die Möglichkeit hatte, Berlin zu besuchen, mit Ulbricht die Konzepte des vierseitigen, ge-

nauer genannt Vier-Mächte-Abkommens abzustimmen, und es war auch nicht so leicht, weil es in der DDR-Führung verschiedene Flügel gab, einer von Erich Honecker, der andere von Stoph geführt, in der Mitte Walter Ulbricht, und mir waren von Breshnew Instruktionen und Vollmachten gegeben, mit Ulbricht zu streiten, zum ersten Mal. Das war übrigens verboten für Beamte, so etwas zu tun mit den ersten Männern im Staate. Aber Gottseidank war es gelungen, und Stoph hat dabei sehr konstruktive Hilfe geleistet.

MODERATOR: Herr Falin, Sie haben mit Ulbricht gestritten, haben Sie ihn auch gestürzt?

VALENTIN FALIN: Nein, das habe ich nicht getan, und das hätte ich nicht getan.

MODERATOR: Aber er ist mitten in diesen Verhandlungen gestürzt worden.

VALENTIN FALIN: Nein, nicht mitten. Er hat ‚ja' gesagt, und bald war er gestürzt.

MODERATOR: Herr Kissinger, Herr Bahr, welche Widerstände gab es in der eigenen Regierung zuhause zu überwinden, und warum war die Geheimhaltung beim Zustandekommen des Abkommens so wichtig?

HENRY KISSINGER: Bei uns gab es zwei Arten von Widerständen, die ganz gegensätzlich waren. Einer war gegen irgendeine Verhandlung mit den Sowjets, mit der Theorie, daß die uns auf jeden Fall betrügen würden und auf jeden Fall besser verhandeln würden als wir, weil sie teuflisch geschickt seien. Und die wollten warten, der rechte Flügel wollte warten, bis sich das Sowjetsystem völlig verändert hatte, bevor überhaupt Verhandlungen stattfinden sollten. Ich kenne niemanden, der im Jahre 1970 wirklich erwartet hätte, daß das Sowjetsystem zusammenbrechen würde. Wenn man also sagte, man soll warten, bis es sich völlig ändert, hieß das, daß man überhaupt nicht verhandeln wollte.

Dann gab es einen linken Flügel, der der Ansicht war, daß die Regierung gegen jede Friedensbewegung sei, und die immer drängten, mehr und mehr Konzessionen zu machen, so daß wir in der Nixon-Administration in der Mitte zwischen diesen beiden Gruppen standen und in jeder öffentlichen Verhandlung von beiden Seiten gleichzeitig angegriffen wurden; die ersten, die nicht verhandeln wollten, und die zweiten, die viel weiter gehen wollten als wir. Dann muß man bedenken: das war ein Problem, dem vier Mächte zustimmen mußten, so daß jedesmal, wenn ein Vorschlag unterbreitet wurde, es dann sofort viele gab, die sagten, entweder man hätte ihn nicht unterbreiten sollen oder man hätte weitergehen sollen. So daß wir den größten Teil unserer Zeit damit verbracht hätten, mit uns selbst zu verhandeln. Deshalb war es wichtig, daß man ein Dokument hatte, dem alle Parteien zustimmen würden, bevor es zu einer öffentlichen Diskussi-

Die ersten Friedensgespräche fanden am 14. März, 18. April und 30. Mai 1993 im Berliner Renaissance-Theater statt. Gesprächsteilnehmer waren u. a. Lothar Bisky, Klaus von Bismarck, Marion Gräfin Dönhoff, Ellis Huber, Ervin Laszlo, Rudolf Prinz zur Lippe, Hans-Joachim Maaz, Lutz Maier, Günter Nooke, Raimon Panikkar, Lea Rosh, Marie-Luise Schwarz-Schilling, Dorothee Sölle, Theo Sommer, Helmut Steiner, Helm Stierling, Klaus Traube.

Die Friedensgespräche haben die Funktion, Fach- und Führungskräfte der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur zu einem offenen, praxisorientierten Dialog untereinander und mit interessierten Mitbürgern und Studenten zusammenzuführen. Dabei geht es darum, brisante Probleme, die den inneren und äußeren Frieden gefährden, von einer ganzheitlichen Perspektive her zu erörtern und gemeinsam mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen. Wichtig ist nicht eine bestimmte weltanschauliche oder politische Ausrichtung, sondern Offenheit gegenüber anderen Argumenten und Sichtweisen.

on kam. Es gab ja danach genügend Gelegenheit, die Diskussion zu führen, aber wenn man mit vier Mächten verhandeln muß, über ein Problem so kompliziert wie access routes nach Berlin und was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist, und wenn dann jeder sofort eine Diskussion anfängt und die andere Seite nicht weiß, ob man selbst den eigenen Vorschlag annehmen kann, und wenn man auf jeden Fall oft nicht wußte, wie diese Gedanken überhaupt aufgenommen werden konnten, mußte man eine Art konzeptuelles Understanding machen, das uns erlaubte, dann ein Dokument zu schreiben. Und wie gesagt, es gab ja monatelang eine Debatte im Kongreß und vor dem deutschen Parlament, von denen das Dokument dann lange diskutiert wurde. Die Geheimhaltung war teilweise vor der eigenen Bürokratie, es war nicht eine Frage, daß die Bevölkerung nicht wissen sollte, was das Abkommen sei.

EGON BAHR: Ich würde auch noch gerne eine Ergänzung dazu machen. Die Geheimhaltung war auch nötig, weil die Deutschen ja am Vier-Mächte-Tisch gar nicht saßen. Und verdammt und zugenäht, wir hatten ein vitales Interesse. Und wußten, wovon wir sprachen, vielleicht besser als die Vertreter der Vier. Ich erinnere mich einer Geschichte, nachdem dieser Kanal schon etabliert worden war, und das Dreier-Gremium geschaffen worden war, daß der Leiter der Europa-Abteilung 'mal rüberkam zur Konsultation, der von diesen Verhandlungen nicht informiert war. Und dem hatte ich gesagt: ‚Wir brauchen übrigens' - der war an den offiziellen Verhandlungen beteiligt - ‚wir brauchen übrigens für die West-Berliner die Bundespässe zurück.' Darauf hat der gesagt: ‚Die gibt's nicht mehr. Das ist seit Ende der 50er Jahre weg.' Darauf habe ich gesagt: ‚Wir brauchen sie aber.' Und darauf hat er gesagt: ‚Die sind nicht zu kriegen. Verhandeln Sie oder verhandeln wir?' Darauf habe ich gesagt: ‚Sie verhandeln, aber wenn Sie mit einem Ergebnis kommen, das wir ablehnen, können Sie es in den Papierkorb werfen!' Der Hintergrund war: Wir hatten zu dritt diese Frage schon gelöst. Und zwar positiv. Und dann war es ein schwieriger, komplizierter Prozeß, über den wir dann gesondert geredet haben, und die Hauptarbeit mußte Ken Rush leisten, das zu übertragen an den offiziellen Verhandlungstisch.

MODERATOR: Herr Bahr, Herr Falin, da das Interesse hier im Saal auch groß ist, den Bogen zu heute zu spannen, die Frage: Hatten Sie damals jemals darüber nachgedacht, daß die Entspannung als Gift für die Sowjetherrschaft in Zentral- und Osteuropa fungieren würde?

VALENTIN FALIN: Die Frage war nicht nur gestellt von jedem für sich selbst, sondern sie war sogar diskutiert in diesem Kreis der drei Vertreter, und meine These lautete: Diese Entscheidung, die Bundesbürgern und West-Berlinern erlaubt, die DDR zu besuchen, wird nicht ohne Folgen sein für die Politik der DDR in der Frage der Besuche Ostdeutscher in der Bundesrepublik. Man konnte sich nicht vorstellen, wenigstens ich konnte das nicht, leider war es anders geworden, daß man einen Leib halbiert oder so etwas tut, und dann sagt: das

Problem ist erledigt. Das geht nicht. Man kann nicht die Welt um sich verändern und sich selbst so lassen. Wie man im Kalten Krieg oder unter kalter Dusche sich erzogen hat, und glaubt, daß die Normalität schon zustandegekommen ist.

Es ist das Ziel der Friedensgespräche, durch einen konstruktiven, vorurteilsfreien Dialog den Brückenschlag über divergierende Positionen zu üben und das Vertrauen in die eigenen Argumente, aber auch das Zuhören zu fördern, welches nötig ist, um mit Spannungen zu leben.

MODERATOR: Waren die Folgen, Herr Bahr, einkalkuliert, oder waren Sie von diesen selbst überrascht?

EGON BAHR: Welche Folgen meinen Sie?

MODERATOR: Entspannung, Ende der Sowjetunion...

EGON BAHR: Nein, also ich habe mir das Ende der Sowjetunion nicht vorstellen können. Ich habe es nicht gesehen, und ich habe geglaubt, die Sowjetunion ist reformfähig, und wir werden eines Tages ein anderes Regime haben, mit dem wir anders übereinstimmen. Also wir haben nach dem Einmarsch, der Invasion in die Tschechoslowakei '68, gesagt, wir sollten versuchen, dazu beizutragen, daß der Prager Frühling in Moskau stattfindet. Dann werden jedenfalls die Tschechen nicht einmarschieren, sind sie ja auch nicht. Also, dann kam der Prozeß Helsinki, und mit Helsinki war eine Richtung gesetzt für Entspannung und bestimmte Kriterien des Verhaltens, und nach '75 begann das, was man Dissidenten genannt hat.

VALENTIN FALIN: Dissidenten, das ist ein Problem nach der Oktoberrevolution. Sogar zum ersten Mal war der Begriff Dissidenten damals erschienen. Man hat aus Dissidenten künstlich ein Problem geschaffen, indem man glaubte, die Probleme mit Andersdenkenden soll man nicht zuhause lösen, sondern anderswo. Ich habe darüber mit Andropow sehr oft gestritten, ohne Erfolg, ohne Erfolg, weil er da anderer Meinung war, aber aus meiner Sicht war das eine Überlagerung der Probleme und eine Untersetzung der Situation im Land.
Jetzt zu diesem Thema Helsinki: Es war dieselbe Situation für die Sowjetunion wie für die DDR mit dem Berlin-Abkommen. Die Sowjetunion sollte sich innerlich verändern, entsprechend der Schlußakte von Helsinki. Soweit die Sowjetunion nicht bereit war oder imstande, das mitzumachen, hat die Führung des Landes den Boden unter den Füßen verloren. Das war der Beginn dieser Prozesse, sonst war das Land durchaus reformfähig. Solange, ich möchte unterstreichen, dies Land geführt wurde und nicht wie nach '75, als Breshnew total krank war, und die sogenannte Viererbande unser Land regierte: Gromyko, Andropow, Ustinow, Suslow, manchmal waren andere dabei, aber jeder bediente sich selbst, und jeder zog in die eigene Richtung.

MODERATOR: Herr Kissinger, wie weit ging denn Ihre Phantasie, hätten Sie sich z.B. vorstellen können, daß diese Gesellschaften das Heft in die Hand nehmen würden im Ostblock 1989? Nicht die Macht, nicht die Staaten?

HENRY KISSINGER: Ich war überzeugt, daß das, was wir die Satellitenstaaten nannten, daß die allmählich auseinanderfallen, daß die zerfallen würden. Wir haben zwei Wege verfolgt; einmal die Richtung im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Helsinki. Unter dieser Maßgabe wäre dann die interne Behandlung innerhalb des kommunistischen Systems zum ersten Mal auch Gegenstand internationaler Verhandlungen geworden. Die zweite Richtung unserer Politik war oder wäre gewesen, einzelne Kontakte mit den individuellen Satellitenstaaten aufzunehmen, die es diesen erlauben würde, ihre eigenen Interessen im Zusammenhang mit und gegenüber den USA zu vertreten. In den 70er Jahren hielten wir das für einen recht langfristigen Prozeß. In den 80er Jahren - und Herr Falin weiß das ja eben aus unseren persönlichen Gesprächen - kam ich allmählich zu der Überzeugung, daß das ein schnellerer Prozeß werden würde und daß dieser Prozeß sich dann auch tatsächlich schneller abwikkeln würde. Wie dann Präsident Bush nach seiner Wahl das Amt übernahm, habe ich ihm schon gesagt, vorausgesagt, daß nach meinem Dafürhalten diese ganzen Satellitenstaaten innerhalb seiner zwei Amtszeiten auseinanderfallen würden. Tatsächlich ist es ja dann noch schneller vor sich gegangen, als ich das vorausgesehen hatte, und ich hatte an sich nie vorausgesehen, daß die Sowjetunion als solche zerfallen würde. Und ich muß Ihnen offen sagen, ich kenne niemanden, der mit der Außenpolitik in irgendeinem Land der Welt zu tun hatte, der das vorausgesehen, vorausgesagt hätte, unabhängig davon, ob die nun rechts oder links standen, ich kannte zumindest niemanden.

MODERATOR: Die meisten Journalisten haben es auch nicht vorausgesehen, ein Trost für Sie alle. - Ich habe eine Frage, an Sie alle drei: Was hat denn nun das Ende der Sowjetunion herbeigeführt: die Entspannung à la Egon Bahr oder die Politik der Stärke à la Ronald Reagan? Wer möchte die Antwort geben? Vielleicht am besten Herr Falin.

VALENTIN FALIN: Ich möchte folgendes feststellen: Der Kalte Krieg war eine außergewöhnliche und außerordentliche Situation. Im Grunde genommen vertrete ich den Standpunkt, daß das der Dritte Weltkrieg war. Und man kann sich nicht vorstellen, daß eine Gesellschaft, ein Staat oder eine Gruppe von Staaten beliebig lange Zeit imstande sind, unter diesen außerordentlichen Umständen zu existieren. Aber bei uns entwickelte sich allmählich ein Gefühl, daß diese Situation ewig dauern wird, und man hat nicht entsprechende Positionen aufgebaut, die im Falle der Entspannung, richtiger Entspannung, zu bekleiden seien. Man hat praktisch auf die Spannung gesetzt und so sich selbst totgerüstet. Ich habe im Jahre '70 und später Breshnew mehrmals zu beweisen versucht: Wir rüsten nicht gegen die Amerikaner, wir rüsten gegen uns selbst. Und deswegen versuchte ich, ihn zu überzeugen: Man muß, wenn nötig, einseitig die Schritte einleiten, die zur Minderung dieser unmöglichen Bürde beitragen können. Stellen Sie sich vor in ihrer deutschen Situation, wenn Sie sieben Mal mehr für militärische Ausgaben, Mittel, Ressourcen opfern sollen als heute. Oder die Amerikaner: dreimal soviel wie heute. Oder die Japaner: dreizehnmal soviel wie heute. Was würde aus ihrer Wirtschaft?

MODERATOR: Henry Kissinger, wer war der Totengräber der Sowjetunion: Egon Bahr oder Ronald Reagan?

HENRY KISSINGER: Ich glaube eigentlich, daß es zuerst die Vorgehensweise von Präsident Nixon war, denn er hat ein Element von Stabilität in diese ganze Angelegenheit gebracht, so daß sie nicht mehr so ideologisch ausgerichtet war, und was dann zu Helsinki und den Berlin-Abmachungen führte. Das lief darauf hinaus, daß die Sowjetunion doch in eine Art Netzwerk eingebunden wurde. Das ist der erste Punkt.
Der zweite Punkt ist, daß Reagan intern für die USA hier etwas Positives zustandegebracht hat. Wir in der Nixon-Administration zur Zeit der Amtszeit von Präsident Nixon haben das etwas theoretisch gesehen. Reagan hat das im Gegensatz dazu etwas ideologischer untermauert oder erläutert und hat damit sozusagen eine Unterstützung geschaffen oder eine Stütze.
Ich habe das nur vom amerikanischen Gesichtspunkt beschrieben; ohne die Kooperation mit europäischen Freunden wie Brandt und Bahr wäre es nicht möglich gewesen. Und ohne den Anstoß, den die gaben, wäre es auch nicht möglich gewesen. Ich war ein großer Bewunderer von Adenauer. So will ich nicht mißverstanden sein, und ich war im großen ein Bewunderer auch seiner Politik. Aber im Jahre 1970 war es nicht mehr möglich, die Politik nur mit Konfrontation zu führen. Das hätte uns psychologisch erschöpft, alle Demokratien hätten ihre Kraft dazu gebraucht, intern zu diskutieren, wer für den Frieden und wer gegen den Frieden ist. Damals war es absolut nötig, daß man neue Impulse gab. Und es war auch wichtig vom Standpunkt einer etwas eingefrorenen Sowjetregierung, denen eine Möglichkeit zu geben, einen anderen Weg zu finden.

MODERATOR: Herr Bahr, mit der Bitte um eine kurze Antwort: Ist es eine rhetorische Frage, Sie zu fragen, ob Sie der Sieger sind?

EGON BAHR: Nein, also der Erfolg hat viele Väter. Ich kenne jedenfalls noch einen anonymen Vater, den wir nicht vergessen sollten. Ich bin fest davon überzeugt, daß ohne die Revolution der Kommunikationssysteme der letzten dreißig Jahre die Sache auch nicht so gewesen wäre. Das kommt noch dazu. Also die Tatsache, daß man Rundfunk und bewegte Bilder überall in der Welt hat, damit keinen mehr abschließen kann und damit allen klarmachen kann, was Recht ist, oder was Gerechtigkeit ist, plus: wie besseres Leben aussieht. Diese Revolution ist übrigens nicht zu Ende. Und wir wissen heute noch nicht, was sie uns bringen wird.

MODERATOR: Das ist eine schöne Überleitung in den dritten Teil dieser Übung. Wir haben vorhin nicht zu Unrecht gesagt, daß hier die drei größten Diplomaten seit Metternich vor uns sitzen, und diese drei größten Diplomaten wollen wir jetzt im letzten Teil dieser Diskussion fragen, wie sie jetzt mit der ganz neuen Welt fertig werden. Die ganz neue Welt ist doch so, daß das Ende des bipolaren Konfliktes ja auch

das Ende der bipolaren Ordnung, der Stabilität war. Und statt des großen, aber nie ausgebrochenen, Krieges haben wir jetzt viele kleine echte Kriege, einer davon ganz in der Nähe von uns. Also, die Herren Metternich Zwei sind jetzt gefragt, wie sie mit ihren Erfahrungen, die sie im Berlin-Abkommen gewonnen haben, an die neue Welt-Unordnung rangehen würden, um diese zu stabilisieren? Wer möchte diese einfache Frage zuerst beantworten?

EGON BAHR: Das ist völlig klar, das ist eine einfache Frage. Ich fange 'mal mit dem einfachsten an. Wir haben alle die Auffassung vertreten, daß wir ein Sicherheitssystem in Europa schaffen müßten, damit die Einheit Deutschlands für unsere Nachbarn erträglich wird. Die Geschichte ist andersherum gegangen; wir haben die Einheit Deutschlands, aber haben keine Sicherheit in Europa. Das heißt, wir haben die Schularbeiten nachzuholen. Und das bedeutet nun, daß alle anfangen zu überlegen. Die Amerikaner überlegen: was ist eigentlich ihre Rolle als einzige verbliebene Supermacht? Und ich sehe bisher kein Konzept, das mich überzeugt. Ich sehe solche Diskussionen in Frankreich und in England und in Deutschland auch, man soll sich nicht wundern, daß die Deutschen da noch nicht jede Antwort haben. Meiner Auffassung nach ist das Interesse Deutschlands, nachdem Deutschland keine territorialen Ambitionen hat, die Grenzen die Grenzen sind, beizutragen zur Stabilität in Gesamteuropa. Stabilität heißt, die Staaten sollen in den Grenzen bleiben, in denen sie sind. Das alte Prinzip des Gewaltverzichts, mit anderen Worten, und das heißt auch, daß Deutschland dieses Ziel, Stabilität in Europa, natürlich nur mit Osteuropa schaffen kann. Dort sind die Probleme, und es gibt viele in Westeuropa, die das noch nicht sehen, die glauben, wir könnten also so schön weiterleben auf der Insel der Seligen - das ist nicht möglich. Wir werden nicht nur von den Armutsflüchtlingen überschwemmt werden, sondern auch von den zusätzlichen Flüchtlingsströmen als Ergebnis von Kriegen und Bürgerkriegen. Deshalb ist unser vitales Interesse: Stabilität in Gesamteuropa, und das können wir nur mit den Völkern in Osteuropa auf dem Hintergrund dessen, was wir haben, nämlich der NATO, erreichen. Das ist im Grunde das, was man fortsetzen sollte.

MODERATOR: Die Völker bleiben doch nicht in ihren Grenzen. Die halten sich doch nicht an die Helsinki-Charta. Das Problem ist doch, daß die Grenzen mit Gewalt verändert werden. Welche Stabilitätsrolle kann da die Bundesrepublik spielen? Oder Amerika? Oder Rußland?

EGON BAHR: Also ich würde gerne 'mal hören, was der Henry nun von sich aus nach vorne sagt? Ich bin gern bereit, auf Ihre Frage zurückzukommen, auch dieser Russe soll 'mal was dazu sagen.

HENRY KISSINGER: Sie sprachen über das Problem eines Konzeptes, das die USA jetzt nicht haben. Wenn wir in der Geschichte der Vereinigten Staaten nachschauen und prüfen, stellen wir fest, daß es

entweder ideologische Kämpfe waren, die ihr Eingreifen ausgelöst haben, oder daß von seiten der USA Ressourcen über einen begrenzten Zeitraum eingesetzt wurden - ein Beispiel ist hier der Marshall-Plan seinerzeit oder andere Unterstützungen und Hilfspläne.
Die Staatsmänner der USA haben es in der Vergangenheit immer so gemacht, wir stellen fest, daß die Öffentlichkeit der USA bereit ist, mitzuziehen, wenn man ihr erläutern kann, daß es nicht das Eigeninteresse ist, das hier auf dem Spiel steht, sondern daß es eine altruistische Sache ist, für die man sich einsetzt. Aber jetzt handelt es sich bei den derzeitigen Schwierigkeiten ja nicht um ideologische Fragen, und es ist ja auch in keiner Weise eine endgültige Lösung zu sehen. Das führt wohl dazu, daß die führenden Leute in den USA, die führenden Politiker im Grunde eine andere Erziehung brauchen, um dann andere Dinge jetzt ihrer Öffentlichkeit nahezubringen.
Es gab einen amerikanischen Diplomaten, der sagte: ‚Wenn man nicht weiß, wo man hingeht, führt jeder Weg in diese Richtung.' Das Erste, was wir nötig haben, ist, zu definieren, was wir überhaupt in dieser Welt wollen. Und zweitens, welche Möglichkeiten bestehen, das zu erreichen.
Und dann müssen wir eine Methodik finden, wie man die konkreten Probleme, die man voraussehen kann, behandeln würde. Und das wird in mancher Beziehung schwieriger sein als im Kalten Krieg. In der Berliner Frage: An dem Punkt, wo wir uns entschlossen hatten, zu verhandeln, da gab es eigentlich nur eine Richtung, und wir würden entweder Erfolg haben, oder keinen Erfolg haben. Die Wahrscheinlichkeit war, daß wir Erfolg haben würden, wenn die ersten zwei Fragen gelöst waren.
In der jetzigen Zeit, mit dem besten Willen in der Welt, gibt es Probleme, für die es keine Lösung gibt. Ich glaube nicht, daß es eine Lösung, eine befriedigende Lösung für Bosnien gibt, man kann das nur mildern und größtes Leiden vermeiden. Ich glaube nicht, daß in Bosnien amerikanische und russische Interessen zusammenlaufen, wenn es zu einer militärischen Aktion kommen sollte. Wir alle müssen das jetzt anders durchdenken, als wir das während des Kalten Krieges machten.

VALENTIN FALIN: Ein Amerikaner hat mir einmal gesagt: Wenn zwei Partner immer gleicher Meinung sind, so ist wenigstens einer von ihnen überflüssig. Deswegen, ist es nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert, wenn bei Gesprächen, Verhandlungen und Diskussionen verschiedene Meinungen sind. Das erlaubt uns, uns selbst zu bereichern und auch die anderen.
Aber was folgte aus den Berliner Verhandlungen und aus diesem Komplex deutsch-deutscher Beziehungen für unsere Beziehungen mit der Bundesrepublik und später mit ganz Deutschland? Zum ersten Mal, im Jahre '70/71 haben wir die Chance nicht verpaßt, die nach dem Kriege vorhanden gewesen war. Die andere Frage, ob die östliche Seite, inklusive Sowjetunion, optimal die Möglichkeiten genutzt und ausgeschöpft hat, im Vergleich mit der westlichen Seite, das lassen wir beiseite, das ist schon die Frage der politischen Kultur und der

politischen Kunst. Was aber aus meiner Sicht von primärer Bedeutung ist: Wir dürfen heute keine Zeit verlieren, und das ist eine der wichtigsten Erfahrungen, die ich aus der Vergangenheit ziehe. Wir glauben, die Probleme, die auf uns zukommen, sind die Probleme im Balkan oder sonstwo in Europa. Die wichtigsten Probleme haben ganz andere Namen. Demokratie in der ganzen Welt, Ökologie in der ganzen Welt, und daß wir Zeit verlieren, Ressourcen investieren in diese Konflikte, die nicht ohne unsere Beteiligung zustandekommen... - erst handeln wir, und dann denken wir.

MODERATOR: Aber Herr Falin, die Kämpfe sind doch jetzt in Bosnien, Ökologie ist alles sehr wichtig ...

VALENTIN FALIN: Nein, nein.

MODERATOR: Jetzt ist Krieg.

VALENTIN FALIN: Für Bosnien ist es folgendes: Erst denken und dann handeln. Wie für Bosnier selbst als auch für die, die erst Voraussetzungen für den Konflikt schaffen und dann versuchen, den Konflikt zu lösen. So geht es leider nicht. Außerdem: Es gibt keine Prinzipien, wie die Atome zu spalten sind. Gleichberechtigung, Selbstbestimmung für eine Nation, sagen wir Georgien, das ist gut, für Abchasien ist das schlecht. Für Kurden in der Türkei ist das schlecht, für Kurden im Irak ist das gut. Und so weiter. Wenn eine Person als Person sich spaltet, dann gelangt sie in ein Irrenhaus. Wenn aber Politik sich spaltet, dann ist das etwas Modernes.

MODERATOR: Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Pause machen, eine Viertelstunde etwa. Bitte geben Sie die Zettel ab, in der Halle steht ein Infostand, wenn Sie Fragen haben. Wir wollen versuchen, möglichst viele nachher dranzunehmen.
Also, meine Damen und Herren, wir haben ungefähr sechsmal soviele Fragen bekommen, wie wir hier stellen können. Es ist leider schon ziemlich spät, und wir haben die Ansage, daß wir hier herausgeschmissen werden nach halb elf, also müssen wir uns beeilen. Ich soll aber seitens der Veranstalter sagen, daß die Fragen weitergereicht werden in die Arbeitskreise, die im Zusammenhang mit diesem Seminar entstanden sind. Wir haben versucht, die Fragen zusammenzufassen; also möglichst die Fragen, die zu einem Thema gehören, zu nehmen, wo viele Wortmeldungen zu einem Thema da sind, und wir haben versucht, weniger die Vergangenheit zu beleuchten, als vielmehr Gegenwartsfragen zu berücksichtigen. Dies war auch ein Wunsch des Auditoriums. Trotzdem, die Ausnahme von der Regel ist die erste Frage, die geht an Herrn Falin.
Gab es, Herr Falin, in gewisser zeitlicher Nähe zur Kuba-Krise am Problemknoten Berlin eine Situation, die die Welt noch näher an den Atomkrieg gebracht hat, als es Kuba getan hat?

VALENTIN FALIN: Eine solche Situation entstand im Oktober '61. Wir hier am Checkpoint Charlie, ich meine, die Amerikaner und die Sowjets waren 200 Meter von einem Weltkrieg entfernt. Zu dieser Zeit war schon die Mauer gebaut, und wir haben in Moskau Informationen bekommen, daß die amerikanische Regierung diese Mauer ruinieren möchte und dazu ihre Panzer in Einsatzposition gebracht hat. Befehl von Chrustschow an Marschall Konew, der extra von Moskau nach Berlin, in die DDR abkommandiert wurde, wenn das geschieht, scharf zu schießen. Die Nerven der Offiziere und die Kunst der Diplomaten haben vorgebeugt, daß es zu diesem Drama nicht kam. Wir haben den amerikanischen Vorschlag akzeptiert, unsere Panzer erst ein paar hundert Meter zurückzuziehen, dann haben die Amerikaner mit ihren dasselbe getan, und so wurde diese gefährlichste Situation entschärft. Und ich kenne das aus erster Hand, weil ich dabeigewesen war, als Chrustschow diesen Befehl erteilte. Sonst, glaube ich, würden wir heute nicht hier sitzen können.

MODERATOR: Herr Falin, noch eine Frage, die aber in die Gegenwart geht: Wie würden Sie Wandel durch Annäherung für die Probleme innerhalb Ihres eigenen Landes anwenden, inklusive der früheren autonomen Republiken?

VALENTIN FALIN: Ich würde folgendes sagen: Der Hauptbeweggrund für diese zentrifugalen Prozesse in der Sowjetunion, jetzt in Rußland, war und bleibt ein desolater Zustand der Wirtschaft. Wahrscheinlich Zweidrittel der Probleme entstehen gerade aus der Unmöglichkeit, ihre nötigsten wirtschaftlichen Lebensprobleme in Gemeinschaft zu lösen, und in einer solchen Situation gewinnt an Gewicht die Parole: Rette sich jeder, wie er kann! Wenn in absehbarer Zeit die wirtschaftliche Situation in Rußland zwischen den Ländern der GUS nicht stabilisiert wird, dann, so glaube ich, gehen die Zerfallsprozesse weiter mit allen Folgen auch für das heutige Rußland.

MODERATOR: Dr. Kissinger, hat die Anerkennung Kroatiens durch Deutschland zu den kriegerischen Konflikten im ehemaligen Jugoslawien beigetragen?

HENRY KISSINGER: Das wird immer behauptet. Mir ist nicht klar, warum das zu dem Krieg in Bosnien beigetragen haben sollte. Das Argument wird breit vorgebracht, also mußte man auch Bosnien anerkennen. Das verstehe ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich dafürgewesen wäre. Wenn ich mich richtig erinnere, war der Fall so: Die Europäische Gemeinschaft hat auf jeden Fall gesagt, sie würde im Januar Kroatien anerkennen, und die Deutschen haben es dann drei Wochen früher gemacht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Bürgerkrieg in Bosnien von diesem Unterschied von drei Wochen abhängt. Meiner Ansicht nach war der große Fehler, den jeder gemacht hat, Bosnien als einen Staat anzuerkennen, ohne sich zu überlegen, daß es keine Bosnier gibt. Es gibt Serben, Kroaten und Moslems, die selbst Serben und Kroaten waren, bevor sie Moslems wurden. So gibt

es hier einen Staat, wo der größte Teil der Bevölkerung sich nicht als Bosnier fühlt. Das war das Problem... Das halte ich für den Hauptfehler, den wir alle gemacht haben, und nicht, ob Deutschland vorzeitig Kroatien anerkannt hat, ob das richtig war oder nicht, das habe ich mir nun nicht endgültig überlegt. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß das der entscheidende Punkt an der bosnischen Krise war.

MODERATOR: Egon Bahr, aber die Deutschen waren doch die lautesten, schon vor dem Krieg, was die Anerkennung betraf, und sind dann die leisesten gewesen, als die Frage auftauchte: Wie schützt man eigentlich die Unabhängigkeit derer, die man anerkennt? War da ein Fehler in der deutschen Außenpolitik?

EGON BAHR: Es war meines Erachtens der erste Schritt nach der deutschen sogenannten Souveränität, außenpolitisch, und das war leider schon ein Fehler. Ich glaube, daß der Fehler darin bestand, daß, wenn man einen Staat anerkennt, man wissen muß, in welchen Grenzen er ist. Und zweitens: Die Deutschen haben gedrängt. Es ist richtig, wie Henry gerade gesagt hat, daß wir da nur drei Wochen vorausgeeilt sind, aber die Europäische Gemeinschaft hat ihre Entscheidung auf deutsches Drängen getroffen. Ich fand die Form, in der Christopher die deutsche Regierung kritisiert hat, sehr undiplomatisch und ungeschickt, aber er hat im wesentlichen ausgesprochen, was alle denken. Und das zweite ist: das Versprechen, was damals gegeben worden ist, hat nicht funktioniert. Denn die Erwartung war, wenn wir Slowenien und Kroatien anerkennen, wird das zum Frieden führen. Und andere haben gesagt, im Gegenteil, das wird zur Ausweitung des Krieges oder Übertragung des Krieges nach Bosnien führen. Und das Letztere ist geschehen. Und natürlich kann man sagen: Warum habt Ihr Bosnien anerkannt? Das weiß ich auch nicht ganz genau, die Kriterien für eine Anerkennung lagen alle nicht vor, und es gibt sozusagen kein Bosnien, aber dies ist nun geschehen und führt uns in immer weitere Fehler. Jetzt wissen wir noch nicht einmal, was wir mit dem Kosovo machen, denn nach der Anerkennung von Slowenien, Kroatien und Bosnien gehört der Kosovo zu Serbien. Also können wir Serbien nicht, können wir Kosovo kaum schützen, von Montenegro ganz zu schweigen. Ich glaube, daß die Deutschen deshalb auch einen Fehler gemacht haben, weil sie wußten - und das war gemeinsame Auffassung aller politischen Kräfte in Deutschland -, daß aus historischen Gründen deutsche Truppen nicht nach Jugoslawien gehen sollten und heute auch nicht gehen sollen. Und deshalb muß man zurückhaltend damit sein, anderen gute Ratschläge zu geben.

MODERATOR: Ebenfalls mit Bosnien hat die folgende Frage zu tun. Warum möchte Herr Kissinger das Problem in Kuwait gelöst haben, aber in Bosnien nur das Leiden lindern?

MODERATOR: Ich glaube, die Frage heißt: Warum Einsatz von militärischer Macht am Golf, aber nur humanitäre Interessen in Bosnien?

Die Friedensuniversität Potsdam fördert die Systematisierung von Erfahrungen und Kenntnissen über Frieden. Sie entwickelt kreative Modelle, sowohl unter Bedingungen des Friedens als auch mit Spannungen zu denken und zu leben.
Die Friedensuniversität Potsdam verbindet mit dem Begriff »Frieden« nicht nur den Frieden zwischen den Völkern und das Nichtvorhandensein von Krieg, sondern auch den inneren Frieden, den sozialen Frieden und den Frieden in der Gemeinschaft im Sinne einer friedlichen Austragung von Konflikten.

HENRY KISSINGER: Ich komme nochmal auf Kuwait zurück. Da ging es durchaus um nationale US-Interessen. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, wir müssen den Müttern erklären können, warum ihre Söhne gefallen sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn wir diese Annexion Kuwaits bestehen ließen, wenn wir das also akzeptiert hätten, dann wären nach und nach die arabischen Regierungen, zumindest in den Golf-Staaten, zusammengefallen. Und das hätte durchaus zu einer umfassenden Krise führen können, zu einer weltweiten Krise zumindest im Bereich dieser geographischen Gebiete. Auf Bosnien bezogen ist die Sachlage ja ganz anders, ich sehe hier keine Ursache, auch keine causa in diesem Sinn. Es ist ein sehr, sehr großes und sehr tragisches menschliches Leid, was dort vor sich geht. Wir bräuchten wohl Truppenstärken im Bereich von 100 000 Mann, und es würde dann so aussehen, daß die Amerikaner gegen Serbien vorgehen würden, wobei ich mir nicht vorstellen kann, daß das Rußland gegenüber Serbien akzeptieren könnte. Ich sehe hier einfach keinen Sinn und Zweck für eine militärische Aktion. Wie gesagt, das menschliche Leid sollte beendet werden, aber ich sehe hier nicht die politische Zielsetzung, außer wenn man dazu bereit ist, in so einer Aktion immer weiter zu gehen, das also in einem wirklich langen Zeitraum durchzuführen. Wissen Sie, wenn es nur darum geht, hier eine militärische Aktion durchzuführen, damit man sagen kann, ja also, wir tun was, und wir fühlen uns jetzt besser, das sehe ich dann nicht als Grund an, sondern wichtig wäre, daß wir das Leiden dort vermindern können. Es wird darauf hinauslaufen, daß Bosnien in drei Teile aufgeteilt wird.

MODERATOR: Ich muß um kürzere Antworten bitten, auch wenn die Fragen jetzt länger werden. Ein Zuhörer schreibt folgendes: Ich möchte die neuen wie die alten Metternichs gerne fragen, wie sie bei aller Wertschätzung ihrer Verdienste mit den Altlasten einer Außenpolitik umgehen, für die sie mitverantwortlich waren? Die Lieferung von Waffen und das damit verbundene Geschäft in die heutigen Krisen- und Kriegsregionen?

VALENTIN FALIN: Der erste Begriff Metternich, ein großer Diplomat, ist nicht so schmeichelhaft, wie angenommen. Metternich sagte: ‚Ich sage jedem seine Wahrheit.' Und deswegen war die Welt so kompliziert geworden, weil wir zu oft die Wahrheit hörten, die für andere keine Wahrheit gewesen war.
Zum zweiten: Es gab eine ganz gute Idee, die 'mal den Amerikanern wie auch den Sowjets eingefallen war: Waffenlieferungen zu stoppen. Aus dem Waffengeschäft kein Handelsgeschäft zu 'machen. Und solche Verhandlungen waren sogar begonnen worden, und von unserer Seite hat sie Botschafter Midilewitsch geführt. Aber dann haben unsere USA-Partner gesagt: in alle Regionen der Welt außer Israel und manchen anderen Staaten. Und wenn es außer geht... Entweder gibt es eine komplette Lösung, oder es gibt keine. Und seitdem das geschah, vor zwanzig Jahren, ist das Problem ungelöst und wird mit jedem Tage schärfer. Stellen Sie sich vor, das Tempo der Aufrüstung in der Dritten Welt ist höher als das Tempo ihrer wirtschaftlichen

Die Friedensuniversität Potsdam fördert Wissenschaftler und Studenten in sozialer Verantwortung, die gesellschaftspolitische Entscheidungen nicht allein der Tagespolitik überlassen wollen.
Die Friedensuniversität Potsdam ist Keimzelle für neue gesellschaftspolitische Entwürfe sowie für Technologien, Produktions- und Lebensweisen, die die natürlichen Ressourcen und das ökologische Gleichgewicht erhalten, statt zu zerstören.
Die Friedensuniversität Potsdam fördert den Dialog mit den Philosophien und Religionen des Ostens, des Westens, Nordens und Südens und trägt zur Verständigung und zum Austausch der Völker, ihrer Kulturen und Traditionen bei.
Die Friedensuniversität Potsdam fördert die Vernetzung der Disziplinen und der Kulturen der Geistes- und Naturwissenschaften, die Vernetzung der Theorie und Praxis, von geistigen und materiellen Werten und die Vernetzung und Kommunikation der Altersgruppen.
Die Friedensuniversität Potsdam entwickelt ein neues Zusammenspiel zwischen den individuellen und sozialen Bedürfnissen.
Die Friedensuniversität Potsdam stellt den Austausch verschiedener geistiger Richtungen und Denkansätze, praktischer Initiativen und Gruppierung her, die nach neuen Lösungen und praktikablen Ansätzen zur Bewältigung der enormen Zukunftsaufgaben suchen, die vor uns liegen.
Die Friedensuniversität Potsdam bietet für graduierte Studenten, Professoren und für die Öffentlichkeit

Vorlesungen, Seminare und andere Lehrveranstaltungen in Potsdam an, die zu einem erweiterten und ganzheitlichen Verständnis der klassischen akademischen Disziplinen führen.
Die Friedensuniversität Potsdam bietet Hochschulabsolventen und Praktikern praxisbezogene Fortbildungsgänge an und stützt sich auf avancierte Kommunikationstechniken.
Die Friedensuniversität Potsdam wird Auswahlkriterien und Verfahren entwikkeln, die sicherstellen, daß die Lehrenden und Lernenden über ein überdurchschnittliches Potential für zukunftsweisendes Denken, offenen Dialog und praxisorientierte, eigenverantwortliche Zielbestimmung verfügen.
Die Friedensuniversität Potsdam bietet führenden Wissenschaftlern sowie Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Kultur einen Raum für tiefgehende Friedensforschung zum Austausch und zur Begegnung.
Die Friedensuniversität Potsdam hat ihren Hauptsitz in Potsdam, bietet aber auch Veranstaltungen außerhalb Potsdams an, z.B. in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen in anderen Städten und Ländern.
Die Friedensuniversität Potsdam finanziert ihre Arbeit durch private Zuwendungen und Spenden aus Wirtschaft, Kultur und von Stiftungen.
Die Friedensuniversität Potsdam setzt in der Weltöffentlichkeit ein Zeichen dafür, daß dem Austausch und der Akzeptanz der Kulturen und Denkrichtungen in Deutschland weiterhin große Bedeutung beigemessen werden.

Entwicklung. Wenn es so weitergeht, so sind die Konflikte dort vorprogrammiert. Und wenn wir alle, die heute an Waffen etwas verdienen, politisch oder in Währung, dem Unfug und irrationalen Denken kein Ende bereiten, dann haben wir niemanden zu tadeln, daß es so unruhig und so gefährlich in dieser Welt geworden ist. Überall sind die Waffen zu Bergen geworden.

MODERATOR: Die Frage war, ob Sie sich mitverantwortlich fühlen für die Entsendung der Waffen in die Krisengebiete, Kriegsregionen, die wir zur Zeit haben?

HENRY KISSINGER: Vielleicht sage ich jetzt etwas, was ganz leicht arrogant klingen wird oder kann. Wenn wir 'mal davon ausgehen, daß höhere Regierungsbeamte in der Regel so klug sind wie ihre Kritiker, dann müssen wir ja auch berücksichtigen, daß die Probleme nicht immer so einfach sind. Erstens kann man nicht immer alles tun, was man tun wollte, weil man hundert andere Dinge auch gleichzeitig tun muß.
Zweitens wurden diese Waffen zu einer Zeit des Kalten Krieges verbreitet, wo jede der zwei Seiten nicht an die Bürgerkriege der jetzigen Zeit dachte, und heute werden die Waffen nicht so sehr von Regierungen wie von Waffenhändlern und von Schwarzmarkthändlern und von Regierungen, die Unabhängigkeit erlangt haben, verbreitet...
Ich bin durchaus für ein globales Verbot des Waffenhandels, wir müssen auch sehen, daß es ja heute im Grunde Kriegsgewinnler oder Schwarzmarktwaffengeschäfte sind, das sind nicht die Regierungen, die dies fördern. Das wird aber, wenn man das abschaffen will, ein ganz mörderisches Geschäft und eine sehr sehr schwierige Sache...

EGON BAHR: Darf ich einfach noch etwas dazufügen? Auch noch ein bißchen Wasser in den schon verdünnten Wein kippen. Also, wir haben versucht, den deutschen Waffenhandel zu reduzieren, und haben das bis 1974 in der Tat reduziert. Wir haben dann erlebt, daß eine Reihe von Gesetzen zur Einschränkung des deutschen Waffenhandels und Kontrollmechanismen nicht mehr gemacht worden sind. Die Kontrollmechanismen, die wir verabredet hatten, 1982 im Sommer, sind praktisch im Herbst 1982 nicht mehr eingeführt worden, und statt dessen hat die Bundesrepublik Deutschland jetzt die dritte Stelle in der Welt für den Waffenhandel erreicht.
Das ist ein Fortschritt, auf den man nicht stolz sein kann. Ich will noch hinzufügen, daß ich in der Zeit, in der ich drei Monate lang in Strausberg war, und Herrn Eppelmann geholfen habe, den Übergang von der NVA auf die Bundeswehr vorzubereiten, aus Bonn die Bitte bekommen habe, wenn möglich dafür zu sorgen, daß doch so viel Waffen der NVA wie möglich verkauft werden. Natürlich kauft keiner, kein privater Bürger, einen Panzer, das ist ja selten. Und nun ist außerdem klar, die NVA war ja fabelhaft ausgerüstet innerhalb des Warschauer Vertrages, und viele Leute wollen das haben. Und was sollen wir denn damit machen? Also drückt die Bundesregierung alle

verfügbaren Augen und Hühneraugen zu und sagt: ‚Dann laßt es uns doch verkaufen.' Das ist die Realität.
Und die Russen sagen uns ganz klar: ‚Wir haben überhaupt nichts anderes außer Öl, Gas und Waffen, die wir verkaufen können. Und irgendwoher müssen wir Devisen haben.'
Und die Tschechen sagen im Prinzip dasselbe: ‚Wenn Ihr uns helft, daß wir nicht Waffen verkaufen müssen, werden wir gerne etwas Anderes produzieren und verkaufen.'
Das muß man einfach noch hinzufügen. Das ist die Realität.

MODERATOR: Die letzte Frage an Herrn Falin: Ein Zuhörer meint, die große Gefahr des russischen Imperialismus ist wieder da, die Haltung Rußlands gegenüber dem Baltikum. Unterstützen Sie, Herr Falin, die Politik Moskaus?

VALENTIN FALIN: Na ja, das ist schon eine Frage, die eine Antwort in sich beinhaltet, und im Grunde genommen braucht man die nicht zu kommentieren. Es ist alles viel komplizierter, als hier in dieser Frage zum Ausdruck gebracht ist. Sehen Sie, es gab auch früher Probleme der Sicherheit, solche gibt es für die Vereinigten Staaten, für die Bundesrepublik, für Deutschland als Ganzes. Solche gibt es auch für Rußland und früher für die Sowjetunion. Ob sie optimal gelöst wurden, und ob in der Geschichte immer alles so gewesen war, wie man es heute darstellt, ist eine andere Frage, die braucht ganz andere Kommentare. Aber die heutige Situation ist folgende: In Estland gibt es in der Bevölkerung 40 Prozent nichtestnischer Bevölkerung, also Russen, Ukrainer usw. Sie sind zu Ausländern geworden, sie sind, wenn sie sogar in dritter, fünfter und siebter Generation dort leben, nicht die Stammbevölkerung der Republik. Und werden so entsprechend behandelt. In Lettland sind 50 Prozent der Bevölkerung nicht Letten, und sie haben keine Rechte, bürgerliche Rechte, Wahlrechte usw. Das sind Minderheiten, die im Grunde genommen Mehrheiten sind. Es ist ganz leicht, in einer Diskussion die Frage zu stellen, man muß dieses und jenes beseitigen, was gewiß keine Gerechtigkeit war, in der Ausführung vor allem.
Aber man muß das auf solche Weise tun, daß es nicht eine Balkanisierung vom Baltikum zur Folge haben wird. Das ist im Interesse von allen Seiten zu erreichen, und es ist zu erreichen, wenn man Geduld, Ausdauer und Weitsicht auf den Verhandlungstisch legt, und nicht versucht, heute die Rechnungen aufzustellen, die niemand bezahlen kann, weder die baltischen Republiken, noch Rußland. Und außerdem, wir sind Nachbarn, und sollen das nicht vergessen. Als Nachbarn sind wir verurteilt, gut nachbarlich zusammenzuleben. Sonst wird es sowohl für Rußland als auch die baltischen Republiken nicht gut. Ich bin gegen eine Expansion Rußlands, egal in welche Richtung, ich bin gegen jede nationale Expansion, egal wie sie heißt und wie sie begründet wird, weil ich davon ausgehe, daß wir nur gemeinsam glücklich sein können oder wir werden auch gemeinsam unglücklich. Es gibt keine andere Wahl.

Seminar 6: 3./4. Dezember 1993
Parameter für einen Ost-West-Entwicklungsplan. Was kann der Markt regeln, was muß der Staat leisten? Ist das Konzept des »Sustainable Development« anwendbar auf den Osten? gibt es neue Netzwerke für eine gleichberechtigte wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit? Aus Fehlern der Entwicklungspolitik lernen? Weitere Potsdamer Friedensgespräche sind für 1994 in Planung

Im Sommer 1994 findet die erste Potsdamer Sommeruniversität zum Thema Frieden statt. In Zusammenarbeit mit Universitäten der neuen und alten Bundesländer veranstaltet die »Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität (FGF)« e.V. für die Dauer von zwei Wochen interdisziplinäre Begegnungen mit Vertretern aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft und mit Studenten aus Ost und West.
Zum Abschluß und Höhepunkt der Potsdamer Sommeruniversität findet das dreitägige Festival »Der Geist des Friedens« statt. Wissenschaftler und Künstler, Politiker und Vertreter der Wirtschaft werden auf diesem Festival einer breiten Öffentlichkeit zukunftsorientierte Konzepte zur Diskussion stellen und sich in Seminaren und interdisziplinären Veranstaltungen austauschen.

Fördergemeinschaft zur Gründung
einer Friedensuniversität (FGF) e. V.
Akazienstraße 27
Berlin
10823
Telefon 030 - 782 46 10
Fax 030 - 782 63 08

MODERATOR: Die letzte und bestimmt auch schwerste Frage geht an Herrn Kissinger. Ein gepeinigter Akademiker fragt: Wann finden Sie endlich die Zeit, Band 3 Ihrer Memoiren zu schreiben, und damit ein Verzeichnis zu liefern, das das Zurechtfinden in den ersten zwei Bänden ermöglicht?

HENRY KISSINGER: Die englische Ausgabe hat ein Verzeichnis am Ende jedes Bandes, so daß man nicht auf den dritten Band warten muß...

MODERATOR: Kommt der dritte Band?

HENRY KISSINGER: Im Augenblick schreibe ich ein anderes Buch. Aber der dritte Band wird noch kommen, er nähert sich jetzt schon tausend Seiten.

MODERATOR: Wird es in Ihrem dritten Band, wenn er denn erscheint, eine Vision geben für die Zukunft?

HENRY KISSINGER: Ich werde versuchen, in dem Buch, das ich jetzt schreibe, die Welt zu beschreiben, die ich voraussehe und auf die wir steuern sollten. Ich werde es auf jeden Fall versuchen, es ist nicht leicht in dieser jetzigen Lage.

MODERATOR: Meine Damen und Herren, wir haben unsere Zeit schon überzogen, und der Höhepunkt kommt noch, nämlich Mozart. Im Abschlußwort muß man immer sagen: Was hat uns diese Diskussion gelehrt, und ich habe folgendes gelernt: Erstens: Diese drei, die sich damals vor zwanzig Jahren sehr mißtrauisch begegnet sind, sind gute Freunde geworden. Und anders als im Wiener Kongreß haben sie noch nicht einmal einen Walzer miteinander getanzt. Das zweite, was ich gelernt habe, ist, daß Berlin, die Ostpolitik, die Entspannungspolitik etwas fundamental Anderes war, als die Probleme der heutigen Welt. Damals haben Staaten miteinander verhandelt, diese Staaten hatten klare Interessen, und diese Interessen ließen sich geduldig und kompliziert, aber sie ließen sich ausgleichen.
Und heute haben wir das Problem: Rußland hat keinen großen Feind mehr, Amerika hat keinen großen Feind mehr, und die Deutschen sind in der schlimmsten Lage von allen, sie sind nur noch von Freunden umgeben. Und wie man da eine Außenpolitik zurechtzimmern soll, das haben uns selbst diese drei Metternichs nicht sagen können.
Das Wichtigste, was ich gelernt habe, also die größte Weisheit ist die des Diplomaten, den Henry Kissinger zitiert hat: ‚Wenn man nicht weiß, wo es langgeht, ist jede Straße, die man nimmt, egal. Das ist eine sehr wichtige Einsicht, die ich heute hier mitnehme. Und zum Schluß kann ich nur sagen, nicht nur diese drei hier sind Freunde geworden. Wir möchten ein Kompliment ans Publikum richten, Sie waren alle außerordentlich freundlich. Ein letzter Dank an die Übersetzerin, die sehr gut gearbeitet hat.

Helle Panke

zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.

NEUERSCHEINUNGEN

Marx und Engels neu gelesen.
Zugänge, Analysen und Kritiken zu Werk und Wirkung, 56 Seiten, 4,80 DM

Monika Nakath:
SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren, "hefte zur ddr-geschichte", Nr. 9, 56 Seiten, 4 DM

Siegfried Prokop:
Sozialgeschichte der ostdeutschen Intellektuellen 1945 - 1961. Zeittafel, "hefte zur ddr-geschichte", Heft 10, 68 Seiten, 4 DM

Gerhard Lozek:
Stalinismus - Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was? Reihe "Klartext", Nr. 4, 34 Seiten, 3 DM

Manfred Behrend:
Was ist neu am deutschen Rechtsextremismus? Reihe "Klartext", Nr. 5, 24 Seiten, 3 DM

Bei Postverschickung werden zuzüglich Versandkosten berechnet.

Die Hefte können in unserer Geschäftsstelle erworben oder telefonisch bzw. schriftlich bestellt werden.

Breite Straße 48, 13187 Berlin-Pankow, Tel./Fax (030) 482 8724

Hermann Klenner
Fortiter in modo, suaviter in re?
Über das prozeduralistische Rechtsparadigma des Jürgen Habermas

Hermann KLenner - Jg. 1926; Autor von: »Marxismus und Menschenrechte«, Berlin 1982; »Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts«, Berlin 1984; »Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert«, Berlin 1991.

Entgegen Unkenrufen, zumeist interessierten Vorurteilen ihre Intension verdankend, hat sich die Frankfurter Schule weder leergeschrieben noch ist ihr Gesamtbestand auf ihr heutiges Oberhaupt zusammengeschrumpft. Sie begnügt sich auch nicht mit Redundanzenproduktion. Davon zeugen in jeder Beziehung gewichtige Monographien auf dem Felde der Rechtstheorie, die in den letzten fünf Jahren dem rechtsphilosophischen Buchmarkt das Gepräge gaben. Man nehme Klaus Günther (*Der Sinn für Angemessenheit. Anwendungskurse in Moral und Recht, 1988, 411 S.*), Ingeborg Maus (*Zur Aufklärung der Demokratietheorie, 1992, 356 S.*), Bernhard Peters (*Rationalität, Recht und Gesellschaft, 1991, 365 S.*), Lutz Wingert (*Gemeinsinn und Moral, im Erscheinen*), auch noch Werner Gephardt (*Gesellschaftstheorie und Recht. Das Recht im soziologischen Diskurs der Moderne, 1993, 637 S.*) und füge das neuerliche, wie die vorgenannten ebenfalls im Frankfurter Suhrkamp-Verlag erschienene Werk des Meisters hinzu: Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 1992, 667 S.*, und man wird der Feststellung zustimmen dürfen, daß keine der Gegenwartsrichtungen von Rechtsphilosophie im gleichen Zeitraum mit solch einer Nahezu-Plejade aufwarten konnte.

Allerdings, um auch das noch vorwegzunehmen: an den Schlaf der Welt rührt die Frankfurter Schule auch mit dieser durch ein Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft ermöglichten Tour de force nicht. Und das will sie wohl auch nicht mehr. Die wahre gesellschaftliche Funktion der Philosophie (gewiß erst recht die der Rechtsphilosophie, H.K.) liege in der Kritik des Bestehenden, hieß es einst bei Horkheimer[1], und es ist doch nicht unbillig, den »Söhnen«, »Töchtern« und »Enkeln« das Gesetz, nach dem ihre »Väter« und »Großväter« angetreten, als Maß vorzuhalten. Freilich scheint man sich in Frankfurt die These, daß Aufklärung, wenn sie nicht mit einem Übermaß an Selbstreflexion ausgestattet ist, in Mythologie zurückschlägt, so sehr zu Herzen genommen zu haben, daß man das Aufklärungspotential lieber selbst reduziert, als dessen Grenzen auszuloten. Das dürfte erklären, warum man seit längerem dazu übergegangen ist, statt Wirklichkeit lieber Literatur zu verarbeiten, und sei es die eigene.

1 Max Horkheimer: Die gesellschaftliche Funktion der Philosophie (1940), Frankfurt/M. 1974, S. 282.

Zur Sache selbst. Während *Rechtsdogmatiker* im allgemeinen die Geltung von Rechtsnormen ziemlich problemlos mit dem Hinweis auf die Normenhierarchie einer Rechtsordnung zu beantworten pflegen, also darauf, daß eine Norm dann gilt, wenn sie (formal und

material) in Übereinstimmung mit der übergeordneten Normenstufe, letztlich also mit der Staatsverfassung, steht, sind Rechts*soziologen* eher geneigt, die Geltung von Rechtsnormen als deren Akzeptanz, ablesbar im normgemäßen Verhalten der Rechtsadressaten, zu definieren, während Rechts*philosophen* häufig die Rechtsgeltung vom Gerechtigkeitsgehalt des jeweiligen Rechts abhängig machen[2]. Alle drei Varianten haben ihre Schwachstellen. Die Rechtsdogmatiker können die Frage, wieso die höchste Normstufe, also das Grundgesetz z.B., nicht ohne Zuhilfenahme von ihrer Theorie ansonsten fremder, also metaphysischer Argumente beantworten; nähme man die Rechtssoziologen beim Wort, gälte überhaupt kein Recht, da eine 100%ig eingehaltene Norm überflüssig ist und weder die Interessen der Rechtsadressaten noch die Unvollkommenheiten des staatlichen Sanktionsapparates eine vollständige Übereinstimmung von Sollen und Sein zulassen; und die Rechtsphilosophen haben sich als außerstande erwiesen, ein allgemein akzeptables Gerechtigkeitskriterium anzugeben, weshalb, folgte man ihrem Anspruch, erhebliche Teile des Rechts teils gelten, teils nicht gelten würden, was in der Rechtspraxis chaotische Konsequenzen hätte. Die bisherigen Theorien von der verfassungsmäßigen, der faktischen und der ideellen Geltung des Rechts enden allesamt in Apriorien.

Der nun von Habermas vorgelegte Lösungsansatz war vorherzusehen: er ist die Konsequenz seiner seit Jahrzehnten betriebenen prozeduralen Betrachtungsweise sozialer Phänomene: Diskurs und Kommunikation sind die Schlüsselbegriffe auch seiner Rechtstheorie. Was nicht so ohne weiteres vorherzusehen war, ist seine nunmehrige Filigran-Analyse der Geltungs- und Gerechtigkeitsideen anderer, insbesondere der von Robert Alexy, Karl-Otto Apel, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Ralf Dreier, Ronald Dworkin, Dieter Grimm, Niklas Luhmann, Talcott Parsons, John Rawls, Gunter Teubner, Rudolf Wiethölter (teilweise in der Form einer rekonstruierenden Aneignung von deren Erkenntnissen), ergänzt durch eine selten gewordene Redlichkeit in Detail-Hinweisen auf diejenigen Arbeiten seiner Schüler, von denen er, der Lehrer, gelernt hat.

Die von J.H. vorgenommene und im folgenden nachvollziehbar gemachte Umstellung von praktischer Vernunft auf kommunikative Rationalität (S. 24) ist folgenreich. Zunächst leugnet sie entschlossen »Höheres« und »Tieferes«, an das wir appellieren könnten (S. 11); ohne religiöse oder metaphysische Rückendeckung verfahre sie, heißt es (S. 51); sie versteht sich als antiplatonisch und wirft auch Hegels Geschichtsphilosophie über Bord. Allenfalls Kant ist ihr Mann[3]; Marx wird in Anmerkungen abgefertigt, ohne auch nur sich der Mühe von Quellenangaben zu unterziehen (S. 393). In der Sicht von J.H. präsentiert sich die Gesellschaft als symbolisch strukturierte Lebenswelt, die sich vor allem über kommunikatives Handeln reproduziere (S. 43). Jede soziale Interaktion, die ohne Ausübung manifester Gewalt zustandekomme, lasse sich als Lösung des Problems verstehen, wie die Handlungspläne mehrerer Aktoren so miteinander koordiniert werden können, daß die mehr oder weniger konfliktlose Vernetzung von Intentionen und Aktionen möglich gemacht werde, also eine

2 Einen Überblick über die in der Literatur vertretenen Geltungsbegriffe von Rechtsnormen bietet Rupert Schreiber: Die Geltung von Rechtsnormen, Berlin 1966, S. 68ff. Vgl. auch die einschlägige Argumentation bei Hans Kelsen: Allgemeine Theorie der Normen, Wien 1979, S. 136ff., sowie Robert Alexy: Begriff und Geltung des Rechts, Freiburg 1992; Athanasios Gromitsaris: Normativität und sozialer Geltungsgrund des Recht, Berlin 1992; Jaques Derrida: Gesetzeskraft. Der mystische Grund der Autorität, Frankfurt/M, 1992; Arthur Kaufmann: Über Gerechtigkeit, Köln 1993, S. 125-139; ders.: Das Gewissen und das Problem der Rechtsgeltung,.

3 Vgl. insbesondere Ingeborg Maus: Zur Aufklärung der Demokratie, Frankfurt/M. 1992, S. 148-175: Der Übergang von materialem zu prozeduralem Naturrecht.

Sozialordnung entstehen könne (S. 33). Speziell der Gesetzgebungsprozeß sei der genuine Ort sozialer Integration, in dem sich die privaten Rechtssubjekte kommunikativ vergesellschaftlichen und in eine frei assoziierte Rechtsgemeinschaft verwandelten (S. 50). So zehre das moderne Recht von einer Solidarität, die sich in der Staatsbürgerrolle konzentriere und letztlich aus kommunikativem Handeln hervorgehe (S. 52). Freilich verarbeite das Recht Imperative verschiedener Herkunft, und oft setzten sich normativ ungefilterte Interessenlagen nur deshalb durch, weil sie die stärkeren seien, so daß dann das Recht einer illegitimen (Geld- oder Administrativ-)Macht nur den Anschein von Legitimität verleihe (S. 59). Zu suchen seien demzufolge Grundsätze und Normen, die verallgemeinerungsfähige Interessen verkörpern (S. 84). Diese könne man aus einem »kommunikativen Arrangement« (S. 141) erschließen: Die Rechtsgenossen müßten als Teilnehmer an rationalen Diskursen prüfen, ob eine strittige Norm die Zustimmung aller möglicherweise Betroffenen finden könnte (S. 161). Die vorhandenen Interessengegensätze bedürfen eines rationalen Ausgleichs zwischen konkurrierenden Werteinstellungen und Interessenlagen, was wiederum ein Aushandeln von Kompromissen unter fairen Verhandlungsbedingungen voraussetze (S. 139). Erst auf dem Wege seiner rechtsförmigen Institutionalisierung solle das Diskursprinzip die Gestalt eines Demokratieprinzips annehmen (S. 154). Das Demokratie- oder Volkssouveränitätsprinzip besagt also in diskurstheoretischer Lesart, daß sich alle politische Macht aus der kommunikativen Macht der Staatsbürger herleite oder jedenfalls hervorleiten solle (S. 209). Danach sei eine Rechtsordnung in dem Maße legitim, wie sie die gleichursprüngliche Autonomie ihrer Bürger gleichmäßig sichert, und sie verdanke ihre Legitimität den Kommunikationsformen, in denen sich diese Bürgerautonomie allein äußern und bewähren könne; genau darin liege der Schlüssel zu einem prozeduralen Rechtsverständnis (S. 493). Dieses prozedurale Rechtsparadigma sei zwar ganz wesentlich formal, da es lediglich die für die *Geltung* von Faktizitäten notwendigen *Bedingungen* benenne; aber es weise doch auch einen (nichttotalitären) dogmatischen Kern auf: die Idee der Autonomie des Menschen als freies Subjekt (S. 536f.).

Soweit des Rezensenten Versuch, die Quintessenz der Habermasschen Rechtstheorie im Originalton herauszukristallisieren. Ihres Autors Belesenheit ist ebenso bewundernswert, wie sein Einfühlungsvermögen in die sensiblen Bereiche einer ihm von Haus aus fremden Wissenschaftsdisziplin erstaunlich ist[4]. Seine Auseinandersetzungen mit anderen Theorien und Theoretikern offenbaren eine wohl am Angelsächsischen Methodenstandard geschulte Filigrantechnik; seine eigenen Ideen sind anregend auch dann, wenn man ihnen nicht zu folgen vermag; seine Argumentationen sind schlüssig, seine Konzeption ist stringent. Und doch: es bleibt ein Erdenrest zu tragen peinlich! Da nun einmal überall in der Welt in Vergangenheit und Gegenwart *faktisch* eine mehr oder minder rechtsförmig ausgeübte Herrschaft der Mächtigen mittels Markt, Medien und Gewalt existiert, kann doch eine vornehmlich als Kommunikationsgemeinschaft dominierte und dominierende Gesellschaft nur *kontrafaktisch* ge-

4 Auf zwei Bagatell-Versehen sei aufmerksam gemacht: der S. 595 genannte Georg Friedrich Puchta war 1846 überraschend gestorben und konnte daher gegen Ende des Jahrhunderts keinerlei Auffassungen mehr vertreten, und Kants »Grundlegung der Metaphysik der Sitten« ist nicht in Paragraphen strukturiert,

dacht und erst recht nur auf diese Weise etabliert werden. Wie aber unter Herrschaftsbedingungen herrschaftsfreie Diskurse zustande kommen können, das ist die Gretchenfrage, die J.H. weder stellt noch auch nur implizit beantwortet.

Nun ist J.H. (zur Genugtuung »aller billig und gerecht Denkenden«!) aber nicht nur als homo politicus ein Linker[5]; er nennt sich auch als homo juridicus et philosophus »einen Linken, der in der Bundesrepublik lebt« (S. 609). Wenn er auch von Klassenkämpfen nur auf das 19. Jahrhundert bezogen (S. 546) und von Klassenjustiz überhaupt nicht spricht, so deutet er doch wenigstens hin und wieder an, daß die Gegenwartsfaktizitäten keine Zufallszustände seien, die nur darauf warten würden, von kommunikativer Macht, deren Rechtsordnung Geltungsqualität beanspruchen dürfe, da sie den prozeduralistischen Paradigma entspreche, abgelöst zu werden. Er nennt, wenn auch nur - gemessen am Volumen des Ganzen - marginal das von kasernierten Gewaltmitteln gedeckte Drohpotential, auf das sich die existente Herrschaft stützt (S. 171); er schilt den an der kommunikativen Macht des Staatsbürgerpublikums vorbei erzeugten und in administrative Macht umgeformten Einfluß der Medien; er erörtert den »systemischen Eigensinn der kapitalistischen Wirtschaft«, der weder den Rechts- noch den Sozialstaat von allein entstehen lasse (S. 643f.); er geißelt den Wohlstandschauvinismus (S. 651); er spricht von einem Spannungsverhältnis zwischen dem Idealismus des Verfassungsrechts und dem Materialismus des Wirtschaftsrechts (S. 60); er weiß, daß das Recht oft genug einer durch Diskurse ungefilterten, also illegitimen Macht von Money und Administration nur den Anschein von Legitimität verleiht (S. 59), ein Anschein, der freilich der soziologischen Entzauberung des Rechts zum Opfer falle (S. 61) - hätte doch J.H. solchen Entzauberern[6] diejenige Aufmerksamkeit gewidmet, die er Niklas Luhmann zuteil werden ließ, den er zudem als radikalisierten Marx mißdeutet (S. 67)!

Was aber macht bei solchen Einsichten J.H. - und sei es nur aus Verzweiflung (S. 535) - hoffen, daß seine erklärte Absicht, mittels einer prozeduralistischen Rechtstheorie »das kapitalistische Wirtschaftssystem zu zähmen« (S. 494), eine Verwirklichungschance habe? Was läßt ihn annehmen, daß die illegitime Verselbständigung von administrativer und sozialer Macht gegenüber einer demokratisch erzeugten kommunikativen Macht (S. 434) auf Nimmerwiedersehen die Segel streicht? Wie sollen sich, um seinen zuweilen elitären Wortgebrauch zu repetieren, seine Ideen mit der Wirklichkeit ins Benehmen setzen (S. 242) und das freie Prozessieren von Themen und Beiträgen, von Informationen und Gründen innerhalb eines bloß durch illokutionäre Verpflichtungen konstituierten öffentlichen Raumes, also einen unverzerrten rationalen Diskurs (S. 138f.) ermöglichen, ja erzwingen? Wie läßt sich seine Erwartung enttäuschungsfest stabilisieren, daß die Asymmetrien ökonomischer, militärischer und geistiger Machtpositionen in der Welt von heute, etwa international zwischen Bangladesh und den USA oder innerstaatlich zwischen den Arbeits- und Obdachlosen einerseits und andererseits den Spitzenfiguren in Konzernen, Banken und weitgehend verstaatlichten Parteien

wie auf S. 596 suggeriert wird, die leicht inkorrekt zitierte Passage stammt vielmehr aus den »Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre« (vgl. Immanuel Kant: Rechtslehre, Berlin 1988, S. 128).

5 Vgl. etwa seinen neuerlichen Artikel »Die Festung Europa und das neue Deutschland«, in: Die Zeit, 28. Mai 1993.

6 Etwa: Rudolf Wiethölter: Rechtswissenschaft, Frankfurt/M. 1968 und öfter; Hubert Rottleuthner: Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1973; Johann J. Hagen: Soziologie und Jurisprudenz, München 1973; Uwe Wesel: Aufklärungen über Recht, Frankfurt/M. 1981; Uwe Wesel: Recht und Gewalt, Berlin 1989; Uwe Wesel: Fast alles, was Recht ist, Frankfurt/M. 1991.

(ob in Regierung, ob in Opposition) sich eines wunderschönen Tages als symmetrische Anerkennungsverhältnisse kommunikativ strukturierter Lebensformen (S. 488, 140) entpuppen? Steht nicht vielmehr zu befürchten, daß nicht einmal Geschwindigkeitsbegrenzungen für freie Bürger auf Autobahnen Geltungsqualität erreichen werden, sofern man diese davon abhängig macht, ob sie eine »rational motivierte Zustimmung aller möglicherweise Betroffenen finden könnten« (S. 566), geschweige denn das fundamentale Regelungsproblem, ob Abtreibungen im rechtsfreien Raum angesiedelt sein sollen oder im strafgesetzlich verbotenen. Man muß kein Zyniker sein, um zumindest zuweilen Nietzsches Votum zuzustimmen, daß der consensus sapientium darin besteht, daß der consensus gentium einer Narrheit gilt[7].

Nun könnte man sich natürlich damit begnügen, sich an der Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats als einem ideellen Gegenbild zur realen Rechtswelt zu delektieren. Wenn da bloß nicht Hegels »was nur sein soll, ohne zu sein, hat keine Wahrheit« wäre und seine Attacke auf die besonders bei jenem Verstande, der die Träume seiner Abstraktionen für etwas Wahrhaftes lebt, beliebte Abtrennung der Wirklichkeit von der Idee[8]. Und um die Gegenthese scharf zu machen: Die Diskurstheorie des Rechts wäre nur dann wirklichkeitsadäquat, wenn der Herr-und-Knecht-Struktur der Gesellschaft[9], ihrer Macht/Ohnmacht-Relation und dem binären Recht/Unrecht-Code nicht zumindest auch Interessen*antagonismen* zugrunde lägen. Deren objektive Verallgemeinerungsunfähigkeit läßt eine subjektive Verallgemeinerung nur um den Preis von Kaschierungen und Illusionen zu. Wenn nur solche Rechtsnormen Geltungsqualität beanspruchen dürften, die verallgemeinerungsfähige Interessen verkörpern (S. 84), dann lebten die Völker wie die Menschheit gegenwärtig wohl überwiegend in geltungslosen rechtsleeren Räumen.

Sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Rechtsprechung, den beiden Prototypen juristischer Tätigkeit, zeigt sich aber in praxi, daß wie die Diskursethik so erst recht die Diskurstheorie des Rechtsstaates auf einem intellektualistischen Fehlschluß beruht, verbindliche Normen aus den bloß formalen Bedingungen sozialer Kommunikation ableiten oder den Geltungsgrund normativer Verbindlichkeit in diesen Bedingungen aufdecken zu wollen. Der Zirkel ist unaufhebbar: Ehe man über die Eigentums- und Freiheitsverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger (also auch über deren Eigentumslosigkeit und Unfreiheit) zu diskutieren beginnt, sind die strukturellen Gewalten mit ihren Freiheits- und Eigentumskonsequenzen längst etabliert. Über die künftige Machtverteilung in der Gesellschaft kann nur unter den Rahmenbedingungen einer gegenwärtigen Macht/Ohnmacht-Verteilung gesprochen und entschieden werden[10]. Wohl kann mit den methodischen Mitteln der Diskurstheorie (wie aber auch anderer Rechtstheorien) der gerichtsnotorische Wahlbetrug in der DDR von 1989 aufgedeckt werden, aber schon den geschichtsnotorischen Wählerbetrug in der BRD von 1990 bloßzulegen, dürfte einer Theorie schwerfallen, deren ganzer Stolz darin besteht, im Streit konkurrierender Lebensformen und Weltanschauungen keine Partei zu ergreifen (S. 83)

7 Friedrich Nietzsche: Werke (Schlechta), Bd. 1, München 1977, S. 521.

8 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Werke (Suhrkamp), Bd. 3, Frankfurt/M. 1979, S. 192; Bd. 8, S. 48.

9 Vgl. Hermann Klenner: Rechtsphilosophisches zur Herr-und-Knecht-Relation, in: Strafgerechtigkeit. Festschrift für Arthur Kaufmann, Heidelberg 1993, S. 177-186.

10 Vgl. Verfassung statt Grundgesetz (Schriftenreihe der Marx-Engels Stiftung, Bd. 18), Bonn 1991, S. 36; vgl. auch: Herrmann Klenner: Menschenrechte versus Grundrechte, in: Z. Marxistische Erneuerung 4 (1993), H. 15, S. 78-85.

und auf Forderungen irgendeiner materialen Gerechtigkeit schon deshalb zu verzichten, da diese, in das Medium des Rechts eindringend (wozu sonst sollten sie erhoben werden?), dessen formale Rationalität zerstören würden (S. 543). Wer sich jedoch damit begnügt, die inhaltliche Beliebigkeit von Rechtsnormen und Gerichtsurteilen mit der Nichtbeliebigkeit ihrer prozeduralen Voraussetzungen zu kombinieren (S. 232), der verzichtet gewollt oder ungewollt auf die mobilisierende, gesellschaftsverändernde Rolle seiner Theorie. Ein alternatives Recht durch eine Rechtsentwicklung von unten schaffen zu helfen, ist ohne eine auch material begründete Attacke auf das durch eine Rechtsentwicklung von oben existent gemachte oder werdende Recht kaum zu schaffen, wie auch die bundesrepublikanische Erfahrung lehrt. Die Individuen und deren Klassen werden nämlich primär von inhaltlichen Interessen zum Handeln getrieben und betrachten Prozeduren vernünftigerweise als mehr oder weniger sinnvolle Mittel und Methoden, die aber an ihrer Eignung gemessen werden, das eigentliche Begehren erfüllen zu helfen. Insofern sind eher die Prozeduren beliebig als die Inhalte, auch wenn everything goes gewiß so verkehrt ist wie everything is just. Am Ende kommt es für die Frierenden nicht auf das Stricken des Strickens, sondern auf das Stricken der wärmenden Kleidung an, wofür man/frau zunächst einmal Wolle brauchen.

Der methodenbewußt betriebene Rückzug der Rechtstheorie aus der Materialität in die Prozeduralität soll aus der Sackgasse des Sozialstaatsmodells herausführen (S. 493). Einen in Raum und Zeit angesiedelten Adressaten in Fleisch und Blut gebe es hierfür nicht. Vielmehr ziehe sich eine vollständig prozeduralisierte Vernunft in der Gestalt einer subjektlos und anonym gewordenen intersubjektivistisch aufgelösten Volkssouveränität in demokratische Verfahren und die Voraussetzungen ihrer Implementierung zurück und übe ihre kommunikative Macht ohne Eroberungsabsicht im Modus der Belagerung aus: sie bewirtschafte den Pool von Gründen (S. 228, 626). Als letztes Mittel eines Protestes gegen illegitime Entscheidungen stünden bei hohem Explikationszwang Akte gewaltfreier symbolischer Regelverletzung zu Gebote (S. 462).

Wohlgemerkt, die anarchisch entfesselten kommunikativen Freiheiten, in deren Taumel es keine materialen Fixpunkte, sondern nur solche des deliberativen Verfahrens gebe (S. 229), sind nach der Auffassung ihres Künders so wenig wie der daraus entstehende und nun endlich legitime, d.h. anerkennungswürdige[11] Rechtsstaat eine Gesellschafts- oder gar Staats*utopie*: die kommunikativ verflüssigte Souveränität der Staatsbürger sei weder der ideale Entwurf einer konkreten Lebensform noch eine Einheit von kollektiver Vernunft und säkularisierter Allmacht (S. 535). Vor allem aber sei sie überhistorisch, denn ihre Prinzipien müßten unabhängig von irgendeiner geschichtlich gewordenen Rechtsordnung eingeführt werden (S. 234).

Nun kommen aber bei aller Bedeutung von Prozeduren für eine Rechtsordnung deren Inhalte hauptsächlich aus der Erfahrung, sind also geschichtlich auf dem Wege von Gewordensein zum Werden. Logische Deduktionen determinieren keine historischen Evolutionen

11 Jürgen Habermas: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1982, S. 271: »Legitimität bedeutet die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung«.

und Revolutionen, und selbst die gerichtliche Urteilsfindung vollzieht sich nicht ausschließlich über den sogenannten Justizsyllogismus als bloßes Nachdenken eines gesetzgeberisch Vorgedachten. Überdies sollten sich zumindest die Sozialisten im klaren darüber sein, daß mittels des diskurstheoretischen Paradigmas wohl Sklaverei und Feudalismus wegen ihrer Fundamentalverstöße gegen die aequalitas juris illegitimiert werden können, nicht aber der Kapitalismus als solcher. Wie aus Kapitalsouveränität Volkssouveränität entstehen kann, ist aber nicht das Thema der Prozeduralisten, wie ja auch das Produktionsmitteleigentum für sie kein Thema ist. Selbst das früher verfolgte Ziel, aus den geschichtlichen Spuren unterdrückter Dialoge das Unterdrückte zu rekonstruieren[12], scheint aufgegeben. Wie unter Repressionen repressionsfreie Diskurse entstehen können, in denen die Interessen der Beteiligten beim Anhören der Argumente der jeweilig anderen verstummen, bleibt ohnehin das Schulgeheimnis der Frankfurter Schule. Zeiten, in denen die Unfähigkeit der Regierung zu regieren nur noch von der Unfähigkeit der Opposition zu opponieren übertroffen wird, dürften indes besonders entfernt sein von Orten, in denen aus kommunikativer Vergesellschaftung legitime Machtausübung erwächst. Gerade in solchen Zeiten ist ein Fortiter in re gefragt, schmackhaft gemacht meinetwegen durch ein suaviter in modo!

J.H., der nun wirklich zu der Minderheit derer gehört, die den deutschen Geschehnissen seit 1989 so kritisch gegenüberstehen wie sie sich zu den Betroffenen sensibel verhalten, sagt von derjenigen Partei in Deutschland, die sich nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus als die siegende ansieht, daß sie ihres Triumphes nicht froh wird, weil sie vor der Aufgabe verzagt, die sozialstaatliche und ökologische Zähmung des Kapitalismus in den Dimensionen der Weltgesellschaft voranzutreiben (S. 12). Sollte ihm wirklich entgangen sein, daß in Europa nicht die Kapitalismusdomestizierer, sondern der Kapitalismus gesiegt hat? Jedenfalls in diesem Jahrtausend.

12 Vgl. Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft der Ideologie, Frankfurt/M. 1969, S. 164; Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 161. - Vgl. auch die im Rechtshistorischen Journal, 12 (1993), S. 36-88 publizierten Rezensionen von Habermas' »Faktizität und Geltung« durch Niklas Luhmann, Bernhard Schlink und Otfried Höffe.

HELMUT THIELEN

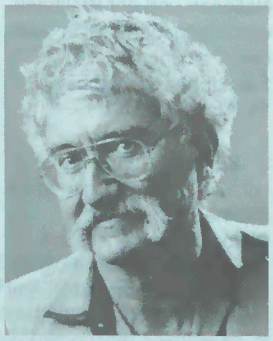
Befreiung - Philosophie der Praxis in Lateinamerika und in Europa.

Denken im Angesicht der Apokalypse

Der falsche transzendente Aberglaube an die Unverbrüchlichkeit und Wohltätigkeit der ewigen Marktgesetze steht in bizarrem Kontrast zu den alltäglichen und permanenten sozialen und ökologischen Katastrophen von Sao Paulo bis Nairobi, von Warschau bis Bangkok, von Hoyerswerda bis Solingen und zum faktischen Bankrott regulierender Politik - jüngst noch unübersehbar vorgeführt in Rio und in München - als Flucht in die Mischung von Symbolik pompöser Repräsentation, hohler Kommuniques und andererseits Berufsverboten und Bespitzelungen, Knüppeln und Maschinengewehren gegen den kritisch-praktischen Diskurs. Daß der Götze Markt[1] täglich fünfundfünfzigtausend Menschen verschlingt, darunter vierzigtausend Kinder und eintausendvierhundertundvierzig schwangere Frauen[2], ebenso, wie er sich anschickt, gentechnologisch menschliches und anderes Leben in der uns bisher bekannten Form als Schöpfung Gottes radikal abzuschaffen[3], läßt hierzulande in der veröffentlichten Meinung, nach den hybriden Siegesfeiern seiner Hohepriester, Fukuyama und anderen, und der Kleingläubigkeit ihrer Opfer und Statisten, allererste, zaghafte Zweifel am Moloch der globalen Freien Welt aufkommen.

Ganz anders hingegen nimmt kritisch-praktisches Denken bei einigen Philosophen des Südens vom ungeschlichteten Blick auf diese Katastrophen seinen Ausgang. Seit etwa fünfzehn Jahren ist eine Gruppe lateinamerikanischer Philosophen dabei, unter dem Titel Philosophie und Ethik der Befreiung einen Begriff von konkreter Gerechtigkeit zu denken. Fünfhundert Jahre Unterdrückung und Widerstand der Völker vom Rio Grande bis nach Feuerland, Marxens Kapitalismuskritik, eine Verwandlung und Überwindung der Phänomenologie (Heideggers zumal) im Lichte jüdischer Religionsphilosophie, vor allem Emmanuel Lévinas', gehen hier eine gedankliche Synthese ein. Ihr lebendiges Zentrum hat der in den 70er Jahren vor der Militärdiktatur aus Argentinien nach México emigrierte Enrique Dussel, zusammen mit Leopoldo Zea, Horacio Cerutti (beide México), Osvaldo Ardiles (Argentinien) und anderen, Begründer und Exponent dieser neuen Philosophie der Praxis, so formuliert:

Alle Dinge im Licht des unterbrechenden Wortes des Volkes zu reflektieren - des Wortes der Armen, der kastrierten Frau, der kulturell unterdrückten Jugend, der Alten, die durch die Konsumgesellschaft verelenden - in einer unendlichen Verantwortung und in der Gegenwart des Unendlichen, das ist die Philosophie der Befreiung.[4]



Helmut Thielen - Jg. 1941, Dr.sc.agr., Soziologe, Landschaftsplanungs-Ingenieur und Agrarwissenschaftler. Nach vielfältigen Tätigkeiten zwischen Baustellen, Behörden, wissenschaftlichen Institutionen und Einrichtungen der politischen Bildung freier Publizist und Lehrbeauftragter in Berlin. Gründungsmitglied der europäischen Gruppe der Asociaci¢n Filosof¡a y Liberaci¢n - AFYL. Publikationen in den Bereichen Friedensforschung, Entwicklungstheorie und Sozialphilosophie, u.a.: Der Verfall der Inneren Führung. Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr (1970); Nicaragua. Die Entwicklung der Agrarreform und Umweltpolitik nach 1979 (1988); Revolution des Glaubens. Religionsphilosophische Versuche über Befreiung (1991); Die Einsamkeit der »Dritten Welt«. Ökonomisch-

ökologische Wege aus der Krise des Südens (1992); Subversion und Gemeinschaft. Befreiung in der Zeitenwende (1993).

Die Philosophie der Befreiung, der Terminus Unendliches zeigt es an, integriert Erfahrungs- und Erkenntnisgehalt der hierzulande eher bekannten Theologie der Befreiung im Horizont ihrer authentischen philosophischen Sprache und Begriffe. Bisher hat die Diskursgemeinschaft dieser Philosophie der Befreiung arbeitende Gruppen in Nordamerika (z.B. James Marsh, Miguel Candelaria, Michael Barber), in Lateinamerika und seit ihrem internationalen Seminar von 1992 auch in Europa.

Diskursethik und Befreiungsphilosophie im Gespräch

Europäisches Philosophieren hat seine Beschränktheit immer auch verborgen im unmittelbaren Anspruch universeller Geltung seiner Grundsätze von theoretischer und praktischer Vernunft, was sie unbeschadet ihrer großen Einsichten in die Möglichkeit eines guten und gerechten Lebens auch tauglich gemacht hat zur Ideologie der abendländischen Herrschaftspraxis. Hingegen begründet sich lateinamerikanische Philosophie der Befreiung von vornherein und ausdrücklich in der außertheoretischen Erfahrung spezifischer Kultur und Geschichte des Subkontinents. Keineswegs aber ist sie damit relativistisch und regional beschränkt, sondern denkt ihr Allgemeines als mögliches Resultat der praktischen Kämpfe, in denen die Verdammten dieser Erde[5] in die Systeme von Herrschaft und Macht einbrechen und die Chance eines Weges zu Gerechtigkeit damit allererst eröffnen. Zweifach ist Philosophie der Befreiung die Sprache dieses Einbrechens in und Aufbrechens der Systeme: erstens als gedankliche Fassung der leidenden und kämpfenden Alterität (Sphäre des Unterdrückten und Ausgeschlossenen), zweitens als Kritik an anderen ethischen und praktischen Philosophien, einschließlich der allgemeinen Wirtschaftslehren des »Westens«.

Von dieser Position her steht Philosophie der Befreiung im Dialog mit der derzeit wohl bedeutendsten philosophischen Strömung in Europa, der Diskursethik und Kommunikationstheorie von Karl-Otto Apel und Jürgen Habermas in Frankfurt a.M. Die argumentative Pointe der Befreiungsphilosophie in diesem Gespräch ist es nun, daß sie das Aufbrechen und Transformieren von politischer Macht und ökonomischer Herrschaft im Vorgang des Einbrechens - der Interpellation[6] - der Alterität in die Systeme als das unverzichtbare, außertheoretische, gleichsam materialistische Apriori für die Verwirklichung der Diskursethik betrachtet. Befreiungsphilosophie kritisiert an der Diskursethik einerseits, daß sie keine Sprache für die Unterdrückten hat, bzw. daß deren Artikulation ihr notwendig als »barbarisch« erscheinen muß[7] und andererseits, daß ihre von ihr selbst nicht oder ganz unzulänglich problematisierten vor-philosophischen Voraussetzungen nur für einen verschwindend geringen Teil der Weltbevölkerung gegeben sind. Grundlegend setzt vielmehr die Diskursethik die dauerhafte Existenz der gegebenen Systeme voraus, die sie nicht mehr in ökonomie- und herrschaftskritischen, sondern in affirmativen Begriffen beschreibt bzw. die Geltung dementsprechender Systemtheorien, etwa die von Niklas Luhmann, fraglos unterstellt. Diskursethik dementiert in dieser kritischen Sicht selbst ihren formalen Universa-

1 Hugo Assmann, Franz Hinkelammert: Götze Markt, Düsseldorf 1992.

2 Siehe die einschlägigen Statistiken der Vereinten Nationen und der Weltbank, wiedergegeben z.B. in einer dpa-Meldung in der Frankfurter Rundschau, 11. März 1992.

3 Zur sog. Humangenetik vgl. die Literaturangaben in: Sabine Rosenbladt: Biotopia. Die genetische Revolution und ihre Folgen für Mensch, Tier und Umwelt, München 1988, S. 312f.

4 Enrique Dussel: Filosofía de la Liberación, México 1977 (dt.: Philosophie der Befreiung, Hamburg 1989, S. 192).

5 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a.M. 1981.

6 Siehe Enrique Dussel: Die Vernunft des Anderen. »Interpellation« als Sprechakt, in: Raúl Fornet-Betancourt (Hg.): Diskursethik oder Befreiungsethik? Aachen 1992.

7 Vgl. die ausführliche Diskussion des Begriffs der Barbarei bei Leopoldo Zea: Discurso desde la Marginalicación y la Barbarie, Barcelona 1988 (dt.: Signale aus dem Abseits, München 1989).

litätsanspruch durch ihren sachlichen Partikularismus. In ihrer Anwendung beschränkt sich ihr Gegenstandsfeld auf solche Probleme, für die sich innerhalb der Systemlogik Reformvorschläge finden lassen. Die Möglichkeit und Notwendigkeit grundsätzlicher Änderungen bestreitet die Diskursethik oder zieht sie erst gar nicht in Betracht. Andererseits sucht sie zu zeigen, daß Befreiungsphilosophie ihre Geltungsansprüche nur diskursethisch begründen und durchsetzen kann. Der »gemeinsame Nenner« beider Denkweisen ist ihr Charakter als praktische Philosophien, die zur Lösung realer Problemlagen beitragen wollen.

Diese grundlegende Problembestimmung zieht sich als »roter Faden« durch die bisherigen Begegnungen von Diskursethik und Befreiungsphilosophie hindurch. In Orientierung (No. 18, 30. September 1991, Zürich, S. 193-196) hat Edmund Arens luzide die Verhandlungen der beiden ersten internationalen Seminare dieses Dialoges präsentiert, 1989 in Freiburg i.Br. und 1991 in México D.F. vorgestellt. Das jüngste, dritte Treffen fand nun in der klösterlichen Abgeschiedenheit des Erbacher Hofes der Hrabanus-Maurus-Akademie in Mainz am 10. bis 12. April dieses Jahres statt.[8] Dort erfuhr die Problemlage noch eine spezifische Zuspitzung, die schon - aus befreiungsphilosophischer Sicht - die Perspektive einer Lösung erkennen läßt. Das 4. Internationale Seminar im September 1993 in Sao Leopoldo, Bundesstaat Rio Grande do Sul, Brasilien, wird den Dialog zwischen lateinamerikanischer Befreiungsphilosophie und europäischer Diskursethik bilanzieren und Konsequenzen formulieren.

Einige Themen und Thesen im Überblick

Natürlich ist es hier nicht möglich, Reichtum und Vielfalt der Gedanken und Kontroversen der Mainzer Tage mit ihren über zehn großen Vorträgen und entsprechenden Diskussionen erschöpfend darzustellen. Zur Übersicht müssen daher wenige Hinweise genügen. Mit großer Klarheit und Eindringlichkeit haben u.a. Franz Hinkelammert aus Costa Rica, Hugo Assmann und Sirio Lopez aus Brasilien, James Marsh und Michael Barber aus USA den aktuellen Kapitalismus »mit unmenschlichem Antlitz« kritisiert und in diesem Zusammenhang das Unzulängliche und Ideologieträchtige der Diskursethik dargestellt. Mit seiner im Medium historischer Kritik von »westlicher« Sozialphilosophie und theoretischer Ökonomie vorgetragenen Analyse - von Adam Smith bis zu französischen »Postmodernen« wie Lyotard - berührt sich Hinkelammert aus lateinamerikanischem Kontext heraus mit der These von Robert Kurz, daß das spezifisch Neue des aktuellen Kapitalismus seine zunehmende Ausbeutungsunfähigkeit sei.[9] Hinkelammert betrachtete die Marktwirtschaft im Medium ihrer Theoriegeschichte zugleich hochdifferenziert und unter einem zentralen Kriterium: dem von Leben oder Tod. Das ganze Getriebe von abstrakter Arbeit, Ware, Markt und Kapital hat schon immer, vorzüglich vermöge des Arbeitsmarktes, sein Gleichgewicht über die physische Ausschaltung der Überflüssigen hergestellt. Dieses Moment war als konstitutiv in der Ethik von Adam Smith aufgehoben. Am Ende, in der neoliberalen Praxis und Ideologie der Gegenwart,

8 Herausgegeben von Raúl Fornet-Betancourt, erscheinen die Vorträge der internationalen Seminare des Dialogprogrammes Diskursethik und Befreiungsphilosophie als Monografien: Ethik und Befreiung, Aachen 1990, Diskursethik oder Befreiungsethik? Aachen 1992. Die Monografie zum Seminar von 1992 erscheint 1993.

9 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernenhof-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt 1992.

triumphiert diese systemische ökonomische Funktion des Todes vollends über die Erhaltung des Lebens der Menschheit vermöge des Stoffwechsels mit Gebrauchswerten.

Bemerkenswert war, wie Hinkelammert zeigte, daß der Anti-Utopismus im geläufigen »postmodernen« Diskurs' sich in seine eigenen Widersprüche verstrickt. Denn erstens gehöre die Anschauung, die privatautonome Nutzenmaximierung aller Einzelnen führe wie von selbst zum größtmöglichen Glück für die größtmögliche Zahl, seit Adam Smith bis heute zu den Problematischsten aller Utopien. Und andererseits sei angesichts gegenwärtiger Nöte und der Unzulänglichkeit aller institutionellen Versuche, ihnen zu wehren, das utopische Bewußtsein so unabschaffbar wie etwa die Religion. Faszinierend haben Assmann und Hinkelammert die Marktwirtschaft in einer zugleich ökonomie- und religionskritisch-theologischen Analyse als Religion des Todes bestimmt. William L. Newell aus USA explizierte seine These vom Mangel an kritisch-transzendentem Denken in USA in einer Linie von Johannes Calvin über John Dewey bis zu Reagan und Bush, zusammengefaßt in der Metapher: die einsame Monade hoch zu Roß reitet schießend in die Abenddämmerung, also die Götzendämmerung der westlichen Welt.

Osvaldo Ardiles aus Argentinien interpretierte Walter Benjamins Geschichtsphilosophie, vor allem den Begriff des Eingedenkens, in einem leidenschaftlichen und zugleich kristallklaren, ganz manuskriptfreien Plädoyer für den erinnernden Kampf um die Realisierung aller Hoffnungen aller Opfer von Unterdrückung und Verelendung.

Apels Vortrag selbst, auf dessen Konzeption sich alle Referenten bezogen, mußte wegen eines plötzlichen Klinikaufenthaltes, wie seine anwesende Frau informierte, leider ausfallen. Daher war die »gegnerische« Position nur durch einige Diskussionsbeiträge von Habermas-Schülern aus dem Publikum vertreten. Sie beschränkten sich im wesentlichen darauf, die immer schon vorgängige Gültigkeit der Diskursethik zu postulieren - was von der Befreiungsphilosophie als wahres Moment ja anerkannt wird - ohne doch zur Lösung des von der Wirklichkeit selbst aufgeherrschten entscheidenden Konflikts zwischen stillschweigender oder ausdrücklicher Anerkennung der kapitalistischen Systemlogik und andererseits ihrer grundlegenden Änderung oder Abschaffung als conditio sine qua non einer realen Universalisierung der Diskursethik etwas beizutragen.

Enrique Dussel: von der Diskursethik über die Skepsis zur zynischen Vernunft.

Sowohl Diskursethik wie Befreiungsphilosophie stehen kritisch zur sich selbst als antidogmatisch verstehenden Skepsis. Der gegenüber ist aber die Befreiungsphilosophie in mehrerer Hinsicht der radikalere Kritiker.

Die Diskursethik überwindet nicht wirklich das Problem der blinden Heteronomie der skeptischen Position gegenüber gleichsam vorphilosophischen Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen in deren Kritik. Weil sie rein innerphilosophisch, nämlich formallogisch argumentiert. Sie zeigt, daß Skepsis in der Form der Argumentation,

indem sie sich an ihr beteiligt, wenn auch bloß, um die Möglichkeit zurückzuweisen, durch rationalen Diskurs von Geltungsansprüchen zu intersubjektiver Verständigung zu gelangen, eben die Wahrheit der Diskursethik als idealer Kommunikationsgemeinschaft immer schon anerkannt hat. Überhaupt schon, indem sie argumentiert, widerspricht Skepsis ihrem Vorbehalt. »Wer argumentiert« zitiert Dussel Apel, »der anerkennt implizit alle möglichen Ansprüche aller Mitglieder der Kommunikationsgemeinschaft, die durch vernünftige Argumente gerechtfertigt werden können.«[10] Von der Wahrheit der idealen Kommuniktionsgemeinschaft her überführt Apel den leeren Skeptizismus seines Selbstwiderspruches, den er z.B. an Denkern wie Karl Popper oder Hans Albert festmacht, die sich als kritische Rationalisten präsentieren.

Dussel geht nun mit Apel so weit einig, daß er das transzendentale Apriori der idealen Kommunikationsgemeinschaft als Begriff anerkennt und ebenso die logische Kritik am Skeptizismus. Aber, er hebt diese beiden Aspekte des Apelschen Denkens gleichsam hegelisch auf. In dieser Absicht nimmt er zunächst ein Argument von Habermas gegen Apel auf, das zugleich schon auf die innerphilosophische Bedeutung des außerphilosophischen Kontextes der Apelschen Version von Diskursethik verweist. Habermas zufolge stellt sich nämlich das Problem, wie sich die Diskursethik zu einer Position verhält, die nicht, wie der Skeptiker, zwar den Geltungsanspruch intersubjektiver Wahrheit als dogmatisch o.ä. zurückweist, aber, indem er überhaupt noch argumentiert, den Anderen und die Kommunikationsgemeinschaft mit ihm anerkennt, sondern eben diese Anerkennung grundsätzlich verweigert. Dussel nennt dies die Position der zynischen Vernunft. Zwar denkt sie, aber in einem völlig anderen Paradigma als dem Apelschen. Diese Vernunft nennt Dussel die strategische, denn sie ist die gedankliche Vermittlung der Strukturen von Macht und Herrschaft. Darin tritt die Unterordnung des Einzelnen unter das Allgemeine, die Hierarchie und die Einheit des Logos als Pendant zur Wirklichkeit von ökonomisch-politischer Herrschaft radikal anstelle der Dialogik als Verhältnis zum Anderen. Während die Diskursethik ihr Ideal der Kommunikationsgemeinschaft gegen die Skepsis stellt, richtet sich die Philosophie und Ethik der Befreiung gegen diese strategische und zynische Vernunft. Dussel zufolge ist sie zugleich auch der eigentliche Gegner der Diskursethik, weil in ihrer totalen Systemlogik mit dem Anderen a priori auch die Form der Diskursgemeinschaft verneint wird. Dussel sagt nun, daß Skepsis und Diskursethik notwendig in diesem Konflikt mit der zynischen Vernunft verlieren müssen. Einzig die Philosophie und Ethik der Befreiung ist in der Lage, es mit diesem Gegner wirklich aufzunehmen. Das gilt sowohl für die innertheoretische Argumentation wie für ihre »materialistischen« Voraussetzungen. Die werden allein von der Befreiungsphilosophie und andererseits von der zynischen Vernunft angemessen thematisiert. Der Zynismus affirmiert sie inform der Systemlogik. Die Befreiungsphilosophie verneint sie vermöge der Marxschen Kritik, denkt die Dialogik der Lebensgemeinschaft als Beziehung zwischen Anderen und schließlich die Analektik des denkenden

10 Karl Otto Apel: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik. Zum Problem einer rationalen Begründung der Ethik im Zeitalter der Wissenschaft, in: Transformation der Philosophie, Bd. 2, Frankfurt 1973, S. 358 ff.

und praktisch-politischen Einbrechens der Anderen in die Systeme und ihre Logik. Daß Skepsis und Diskursethik das nicht oder nur unzulänglich tun, drückt selbst schon ein Moment der Macht der zynischen Vernunft über beide aus und ist daher eine Bedingung der Auslieferung an sie.

Die Diskursethik zeigt innerphilosophisch, daß die Skepsis in einem Selbstwiderspruch befangen ist (sog. performativer Widerspruch). Darüber hinaus verweist die Befreiungsphilosophie auf den verborgenen Grund der Skepsis: die Macht der zynischen Vernunft.

Deren außertheoretische Basis ist letztlich der Krieg und seine institutionell gezähmten oder Vor-Formen: politische Macht und wirtschaftliche Herrschaft, die auch als die Gewalt der »Sachzwänge« des Kapitals. Diese Wirklichkeiten sind unausgesprochen in der Weigerung der Skepsis gegenwärtig, zu einer systemtranszendenten Ethik und Wirklichkeit von Gemeinschaft zu gelangen, worauf Dussel mit großer Beharrlichkeit insistiert.

Das legitime und wahre Moment der Skepsis besteht nun darin, daß sie der dogmatischen Form und willkürlichen Tendenz widerspricht, in der die Wahrheit von praktischer Philosophie - als Ethik und Moral, auch als Utopie - immer wieder auftritt. Sie steht gegen das Allgemeine, weil es ihr zufolge nur partikular sein kann und damit theoretisch falsch wie praktisch repressiv. Die Skepsis verkennt aber, daß sie mit ihrer Problemlösung selbst noch im Banne der Mächte verbleibt, deren denkerische Gestalt sie als naiven Rationalismus und Dogmatik abwehren möchte. Unzweifelhaft hat zwar die partikulare Form von praktisch-ethischem Philosophieren an Inhumanität teil. Aber das skeptische Verbot schon des Versuchs solchen Philosophierens ist selbst dreifach defizient. Als Verbot ist es selbst ein Dogmatismus eigner Art. Ferner macht es das Problem am Symptom fest. Schließlich liefert es de facto das Denken und die Menschen unmittelbar der außertheoretischen Willkür von Ökonomie und Politik dadurch aus, daß es die Möglichkeit sowohl eines verbindlichen Einspruchs wie einer verbindlichen Alternative zu diesem realen Partikularismus verneint.

Diese innere Problematik der Skepsis mußte kurz skizziert werden, um die differente Stellung von Diskursethik und Befreiungsphilosophie zu ihr zu verstehen. Der befreiungsphilosophische Argumentationsgang, den Dussel entworfen hat, ist nun der folgende: Erstens zeigt er, daß eine nur innerphilosophische Kritik der Skepsis unzulänglich bleibt.

Zweitens geht er davon aus, daß die zynische Vernunft der eigentliche Gegner sowohl der Diskursethik wie der Befreiungsphilosophie ist und daß diese zynische Vernunft nur verstanden ist als Vermittlung des außerphilosophischen Zynismus der realen ökonomischen und politischen Verhältnisse. Darin stimmt Dussel mit den schon angesprochenen ökonomiekritischen Positionen, aber auch, worauf noch einzugehen ist, mit Assmanns Kritik der strategischen Vernunft überein. Drittens zeigt Dussel, daß die Skepsis in der Gefahr des Überganges zur zynischen Vernunft steht und die Diskursethik ihr nicht zu widerstehen vermag, letztlich aufgrund der realen Mächte, welche in

der zynischen Vernunft bloß zum Ausdruck kommen. Viertens ergibt sich für Dussel daher, daß das philosophische Projekt sowohl der Diskursethik - bei der er sich immer primär auf Apel, zuweilen aber auch auf Habermas bezieht - wie das der Befreiungsethik und -philosophie nur dann eine Chance haben, der Blockade durch die Skepsis und der Überwältigung durch den Zynismus zu entgehen, wenn sie zwei unverzichtbaren Voraussetzungen entsprechen. Erstens, die Kernstrukturen und -tendenzen dieser außertheoretischen Grundlagen unmittelbar des Zynismus, abgeschwächter auch der Skepsis in ihre eigne philosophische Reflexion aufzunehmen und zweitens in ihrer Ethik dem wirklich zu entsprechen. Für Dussel liegt die philosophische Form dieser Reflexion, wie er in seinen Diskussionsbeiträgen im Dialogprogramm immer wieder betont und in seinen Büchern entfaltet hat, in den Grundgedanken der Kritik der politischen Ökonomie von Marx vor. Sie betrachtet diese den Intentionen sowohl der Diskursethik wie der Befreiungsphilosophie widerstrebende ökonomisch-politische Realität im Lichte von wirklicher »Lebensgemeinschaft« - gedacht als vermittelte Einheit von Kommunikations- und Arbeits- wie sinnlicher Gemeinschaft, die ein versöhntes Naturverhältnis einschließt.

Das begründet schließlich das aufhebende Verhältnis der Befreiungsphilosophie zur Diskursethik. Erstens verneint die Befreiungsphilosophie, daß - wie Apel mehrfach ausgedrückt hat - die Kapitalismuskritik obsolet und andererseits die Systemwirklichkeit von Kapital und Politik kein ethisch motiviertes Feld grundlegender Veränderungen sei, statt dessen im wesentlichen zutreffend von Systemtheorien wie denen von Luhmann wiedergegeben werde und so anzuerkennen sei als Faktizitätsapriori. Vielmehr bestehe gerade in dieser Anerkennung der Systemwirklichkeit die Gefahr, daß die ethischen Ansprüche der Diskursethik ohnmächtig bleiben oder in ihrer Konkretisierung - in Teil B von Apels Systematik - in die Anerkennung unmenschlicher Systemstrukturen bei marginalem Reformanspruch umschlagen müßten. Demgegenüber könne eine Kommunikationsgemeinschaft - wenn auch deren Logik transzendental immer schon gegeben sei - real nur durch die theoretische und vor allem auch praktische »Interpellation« der ausgeschlossenen Anderen in die Systeme - sie in reale Lebensgemeinschaften transformierend - verwirklicht werden. Schließlich ergebe sich aus dieser Problemlage insgesamt, daß Kommunikationsgemeinschaft für sich genommen nur ein marginales Dasein, immer blockiert von Skepsis und bedroht von Zynismus, fristen könne und eine Chance der Ausbreitung nur als Moment von umfassenderer Lebensgemeinschaft im Wege der Transformation der realen Systeme habe, weil deren strategische Logik derjenigen von Kommunikation unversöhnlich widerspreche. Aus der Sicht der Befreiungsphilosophie, vornehmlich von Dussel argumentativ expliziert, aber grundsätzlich genau so von Assmann und von Hinkelammert (soweit der sich auch auf diese Problematik bezog), zeichnet sich eine Aufhebung der Diskursethik ab, wodurch sie zum Moment innerhalb der Befreiungsphilosophie herabgesetzt wird. Das erscheint nur unmittelbar als eine Schmälerung, gewährt doch

überhaupt erst ihre befreiungsphilosophische Aufhebung der Diskursethik eine Chance, aus dem Schattenreich akademischer oder, wenn es hoch kommt, auf gebildete und wohlhabende gesellschaftliche Minderheiten beschränkter Kommunikation herauszutreten, Skepsis und Zynismus argumentativ wirklich zu überwinden und zur Verständigungsform der Menschen eben dadurch zu werden, daß sie denkerisch wie praktisch ein Moment von deren Lebensgemeinschaften wird. Zugespitzt werden kann die befreiungsethische Aufhebung der Diskursethik auf zwei zentrale Momente: durch die Vermittlung der philosophischen Ethik mit dem grundlegenden Erkenntnisbestand von Gesellschaftskritik in der Marxschen Tradition und mit dem ethischen Konzept von Lebensgemeinschaft. Beide Momente sind in der Marxschen Theorie in besonderer Wiese dialektisch vermittelt: Die Kritik ist nur möglich im vorgängigen philosophischen Lichte (das letztlich als Glaubensreflexion auch ein theologisches ist) der Lebensgemeinschaft. Und sie wird andererseits nur um ihrer Realisierung willen betrieben, indem sie die Widerstände und Chancen der Verwirklichung von Lebensgemeinschaft als Dialogik in und gegen die Systemlogik identifiziert. Das vor allem hat Dussel in Mainz wieder, wie zuvor schon in Freiburg und Mexico als eine Essenz seines Denkens pointiert: el 'Capital' de Marx es una ética.[11]

Ließe sich Diskursethik auf eben diese befreiungsphilosophische Transformation und ihre außerphilosophischen Implikationen nicht ein, so würde sie sich, viel schärfer noch als die von ihr kritisierte Skepsis, in einen mehrfachen Selbstwiderspruch verwickeln: Nicht nur würde sie die erdrückende Mehrheit der Menschheit der repressiven Logik der Systeme überlassen und sich, ganz genau so wie die Demokratie im antiken Griechenland auf der doppelt partikularen Basis der internen Sklaverei und der externen Exklusion der sog. Barbaren, als eine Elitenethik faktisch etablieren, sie würde zugleich auch die Inhalte des verfahrensethischen procedere doppelt beschränken durch die Vermittlung von apriorischer Anerkennung der Systemlogik mit a posteriori Überlegungen zu ihrer reformpolitischen Regulierung. Das ist das Problem des sog. Teils B von Apels Transzendentalpragmatik. Ihre wirklichkeitsbezogene Konkretisierung ist eigentlich als Rücknahme des Intendierten ein Selbstwiderspruch, weil eine Kapitulation vor der Systemlogik und damit vor der zynischen Vernunft. Vor allem aber kann Teil B einen Anschein von Plausibilität überhaupt nur so lange aufrecht erhalten, wie er eine zentrale Einsicht mit einem Tabu belegt, daß nämlich historisch die Möglichkeit dieser Konstellation von vorgängiger Anerkennung der Systeme von Kapital (oder Markt) und Staat und nachträglicher Regulierung unwiderbringlich dahin ist vermöge eben jener diskursethisch in Teil B ja als faktisches Apriori anerkannten Marktlogik, welche als ihre »postmoderne« Form einen spezifischen exkludenten Katastrophenkapitalismus hervorbringt, der zunehmend erstens seine fordistische innere Zivilisierung wieder abschafft und zweitens jeglicher sozialpolitischer Regulierung spottet. Dieses als Faktizitätsapriori auftretende Tabu ist bei Apel Teil eines größeren, eben Gesellschaftstheorie in der Tradition von Marx insgesamt treffenden. Es gibt

11 Enrique Dussel: El ultimo Marx y la liberacion latinoamericana, Mexico D.F. 1990, S. 429-449.

sich zudem den Anschein einer kritisch-realistischen Einsicht, indem es schon die Frage nach der Angemessenheit der Basiskategorien der Marxschen Kapitalanalyse, ebenso der grundlegenden Problemstellung von Dependenz- und Imperialismusanalyse, dadurch blockiert, daß es, statt darauf sich einzulassen, dagegen allerlei ungesunden Menschenverstand und Ideologie, mit oder ohne wissenschaftliche Formalisierung, aufruft, was im Windschatten des Pyrrhussieges des Kapitals in den letzten Jahren wohlfeile Konjunktur hatte: daß Demokratie und Sozialreform die Klassenproblematik überwunden hätten und nunmehr als Lösung auch auf die »Dritte Welt« zu übertragen wären, daß die osteuropäische Erfahrung ein für allemal das praktische Scheitern des Sozialismus gezeigt habe und so fort. Präzis müßte man sagen, daß es sich hier weniger um ein Faktizitäts- denn um ein Ideologieapriori strictu sensu als gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein handelt. Das geht hervor aus den gegenwärtigen zentralen wirklichen Entwicklungen, die von Apel (und Habermas) entweder nicht gesehen oder völlig unzureichend reflektiert werden. Es handelt sich, neben dem schon angesprochenen im Gange befindlichen historischen Verschwinden von Sozialreform und der Involution der Demokratie in den alten kapitalistischen Industriestaaten selbst um: den Rückgang der jüngsten Demokratisierungstendenz und vor allem um die rapide wachsenden Verelendung in der »Dritten Welt«; die Ausdehnung nicht von Demokratie und Wohlstand, sondern Verelendung in teilweise kriegerischen Verfallsformen auf die ehemals sozialistischen Länder mit der Tendenz zur Entwicklung von Systemen, in denen sich Unterentwicklungs-Marktwirtschaft mit autoritären bis diktatorischen Politikformen verbinden (Boris Kargalitzki: Markt-Stalinismus); schließlich die beginnende Ausbreitung von Dritte-Welt-Phänomenen in der »Ersten Welt« selbst. Damit auch wird ein anderes Argument in dieser Diskussion hinfällig: daß die Befreiungsphilosophie (vielleicht) der »Dritten Welt« angemessen sei, während für die sozialreformerisch befriedeten und demokratisch institutionalisierten Zivilgesellschaften der entwickelten Industrieländer Diskursethik das passende Konzept sei.

De te fabula narratur - Das bestimmt das Verhältnis der Regionen derart, daß, nachdem der Opfergang der »Dritten Welt« das Menetekel war für den schon in vollem Gange befindlichen katastrophischen Zerfall der ehemals »Zweiten«, ihre Verelendungserscheinungen beginnen, auf diese »Erste Welt« selbst überzugreifen.

Hugo Assmann: Zynismus und Messianismus des Marktes

Diskursethik, so könnte man Dussels Kritik auch formulieren, hat gar keine Wahl, als ihre eigene Wahrheit in der befreiungsphilosophischen Kritik an ihr aufzuheben. Durch ihre Widersprüche und Erkenntnisdefizite schon in sich selbst geschwächt, muß Diskursethik eine Beute nicht zuerst des Skeptizismus, sondern vor allem der zynischen Vernunft werden, wie Hugo Assmann zeigt. Er konkretisiert Dussels Beweisgang dafür, daß die Diskursethik in der Befreiungsphilosophie aufzuheben sei als dem einzig wirklichen Gegenspieler des Zynismus. Schärfer noch als Dussel chrakterisierte er die

zynische Vernunft. Mit einem Seitenblick auf Poppers Eintreten für die Möglichkeit des Krieges der »Zivilisierten« gegen die »Unterzivilisierten« präzisierte er Dussels Position, daß die Auseinandersetzung mit dem Skeptizismus oder kritischen Rationalismus nicht eigentlich das Problem sei, da dieser unter dem Ansturm der Realität sich anschicke, in der zynischen Vernunft sich aufzulösen. Den realen ökonomischen Kern von deren Logik, die Herrschaft waren- und kapitalförmiger Strukturen über alles zu stellen und die dadurch Ausgeschlossenen der Verelendung, in der Konsequenz dem Tode preiszugeben, explizierte Assmann an der analytischen Prognose eines wissenschaftlichen Beraters der Europäischen Gemeinschaften, Ricardo Petrella. Dessen Szenario dementiert, wie schon weiter oben betont, sämtliche Annahmen über die realen Rahmenbedingungen von Diskursethik: Es werde die Logik der Wirtschaftswachstumsmaximierung sich innerhalb der dominanten Triade EG-Japan-USA in einer neuen Strategie konzentrierter Macht ökonomischer Entscheidungsträger mit globalem Radius umsetzen und dadurch Partizipation, Dezentralisierung, Demokratie, überhaupt alle nicht rein kapitalkonforme regulierende politische Institutionen etc. abschaffen. Vor allem werde die ökonomische Logik um das Jahr 2020 dazu führen, daß etwa 800 Millionen integrierten zahlungsfähigen »consumers« »seven billions plus inhabitants« gegenüber stünden, die von der ökonomischen Entwicklung vollständig ausgeschlossen seien - »also eine brutale Exklusionslogik«. Dem entspreche eine ideologische Entwicklung, welche schon die Frage nach dem Schicksal dieser »Überflüssigen« als irrational radikal verneine, sich auf die rein immanente Analyse der Wachstums- und Gleichgewichtsbedingungen des Marktes beschränke und darunter auch die Kontrolle, wenn nötig mit brutaler Gewalt, der Milliarden Ausgeschlossenen rechne. Schließlich kennzeichnete Assmann die ethische und religiöse Überhöhung von Logik und Wirklichkeit des neoliberalen Marktsystems. Es werde »Zynismus mit bestem Gewissen betrieben..., wo Destruktivität als einzige Alternative akzeptiert...und als wahre Lösung für die dringlichsten Bedürfnisse hochgepriesen wird.« Eine »frohbotschaftliche Substanz« sei »von Anfang an ein Grundaspekt der modernen Wirtschaftsrationalität« und »diese Inversion des Evangeliums in der neoliberalen Messianisierung des Marktes« trage »entscheidend zur kohärenzsimulierenden Gewissenskolonisierung« bei.* Von dieser realen Problembeschreibung ausgehend unterzog Assmann Apels - und auch Habermas' - Diskursethik einer Überprüfung darauf, ob sie zur Lösung dieser Probleme und ihrer ideologischen Verklärung etwas beizutragen vermöchten. In den grundlegenden Aussagen wie Dussel und konkret an Apelschen und Habermasschen Texten anknüpfend, demonstrierte Assmann den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem idealen diskursethischen Begriff der Kommunikationsgemeinschaft und der zynischen Exklusionslogik der strategischen Vernunft und referiert Apels apriorische ethische Kritik an jeder Relativierung von mitmenschlicher Solidarität, z.B. an Hayeks Verabschiedung der Vernunft und Sozialpolitik, an Marquards Abschied vom Prinzipiellen, am postmodernen Nihilismus.

*) Nicht nachgewiesene Zitate sind den jeweiligen von den Autoren überarbeiteten Vortragsmanuskripten entnommen.

Andererseits aber zeigt er, daß dieser ganze universalistische ethische Rigorismus wenig bedeutet, wo Apel - im Teil B der Transzendentalpragmatik und damit zusammenhängenden Schriften - diese Ethik gesellschaftspolitisch konkretisiert. Als entscheidend erscheint auch hier wieder die vorgängige Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsrationalität als unumstößlich. Obgleich, so zitiert Assmann Apels Kritik an Hayek, dieser »eine sozialdarwinistische Erklärung des Erfolgs der Marktwirtschaft« als »wertneutral-szientifisch« ausgebe und zugleich »die zum Marktsystem passende 'Ordnung' (Verzicht auf jegliche Sozialpolitik...und...Umweltverantwortung?) zum normativen Maßstab der Moral und der Politik erhebt«, anerkenne Apel selbst »diskursexterne Selbstregulierungssphären der Wirtschaft« und eine »durch den 'Geld-Code' sprachunabhängig wirksame soziale Handlungskoordination«. Schließlich fordere er geradezu »die Bereitschaft zur externen wertfreien Thematisierung des 'Eigensinns' der funktionalen Systemrationalität der Wirtschaft in unserer heutigen Gesellschaft«. Davon ausgehend analysiert Assmann eine ganze Reihe von Selbstwidersprüchen der konkreten Apelschen Ethik. Unter anderem: ihre Einschränkung als Verantwortungsethik, die sich damit abfindet, daß »unsere« Welt »eine Welt des primär strategischen Handelns der Selbstbehauptungssysteme«[12] sei, was einer Verallgemeinerung der Anerkennung des Kapitalismus übers spezifisch Ökonomische hinaus gleichkommt; ferner die Grenzen der Zumutbarkeit von Veränderungen gegenüber schon bestehenden Anspruchsrechten; schließlich, scheinbar nur formal, der Primat der Bewahrung vor der Veränderung; vor allem aber: die Bewahrung der westlichen Gesellschaftsordnung, da exklusiv mit ihr die Möglichkeit der diskursethischen Kommunikation geschichtlich entstanden und notwendig verbunden sei. Assmann spitzt in seiner Analyse, über Dussels Nachweis hinaus, daß Diskursethik gegenüber der herrschenden zynischen Vernunft eigentlich keine Chance hat, die Kritik noch darauf zu, daß sie vermöge des Zusammenhanges ihrer sich selbst einschränkenden Konkretionen von sich aus in die Unterwerfung unter die unmenschliche Realität der ökonomischen Systeme und unter ihre Logik als zynisch-strategische Vernunft übergeht.

12 Karl-Otto Apel: Diskurs und Verantwortung, Frankfurt 1990, S. 297-304.

Mit der Artikulation des Gegensatzes von zynischer Vernunft und Philosophie der Befreiung und der kritischen Aufhebung der Diskursethik im Lichte dieses zentralen Konfliktes ist das Dialogprogramm Diskursethik und Befreiungsphilosophie an einem kritischen Punkt angekommen. Sie kann die Wahrheit der Diskursethik in sich aufnehmen und hat diese damit zugleich als selbständigen Partner aufgehoben. Die Notwendigkeit dieser Aufhebung hat sie entscheidend durch die Konfrontation des inneren Gehaltes der Diskursethik, ihres Streites mit der Skepsis und ihrer Argumente gegen die Befreiungsethik mit der zynischen Vernunft und andererseits mit ihrer eigenen Identität gezeigt, welche als dialektische Verschränkung des Begriffes der integralen Lebensgemeinschaft von füreinander Anderen mit der im Kern ökonomischen, Marxschen Systemkritik erscheint. Nachdem also der Prozeß des aneignenden Lernens gegenüber Transzendentalpragmatik und Diskursethik als in den Grundzügen abgeschlossen

gelten kann, wird sich die Befreiungsphilosophie, neben der Fortführung der kritischen Auseinandersetzung, primär den verschiedenen Aspekten der weiteren Entfaltung ihrer eigenen Identität widmen. Dazu gehören, neben der Fortentwicklung - auch als Aufnahme vorhandener Analysen - ihres system- (v.a.: kapitalismus- und dependenz-)kritischen Realbezuges, die weitere Klärung ihrer zentralen Begriffe: Anderer, Lebensgemeinschaft, Praxis der Interpellation, schließlich ihre regionale Differenzierung. Einen Schritt in diese Richtung hat in Mainz mit seinem Referat Hans Schelkshorn getan.

Hans Schelkshorn: Ethnozentrismus und Befreiung

Schelkshorns Argumentation referiert als Ausgangspunkt eine differenzierende Lösung des Ethnozentrismus-Problems, worin das des Eurozentrismus aufgehoben ist. Anknüpfend an Überlegungen von R. K. Merton und Sherif/Sherif, klassifiziert F. Geweke drei Typen von Einstellungen zum Ethnozentrismus-Problem: Die erste glorifiziert ganz unkritisch die Kultur der Eigengruppe und bezeichnet die der Anderen als barbarisch. Die zweite schärft die selbstkritische Reflexion des Widerspruches von Anspruch und Wirklichkeit der eigenen Kultur durch Vergleiche mit den Kulturen der Anderen. Beiden Typen eignet noch die bruchlose Identifizierung mit der Realität und/oder den Ansprüchen der eigenen Kultur. Erst der dritte bricht diese unvermittelte Identität auf. Er spricht der Realität und/oder den Normen der Fremdgruppen eine spezifisch differente Rationalität und Humanität zu.

Um die Tragweite dieses Gedankens für das Gespräch von Diskursethik und Befreiungsphilosophie zu verstehen, sei es gestattet, seine innere Logik über das hinaus, was Schelkshorn referiert hat, noch ein wenig zu entfalten. Man könnte die dritte Position als den Anfang eines dialektischen und dialogischen Universalismus bezeichnen. Sie vermeidet das Defizit sowohl des konventionellen Universalismus wie des konventionellen Relativismus, indem sie einerseits den universellen Geltungsanspruch einer jeweils konkreten Kultur - etwa der europäischen oder der andinen - als den Partikularismus eines falschen Ganzen, als repressiven Logos zurückweist, andererseits aber, den Begriff der einen Menschheit festhaltend, diesen zu verwirklichen sucht im kritischen Gespräch der Kulturen.

In einem solchen Gespräch sind idealiter folgende Ebenen und Dimensionen miteinander vermittelt: Die selbstkritische Auseinandersetzung jeder Kultur mit ihrem internen Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit; der Vergleich der Normensysteme, also der ethischen und moralischen Vorstellungen zwischen den verschiedenen Kulturen - mit dem Ergebnis wechselseitiger Kritik und/oder Zustimmung; der Vergleich der Wirklichkeiten verschiedener Kulturen. Ebenso können Arten der Vermittlungen in solchen vergleichenden Begegnungen unterschieden werden: Innerhalb jeder Kultur vermitteln sich, wie Hegel in der nachgestellten Einleitung zur Phänomenologie des Geistes gesagt hat[13], Begriff und Gegenstand, aber schon hier zweifach. Denn einmal sind die normativen kulturellen Traditionen der Begriff, an dem die empirische Wirklichkeit als sein Gegen-

13 G.W.F. Hegel: Phänomenologie des Geistes (Suhrkamp Werkausgabe Bd. 3), Frankfurt 1970, S. 76 ff.

stand gemessen wird. Zum anderen aber ist umgekehrt die Wirklichkeit selbst der Begriff - trägt gleichsam Begriffliches in sich - woran die Subjektivität der Normen als Gegenstand gemessen wird. Diese Figur der Vermittlung verweist schon auf die nächsten. Es ergibt sich nämlich, daß auch einander als Fremde, Andere begegnende Kulturen füreinander Begriff und Gegenstand sind derart, daß die Wirklichkeit und der Begriff der je anderen Kultur Vergleichsmaßstab für Wirklichkeit und Begriff der je eigenen Kultur ist. Wir haben es also mit einem mehrdimensionalen und gegenläufigen, prozessierenden Geflecht von dialektischen Vermittlungen zu tun. Für jede Kultur haben sie eine doppelte Bedeutung. Sie profiliert gleichsam ihr Eigenes am Anderen, indem sie ihre Verschiedenheit festhält, zugleich aber die Formen des Kampfes und der Überwältigung, der Aneignung und der Verfügung in sich selbst wie gegenüber dem je Anderen auflöst dadurch, daß sie uneingeschränkt das ihr gegenüber Andere in sich selbst wie »draußen« anerkennt, und daß sie ihre eigne Wirklichkeit wie Normativität durch Assimilation von Momenten des Anderen korrigiert und bereichert. Auf diese Weise geht die formelle Dialektik der Vermittlung von Anderem in die substantielle Dialogik der Versöhntheit zwischen darin bleibend Anderen über. Die Dusselsche Analektik der Interpellation ist dieses Übergehen von Dialektik, in denen die Konflikte in einer Perspektive der Versöhnung aufbrechen, zur Dialogik ihrer erreichten Befriedung in Versöhnung. Die Dialektik universeller Begegnung zwischen Anderen verschwindet also in ihrem Resultate als Dialogik des in sich reichen und bewegten Friedens eines integral befreiten und versöhnten Lebens des Eigen-Daseins von Anderen für sich und füreinander.

Diese Problembestimmung und Lösungsperspektive hat nun Konsequenzen für die sich abzeichnende Aufhebung der Diskursethik in der Befreiungsphilosophie und für diese selbst. Um sie zu pointieren, kehren wir zu Schelkshorns Vortrag in Mainz zurück. Wie Assmann und Dussel, knüpft er an den Selbstwiderspruch der Diskursethik an, hier am Beispiel von Habermas. Er nimmt dort die Form eines Gegensatzes von Universalität formaler Ethik der Diskurse und Partikularität von substantieller Moral vom je guten Leben an. Zunächst stimmt Habermas, wie Apel, überein mit der Befreiungsphilosophie in der Zurückweisung »eine totalitären Universalität..., in der bloß partikuläre Projekte als allgemeine durchgesetzt werden«. In Habermas' Worten: Es darf »im Namen des moralischen Universalismus niemand ausgeschlossen werden - nicht die unterprivilegierten Klassen, nicht die ausgebeuteten Nationen, nicht die domestizierten Frauen, nicht die marginalisierten Minderheiten. Wer im Namen des Universalismus den Anderen, der für den anderen ein Fremder zu bleiben das Recht hat, ausschließt, übt Verrat an dessen eigener Idee.«[14] Zugleich bleiben aber die Beteiligten an ideal gedachten universellen ethischen Diskursen nicht nur in ihren jeweiligen Traditionen verwurzelt - sie »dürfen sich in Prozessen der Selbstverständigung nicht aus der Lebensgeschichte oder der Lebensform herausdrehen, in denen sie sich faktisch vorfinden.«[15] »...auf das Telos je meines Lebens bezogen, ...gewinnen andere Personen, andere Lebensgeschichten und

14 Jürgen Habermas: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a.M. 1990, S. 116

15 Ders., a.a.O., S. 103

Interessenlagen nur insofern Bedeutung, wie sie im Rahmen unserer intersubjektiv geteilten Lebensform mit meiner Identität, meiner Lebensgeschichte und meiner Interessenlage verschwistert und verflochten sind.«[16] Alle anderen sind also diskursethisch zugelassen. Aber als Unterprivilegierte, Ausgebeutete, Domestizierte, Marginalisierte sind sie gleichzeitig ausgeschlossen, da ihnen zwar nicht die Diskursregeln, aber die Konstruktion der Gesellschaft die Teilnahme am Diskurs verweigert. Diese reale Selektion erscheint nun gleich zweifach im philosophischen Diskurs, entgegen seinem universellen Anspruch. Die Abschaffung der Ausbeutung etc. in der Perspektive des guten und gerechten Lebens schließt er als moralische Frage und damit als nicht diskursfähig aus. Andererseits aber schließt er in der Vorgabe »unserer intersubjektiv geteilten Lebensform« das richtige Moment der Identität des je Anderen mit dem falschen der Positivierung der jeweils repressiven Momente in dieser Identität unausgesprochen zusammen - vor allem mit dem Klassen-, Herrschafts- und Machtcharakter »unserer Lebensform«.

16 Ders., a.a.O., S. 105

Bezogen auf den oben skizzierten möglichen dialektisch-dialogischen Prozeß einer werdenden substantiell wahren Universalität des guten und gerechten Lebens hält Habermas also das wahre Moment an der empirisch zufälligen Verschiedenheit fest, klammert aber systematisch die Frage nach der Möglichkeit einer universellen Wahrheit von gelungenem Leben aus zugunsten einer Festschreibung des zufälligen Pluralismus von gegebenen Lebensformen, dessen Konfliktpotential eben diskursethisch bewältigt werden soll. Darin ist die Habermassche Form der vorgängigen Anerkennung der Systemlogik von Herrschaft und Macht im Allgemeinen und ihrer spezifisch eurozentrischen Variante gelegen als (Selbst-)Widerspruch eben zur formellen Universalität der Diskursethik. Diese Systemlogik bedroht nicht nur, um in Habermas' Sprache zu bleiben, die Lebenswelt, sondern sie läßt auch die diskursethische Vermittlung systemischer oder systemisch restringierter Interessen als unmöglich erscheinen - eben weil sie durch den Partikularismus der repressiven Strukturen aufgeladen bleiben.

In diesem ungelösten Selbstwiderspruch der Diskursethik vermitteln sich Dussel zufolge letztlich, wie Schelkshorn ausführt, »verschiedene Leitverständnisse des Guten«. Auf der einen Seite steht, »von der aristotelischen Suche nach dem spezifischen 'ergon' des Menschen bis zu Heideggers 'Sorge' um das 'eigenste Seinkönnen' «eine die Anderen herabsetzende oder ausschließende Identitätslogik. Darin vermittelt zwischen dem Mikrokosmos des repressiven, seine innere Natur unterwerfenden Ich und dem Makrokosmos mit seinem letzten Ursprung als 'arche panton' die Scheindialektik der subsumierenden 'episteme'. »Der logozentrische Vorrang des Allgemeinen vor dem Einzelnen«, faßt Schelkshorn Dussels Kritik an diesem griechisch-abendländischen Denken zusammen (ganz übereinstimmend übrigens mit Horkheimer/Adornos Dialektik der Aufklärung und Kritik der instrumentellen Vernunft), »realisiert sich in der Ethik als tendentiell totalitäre Vereinnahmung bzw. Ausgrenzung des/der Anderen im Hinblick auf das jeweils übergeordnete Ganze,

sei es die Polis, die Nation, die eigene Kultur etc... Die latente oder auch offene Instrumentalisierung des/der Anderen ist daher dieser Denkform inhärent.«

»Im Gegensatz dazu hat nach Dussel die semitische Grunderfahrung, wie sie sich vor allem in der jüdisch-christlichen Tradition artikuliert, ihr Zentrum in der unmittelbaren Begegnung mit dem Antlitz des/der Anderen, in dem sich die in der Freiheit gründende Würde des/der Anderen manifestiert. Der Sinn des Guten bzw. des Bösen wird daher...konkret (als) Achtung bzw. Negation der Würde der Person.«

Im Unterschied zur Diskursethik kann hier erstens die Frage nach dem substantiell guten Leben als eines universell wahren eben »deshalb nicht mehr ausgeblendet werden, (weil) im Kontext repressiver Herrschaft der Einsatz für mehr Gerechtigkeit das eigene Leben unumgänglich mit aufs Spiel setzt. Daher mündet die Befreiungsethik in eine religionsphilosophische Reflexion (die ihr immer schon zugrunde liegt; h.t.), wo der Sinngehalt einer rückhaltlosen Verantwortung für und mit den Armen festgemacht wird. Dussel riskiert daher...eine philosophische Theorie eines höchsten Gutes, der gelingenden personalen Nähe (proximidad), die jedoch nicht den Rang eines geschichtlichen Projekts hat, ...sondern den kritischen Horizont einer vom Anspruch des/der Anderen ausgehenden Praxis bildet.«

So weit Schelkshorns Diskussion des Verhältnisses von Diskursethik und Befreiungsphilosophie.

An diesem Punkte treten nun allerdings die spezifischen internen Probleme in den Blick, die sich der Befreiungsphilosophie auf ihrem eigenen Boden stellen. Zunächst erscheint es so, als verschöbe sich bloß der diskursethische Widerspruch von Universalität der Kommunikationsregeln und darin bloß formell vermittelbaren partikularen Moralen nun zum Widerspruch zwischen einer konkreten Befreiungspraxis verantwortlicher Teilhabe an der sprachlichen wie politischen Interpellation des Anderen in die partikularen Systeme (und Moralen) und andererseits der Verbannung des reinen Begriffes der Lebensgemeinschaft als dem universell höchsten Gut in ein gleichsam religiös (im Sinne der Marxschen Religionskritik) aufgefaßtes Jenseits. Damit hängt das Problem zusammen, daß der Begriff des Anderen und seine Interpellation noch nicht hinreichend substantiiert, noch zu formal erscheint und seine Probleme sofort sich einstellen, sobald er als der der unterdrückten Völker und anderer sozialer Gruppen wie ihrer Reformbestrebungen oder Revolutions- und Befreiungskämpfe gefaßt wird. Für den partikularen Universalismus der europäisch-nordamerikanischen Kultur sind die indigenen präkolumbianischen Kulturen und ihre heutigen Reste oder die moslemischen Völker des arabisch-orientalischen Raumes konkrete Gestalten des Anderen. Aber da sie empirisch in sich wie im Verhältnis zueinander - nicht nur als Folge europäischen Imperialismus', sondern auch vermöge ihrer autochthonen Kultur - selbst Formen von repressivem Universalismus in sich tragen, etwa als theokratische Klassengesellschaften von teilweise extremer Brutalität, kann Verantwortung ihnen gegenüber als Anderen nicht in der unmittelbaren Akzeptanz

ihrer Geltungsansprüche bestehen. Das gleiche Problem stellt sich hinsichtlich der konkreten Formen der Interpellation. Sie werden von Dussel offen gelassen und bewegen sich, je nach historisch-gesellschaftlichem Umfeld, zwischen sozialer Reform und gewaltsamer Revolution. Das entspricht dem Status der transzendenten, regulativen Idee, welche dem religionsphilosophischen Theorem der Lebensgemeinschaft als höchstem Gut angewiesen worden ist - ganz ähnlich übrigens wie der Utopie in der Konzeption Hinkelammerts. Damit trägt Dussel einerseits dem skeptischen Vorbehalt gegenüber eschatologischer Praxis nach dem Ende des »Realsozialismus« Rechnung, so wie Hinkelammert der Utopiekritik. Andererseits aber eröffnet er damit die Möglichkeit einer Konstellation, worin Lebensgemeinschaft, ganz wie beispielsweise die obersten Prinzipien der französischen Revolution, quasi religiös zur ideologischen Begleitung einer Interpellationspraxis wird, die gar nicht über die repressive Logik der Systeme hinausgelangt oder sie wirklich aufsprengt, indem sie nämlich entweder reformpolitisch von vornherein in ihnen hängen bleibt, die Anderen als zwar nicht mehr Ausgeschlossene, aber als Ausgebeutete und Unterworfene bloß integriert und damit auf dem Boden der diskursethischen Besorgtheit um die Unterprivilegierten steht, oder aber, indem sie formell revolutionär in einer sozialtechnisch-gewaltförmigen Befreiungspraxis diese Systemlogik im realen Schein einer Alternative sowohl nach den Mitteln wie nach den Zielen hin bloß nachahmt, was sich in einer Linie von den Jakobinern über deren Erbe in Marx und Lenin bis zu Stalin gut verfolgen läßt. Genau das sind die vorherrschenden bisher historisch konkret aufgetretenen Varianten von Interpellationspraxis: reformerische Teilhabe oder gewaltsamer Einbruch, beide Male bei Akzeptanz der Systemlogik von Naturbeherrschung, Zentralstaat (mit oder ohne demokratische Prozeduren) und kapitalistischem Weltmarkt. Eben vermöge der Aufspaltung der Interpellation in transzendentes Ideal und Verwirklichung innerhalb der Kernlogik der abendländisch entwickelten und erst heute tatsächlich globalisierten repressiven Universalität ist Befreiungsphilosophie eminent in Gefahr, zu verkümmern zum radikalen ideologischen Pathos einer Integration in dieses System der Moderne. Dem entginge sie nur, gelänge es ihr, ihre zentralen normativen Begriffe - eben Anderer, Lebensgemeinschaft und Interpellation - nicht nur gleichsam ethisch und religiös abgespalten und eingehegt, sondern auch als konkrete und substantiell zu bestehender Systemlogik und -praxis (oder besser: Techne) alternative gesellschaftliche Modelle zu entfalten - sowohl hinsichtlich der Ziele wie der Verwirklichungswege.

Die der Befreiungsphilosophie noch bevorstehende Aufgabe besteht also darin, der skeptischen wie diskursethischen Ausklammerung der Fragen des guten und gerechten Lebens aus dem Universalitätsanspruch der Ethik sowohl Rechnung zu tragen wie sie in der Perspektive einer autochthonen wirklichen Möglichkeit, die mehr als Ethik wäre, zu überwinden. Religionsphilosophisch gesprochen, könnte diese Lösung an einer Konstellation des Denkens und Tuns gelegen sein, worin sich das fundamental transzendente innere Wesen Gottes,

das Reich Gottes als Brücke zwischen diesem Wesen und der Welt-(Erd-)Wirklichkeit und schließlich das Kommen dieses Reiches Gottes als der Prozeß dieses Brückenschlages vermittelt. Es würde sich dieses Denken und Tun konkretisieren in Lebensgemeinschaft als Bund von Lebensgemeinschaften, der die vollständige Alternative als Modell und Ziel wäre zur repressiven Struktur aller Systemlogik, in Subversion als Weg, der die vollständige Alternative wäre zu systemkonformer bloßer Reform wie zu systemimitierender »Revolution«, und endlich in gläubiger Vermittlung mit der bleibenden Transzendenz Gottes als Letztbegründung wie kritischer Selbstreflexion und -korrektur von Gemeinschaft und ihrer subversiven Konstitution.

Der weiter oben skizzierte dialektisch-analektisch-dialogische Prozeß hin zu universeller Befreiung und Versöhnung wäre ein inhaltlich adäquates formales Moment dieser subversiven Konkretion von Lebensgemeinschaft.

Mit dem dritten, dem Mainzer, Seminar des Dialogprogrammes, so wurde schon gesagt, steht die Entfaltung der Befreiungsphilosophie an einer Wende und vor einer neuen Phase. Sie kann die grundlegend vollzogene Aufhebung von rationaler Skepsis und von Diskursethik noch weiter konkretisieren, aber sie muß vor allem an den hier akzentuierten inneren Problemen und Aufgaben, auf ihrem eigenen Boden, weiter arbeiten. Vorzüglich, aber nicht allein, wird das die spezifische Aufgabe einer Philosophie der Befreiung aus und für Europa sein. Denn in deren subversiven, religiösen (theologischen), philosophischen und gesellschaftspolitisch-praktischen Traditionen liegen wesentliche Potentiale bereit, deren konkrete Negation als rettende Kritik für die hier identifizierte Perspektive von Problemlösungen beim gegenwärtigen Stande der Befreiungsphilosophie (und -praxis) fruchtbar zu machen ist.

Erneuerung des Projektes von Philosophie und Praxis der Befreiung in Europa?

In zwei Abendsitzungen wurde von den Teilnehmern aus Polen, Italien, Österreich, Schweiz und Deutschland die europäische Gruppe der lateinamerikanischen Vereinigung Philosophie und Befreiung (Asociación Filosofía y Liberación - AFYL) gegründet. Die Gruppe kam überein, auf dem Wege zu einer eigenen allererst zu konstituierenden europäischen Identität von Befreiungsphilosophie sich zunächst über jeweilige philosophisch-politische Projekte auszutauschen mit einer doppelten Aufgabenstellung. Vorrangig ist durch Rekonstruktion vermöge immanenter Kritik und Transformation spezifischer, in der Geschichte der Sieger aller Seiten und Zeiten überwältigter, verdrängter und verschütteter subversiver europäischer Traditionen von Befreiung diese Identität auszubilden. Damit würde zweitens eine substantielle Basis wachsen für einen aktiven fruchtbaren Dialog mit der Befreiungsphilosophie Lateinamerikas (und anderer Regionen), und das in mehrfacher Hinsicht: als autochthones Gesprächsangebot, als »Resonanzboden« für lateinamerikanisches Denken, schließlich als spezifisches Moment innerhalb der Vermittlungen mit globaler Befreiungspraxis. Diese Gründung ist von Dussel

und Fornet B. angeregt worden. Letzterer ist auch Koordinator der europäischen Gruppe.

Nicht nur über Ardiles' Benjamin-Interpretation, auch durch verschiedene Hinweise auf Horkheimer und Adorno hat sich die Nähe der Befreiungsphilosophie in Lateinamerika zur älteren Kritischen Theorie in Deutschland gezeigt. Möglich ist, daß in der Entfaltung der gerade erst beginnenden europäischen Philosophie der Befreiung im Vergleich zu Apel und Habermas hier zweifach die größeren Affinitäten hervortreten, wie sie gerade beim späten Adorno[17] offensichtlich sind:

In der grundlegenden, schon an der sachlichen Gewalt von abstrakter Arbeit, Ware und Markt ansetzenden Kapitalismuskritik und in umfassender Befreiung und Versöhnung - statt fragwürdiger Koexistenz von »System« und »Lebenswelt« - als geschichtsphilosophischer Perspektive. So ist die ältere Kritische Theorie vermöge ihres prophetischen und messianischen Geistes im Ganzen als negative Theologie in spezifisch jüdischer Tradition zu entziffern. Mit dem letztgenannten Moment wird auch eine besondere Brücke zu Glaubenspraxis und ihrer theologischen Reflexion sichtbar, die Diskursethik sich selbst verbauen muß. Daher hat der Autor dieses Berichtes unter dem Arbeitstitel Kritische Theorie utopischer Praxis aus dem Glauben in Mainz einen ersten begrifflichen Entwurf zu einer europäischen Befreiungsphilosophie beigetragen.[18] Sein gedanklicher Ort ist die werdende Synthese einer relecture der älteren Kritischen Theorie (wozu gerade hinsichtlich einer Philosophie der Praxis auch das Spätwerk von Marcuse gehört) in Vermittlung mit Marx und dem spezifisch kritisch-praktischen westlichen Marxismus und von vor allem jüdischer, Religionsphilosophie. Zusätzlich zu dem von Dussel in Lateinamerika rezipierten Levinas ist hier vor allem an Martin Buber, Franz Rosenzweig und Gershom Scholem zu denken. Hinzu kommen Aspekte der modernen Theologie, etwa Karl Barths und Paul Tillichs. Als Philosophie befreiender Praxis intendiert dieser Entwurf die konkrete Negation der marxistischen politischen Theorie über das vermittelnde Konzept Rätedemokratie in einer transformierenden Rekonstruktion nicht-marxistischer subversiver Traditionen. Vorzüglich rechnen darunter christliche Gemeinschaftsformen vor und außerhalb der staatsförmigen oder staatsfrommen Ausformung von Religion und Aspekte des sogenannten utopischen Sozialismus und des Anarchismus.[19]

Ausblick

Fornet B. hat die Teilnahme weiterer heutiger Exponenten der älteren Kritischen Theorie, z.B. Christoph Türcke in Kassel, als Opponenten zu den Konzeptionen von Apel und Habermas, für das 4. Treffen des Dialogprogrammes im Oktober 1993 in Brasilien in Aussicht gestellt. Unter dem Generalthema Bilanz und Perspektiven des bisherigen Dialogprogrammes Diskursethik und Befreiungsphilosophie wird dort zu drei Schwerpunkten gearbeitet werden: Vernunft und Kontextualität; Möglichkeiten einer philosophischen Kritik an den wirtschaftlichen Strukturen; Begründungen von Ethik.[20]

17 Von Theodor W. Adorno vgl. v.a.: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt a.M. 1962; Negative Dialektik, a.a.O., 1966; Ästhetische Theorie, a.a.O., 1970. Frederic Jameson, USA, hat es unternommen, das Denken des späten Adorno als kritische Theorie der »Postmoderne« zu interpretieren: Late Marxism. Adorno, or, the Persistence of Dialectic, London/New York 1990 (dt.: Spätmarxismus. Adorno oder die Beharrlichkeit der Dialektik, Hamburg 1992).

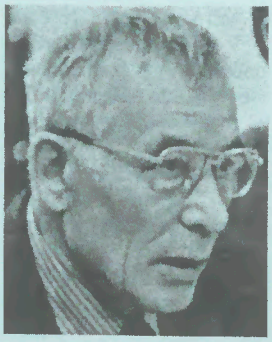
18 Im Erscheinen in: Liberaçao. Liberación. Revista de Filosofía. Campo Grande/Brasil 1992, und überarbeitet und erweitert in der Monografie des Mainzer Seminars 1993.

19 Zur Interpretation des sogenannten utopischen Sozialismus und des Anarchismus als Konkretionen spezifisch jüdischen Glaubens vgl. Martin Buber: Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und ihre Verwirklichung, Heideberg 1985.

20 Auf der Weltkonferenz für Philosophie in Moskau wird die Befreiungsphilosophie mit zwei Podien vertreten sein.

Wladimir A. Jadow
Soziologie – einst und jetzt

Helmut Steiner: Wladimir Aleksandrovitsch, Du gehörst zu den Pionieren der Soziologie in der UdSSR. Gemeinsam mit I. Kon, A. Sdrawomyslow, G. Chartschew, O. Schkaratan u.a. habt Ihr Leningrad zu einem Zentrum der »neuen« Wissenschaft in der UdSSR entwickelt. Wie bewertest und beurteilst Du 30 Jahre später die Resultate und Erfolge der sowjetischen Soziologie bis 1991? Was bleibt für die Wissenschaft in Rußland und im internationalen Maßstab? Worin bestehen Deiner Meinung nach die entscheidenden Defizite und worin kamen sie zum Ausdruck?



Wladimir A. Jadow - Jg. 1929, Professor, Direktor des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Kovorsitzender der Russischen Gesellschaft für Soziologie, Vizepräsident der Internationalen Soziologischen Assoziation.

Exklusiv-Interview von Helmut Steiner für »UTOPIE kreativ« mit Wladimir A. Jadow, Direktor des Moskauer Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) und Vizepräsident der Internationalen Soziologischen Assoziation (ISA).
(Das mehrstündige Gespräch fand am 3. August 1993 - sieben Wochen vor der gewaltsamen Auflösung des Russischen Parlaments durch B. Jelzin - statt.)

Wladimir A. Jadow: Vor allem muß man diese von Dir erwähnte Leningrader Periode als Zeit des sogenannten »Chrustschowschen Tauwetters« charakterisieren. Dies war eine Zeit des Enthusiasmus. Sie ähnelte jener Situation beim Kommen Gorbatschows, die wir »Perestroika« nennen. Für die Sozialwissenschaften, insbesondere die Soziologie, ergab sich die Möglichkeit, relativ frei zu arbeiten. Was die Soziologie betrifft, so war sie zu diesem Zeitpunkt bereits als Theorie des Historischen Materialismus offiziell anerkannt. Die empirischen Untersuchungen galten als selbständiges Gebiet, obwohl sich mit ihnen niemand konkret beschäftigte. Als das erste soziologische Laboratorium unter meiner Leitung an der Leningrader Universität entstand, begannen wir mit ernsthaften Forschungen zu Methodologie, Methoden und Techniken von Felduntersuchungen sowie Datenanalysen. Die Besonderheiten jener Periode bestehen wohl vor allem darin, daß keinerlei praktische Erfahrungen vorlagen und unser Handeln »lehrbuchmäßig« ablief. Mit außergewöhnlicher Akribie und unter großem Zeitaufwand wurden die Programme ausgearbeitet, Methoden geprüft, Hypothesen erstellt und andere technische Forderungen beachtet. Aus diesem Grund weisen die von uns in dieser Zeit veröffentlichten Arbeiten - u.a. zum Thema Mensch und Arbeit, zur Dispositionstheorie und zur Regulierung des sozialen Verhaltens der Persönlichkeit - einen sorgfältigen theoretischen und methodologischen Apparat auf.

Die erste Besonderheit jener Periode besteht mithin in einem seriösen Herangehen an die Wertigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangswerte und in der guten theoretischen Durchdringung. Das sind m.E. bleibende Werte.

Eine zweite Besonderheit besteht darin, daß sich uns die Soziologie in ihrer Hauptbedeutung als Lehre vom sozialen Subjekt, der Persön-

lichkeit, darstellte. In der Heraushebung des sozialen Subjekts an die Spitze der sozialen Forschungen besteht m.E. ein Verdienst aller Soziologen, einschließlich unserer.

Eine dritte Besonderheit jener Periode ist darin zu sehen, daß die Soziologen im gewissen Sinne Wegbereiter einer neuen Wissenschaftsdisziplin waren. Sie entfalteten eine rege wissenschaftliche Kooperation, führten intensiv Seminare und Meinungsaustausche zu Forschungsgegenständen und -ergebnissen durch. Die Soziologen wurden in jener Zeit heftig durch andere Gesellschaftswissenschaftler kritisiert, insbesondere durch die Philosophen. Diese Tatsache bedingte eine gewisse Festigung der Einheit unter den Soziologen. Unter den Leningrader Soziologen bildete sich eine außerordentlich fruchtbare wissenschaftliche Atmosphäre heraus, die bis heute anhält. Die dort ansässige Abteilung der Russischen Soziologen-Assoziation gilt als eine der aktivsten. Seit jenen 60er Jahren finden regelmäßig wissenschaftliche Treffen und methodologische Seminare statt. Ein kritischer Umgang mit der Wissenschaft und miteinander wurde zur Norm.

HELMUT STEINER: Du erwähntest einen gewissen Enthusiasmus zu Beginn der 60er Jahre...

WLADIMIR A. JADOW: Vor allem war er in den durch das »Chrustschowsche Tauwetter« entstandenen Möglichkeiten des Kennenlernens ausländischer Literatur begründet. Erstmals wurden lange Zeit gänzlich verschlossene Quellen zugänglich und es entstanden Kontakte mit ausländischen Soziologen. Erste Kontakte unserer Soziologen ins Ausland bahnten sich zunächst mit polnischen Forschern an. Diese besaßen zu dieser Zeit bereits eine hohe Kultur der soziologischen Forschung. In diesem Zusammenhang sind historisch und aktuell die Schulen von F. Znaniecki, St. Ossowski, J. Chalasinski und J. Szczepanski zu nennen. Mit ihrer Hilfe betraten wir die Weltgemeinschaft der Soziologen. Viele soziologische Probleme und Fragen, die aus Sicht der marxistisch-leninistischen Philosophie klar erschienen, wurden nunmehr kritisch hinterfragt. Hierzu gehörte die Behauptung, daß sich die Motivation zur Arbeit unter den Bedingungen des Sozialismus prinzipiell von jener im Kapitalismus unterscheiden muß. Bei gemeinsamen Vergleichsuntersuchungen mit der Universität Ohio gelangten wir indessen zu dem Ergebnis, daß sehr viele Komponenten in der Motivation von Arbeitern im Prinzip identisch sind. Allerdings fanden wir in den Strukturen dieser Motive oder Bedürfnisse Unterschiede, die durch die unterschiedlich ausgeprägte Gefahr von Arbeitslosigkeit bedingt waren. Die Möglichkeit der empirischen Überprüfung bislang unumstößlicher Thesen löste diesen Enthusiasmus aus. Wir wollten helfen unsere Gesellschaft voranzubringen, wir wollten in keiner Weise Dissidenten sein.

HELMUT STEINER: Du kanntest auch von Anfang an die Soziologie und Soziologen in der DDR. Die deutsche Übersetzung Deines Buches »Der Mensch und seine Arbeit« und zahlreicher Aufsätze, Vorträge und die Teilnahme an Konferenzen in der DDR, mehrere Aspiranten und

Studenten aus der DDR in Leningrad u.a. erlauben Dir ein kompetentes Urteil über die DDR-Soziologie.

Worin siehst Du das Gemeinsame und das Spezifische im Verhältnis zur Soziologie-Entwicklung in der UdSSR? Was ist Dir positiv und was besonders unbefriedigend in Erinnerung geblieben?

WLADIMIR A. JADOW: Eine Gemeinsamkeit bestand sicher darin, daß die Soziologen der DDR, obwohl sie die - reale oder potentielle - Möglichkeit hatten, in ihrer Muttersprache die Literatur zu lesen, die im Westen Deutschlands erschien, nicht mutiger waren, auch nicht in ihren Arbeiten das veröffentlichten oder mitteilten, was sie an Wissen erwarben. Sie orientierten sich in der Regel an der Soziologie in der Sowjetunion. Hier gab es ständig eine ganze Reihe von Aspiranten und Studenten aus der DDR - auch als es noch keine eigenständigen soziologischen Fakultäten gab, sondern nur einzelne Wissenschaftler sich mit der Soziologie beschäftigten. Das Gemeinsame, das sowohl die Soziologen aus der DDR als auch die sowjetischen Soziologen auszeichnete, waren die vorzüglichen Kenntnisse. Nehmen wir z.B. die Jenaer Sozialpsychologen H. Hiebsch und M. Vorwerg; die Leipziger Jugendforschung unter Leitung von W. Friedrich. Hierzu gehört natürlich die Wissenschaftssoziologie, die Du vertreten hast, die Sozialphilosophie von E. Hahn, die Arbeiten von A. Kretschmar u.a.

Was die Soziologien beider Länder erheblich unterschied, war die größere ideologische Befangenheit der deutschen Soziologen. Ich weiß nicht, woher diese rührte. Die Gründe wirst Du besser kennen. Auffallend war ein gewisses doppelgleisiges Denken: in unseren Gesprächen und wissenschaftlichen Diskussionen war diese Befangenheit nicht zu spüren, in Publikationen hingegen war sie ständig präsent, viel stärker als in unseren Arbeiten. Dieser offenbar in Deutschland viel stärkere politische Druck jener Jahre hat dabei offenbar seinen Niederschlag gefunden. In den Jahren der sowjetischen Perestroika verschärfte sich dieser Druck sogar. Kontakte zu ausländischen Soziologen waren m.E. für sowjetische Forscher leichter herzustellen als für die DDR-Wissenschaftler.

HELMUT STEINER: Du sprichst damit ein Problem an, über das wir uns noch einmal gesondert unterhalten müssen. Kehren wir aber jetzt zur sowjetischen Soziologie zurück. Welche Rolle spielte sie im Perestroika-Prozeß? Wie haben sich seit 1985 die objektiven Bedingungen, die sozialen Akteure und die öffentliche Meinung verändert? Wie erklärst Du als Soziologe den Mißerfolg der Perestroika?

WLADIMIR A. JADOW: Es entstanden Forschungsgegenstände und -gebiete, die es früher überhaupt nicht gab. So begannen, wenn auch zunächst nur intern im Ministerium des Innern, Forschungen und Publikationen zu den Themen Verbrechen/Kriminalität. Verschiedene Veröffentlichungen offerierten eine völlig neue Sicht auf Fragen der Dynamik in der sozialen Stratifikation. Der Begriff der sozialen Stratifikation ging nunmehr nicht nur von den bekannten Klassen, sondern darüber hinaus von einer sozialen Aufspaltung der Gesell-

Von W. A. Jadow erschienen desweiteren in deutscher Sprache u.a.:
Der Mensch und seine Arbeit. Dietz Verlag Berlin 1971
In der Zeitschrift »Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschafliche Beiträge« erschienen u.a.
1964, H. 10: Aus der Arbeit des soziologischen Laboratoriums der Leningrader Universität
1967, H. 5: Die Rolle der Methodologie bei der Ausarbeitung der Methoden und Techniken der konkreten soziologischen Forschung
1967, H. 6: Zur Feststellung der Tatsache in der konkreten soziologischen Forschung
1967, H. 7: Der VI. Weltkongreß für Soziologie (mit I.S. Kon)
1969, H. 10: Zur Frage der marxistischen Soziologie als Wissenschaft
1971, H. 5: Aktuelle theoretische Probleme der marxistisch-leninistischen Soziologie in der UdSSR (mit M. T. Iowtschuk, A. G. Charzew)
1972, H. 1: Zur Wechselbeziehung von theoretischer und empirischer Analyse in der soziologischen Forschung
1975, H. 8: Zu Fragen der Arbeitszufriedenheit (mit A. A. Kissel)
1976, H. 7: Aus der Arbeit der Leningrader Abteilung der Sowjetischen Vereinigung der Soziologen
1982, H. 3: Die Sozialpsychologie als wissenschaftliche Disziplin
1984, H. 1: Das Verhältnis zur Arbeit - konzeptionelles Modell und reale Tendenzen

»Soziologie ist die Wissenschaft über das Werden, die Entwicklung und Funktionsweise sozialer Gemeinschaften, sozialer Organisationen und sozialer Prozesse als Modus ihrer Existenz, die Wissenschaft über gesellschaftliche Verhältnisse als Mechanismus der Wechselbeziehungen zwischen verschiedenartigen sozialen Gemeinschaften, zwischen Persönlichkeiten und Gemeinschaften, die Wissenschaft über die Gesetzmäßigkeiten sozialen Handelns und massenhaften Verhaltens«
W. A. Jadow, 1990

schaft in Schichten aus. Als Kriterien wählten wir sozialer Status, Vermögen, Prestige, Integrationsgrad in die Gesellschaftspolitik. Als Kriterien der sozialen Dynamik galten bis dahin lediglich Beruf, Bildung, Qualifikation und Stellung zu den unterschiedlichen Eigentumsformen.

In die Erforschung der realen sozialen Prozesse waren somit weitere wissenschaftliche Kriterien eingeführt worden. Erstmalig erschienen Forschungen zum politischen Leben, das es vorher offiziell gar nicht gegeben hatte. Untersucht wurden nunmehr neue gesellschaftliche Bewegungen, politische Sympathien und Antipathien, verschiedene Typen von politischen und moralischen Umweltempfindungen. Mithin wurden Materialien aus der Erforschung der öffentlichen Meinung zur Erfassung von Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen, ihrer Weltanschauung genutzt.

Zum Mißerfolg der Perestroika möchte ich sagen, daß es offenbar zwei Entwicklungslinien gab: die Marktwirtschaft und den Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse (Entwicklung der Demokratie, Veränderung der Eigentumsverhältnisse u.a.). Der erste ist ein radikaler und schneller Prozeß, der zweite ein sehr allmählicher und langsamer. Die unter Gorbatschow begonnene erste Phase der Perestroika war mit der Idee von einer langsamen Umstellung auf die Marktwirtschaft und der Entwicklung demokratischer Institutionen verbunden. Ein Konzept, ein längerfristiges Programm der Perestroika gab es offensichtlich nicht.

Die Leser Eurer Zeitschrift werden sich sicher daran erinnern, daß alles mit dem Aufruf begann, nichts zu verändern, sondern lediglich die Modernisierung der Produktion zu beschleunigen. Danach galt dies als unzureichend, und man rief zu einer strukturellen Umgestaltung auf. Damit war insbesondere die Eindämmung des Militärisch-Industriellen Komplexes gemeint. Dessen materiell-technische Ressourcen sollten in den Bereich der Konsumgüterproduktion überführt werden...

Das zweite Stadium war von der Überlegung gekennzeichnet, daß wirtschaftliche Umgestaltungen ohne politische Veränderungen, ohne Entscheidungsfreiräume, unmöglich sind. Kurz gesagt: die Perestroika begann nach der Methode »trial and error«. So verzettelte man sich in der Lösung nicht endender kurzfristiger Probleme. Das Fehlen eines langfristigen Programms betrachte ich als eine Ursache dafür, daß die Perestroika unter Gorbatschow mißlungen ist. Eine zweite Ursache sehe ich darin, daß sich Gorbatschow doch wohl zu sehr auf den alten Apparat, insbesondere den der Partei stützte. Er wollte vor allem die Partei selbst rekonstruieren. Gorbatschow hat zu spät die Unmöglichkeit dieses Vorhabens begriffen.

An der Ausarbeitung mehrerer Varianten des Parteiprogramms war ich seit 1987 selbst beteiligt. Es wurde immer mehr ein sozialdemokratisches Programm. Die Grundidee bestand darin, daß das Konzept des Sozialismus das wichtigste Bindeglied zwischen den Parteimitgliedern ist. Die soziale Basis der Partei sind nicht mehr die Arbeiterklasse bzw. die Werktätigen, sondern jeder, der diese Konzeption eines Sozialismus, der eine umfassende Ausprägung der Demokratie

einschließt, teilt. Selbstverständlich stand auch die Idee eines humanen Sozialismus im Mittelpunkt. An dieser ersten Programmvariante schieden sich die Geister und es drohte eine Spaltung.

Auf dem Plenum drohte Gorbatschow im Falle einer Nichtannahme dieses Programms mit seinem Rücktritt. Einige ZK-Mitglieder, unter ihnen I.T. Frolow, drohten ebenfalls mit Rücktritt und Gründung einer neuen Partei. Zu einer Spaltung kam es indessen nicht. Die Entscheidung wurde auf ein nächstes Plenum vertagt. Dieser Plan wurde dann vom August-Putsch zunichte gemacht.

Gorbatschow, das möchte ich nochmals betonen, hat viel zu spät Maßnahmen zur innerparteilichen Umgestaltung ergriffen. Man hätte eine Spaltung vollziehen und eine neue Partei sozialdemokratischen Typs gründen müssen. Diese hätte beachtliche Teile der Intelligenz in sich vereint. Möglicherweise hätte man dann einen anderen Weg eingeschlagen. Selbst der damals noch nicht aus der Partei ausgetretene Jelzin hätte sich eventuell dieser Konzeption angeschlossen. Ein anderer Gang der Dinge wäre wohl die Folge gewesen.

HELMUT STEINER: Du wurdest in dieser Zeit Direktor des Moskauer Akademie-Instituts. Was hat sich seitdem im Institut verändert ?

WLADIMIR A. JADOW: Als Direktor des Akademieinstituts für Soziologie begann ich zunächst mit den scheinbar leichtesten Aufgaben - den rein organisatorischen. Es waren die verkrusteten hierarchischen Strukturen der Sektoren und Abteilungen zu durchbrechen, die z.T. in der Akademie der Wissenschaften bis heute noch existieren. Ich verkündete eine gewisse Freiheit bei der Anmeldung von Forschungsprojekten. Es entstanden 15 bis 20 relativ selbständige, voneinander unabhängige Forschungsgruppen, an deren Spitze zum Teil junge Leute stehen. Es entstand eine flexible Struktur, die engagierten, kreativen und fähigen Forschern ein Projekt sichert. Außerdem wurden umfangreiche Kontakte mit ausländischen Soziologen geknüpft. Dazu gehörten Auslandsaufenthalte, gemeinsame Forschungsprojekte und der Austausch von Literatur.

Das Institut entfaltete eine breite Tätigkeit zur Edition von Klassikern, z.B. die russische Ausgabe von Werken E. Durkheims und M. Webers, aber auch die Neuauflage P. A. Sorokins, S. N. Bulgakows, N. D. Kondratews u.a.

HELMUT STEINER: Wie charakterisierst Du den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft in Rußland? Mit welchen konkreten Untersuchungen erforscht Ihr die Strukturen, Funktionsweise bzw. das Nicht-Funktionieren und die weitere Entwicklung Eurer Gesellschaft?

WLADIMIR A. JADOW: Eine Konzeption der »geduldigen Modernisierung« halte ich immer noch für eine tragfähiges Grundlage. Unsere Gesellschaft muß m.E. eine schwierige Periode der Modernisierung durchlaufen. »Geduldig« heißt in diesem Zusammenhang, daß wir noch lange Zeit hinter den entwickelten westlichen Industriestaaten zurückbleiben werden. Die Feststellung, daß Rußland seinen eigenen

Pitirim A. Sorokin (1889-1968), russischer Soziologe, der 1922 ausgewiesen wurde und bis zu seinem Tode in den USA lebte und wirkte. In der letzten Zeit erschienen in Rußland:
P. Sorokin; Mensch - Zivilisation - Gesellschaft, Moskau 1992.
P. Sorokin; System der Soziologie, 2 Bde., Moskau 1993 (1920).
I. A. Golobenko; Die Soziologie Pitirim Sorokins. Die russische Periode der Tätigkeit, Samara 1992.

Nikolaj D. Kondratew (1892-1938), russischer Ökonom, der als Entdecker der sog. Langen Wellen in der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Naturgeschichte (»Kondratew-Zyklen«) weltbekannt wurde. Soziologisch, sozialökonomisch, wirtschafts- und gesellschaftstheoretisch interessant ist ein Band mit - zum Teil bisher unveröffentlichten ausgewählten Werken, der 1993 im Moskauer Verlag »Ekonomika« erschienen ist.

Weg gehen muß, ist trivial. Jedes Land muß seinen eigenen Weg beschreiten und nicht einen fremden. Das gilt insbesondere für alle ehemaligen Staaten des »realen Sozialismus«. So wird Ungarn einen ungarischen Weg beschreiten und nicht irgendeinen amerikanischen oder französischen. Auch Rußland wählt einen eigenen Weg. Die Richtung liegt bei all diesen nationalen Wegen im Prinzip fest: eine gemischte staatliche und marktwirtschaftliche Ökonomie, ein staatlicher und ein privater Sektor. Für Rußland stellen sich diese Dinge durch die allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklungen - politische, soziale und ökonomische Krisen - in verschärfter Form dar.

Einen baldigen Ausweg kann ich nicht erkennen. Wahlen zum Parlament werden m.E. keine radikalen Veränderungen bringen. Lange Zeit wird es wohl einen Kampf der verschiedenen politischen Eliten geben; in den Zentren genauso wie in den Provinzen. Nach unseren Erhebungen ist das Phänomen feststellbar, daß sich eine gewisse Adaption der Menschen an diese Krisengesellschaft vollzieht. Sie gehen davon aus, daß sie in der derzeitigen Krisengesellschaft lange Zeit leben werden müssen. Zu diesen Schlußfolgerungen kamen wir im Ergebnis von repräsentativen Meinungsumfragen, die unser Institut seit einem Jahr (Mai 1992 - Juni 1993) in Abständen von drei Monaten regelmäßig durchführte.

Weiterhin kann man schlußfolgern, daß sich die grundlegenden politischen Sympathien und Antipathien herausgebildet haben. Nahezu 40 Prozent der Bevölkerung unterstützen die Einführung der Marktwirtschaft als Hauptrichtung. Rund 30 Prozent treten aktiv gegen die Marktwirtschaft auf. Die Zahl derer, die angeben, heute schlechter zu leben als im vorherigen Quartal, verringert sich ständig und beträgt nur noch ca. 2 bis 4 Prozent. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Menschen heute tatsächlich nicht schlechter leben. Sie haben sich lediglich daran gewöhnt, heute so zu leben wie gestern oder noch schlechter. Man verläßt sich heute nur noch auf sich selbst. Eine entscheidende Veränderung der Situation durch Präsident, Regierung, Parlament oder irgendwelche politischen Kräfte erwartet niemand mehr. Die Menschen leben in einem Alarmzustand und fürchten irgendwelche Katastrophen. Jeder sucht seine Nische und es vollzieht sich eben jene Adaption an die Krisenbedingungen. Das mag in einer Hinsicht gut sein. Soziale Erschütterungen oder gar ein Bürgerkrieg sind m.E. somit nicht zu befürchten. Ich sehe keine Grundlagen für Massenproteste. Sie wären lediglich in einzelnen Regionen, einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Betrieben möglich. Sollte sich Rußland in große zwischenstaatliche bzw. nationale Konflikte hineinziehen lassen oder die Regierung eine explosive Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht verhindern können, könnten soziale Unruhen entstehen. Die Regierung ist angehalten, den unvermeidlichen sozialen Schaden zu minimieren.

Ich wiederhole: wir beobachten den Eintritt in einen langanhaltenden Krisenzustand.

HELMUT STEINER: Wer sind die sozialen Subjekte der gesellschaftlichen und politischen Prozesse im gegenwärtigen Rußland?

WLADIMIR A. JADOW: Zu den gegenwärtigen politischen Kräften ist zu sagen, daß eine gewisse Repräsentanz der Unternehmer, der Industriellen zu beobachten ist. Die »Unternehmer-Partei« (Wolski) nannte sich zu Beginn »Wissenschaftlich-Industrieller Bund«. Wissenschaftler haben jedoch in diesem Bund nie eine Rolle gespielt. Deshalb erfolgte die Umbenennung. Es handelt sie m.E. hierbei aber um eine wichtige politische Kraft der Zukunft. Der Präsident und auch das Parlament haben bereits ihre Sympathien mit diesem Bund bekundet. Wenn beide Kontrahenten sich um Kontakte zu dieser Vereinigung bemühen, so muß es sich hierbei um eine wichtige politische Kraft handeln.

Typisch für Rußland ist, daß sich die jetzigen Machthaber oder jene, die an die Macht drängen, sich in der Regel aus dem alten Parteiapparat rekrutieren oder zur industriellen Elite zählen. Eine neue Elite im Sinne von Großindustriellen ist weder in Regierungspositionen noch in Schlüsselstellungen anderer Machtstrukturen zu finden. Nach Neuwahlen, so denke ich, werden diese neuen russischen Großindustriellen mehr oder wenig einflußreiche Positionen einnehmen. So werden zweifellos die »Unternehmer-Partei« und auch Wolski selbst nicht nur in den Kampagnen vor den Wahlen eine entscheidende Rolle spielen.

Die demokratischen Kräfte sind völlig zersplittert. Eine organisierte Bewegung ist nicht existent und m.E. auf lange Zeit nicht in Sicht. Jede Gruppierung besitzt eigene Vorstellungen über die Zukunft. Aus Angst vor einem Erstarken autoritärer Machtstrukturen lehnt z.B. eine große Zahl der tatsächlichen Demokraten jenes Verfassungsprojekt ab, das die Rolle des Präsidenten stärkt.

Bei den sogenannten Oppositionellen handelt es sich um Teile der ehemaligen Nomenklatura, teilweise als kommunistische Opposition und teilweise als russische Nationalpatrioten. Sie könnten durchaus eine gewisse Kraft darstellen. Sympathien besitzen diese Kräfte bei etwa 6 bis 10 Prozent der gesamten Bevölkerung. Bei jähen politischen Situationswechseln, aber auch bei Wahlen, könnten die Oppositionellen durch ihr scheinbar energisches extremistisches Handeln einen gewissen Einfluß gewinnen. Doch dies würde lediglich zu einer stärkeren Gegenreaktion der autoritären Macht führen. Die politische Kräftekonstellation stellt sich mithin gegenwärtig als eine Art Gleichgewicht zwischen den Konservativen und den Anhängern marktwirtschaftlicher Reformen dar. Keine der beiden Strömungen vermag gegenwärtig die andere zu überwinden. Wenn nicht irgendein Konsens gefunden wird, eine vernünftige zentristische Position die Oberhand gewinnt, so wird dieser Zustand noch lange anhalten. Ich hoffe auf eine solche zentristische Position. Andernfalls steht uns irgendein autoritäres Regime bevor.

Gegenwärtig tobt ein Kampf verschiedener politischer Eliten. Große Teile der Bevölkerung, ganze soziale Schichten und Gruppierungen werden in das politische Leben verstrickt. Dabei verfügt keine der Parteien über eine klar bestimmte soziale Basis. Lediglich etwa 15 Prozent der Bevölkerung erklären, Anhänger einer bestimmten Partei zu sein. Der Rest verneint dies. Auf die Frage, ob sie für die Partei des Präsidenten, die Opposition oder einen unabhängigen Kandidaten

Arkadij I. Wolskij, seit 1992 Präsident des Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer, zuvor Präsident der Wissenschaftlich-Industriellen Vereinigung der UdSSR (1990-1991). Repräsentant des politischen Blocks »Bürger-Union«.
Jg. 1932, Meister und Parteisekretär im Moskauer Autowerk (1955-1969), 1969 - 1990 Sektoren- und Abteilungsleiter im ZK der KPdSU (u.a. verantwortlich für Maschinenbau, persönlicher Mitarbeiter des Generalsekretärs des ZK), Mitglied des ZK der KPdSU (1986-1991), verantwortliche Aufgaben des ZK und Präsidiums des Obersten Sowjets für Nagorni-Karabach (1988-1989) und für die Leitung der Volkswirtschaft (1989-1990), Co-Vorsitzender der Bewegung Demokratische Reformen (1991-1992)

votieren würden, gab es bei allen Umfragen ähnliche Angaben: Etwa 30 Prozent wollen für die Partei des Präsidenten stimmen, 15 bis 20 Prozent für die Opposition und der Rest - in der Regel mehr als die Hälfte - für einen unabhängigen Kandidaten. Etwa jeweils 8 Prozent sprechen sich für die Unterstützung einzelner Parteien - die von Ruzkoj, Tratkin, den Bürgerbund u.a. - aus. Speziell für unsere Umfragen erfanden wir einige Parteien. Immerhin konnte die nach unserem Mitarbeiter Sergej Kuchtjerin benannte Partei 2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Ein Beweis mehr dafür, daß die politische Orientierung der Bevölkerung völlig verschwommen ist. Keine der Parteien kann auf eine zuverlässige Unterstützung hoffen. Natürlich werden unmittelbar vor den Wahlen zwei oder drei große Blöcke von Parteien - die Zentristen, die Konservativen und die radikalen Reformer - entstehen. Diese Blöcke besitzen die Möglichkeiten, Wahlpropaganda zu führen und sich Stimmen zu sichern. Es wird sich eine »klassische« Kräftekonstellation ergeben.

Eine Aussage darüber zu treffen, wie sich die Bevölkerung gegenüber den aus der KPdSU hervorgegangenen Bewegungen und Parteien verhalten wird, ist unmöglich. Viele Parteien sind im Volk schlichtweg unbekannt. Hierzu zählen die Parteien von Roy Medwedjew, von Suganow, von der allbekannten Nina Andreewna u.a.. Von einer großen Nachfrage kann weder bei den kommunistischen Fundamentalisten, noch bei den Sozialdemokraten eine Rede sein. Der gesamte Komplex kommunistisch oder sozialistisch orientierter Parteien erhält derzeit keine große Unterstützung. Auf die Frage, welche Orientierung die Menschen bevorzugen, die sozialistische oder die kapitalistische, erhalten beide eine Abfuhr. Man erhält lachend die Antwort: »Wir brauchen lediglich eine normale Gesellschaft. Uns ist es egal, wie sie sich nennt.« Aufgrund des ideologischen Stempels der Vergangenheit hat die Idee des Sozialismus heute keine Chance. Ich denke jedoch, daß sich in unserer ehemaligen sowjetischen, heute russischen Gesellschaft nicht wenige Menschen finden werden, die eine normale sozialdemokratische Plattform unterstützen werden. Diese Zeit wird kommen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Polen und Litauen, wo die Sozialisten bzw. die Partei der Arbeit beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten.

Bei den nächsten Wahlen in Rußland werden die Sozialisten und Kommunisten noch keinen bedeutenden Platz im Parlament einnehmen. Daran zweifele ich nicht. Mit einem vernünftigen Programm kann diese demokratische, sozialistische Richtung jedoch zu einem späterem Zeitpunkt mit Unterstützung rechnen. Warum? Zu nennen sind hier die breite Zustimmung zur Idee von der sozialen Gerechtigkeit, die Unzufriedenheit mit Korruption zwischen Beamtentum und moderner Bourgeoisie und die Negativwirkungen des sogenannten »wilden Kapitalismus«. Letzteres ruft mitnichten große Sympathien bei der Bevölkerung hervor. Wer also nachweisen kann, daß man auch in der Marktwirtschaft leben, daß man Unternehmerprofite zum Wohle der Gesellschaft verwenden und das Staatsbudget stärken kann, insbesondere die Fonds zur Unterstützung von Rentnern sowie zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, wird auf Zustimmung sto-

Roy A. Medwedjew, Jg. 1925, Historiker, wissenschaftliche und redaktionelle Tätigkeiten, seit Anfang der 60er Jahre aktiver Teilnehmer in der Dissidenten-Bewegung, 1969 Ausschluß aus der KPdSU, 1989 Rehabilitierung und Wiederherstellung seiner Partei-Mitgliedschaft, seit 1991 Co-Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Werktätigen und Mitglied der Redaktion »Lewaja Gazeta« (Linke Zeitung). Autor von mehr als 30 Büchern, u.a. Biographien über J. W. Stalin, N. S. Chrustschow, L. I. Breshnew, Ju. W. Andropow; das Buchprojekt über Ruzkoj liegt vor.
In UTOPIE kreativ erschienen von und über R. Medwedjew:
R. Medwedjew, Der »Chicago-Boy« Jegor Gaidar, H. 27/28, 1993
L. Bisky; Rezension zu R. Medwedjew, H. 33/34, 1993.

ßen. Bislang kann jedoch noch niemand daran glauben, da keinerlei Fortschritte zu spüren sind. Wenn eine neugewählte Regierung die Fähigkeit zur verstärkten Entwicklung eines sozialen Programms - auch unter dem Begriff »sozialdemokratische Orientierung« - nachweisen würde, so könnte die Unterstützung hierfür zu einem Faktor auswachsen.

Das ist denkbar, da die Erscheinungsformen des Kapitalismus selbst in seinen Metropolen nicht nur anziehend wirken. Anziehend erscheint vielmehr ein solcher Begriff wie Demokratie. Selbst der amerikanische Kapitalismus ruft, wenn er nicht ohnehin als Schimpfwort gilt, negative Emotionen hervor. Demokratie und soziale Gerechtigkeit bewirken hingegen positive Emotionen.

HELMUT STEINER: Wie ist die gegenwärtige materielle Situation des Akademie-Instituts?

БЫТЬ ИЛИ НЕ БЫТЬ АКАДМИИ?

По решению Чрезвычайной конференции профсоюза работников Российской Академии наук 14 июля 1993 г. в 17 часов у входа в ЦПКО им. Горьково состоится общеакадемический митинг протеста в поддержку требований Профсоюза РАН о финанцировании Академии наук.

Руководство Профсоюза РАН просит всех сотрудников Академии наук поддержать эту акцию.

Приходите на митинг!

Профком Института социологии РАН

Übersetzung des Aufrufs zum Protest-Meeting:

Sein oder Nichtsein der Akademie?

Auf Beschluß der Außerordentlichen Gewerkschaftskonferenz der Mitarbeiter der Russischen Akademie der Wissenschaften findet am 14. Juli 1993, 17.00 Uhr am Eingang des Gorki-Parkes ein Protest-Meeting der Akademie zur Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen zur Finanzierung der Akademie der Wissenschaften statt.
Die Gewerkschaftsleitung der Akademie bittet alle Mitarbeiter um Unterstützung für diese Aktion.
Kommen Sie zum Meeting!
Gewerkschaftskomitee des Instituts für Soziologie der AdW

WLADIMIR A. JADOW: Die Wissenschaft befindet sich ohne Zweifel in einer sehr schwierigen Lage. Die finanziellen Zuwendungen wurden mehrfach zusammengestrichen. Selbst das von der Akademie erbetene Sparbudget wurde nicht gewährt. Somit ist die Wissenschaft in eine verschärfte Krisensituation geraten. Unserem Institut liegen zumindest noch einige Aufträge vor, z.T. von der Regierung und aus dem Ausland. Aber jene Institute, die sich rein wissenschaftlich betätigen - Biologen, Physiker, Chemiker - befinden sich in einem katastrophalen Zustand. Für ihre Arbeit benötigen sie teure Ausrüstungen und Apparate sowie Materialien. Ich erinnere mich an einen Auftritt im vergangenen Jahr am Petersburger Biologie-Institut. Die Sitzung des

Wissenschaftlichen Rates wurde durch die Mitteilung über den Tod einer gewissen Marianne unterbrochen. Alle Anwesenden waren geschockt. Ich vermutete, daß eine verdienstvolle Mitarbeiterin verstorben war. Es handelte sich jedoch um den einzigen Versuchsaffen...

Doch zurück zum Wichtigsten: Wenn die Institute der Akademie der Wissenschaften ihren Mitarbeitern oft über mehrere Monate ihre ohnehin niedrigen und durch die Inflation ständig weniger Kaufkraft verkörpernden Gehälter nicht zahlen können, dann sagt das etwas aus über den gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft und Technik im heutigen Rußland. Es hat weitreichende Konsequenzen für die Arbeitsmotivation, Arbeitsmoral und die Arbeitsmöglichkeiten der in der Wissenschaft Beschäftigten. Irgendwie müssen sie sich ja um ihren täglichen Lebensunterhalt bemühen. Immerhin gibt es erste Formen des gesellschaftlichen Protestes gegen dieses Ignorieren der Wissenschaft durch die jetzt Herrschenden (Vgl. Aufruf zum Protest-Meeting).

HELMUT STEINER: Kehren wir zur Soziologie selber zurück. Mit welchen theoretischen und methodologischen Instrumentarien untersucht Ihr die Prozesse der gesellschaftlichen Transformation? Welche heuristischen Funktionen erfüllen dabei Deiner Meinung nach Modernisierungs-, Zivilisations-, Totalitarismus-Theorien?

WLADIMIR A. JADOW: Zunächst ist zu sagen, daß sich in der theoretischen Soziologie momentan eine aktive Suche nach allgemeinen soziologischen Paradigmen vollzieht. Immerhin gibt es viele Gründe für ein kritisches Verhältnis zu dem gesamten klassischen Erbe. Dabei ist die Rede nicht nur vom Marxismus, sondern von allen klassischen Theorien : dem strukturell-funktionellen Herangehen, der phänomenologischen Soziologie, der Soziologie von Weber usw. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. Eine Ursache ist in der prinzipiellen Veränderung des Paradigmas der modernen Wissenschaft zu sehen. Die klassischen Sozialtheorien gingen von der Voraussetzung aus, daß uns die Welt für ein ausreichend objektives Verständnis gegeben ist; ihre innere Natur und ihre Gesetze zu begreifen sind und entsprechend zu interpretieren oder dementsprechend zu handeln ist. Nach der sogenannten »Revolution der Physik«, der Entdeckung, daß das Hilfsmittel (Instrument) aktiv auf das Urteil einwirkt, entstanden Zweifel daran, inwieweit die vom Wissenschaftler angewandte Methode nicht auf das Ergebnis einwirkt. Mit anderen Worten: es wurde ein relativ enger Zusammenhang zwischen der angewandten Theorie, Methode und der jeweiligen Interpretation, dem Forschungsergebnis konstatiert. Diese Erkenntnis wurde zur allgemeinen Norm in der Wissenschaft, nicht nur in der Soziologie.

Zum ernsthaften neuen Faktor für das soziale Wissen wurde die Tatsache, daß die klassischen Theorien in dieser oder jener Form von einer sich selbstgenügenden Gesellschaft - einem wenn nicht geschlossenem, so doch einem selbständigen ganzheitlichem System - ausgingen. Im heutigen Prozeß der Globalisierung sind die Massen-

kommunikation, die Wirtschaft und Kultur, alle sich in einzelnen Gesellschaften vollziehenden Prozesse in irgendeiner Form mit allgemein sozialen, globalen Prozessen verbunden. Dafür braucht man eine andere theoretische Sichtweise. Der in den USA lebende Soziologe J. Wallerstein zählt zu jenen, die diese Konzeption aktiv entwikkeln. Außerdem entstanden Zweifel daran, inwieweit die vorhandenen theoretischen Ansätze den Erfordernissen zur Interpretation der Gegenwart entsprechen. In allen Fällen ist es bei der Aufstellung einer Hypothese durch den Soziologen schließlich so, daß er beim Anlegen bestimmter Schemata an die Wirklichkeit schon gewisse Antworten auf die gestellten Fragen vorgibt. Hieraus rührt die Krise der gesamten Soziologie, die auf einer solchen systemstrukturell-funktionalen Analyse der Gesellschaft bzw. auf der Vorstellung der Gesellschaft als ganzheitlichen sozialen Organismus - oder wie bei Marx als Formation - basiert. Es vollzog sich eine abrupte Wende zugunsten der phänomenologischen Soziologie mit dem Versuch, die reale Welt so zu sehen, wie sie von den Menschen selbst gesehen oder in Modellen ausgedrückt wird (wie z.B. P. Berger, N. Luhmann, P. Bordieu). Kurz gesagt: Es gibt kein allgemeingültiges soziologisches Paradigma der Gesellschaft mehr. Wenn man aus den aktuellen Vorgängen in der modernen theoretischen Soziologie einige Ideen hervorheben sollte, so würde ich in erster Linie nennen: die aktive Rolle des sozialen Subjekts. Man muß hierbei die Betrachtungsweise der klassischen Soziologie - u.a. von Marx, Durkheim, Weber, Simmel - ändern. Sie gingen von der Existenz bestimmter ganzheitlicher Systeme, sozialer Institutionen aus, die uns in irgendeiner Form die sich vollziehenden sozialen Prozesse erklären können. Der Mensch, das Individuum paßt sich in irgendeiner Weise an oder arbeitet bzw. wirkt innerhalb dieses Systems, dieser Kultur. Das neue Paradigma besteht darin, daß der Mensch, das Individuum, das soziale Subjekt einen aktiven Beginn der Umgestaltung und des Wechsels dieser Strukturen, zu seinen Gunsten, darstellt. Mit anderen Worten, es hat sich der Akzent verschoben von der Ganzheitlichkeit der sozialen Strukturen hin zur Dominanz der aktiven Rolle der sozialen Subjekte selbst. Beispielsweise veränderten die Anti-Atomkraft-Bewegung sowie die Grünen die gesamte moderne Mentalität der Gesellschaft. Bekannt ist auch, daß die Modernisierungstheorie stark an Einfluß verliert. Das Traditionelle in der Gesellschaft, welches auf dem konservativen System sozialer Normen basiert, wirkt weiter. Die moderne Gesellschaft ist jedoch wesentlich mobiler, dynamischer und flexibler. Auf jeden Fall gewinnen die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften immer mehr an Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben. Die Veränderungen in Technologie und Technik rufen in irgendeiner Form Fortschritte auf den Gebieten der Kultur und aller anderen sozialen Institutionen hervor. Obwohl Marx diesen Gedanken klar herausgearbeitet hat, handelt es sich hierbei nicht um eine rein marxistische Theorie. Sie wird von allen Soziologen geteilt, die von einer Systemsicht auf die Gesellschaft ausgehen. Heute beginnt jedoch jenes sozial-philosophische Paradigma vorzuherrschen, welches wir als »postmodernistisch« charakterisieren. Der Postmodernismus geht

von einem prinzipiellen Pluralismus in den politischen und kulturellen Beziehungen, von Instabilität, Unbestimmtheit und Ambivalenz aller sozialen Bindungen, Beziehungen und letztlich aller Erklärungen bzw. Interpretationen aus.

HELMUT STEINER: Mit welchen theoretischen und methodologischen Instrumentarien sind Deiner Meinung nach diese veränderten Bedingungen und Prozesse wissenschaftlich zu analysieren?

WLADIMIR A. JADOW: Nach der Lehre von T. Parsons konnte sich der in der Sowjetunion existierende reale Sozialismus nicht halten. Wenn die Soziologen heute behaupten, daß der Zusammenbruch des kommunistischen Systems nicht voraussehbar gewesen sei, so ist das falsch. Parsons hat es vorausgesagt. Er bescheinigte der Sowjetunion zwar einen hohen Grad der Industrialisierung, der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung usw., jedoch gleichzeitig das Fehlen eines demokratischen Systems. Kein System kann überleben, wenn einzelne Elemente ausreichend flexibel sind, andere jedoch in konservativen Strukturen verharren. Der demokratische Prozeß mußte also unbedingt das System der Monopolmacht einer Partei oder einer Person zerstören. Diese Prognose ergibt sich aus der Konzeption Parsons. In diesem Zusammenhang ist auch auf R. Dahrendorf zu verweisen.

Diese durchaus ernstzunehmende Theorie kann als wichtiges Instrument der Voraussage voll akzeptiert werden, aber sie kann jedoch nicht alles erklären. Zum Verständnis der sozialen Prozesse ist es deshalb unzureichend, nur mit dieser Theorie zu arbeiten. Man muß sie erweitern, vervollkommnen oder auch andere Theorien hinzuziehen. Hierzu zählt die kulturwissenschaftliche Theorie in all ihren Bestandteilen. So vollziehen sich die aktuellen Geschehnisse in unserem Land unter dem starken Einfluß jener kulturellen Rückständigkeit, jenes langjährigen Zurückbleibens der kulturellen Entwicklung hinter den realen gesellschaftlichen Prozessen. So ergab eine Vergleichsstudie unseres Instituts zur kulturellen Entwicklung von 40 verschiedenen Staaten, daß Rußland in kultureller Hinsicht viel näher zu Deutschland, Ungarn, Litauen und Estland tendiert, also zu Ländern mit einer völlig anderen historischen Kultur. Das kulturelle Erbe wird mithin auf absehbare Zeit ein ernsthafter Parameter sein.

Ein weiteres nennenswertes Problem ist in diesem Zusammenhang die Frage der neuen sozialen Identifikation der Persönlichkeit. Wie verändert sich die Identität der Menschen? Man kann verallgemeinernd sagen, daß die Menschen das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten sozialen Gruppe verlieren und daß eine strenge Hierarchie der Identitäten fehlt. Den ersten Platz nehmen wohl die Familie und die unmittelbare soziale Umgebung ein. Erst sehr weit hinten kommen solche sozialen Gemeinschaften wie das Volk, die Heimat oder auch die berufliche Identifikation. Wenn wir schon von mehreren Theorien der Identifikation ausgehen, so können wir auch auf eine Vielzahl von Erklärungen des Identifikationsprozesses selbst stoßen. Eine Erklärungslinie geht z.B. von Freud aus - die psychoanalytische

Tradition. Sie war in den 60er Jahren durch D. Riesmann und H. Marcuse einer heftigen Kritik unterzogen worden. Beide wiesen darauf hin, daß der moderne Mensch im Unterschied zum traditionellen in eine Vielzahl von Organisationen und Verbindungen eingebunden ist. Er verliert sich in einem »Superego«, d.h. in einem strengen System normativer Vorschriften. In den einzelnen Organisationen können durchaus unterschiedliche Normative vorherrschen. Weil das strenge System der Normative aufgeweicht wird und seine soziale Kontrollfunktion verliert, wird er entweder zum Menschen ohne Rückgrat, entfremdet sich oder er wird zum Neurotiker. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Situation wählten weitere Konzeptionen andere Ausgangspunkte. Zu den kritischen Richtungen zählt die kognitivistische Psychologie. Deren Anhänger gehen davon aus, daß die Menschen die soziale Welt durch simple Kategorisierungen vereinfachen (z.B. gleichartiges Denken zweier Raucher, weil sie Raucher sind). Die soziale Identifikation vieler Menschen vollzieht sich heute unter dem Einfluß der modernen Massenkommunikation, der Propaganda. Sie entnehmen diese Kategorien den Reden von Politikern, aus der Presse und dem Fernsehen, weil die reale Erfahrung ihnen nichts erklären kann. Frühere persönliche Erfahrungen sind nicht mehr instruktiv. Die Welt hat sich verändert und das frühere System sozialer Verhaltenstypen und -regeln funktioniert nicht mehr. Der Mensch muß auf das zurückgreifen, was ihm durch die Massenmedien vermittelt wird. Die kognitivistische Theorie erklärt also sehr gut, wie das heutige System der sozialen Identifikation funktioniert. Die Freudsche Theorie gilt augenscheinlich nur für die erste Ebene, bei der Identifikation mit der Familie und der näheren sozialen Umgebung. Die Formierung breiterer sozialer Ebenen wird durch sie kaum erklärt.

Eine weitere Erklärung geben die Behavioristen. Sie gehen davon aus, daß der Mensch seine Identifikation kontextuell entwickelt. D.h., in einem bestimmten sozialen Kontext, unter bestimmten Bedingungen identifiziert er sich mit einer Gruppe, weil es für das Erreichen eines bestimmten Ziels sinnvoll erscheint. In einer anderen Situation wird er sich mit einer anderen Gruppe identifizieren, weil ein anderes Ziel erreicht werden soll.

Je instabiler und veränderlicher eine Situation ist, desto unwahrscheinlicher ist die Ausprägung einer festen Hierarchie der Identifikation. Mit zunehmender Mobilität, Instabilität und Ambivalenz wird das System der hierarchischen Identifikation völlig verschwinden. Es bilden sich jedesmal instabile, neue Identitäten heraus, die der jeweiligen Situation, dem jeweiligen Ziel dienlich sind. Damit sind m.E. auch viele ethnische Konflikte erklärbar. Man versteht, warum sich Menschen heute urplötzlich einer bestimmten Kultur oder Nationalität zuordnen, obwohl sie inmitten anderer Kulturen und Nationen leben.

Keiner der Theorien steht das Prädikat der Ausschließlichkeit zu. Keine Theorie ist absolut falsch oder richtig. Vielmehr erfaßt jede Theorie einen wichtigen Moment, der uns das komplexe Verständnis der sozialen Prozesse in der Gesellschaft erst ermöglicht. Dieses

absolut pluralistische Herangehen ist eine Kennzeichen der theoretischen und empirischen Soziologie in unserem Land. Dies gilt allerdings nur für die rein akademische Soziologie uneingeschränkt. Die Mehrheit der Wissenschaftler ist mit angewandter Soziologie des Alltags beschäftigt, die Geld bringen muß. Hierzu gehören Meinungsforschung und Marketing. Etwa 95 Prozent der Soziologen leben von Aufträgen, können und wollen gegenwärtig nicht an akademische Forschungstätigkeit denken. Auch verspürt ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitarbeiter an Akademie-Instituten den Wunsch nach Auftragsarbeiten. Einerseits beobachten wir heute einen ausgeprägten Theorien-Pluralismus, andererseits schwindet das Interesse an theoretischen Fragen.

HELMUT STEINER: In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich auch zu fragen: welchen Platz nimmt für die wissenschaftliche Forschung die marxistische Methodologie ein? Was bedeutet Deiner Meinung nach Marx'sche Methode für die Soziologie heute? Bekanntlich haben sich in der Soziologie-Geschichte theoretische Repräsentanten der verschiedenen Generationen, auch der nichtmarxistischen Soziologie - ich nenne nur M. Weber, J.A. Schumpeter, A. Giddens, P. Bordieu - zu ihrem ständigen intellektuellen Dialog mit Marx bekannt. Was bedeutet das für uns - mit der marxistischen Tradition und Denkweise Vertrauten - für die gegenwärtige Soziologie?

WLADIMIR A. JADOW: Meine ganz persönliche Meinung dazu ist folgende: Am besten hat dies der polnische Soziologe Pjotr Sztompka (Kraków) in seinem jüngsten Buch »Das Werden der Gesellschaft« (1992) zum Ausdruck gebracht. Als Ausgangspunkt dient ihm die These, daß es bei Marx zwei Linien gibt: Erstens, den Marx, der die aktive Rolle des sozialen Subjekts, der sozialen Klassen und der Persönlichkeit unterstreicht. Diese Linie entwickelten Lukacs, Labriola, Gramsci und in bestimmter Hinsicht die Frankfurter Schule. Zweitens, gibt es den anderen Marx, der Systemhaftigkeit, die Dominanz der ökonomischen Beziehungen usw. unterstrich. Beide Linien waren Marx gleichermaßen wichtig. Er arbeitete einfach zunächst an einem Schwerpunkt, ging dann zum Problem der Formationen über und in späten Arbeiten versuchte er bekanntlich, zum Einfluß verschiedener Kulturen, Zivilisationen zurückzukehren. Er hatte ja sehr klare Vorstellungen von der asiatischen Produktionsweise. Aber alles, was uns aus dem »Kapital« bekannt ist, basiert ja auf den Erfahrungen der westlichen Zivilisation, der Geschichte Deutschlands, Englands, Frankreichs. Danach wandte er sich erneut der asiatischen Produktionsweise, der asiatischen Zivilisation zu. Und damit wäre die marxistische Soziologie oder Sozialphilosophie eine Einheit. In unserem Land war jedoch ebenso wie in der DDR nur der zweite Marx akzeptiert. Es liegt auf der Hand, warum die Subjektlehre von Marx fehlte: sie war für ein totalitäres Regime völlig unbrauchbar. Wenn man also heute über Marx spricht, so wird die Marx'sche Subjekt-Thematik immer auf dem ersten Platz in der gesamten Soziologie rangieren. Die Entwicklung des Subjekts ist nun einmal das wichtig-

ste Problem in der modernen theoretischen Soziologie. Die von Marx mit den objektiven sozialen Bedingungen verknüpften Fragen der Entfremdung, der Potenzen des Subjekts bleiben auch heute aktuell und produktiv.

Was die Wahrnehmung von Marx in unserer gegenwärtigen russischen Soziologie angeht, so ist sie m.E. völlig ungerecht. Die Prozesse in der sowjetischen Gesellschaft schlugen in eine Ablehnung von Marx um. Den Soziologen ist es jetzt peinlich, sich auf Marx zu berufen. Es wird noch eine Weile dauern, bis hier ein gerechtes Gleichgewicht, das es zum Teil in der westlichen Soziologie bereits gibt, wiedergefunden wird. Kein ernstzunehmender Forscher kann heute arbeiten, ohne Marx zu berücksichtigen. In meinem Verständnis gilt Marx als der geniale Denker, der großen Einfluß auf die heutige Meinungsbildung über die soziale Gemeinschaft hat. Wenn Marx vom sich selbsterkennenden Proletariat sprach, so ist dies auf jedes beliebige soziale Subjekt zu übertragen.

Ich möchte sogar behaupten: Die Analyse der Vergangenheit und Gegenwart unserer Gesellschaft und der in ihr verlaufenden gesellschaftlichen Prozesse ist ohne Marx, d.h. die Marx'sche Methode, undenkbar zu leisten.

HELMUT STEINER: Außer Deiner Funktion als Direktor des Akademie-Instituts bist Du gleichzeitig Co-Vorsitzender der Soziologischen Gesellschaft Rußlands sowie Vize-Präsident der Internationalen Soziologischen Assoziation (ISA). Im nächsten Jahr wird der im Abstand von 4 Jahren tagende Weltkongreß für Soziologie erstmalig in Deutschland, in Bielefeld, stattfinden. Du bist Mitglied des Programm-Komitees: welche wissenschaftlichen Impulse, sozialen Innovationen und Ideen erwartest Du und wünschst Du Dir von diesem Kongreß?

WLADIMIR A. JADOW: International ist in der Soziologie erneut ein spürbares Interesse an allgemein-sozialen Theorien zu beobachten. In den 60er Jahren war dieses Interesse - besonders unter dem Einfluß amerikanischer Soziologen - ruckartig zurückgegangen. Bis auf Parsons, Merton und einige andere hatten die Amerikaner nie ein ausgeprägtes theoretisches Interesse. Sie bevorzugten stets empirische, angewandte Forschungen. Eine mögliche Ursache ist in den andauernden Budgetkürzungen für die Hochschulsoziologie zu sehen.

Das gegenwärtige globale Interesse an theoretischen Fragen ist m.E. durch die Unbeständigkeit der gegenwärtigen Welt hervorgerufen worden. Z.B. bedürfen große soziale Bewegungen wie die Perestroika einfach einer theoretischen Aufarbeitung. Je größer das Interesse an theoretischen Fragen ist, desto umfangreicher sind die Möglichkeiten, verschiedene theoretische Herangehensweisen an die Erforschung einer Erscheinung zu vereinen. Der vor drei Jahren in Madrid stattgefundene Welt-Kongreß stand unter dem Titel »Viele Theorien für eine Welt - oder eine Theorie für viele Welten?« Zentrales Kongreßthema war also die Frage nach der Möglichkeit, eine

universelle soziale Theorie - brauchbar für verschiedene Kulturen, Völker und Arten der gesellschaftlichen Entwicklung - zu erstellen. Die Antwort lautete: Votum für einen theoretischen Pluralismus. Jede Theorie ist mehr oder weniger adäquat für das Verständnis der sozialen Veränderungen in der jeweiligen Gesellschaft oder in der ganzen Welt.

Auch der bevorstehende Kongreß in Bielefeld steht unter einem sehr charakteristischen Titel: »Sich überschneidende soziale Strukturen und sich verändernde Solidaritäten«.D.h., die Rede wird von sich infolge flexibler sozialer Bindungen und gesellschaftlicher Beziehungen verändernden Identifikationen der Völker, Gemeinschaften und einzelner Individuen sein. Erneut wird das soziale Subjekt, seine institutionellen Anbindungen und seine Freiheiten zur Umwandlung sozialer Strukturen und Institutionen im Vordergrund stehen. Das ist eine der aktuellen Tendenzen in der modernen Soziologie. Eine andere besteht in einer ernsthaften Skepsis gegenüber positivistischen Sichtweisen in der Methodologie, d.h. die Möglichkeit, mit Hilfe eines festen Rahmens quantitativer Methoden die Richtigkeit der einen oder anderen Hypothese zu prüfen. Die Nutzung eines solchen mathematisch-statistischen Apparates, die Quantifizierung soziologischer Erscheinungen, der Versuch, soziologische Veränderungen mittels statistischer Daten und mathematischer Formeln zu erfassen und zu analysieren - all das ist schon eine Annäherung an die Naturwissenschaften, eine naturalistische Sicht in der Soziologie.

In der modernen Soziologie sind also zwei Richtungen zu beobachten: Erstens, eine Skepsis gegenüber den klassischen Theorien und die Suche nach einem neuen erklärenden Paradigma, das die Rolle des sozialen Subjekts favorisiert. Zweitens, der Versuch, eine neue Methodologie zu nutzen, die vor allem auf der quantitativen Analyse basiert und die Aufstellung neuer Hypothesen gestattet.

HELMUT STEINER: Mit welchen Beiträgen werdet Ihr Euch beteiligen?

WLADIMIR A. JADOW: Auf dem bevorstehenden Kongreß in Bielefeld werden sich die Referate meiner Landsleute und mir vor allem mit Veränderungen in der sozialen Struktur, der Entstehung neuer sozialer Schichten, der Reflexion der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Menschen, dem Konservatismus bzw. Dynamismus im Massenbewußtsein und Wertesystem und der sozialen Identifikation beschäftigen. Von großem Interesse werden alle Vorträge zum Individuum in der sich verändernden Gesellschaft sein. Wir müssen einfach verstehen, was mit dem Menschen in seiner dynamischen Umwelt passiert. Es gibt zwei Paradigmen: Erstens, das adaptive Modell. Wie schnell und auf welche Art passen sich die Menschen an veränderte Bedingungen an? Welcher Strategie bedienen sie sich hierbei? Möglich sind zwei Strategien: die Abwendung von der Gesellschaft oder die Anpassung an die neuen Bedingungen in Gestalt zunehmender Aktivität, neuer Motivationen, hoher Mobilität usw. Zweitens, das konservative Modell. Es beinhaltet den Versuch, an einem Zustand festzuhalten, zurückzuschauen.

Ausgewählte Beiträge W. A. Jadows in der Moskauer Zeitschrift »Sociologiceskie Issledowania« aus den letzten Jahren
1989, Nr. 6: Sozialstrukturelle Gemeinschaften als Subjekte der Lebenstätigkeit
1990, Nr. 2: Nachdenken über den Gegenstand der Soziologie
1992, Nr. 4: Die humanistische Richtung in der Soziologie arbeitet an der Rettung der Welt. Interview

Weitere Arbeiten Jadows: Die Soziologie der Perestroika. Moskau 1990
Soziale Strukturen und soziale Subjekte. Moskau 1992

HELMUT STEINER: Abschließend möchte ich Dich noch fragen: wie bestimmst Du auf Grund Deiner inzwischen Jahrzehnte währenden wissenschaftlichen, politischen und persönlichen Erfahrungen die humanistische Aufgabe der Soziologie und das Berufsethos des Soziologen mit dem Blick auf das Jahr 2000?

WLADIMIR A. JADOW: Die Hauptaufgabe der modernen Soziologie sehe ich darin, unter Nutzung der Presse ein Maximum an Informationen über und Verständnis für die aktuellen gesellschaftlichen Prozesse zu vermitteln. Man muß sich diverser operativer Publikationsmöglichkeiten bedienen, da die heutige Zeit sehr dynamisch ist, wissenschaftliche Publikationen bis zum Erscheinen schnell veralten und langatmige akademische Darstellungen auf wenig Interesse stoßen. Um der Gesellschaft wirklich helfen zu können, sind die Kanäle der Massenmedien - Zeitschriften und Zeitungen, Radio, TV - von den Soziologen zu nutzen. Eine andere wichtige Aufgabe erfüllen jene Soziologen, die im Auftrag von Regierungsstellen Reaktionen des Volkes auf wirtschaftliche Reformen erfassen und analysieren. Für Parlament, Präsident u.a. Machtstrukturen ist das Wissen um die Vorgänge in der Gesellschaft von großer Bedeutung. Leider werden die von den Soziologen gelieferten Daten nicht immer genügend beachtet. Das war schon immer so. Unser System hat sich offensichtlich noch nicht auf jenen Normalzustand eingepegelt, daß Expertenmeinungen ernst genommen werden. Die entscheidende Rolle spielen immer noch konjunkturell bedingte Vorstellungen zu besonderen Situationen.

Ich sehe also zwei Hauptaufgaben: Erstens, die Pflicht zu umfassenden, offenen und greifbaren Informationen an die Gesellschaft. Zweitens, die Pflicht zu detaillierten Informationen an die Machtorgane.

Es kann nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, die eine oder andere Ideologie zu unterstützen. Wir müssen vielmehr die realen Prozesse darstellen und die Reaktionen der Menschen auf verschiedene Erscheinungen verdeutlichen; ob sie diese als gerecht oder ungerecht bewerten. Es ist jedoch eher Aufgabe der Politiker, die Konzeption einer gerechten Gesellschaft auszuarbeiten.

HELMUT STEINER: Ich danke Dir für das Interview und wünsche Dir und Eurem Institut wissenschaftliche Ergebnisse, öffentliche Anerkennung und hoffentlich einigermaßen sichere Perspektiven. Vor allem möchte ich Dir für Deine kontinuierliche Mitarbeit in »UTOPIE kreativ« danken.

WLADIMIR A. JADOW: Ich freue mich, daß sich unsere Freundschaft über alle Ereignisse der Jahrzehnte seit den 60er Jahren bewährt hat und ich möchte zugleich über »UTOPIE kreativ« alle meine alten und neuen Freunde in Deutschland grüßen.

Das Interview wurde übersetzt und gekürzt von Dr. MARION KUNZE

Von W. A. Jadow erschienen in UTOPIE kreativ bisher:
Soziale Prozesse der Perestroika, H. 13
Der russische National-Sozialismus veröffentlicht ein Manifest, H. 27/28, 1993
Die Herausbildung neuer sozialer Identitäten in der sich verändernden post-totalitären Gesellschaft, H. 29/30, 1993

Christine Ostrowski
Die öffentliche Meinung, die Wahlen und die PDS

Christine Ostrowski - Jg. 1946, Lehrerin für Mathematik und Physik, Vorsitzende des Stadtvorstandes Dresden der PDS

Niemandem kommt in den Sinn, sich heute in der Mode von vor hundert Jahren zu kleiden. Kaum jemand plaziert sich zum Sonnenbaden in die Mitte eines Neubaugebietes, selbst wenn dort ein Stückchen Wiese ist. Keiner legt in einer offiziellen Beratung die Beine auf den Tisch. Es ist jedem unangenehm, auf offener Straße der Länge nach auszurutschen. Jeder schämt sich, falls er sich in einem Restaurant die Suppe über die Hose gießt. Noch schlimmer: jemand öffnet eine Toilettentür, dort aber sitzt schon ein anderer, der vergessen hat, abzuschließen. Komisch, nicht wahr?

Denn beim Sonnenbaden stört man keinen Menschen, hinzufallen ist menschlich, die Suppe auszuschütten ebenso und die Beine auf den Tisch zu legen, ist sogar wesentlich gesünder als jede andere Sitzhaltung. Es gibt keine juristischen Gesetze, die das Hinfallen, das »Suppe-ausschütten«, das Tragen unmodischer Kleidung, das Sonnenbaden, das »Beine-auf-den-Tisch-legen« verbieten und unter Strafe stellen. Dennoch! Man legt die Beine nicht auf den Tisch; *weil das unanständig ist.* Man badet nicht im Wohnviertel in der Sonne, *man badet im extra deshalb eingerichteten Freibad.* Man fällt nicht auf der Straße hin; *die Straße ist zum Laufen da.* Man verspeist die Suppe rechtshändig mit dem Löffel aus dem Teller *und gießt sie nicht täppisch auf die Kleidung.* Man rennt nicht in einem Kostüm der Jahrhundertwende herum, *weil es nicht Mode ist.*

Was wirkt hier eigentlich?

Jeder weiß: DAS macht man nicht, DAS tut man nicht, DAS gehört sich nicht, DAS sagt man nicht.

Und jeder weiß, wenn er ES doch macht, wenn er ES doch tut, wenn er ES doch sagt, dann setzt er sich der Verachtung, dem Spott, dem Verlachen, der Isolation durch die Mitmenschen oder sogar seiner Ausgrenzung aus.

Es wirkt also so etwas wie ein »ungeschriebenes Gesetz«. Etwas, das man kennt, das man spürt, das man zwar nicht exakt definieren kann, das aber offenbar sehr stark ist, denn es zwingt Menschen dazu, ES zu befolgen.

Dieses ETWAS ist die öffentliche Meinung. Der Mensch muß die öffentliche Meinung bei Strafe seiner Isolation befolgen. Diese Strafe ist zwar nirgendwo festgeschrieben, aber trotzdem für jeden Menschen fühlbar. Der einzelne fürchtet sich, wenn er gegen ungeschriebene Gesetze verstößt oder eine Ansicht äußert, die nur von einer Minderheit vertreten wird und er die Mißachtung der anderen erleben

muß. Er hat Angst vor peinlichen Situationen, vor Klatsch, vor Gerüchten, vor Demontage, vor sozialem Boykott; er besitzt eine empfindliche soziale Haut, er will sich nicht isolieren, er will nicht sein Gesicht verlieren.

Die Angst vor Isolation ist in ihm als Instinkt verankert, und es spielt keine Rolle, ob ihm das bewußt ist oder nicht, und die Furcht sitzt auch dann in ihm drin, wenn er selbstsicher betont, daß es ihm »egal ist, wie andere Menschen über ihn urteilen«.

Viele haben sie kennengelernt, diese Isolationsfurcht, damals: Ende 1989/Anfang 1990, als das gesellschaftliche Urteil so an Gewicht gewann, daß es von vielen PDS-Mitgliedern als direkte Gefahr empfunden wurde, unabhängig davon, ob diese Gefahr real vorhanden war, und als die meisten der noch in der Partei verbliebenen Mitglieder sich ins Mauseloch verkrochen; noch heute haben viele diese Angst nicht völlig überwunden. Mir geht zum Beispiel bis jetzt das Gespräch mit einer Genossin nicht aus dem Sinn, die damals in angstvollem Entsetzen fürchtete, durch die aufgeputschte Masse an der nächsten Laterne aufgehangen zu werden. Ihre Todesangst war zwar extrem, aber sie entstand, weil sich die öffentliche Meinung zu jener Zeit ausgesprochen angeheizt und aufgeputscht gegen die SED und deren Nachfolgerin richtete. Daß kein Lynchmord an einen SEDler oder PDSler vorkam; im Gegenteil, daß diese »Revolution« durch eine disziplinierte Bevölkerung gemacht wurde, die wöchentlich montags nach der Arbeitszeit mit Kerzen demonstrierte, daß also die realen Fakten die Ängste der Genossin ad absurdum führten, war in ihrem Fall völlig unerheblich. Und ich selbst kann noch heute meine Angst vor den Volkskammersitzungen sofort hervorholen, so sehr hat sie sich mir eingeprägt. Eine Furcht, die nicht auf körperlichen Mißhandlungen gegründet war, sondern auf der andauernden Ausgrenzung im Hohen Haus; der Mißachtung, der Beschimpfung und des Spottes durch fast alle anderen Abgeordneten.

Die SED war...auf alles vorbereitet, nur auf die Gewaltlosigkeit nicht. Der Satz erklärt die SED am besten und am bittersten.
Christine Ostrowski, in: Neues Deutschland, 1. November 1993

Von der öffentlichen Meinung geht also ein großer Druck auf den Einzelnen aus; sie ist offenbar eine gewaltige politische und soziale Macht. Und sie nimmt niemanden aus dem Druck heraus; auch Regierungen nicht. Ein Möllemann stolperte nicht über die lächerliche Kleinigkeit eines Chips, sondern stürzte durch die öffentliche Meinung, die gegen ihn war. Ein »Ananas-Krause« noch mehr.

Kein Herrscher kann sich an der Macht halten, wenn die »Untertanen« nicht mehr wollen. Die wichtigste Grundlage seiner Macht sind noch vor allen Zwangsmitteln seine persönliche Reputation und das Wohlwollen des Volkes. Wer dies nicht erwerben und halten kann, wird seine Macht verlieren.

Wir waren Zeugen oder Beteiligte dieser spannenden Mechanismen, damals 1989. Erst der Sturz Honeckers. Ein Regierungschef, der alles tat, um seine Unbeliebtheit in's Unermeßliche zu steigern. Wenig später der Abgang seines Nachfolgers. Gerade bei Krenz, der in den wenigen Wochen seiner Regierungszeit ja so viele Fehler nicht machen konnte; im Gegenteil, sich das Volkswohlwollen regelrecht durch Reisegesetz und Maueröffnung erkaufen wollte, half überhaupt nichts. Die öffentliche Meinung war von vornherein gegen ihn; er war

Dimitroff-Prozesse sind es nicht! Ich möchte bei den Angeklagten, etwa auch bei Heinz Keßler, schon spüren, daß ihnen wehtut, was unter ihrer Verantwortung geschehen ist. Das ist doch das Mindeste.
Christine Ostrowski, in: Ebenda.

Ich lebe nicht für meine Partei, ich lebe zuallererst für mich.
Christine Ostrowski, in: Ebenda.

nicht beliebt; man traute ihm keine Wende zu und keine Regierungsfähigkeit; er war nur ein Pionierleiter, selbst die eigenen Parteimitglieder mochten ihn nicht, und so verschwand er, vorrangig sogar durch die Aktivitäten der eigenen Partei, nach einer kurzen Episode bald aus der vorletzten Etappe der DDR. Dann kam Modrow und obwohl er, älter als Krenz, eigentlich noch stärker die SED repräsentierte, hatte er ein positives öffentliches Image als Reformpolitiker, und dieses hielt sich lange Zeit. Er war bei Umfragen stets überwältigend mit ca. 80 Prozent an der Spitze der Politiker, und es hielt sich trotz Fehler der Modrow-Regierung; aber es blieb nur solange, bis die öffentliche Meinung umschlug. Schlagartig nach der Vereinigung sank auch Modrows Beliebtheit und ist bis heute unverändert stabil niedrig. Am Beispiel von Biedenkopf können wir das Phänomen in Sachsen verfolgen. Seine Reputation ist groß, und in einer Zeit, in der die Stimmung gegenüber der CDU negativ umschlägt, ist sie sogar gewachsen. Er ist ein Politiker, der offenbar mit den Gesetzen der öffentlichen Meinung bewußt und geschickt umzugehen weiß.

Die Isolationsfurcht von Menschen beeinflußt auch große politische Entscheidungen. Zum Beispiel lagen in der alten Bundesrepublik im Wahljahr 1965 die beiden Parteien CDU/CSU und SPD in der Zahl ihrer Anhängerschaft gleichauf, Kopf an Kopf. Dieselben Menschen jedoch, die zu gleichen Teilen zur Anhängerschaft beider Parteien gehörten, erwarteten deutlich einen Wahlsieg der CDU/CSU. Eigentlich unverständlich, und es schien, als seien beide Messungen auf unterschiedlichen Planeten vorgenommen worden. Und ganz am Ende kam der Mitläufereffekt. Wie von einer Strömung wurden 3 bis 4 Prozent der Wähler in Richtung der allgemeinen Siegeserwartung getragen. Diese »rätselhafte« Erscheinung wiederholte sich 1972, nur dann in Richtung der SPD. Oder auch 1990, das haben wir selbst erlebt, da von der SPD in Richtung »Allianz für Deutschland«.

Da die Anhängerschaft der politischen Lager in allen Fällen nahezu gleich verteilt war, hätte dieses Ergebnis überhaupt nicht eintreten dürfen.

Es trat aber ein. Woran lag das?

Die Menschen nehmen in der Öffentlichkeit nur die Redebereiten wahr; die Schweigenden nicht. Wenn nun ein Lager schweigt, das andere aber siegessicher und selbstbewußt redet, entsteht der Eindruck, die sprechende Seite sei stärker. Da sich der einzelne vor Isolation ängstigt und nicht auf der Verliererseite ankommen will, die öffentlich geächtet wird, entscheidet er sich in der letzten Minute für den voraussichtlichen Gewinner.

Aktuelle Bestätigung dieser Erscheinung, in umgekehrter Hinsicht allerdings, ist die Solidarität zu Bischofferode. Sie ist im Vergleich zur Zahl abgewickelter und gekündigter Menschen in der Öffentlichkeit verschwindend gering, jedenfalls in Form von sichtbaren Protesten; was darauf aufmerksam macht, daß sich die öffentliche Meinung noch nicht grundlegend geändert hat, maximal zaghaft eben einen Wandel beginnen könnte.

Nun nützt es uns wenig, die Prozesse öffentlicher Meinung zu mißachten; gar verächtlich auf das »dumme« Volk, das die CDU und

die DM wählte und sich ständig nach der Mehrheitsmeinung richtet, herabzuschauen. Oder zu glauben, die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung sei opportunistisch.

Da wir ein maximales Wahlergebnis erreichen wollen, kommt es wohl viel eher darauf an, die Mechanismen der Bildung, Wirkung, Veränderung von öffentlicher Meinung zu durchschauen und sie bewußt zu nutzen, um das Meinungsklima zu unseren Gunsten zu verändern.

Wir müssen also eine solche Politik betreiben, die gewährleistet, daß wir unsere Position öffentlich ohne Isolationsgefahr zeigen können (die Regierungspartei ist uns in diesem Falle ein ausgezeichneter Zuarbeiter) und daß die vorher gültige Position nicht mehr ohne Isolationsfurcht geäußert werden kann.

Die große Masse der Menschheit verhält sich nach einem Instinkt, der bestimmt ist von der Angst vor Isolation.
Christine Ostrowski, in: Ebenda.

Erinnern wir uns noch einmal, wie sich aus der Vielzahl öffentlicher Meinungen eine herrschende herausbildet:

Die Isolationsfurcht veranlaßt die Menschen, sich ständig zu vergewissern, was an Meinungen und Verhaltensweisen in der Umwelt gebilligt und was mißbilligt wird und welche Meinungen zu- und welche abnehmen. Langjährige demoskopische Untersuchungen »Was meinen Sie, wie die Mehrheit über...denkt?« im Vergleich mit der konkreten Frage »Wie denken Sie über...?« belegen, daß die Wahrnehmung des Meinungsklimas und seiner Veränderungen fast ohne Verzerrungen von den Individuen registriert wird. Wenn Menschen glauben, in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung zu stehen, beteiligen sie sich selbstsicher am öffentlichen und privaten Gespräch und zeigen ihre Überzeugung in der Öffentlichkeit (Aufkleber, Sticker, Presse, Infostände, u.a.). Wenn sie meinen, in der Minderheit zu sein, werden sie vorsichtig, unsicher, schweigsam und verstärken gerade damit noch weiter den Eindruck der Schwäche dieses Lagers, bis dieses ganz untergegangen ist. Auch hier will ich noch einmal die Aktionen zu Bischofferode als Beispiel anführen. Auf den Aktionstagen im Ort war von vornherein klar, welche öffentliche Meinung in dieser »Mikrowelt« dominieren würde. Folgerichtig waren alle Teilnehmer ausgesprochen selbstbewußt in ihrer Redebereitschaft.

Oder anders ausgedrückt: Wenn eine Minderheit in der Öffentlichkeit redet, verstärkt sie den Eindruck von der Stärke dieses Lagers und kann damit öffentliche Meinung beeinflussen!

Nun muß ich etwas zur »Öffentlichkeit« sagen; zur Umwelt also, die den Einzelnen umgibt und die er ständig mit seinem Sinn erfaßt und die für seine Meinungsbildung wichtig ist.

Bei der Umweltbeobachtung nutzt der Mensch zwei Quellen: erstens seine unmittelbare Umgebung (direkte Wahrnehmung) und zweitens die Inhalte der Medien (indirekte Wahrnehmung). Die Quellen mögen bei dem einen umfangreicher sein als bei dem anderen- die alleinstehende Rentnerin hat einen engen Bekanntenkreis und kauft nur ab und an die Bildzeitung; der Politiker kennt zahlreiche Personen und hat Zugang zu dutzenden, ja hunderten Presseorganen etc. - dennoch bleiben es dieselben.

Da das direkte Umfeld des einzelnen, wie groß es auch sein mag,

immer begrenzt ist, prägen die Massenmedien vorwiegend den Eindruck, den der Mensch vom gesellschaftlichen Meinungsklima und seiner Richtung hat. In vielen Fällen ist das Individuum sogar fast völlig auf die Berichterstattung in den Medien angewiesen. Kaum einer fährt nach Jugoslawien, um sich an Ort und Stelle seine Meinung zu bilden; keiner ist in Somalia dabei; nur wenige direkt im Bundestag; von der Teilnahme an Parteitagen der etablierten Parteien sind sie sowieso ausgeschlossen, u.s.w., u.s.f. Was dort passiert, erfahren die Individuen über die Zeitungen, den Rundfunk und das Fernsehen, und ihre Urteilsbildung über das öffentliche Stimmungsklima kann an den Massenmedien nicht vorbeigehen; ja, ist direkt durch diese beeinflußt und bestimmt.

Was nicht in der Zeitung steht, findet nicht statt.

Die Medien übernehmen also die Meinungsbildungsfunktion in der einen oder der anderen Richtung. Das geschieht nicht vordergründig dadurch, daß die Medien die Instrumente eines (anonymen) Kapitals sind, sondern dadurch, daß die Journalisten ihre persönliche Sicht auf das Thema verarbeiten (primitiv ausgedrückt: ein CDU-Journalist betrachtet ein Thema anders als ein SPD-Journalist oder ein ND-Redakteur u.s.w.; das ist im übrigen zu verfolgen, wenn man die Zeitungen ohne ideologische Scheuklappen liest). In der Bevölkerung wird sich derjenige Standpunkt durchsetzen, der in den Medien vorherrscht, weil aufgrund der von den Massenmedien gelieferten Argumente den Anhängern die Artikulation wesentlich leichter fällt als den Gegnern, deren Standpunkt in den Medien viel weniger vertreten wird.

Der Berufsstand der Journalisten besitzt also große Einwirkungsmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung. Daraus folgt zwingend, daß sich die PDS und ihre Politiker in ihrer Politik auf die Journalisten als Person und auf die Medien stützen müssen; ansonsten werden sie keine wirksame, meinungsverändernde Politik machen.

Was über die PDS nicht in der Zeitung steht, hat nicht stattgefunden oder findet nicht statt. Wenn die PDS nicht in der Zeitung steht, gibt es sie nicht.

Die Sächsische Zeitung, zum Beispiel, hat in der Stadt Dresden 100.000 Abonennten. Bei Berücksichtigung der in einem Haushalt lebenden Personen kann man davon ausgehen, daß ca 150.000 Menschen die SZ täglich in die Hand nehmen. Nun studieren nicht alle Leser alles; setzen wir die Annahme, daß nur die Hälfte von ihnen die PDS-Mitteilung liest, dann sind das immer noch 75.000 Menschen. Diese Zahl ist durch keine Flugblattaktion, durch keinen Infostand oder was auch immer zu erreichen, das versteht sich von selbst. Worum es mir aber geht, ist gar nicht allein die hohe Anzahl »erreichter« Leser; viel wichtiger ist die sozial-psychologische Wirkung auf die Bildung öffentlicher Meinung. In der Presse wird durch die PDS etwas öffentlich gesagt; hier hat ein politisches Lager, ohne isoliert zu werden, eine Auffassung geäußert; sie ist demzufolge schon keine krass isolierte Meinung mehr, sie ist tausenden Menschen zugänglich und wenn der einzelne Leser diese Auffassung weitergibt, ist seine Furcht vor Isolation weniger hoch, als wenn er zum Beispiel diese

PDS-Positon in einer schmal besuchten PDS-Veranstaltung vernimmt.

Was in der Zeitung steht, hat stattgefunden oder findet statt.

Die Medien sind also das entscheidende Vermittlungsglied zwischen unseren Meinungen und denen der Bevölkerung. Nicht tausend Flugblätter, nicht ein Infostand, nicht eine Veranstaltung, u.s.w., womit ich nicht behaupte, daß diese Formen unnütz seien (im Gegenteil, die psychologische Wirkung auf PDS-Mitglieder ist ungeheuer positiv, was wiederum Rückwirkungen auf ihre Redebereitschaft hat), sondern nur feststelle, daß Flugblätter, Infostände und Veranstaltungen, u.s.w. der direkten Umweltbeobachtung eines geringen Kreises der Individuen dienen; die Medien aber der indirekten Umweltbeobachtung eines viel, viel größeren Teils der Menschen und damit gesellschaftliches Meinungsklima beeinflussen.

Auch Einzelpersonen, Intellektuelle, Künstler, Politiker, u.s.w, sind in der Lage, öffentliche Meinung zu verändern, wenn sie ohne Isolationsangst sind oder diese beherrschen können. Aber selbst dieser Personenkreis wirkt nur dann auf die Veränderung des Meinungsklimas ein, wenn er Zugang zu den Medien hat oder fähig ist, sich diesen Zugang zu verschaffen. Anderenfalls wird er nicht oder nur von einem kleinen Teil gehört und schweigt für die Öffentlichkeit. Mein 26tägiger Hungerstreik, in Verbindung mit dem öffentlichen Kalisalzverkauf, begonnen zum richtigen Zeitpunkt, öffnete im Falle von Bischofferode drei Wochen lang täglich die Medientür für die Dresdener PDS und beeinflußte die öffentliche Meinung in Dresden zum Arbeitskampf der Kumpel. 13.000 DM Spenden, vorrangig aus der Dresdener Bevölkerung, in nur drei Wochen gesammelt, oder die alle Erwartungen übertreffende öffentliche Sammlung ehemaliger Arbeitsmittel in Dresden als Protest gegen die unsägliche Abwicklungspolitik der Regierung belegen das.

Die Bevölkerung nimmt in den meisten Fällen die Entwicklung des Meinungsklimas, das sie über die Medien erfährt, korrekt wahr.

Dennoch kann es zu einer Situation kommen, in der sich »die Bevölkerung über die Bevölkerung« täuscht.

Das sind Fälle, in denen die demoskopisch ermittelte Häufigkeitsverteilung und die Einschätzung, wie die Bevölkerung denkt, auseinanderklaffen. Wir wissen alle, daß 40 bis 50 Prozent der Bürger es prima fänden, die PDS wieder im Bundestag vorzufinden; daß jedoch die Wahlabsichten für unsere Partei sich momentan bei einem Drittel dieser Prozentzahlen bewegen.

Zu einer Fehleinschätzung der absoluten Größenverhältnisse kommt es, weil ein Lager seine Überzeugung stärker einschätzt als sie in Wirklichkeit ist, und es kommt deshalb dazu, weil das Lager sich in einem weitaus geschlossenen Kommunikationskreis bewegt; sozusagen unter sich ist und bleibt und in diesem Kreis ständig Bestätigung seiner Auffassungen erfährt. Dadurch wird es dazu verführt, diese Auffassung für die vorherrschende öffentliche Meinung zu halten oder für die öffentliche Meinung, die alsbald vorherrschen werde.

Diese »geschlossene Kommunikation« ist aus meiner Sicht eine zunächst natürliche Sache und betrifft alle sozialen und politischen Gruppen. Fast alle Menschen suchen Leute und bewegen sich unter

Daß ich laut sagen und schreiben kann, was ich denke, daß wir Demos machen und in öffentliche Angelegenheiten öffentlich eingreifen können - das ist eine schöne Erfahrung. In der DDR hätte ich sie niemals machen können... Diese gewonnene Freiheit lasse ich mir...nicht wegreden.
Christine Ostrowski, in: Ebenda.

Wir meinen immer, alle im Osten hätten die DDR gleich erlebt. Das aber stimmt nicht. Ein Eppelmann hat die DDR anders erfahren als viele SED-Mitglieder. Christine Ostrowski, in: Ebenda.

solchen, die ihre Anschauungen tragen. In einer kürzlich im MDR stattgefundenen Debatte u.a. zwischen Vaatz und de Maiziére sprach Vaatz mit Heftigkeit, Entschiedenheit und großer Überzeugung mehrmals davon, »daß die Menschen eine Verjährungsfrist von SED-Unrecht strikt ablehnen würden.« Die Menschen aber lehnen eine Verjährung nicht ab; eine ziemlich große Gruppe ist sogar konsequent dagegen; jedoch ist auch Vaatz nicht frei davon, sich über die Meinung der Bevölkerung zu täuschen, wahrscheinlich weil die Kreise, in denen er ständig verkehrt, am laufendem Band seine Auffassung bestätigen. Schäuble, Kohl, Biedenkopf, Diestel, de Maiziere u.a. CDU-Politiker sind da wesentlich gescheiter. Eine Täuschung über die Meinung der Bevölkerung demonstrierte auch der Modrow-Prozeß. Und zwar interessanterweise von zwei Seiten. Ein Teil der politischen Klasse erhoffte sich ein Anheizen der Stimmung unter den Menschen gegen Modrow und gegen die PDS. Das trat nicht ein. Ein Teil der PDS befürchtete demgegenüber eine öffentliche Pauschalverurteilung der gesamten DDR-Geschichte. Das trat auch nicht ein. Beide Lager täuschten sich über die Meinung der Bevölkerung. Denn die tatsächliche Situation war: der Mehrzahl der Menschen war der Prozeß anscheinend egal. Und gegen alle Erwartungen eines Teils der politischen Klasse und gegen alle Befürchtungen eines Teils der PDS sprach ein weiser Richter ein Urteil, das die Meinung der Bevölkerung ziemlich genau traf: Er erteilte Modrow eine Strafe, die eigentlich keine ist.

Die PDS scheint allerdings besonders anfällig für eine geschlossene Kommunikation und der daraus folgenden Täuschung über die dominierende öffentliche Meinung zu sein. Das hat mit dem Altersdurchschnitt der Partei, ihrer Arbeitslosenquote, der geringen sozialen Kommunikation, der psychischen Situation der Mitglieder, dem gesellschaftlichen Gesamtklima gegenüber der Partei, der durch PDS-Mitglieder gelesenen Medien u.a.m. zu tun. Redewendungen wie: »Die Akzeptanz der PDS ist gestiegen«, sind in letzter Zeit ständig zu hören- sie inflationieren regelrecht -nicht nur bei »einfachen« Mitglieder, sondern sogar bei den höchsten PDS-Politikern; auch in Sachsen ist dieser Satz Mode geworden. Aber eine generelle Enttäuschung der Menschen über den Verlauf des Einigungsprozesses muß nicht zwangsläufig mit einer steigenden Akzeptanz der PDS, gleich gar nicht mit Wahlabsichten gegenüber dieser Partei, einhergehen. Und wir alle kriegten, zurecht denke ich und gottseidank, einen Dämpfer mit den Umfrageergebnissen von ISDA und vom Leipziger Institut, die sich nämlich bei ca 5 Prozent (ohne Berücksichtigung der Nichtwähler) für die PDS im Lande Sachsen trafen und mit unseren Wunschvorstellungen, wie die sächsische Bevölkerung denke, so gar nicht recht zusammengehen will.

Und ich glaube, wir müssen sehr aufpassen, uns (als Bevölkerung) nicht über die Bevölkerung zu täuschen. Es täte uns in jedem Falle immer gut, unsere eigenen Emotionen zurückzunehmen und statt dessen zu analysieren, welches Bild der PDS (und ob überhaupt) den Bürgern aus den Medien entgegenkommt.

Ich kann nicht beurteilen, ob andere Landesvorstände ein besseres

öffentliches Antlitz als der Landesverband Sachsen abgeben; aber ich bemerke sozusagen mit dem Blick eines »normalen Bürgers«, daß über den Landesverband der sächssichen PDS relativ selten etwas in den Zeitungen und im Funk zu erfahren ist, daß ich nur minimal von den PDS-Spitzenpolitikern des Landes etwas in den Medien vernehme und mir eigentlich überhaupt kein Bild über die Landes-PDS bekannt ist. Sie steht nicht in den Zeitungen; also gibt es sie nicht. Das müssen wir ändern, wenn wir Meinungsklima beeinflussen wollen, das sich in einem gutem Wahlergebnis für die PDS niederschlägt.

Nun hat es keinen Zweck, über die Medien zu klagen. Erstens verändert Barmen nichts, und zweitens hängt es nach meiner Erfahrung wesentlich von uns selbst ab, ob wir in die Medien kommen. Wenn es uns zum Beispiel gelänge, für das beabsichtigte Volksbegehren zur sächsichen Verfassungsnovellierung (Grundrechte) 450.000 Unterschriften zu sammeln, könnte keine Zeitung mehr an uns vorbei, und ich reibe mir jetzt schon die Hände vor Freude bei der Vorstellung, wie Biedenkopf oder Kunckel oder andere Politiker im heißesten Wahlkampf erklären wollen, daß sie gegen ein Recht auf Arbeit sind. Sie werden in die Defensive kommen; wir in die Offensive; sie werden zum Schweigen verurteilt, höchstens schimpfen können sie noch, aber die berühmten 40 Jahre ziehen nicht mehr; wir werden reden und wir können damit Selbstbewußtsein und Stärke demonstrieren und Meinung machen!

Wir kommen in die Medien mit intelligenten, originellen Politikideen, die psychologisch nicht an den Menschen vorbeigehen, mit interessanten Persönlichkeiten, die sich den Menschen einprägen. Und mit einer Sprache, die Menschen verstehen und die Menschen nicht abschreckt.

Wir kommen nicht in die Medien mit langweiligen Politikern, mit allgemeinen Textbleiwüsten und klassischen Statements. Wir kommen nicht in die Medien, wenn wir nichts anzubieten haben, das die Gewähr bietet, daß sich viele Menschen dafür interessieren und wir das »richtige« Thema in »richtiger« Weise verarbeitet haben. Und ebenso kommen wir nicht in die Medien, wenn wir Medienpräsenz nicht von vornherein bei jeglichen politischem Tun anstreben und professionell organisieren.

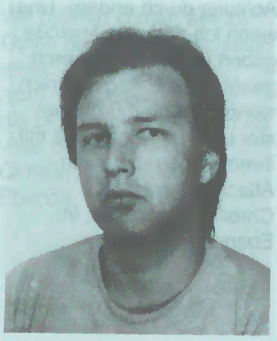
Ich will also zum wiederholten Male leidenschaftlich ein Lanze für die Präsentation der PDS und ihrer Politiker in den Medien brechen und dies nicht aus Eitelkeit und Profilierungssucht, sondern aus Kenntnis und aus Erfahrung der Mechanismen, die in der Bevölkerung ablaufen. Denn ich will ein maximales Wahlergebnis für die sächsische PDS und für die PDS überhaupt.

Denken wir daran: Wenn eine Minderheit in der Öffentlichkeit redet, verstärkt sie den Eindruck von der Stärke dieses Lagers und kann damit öffentliche Meinung beeinflussen!

Und das wollen wir doch, oder?

Erfolg ist für mich ein bißchen Zuneigung und Achtung durch andere. Und wenn ich anderen Anstöße geben kann. Und politisch gesehen ist Erfolg natürlich, wenn der Oberbürgermeister und der Eggert uns mit ihrem Toben und ihren Attacken adeln.
Christine Ostrowski, in: Ebenda.

Thomas Barthel
Alternativen für die Opposition



Thomar Barthel - Jg. 1962; studiert zur Zeit im achten Semester Betriebswirtschaft, war vor der Wende Offiziersschüler beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR und ist seit 1986 Mitglied der SED sowie später der PDS, politisch aktiv in der AG »Junge Genossinnen« in und bei der PDS, deren ehrenamtlicher Geschäftsführer er seit 1992 ist.

Daß die Linke in Deutschland (und nicht nur da) sich derzeit nicht gerade im Aufwind befindet, ist unübersehbar. Die einst so starken sozialen Bewegungen im Friedens- und Ökologiebereich sind zerbröselt, SPD und Grüne überbieten sich fast in der Anpassung an »Realpolitische Notwendigkeiten«, Gewerkschaftsführungen vergraulen ihre Mitglieder durch faule Kompromisse, die PDS bekommt in Westdeutschland kein Bein auf den Boden und und und...

Der Situationsbeschreibungen gibt es schon zu viele, als daß hier noch eine hinzugefügt werden soll. Sie stimmen fast alle überein.

Eher unterschiedlich werden dagegen die Ursachen für die Misere gesehen. Konsens gibt es lediglich in der Frage, daß alles etwas mit dem Untergang des realsozialistischen Systems zu tun haben muß. Daher geht es bei dem Streit um die Bewertung der staatssozialistischen Gesellschaft auch weniger um Schuld und Sühne, sondern weit mehr um die Perspektiven linker Politik in Gegenwart und Zukunft.

Angesichts der Hilflosigkeit, mit der die Linke der neuen Militarisierung der Außenpolitik, der Rücknahme demokratischer und sozialer Errungenschaften, den immer stärker werdenden neofaschistischen Umtrieben und der Abschottung der Industrieländer gegenüber der Armut in der Welt gegenübersteht, wird der Untergang des realsozialistischen Systems häufig als Niederlage empfunden. Doch worin besteht diese? Kann der unvermeidliche Zusammenbruch eines nicht lebensfähigen Systems als Niederlage bezeichnet werden?

Wie alternativ war der »Realsozialismus«?

Manchmal wird zum Beweis angeführt, daß allein durch die Existenz einer Alternative zum Kapitalismus, dieser gezwungen worden sei, sich friedlicher und sozialer zu geben als er eigentlich sei. Allerdings übersieht diese Sichtweise, daß eine Vielzahl der heute die Existenz der Erde bedrohenden Gefahren sich während der Existenz und durch aktive Anteilnahme des Staatssozialismus entwickelt und angestaut haben. Drohender Atom- oder Wärmetod der Erde, das sich ausweitende Ozonloch und sterbende Wälder sind nicht nur durch das Wirken der kapitalistischen Industriemetropolen, sondern auch durch die ressourcenverschwendende Produktionsweise in den Zentralplanwirtschaften entstanden. Es drängt sich also die Frage auf, inwieweit die realsozialistischen Staaten wirklich eine Alternative darstellten.

»Die Zerstörung der möglich gewordenen sozialistischen Wendung in der CSSR durch die SU-Regierung und die Zerstörung des sozialistischen Anfangs in Chile durch das nationale und internationale Kapital beweisen die kooperative Bekämpfung der subversiven Sozialisten und Kommunisten durch die beiden Großstaaten. Eine sozialistische Weiterent-

André Brie hat vollkommen recht, wenn er feststellt: »daß die staatssozialistischen Länder in keiner Weise fähig (waren), gesellschaftlich oder weltweit eine Alternative zu entwickeln oder gar durchzusetzen. Vor allem ihr Mangel an Demokratie und menschlicher Emanzipation sowie eine umfassende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von ihren eigenen Existenz- und den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen blockierten den zweifelsohne außerordentlich schwierigen Weg zu einem neuen Fortschrittsverständnis, alternativen Wertorientierungen und zur Gestaltung einer Kulturgesellschaft.«[1]

Die Übernahme des durch Descartes begründeten Fortschrittsglaubens, der den Menschen zum Beherrscher der Natur erhebt, mag nach der Revolution von 1917 noch verständlich sein. Rußland, das auf ein Überschwappen der Revolution nach Deutschland und den anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten hoffte, sah sich plötzlich einer industriellen Übermacht gegenüber und glaubte sich bei Strafe des Untergangs gezwungen, den Anschluß herstellen zu müssen. Da dies aber mit einem anderen als dem marktwirtschaftlichen Mechanismus und in bewußter Abgrenzung zu diesem erreicht werden sollte, geriet man in einen schier unauflöslichen Widerspruch. »Die sozialistische Planwirtschaft strebt mit ihren Mitteln des konzentrierten Einsatzes von Ressourcen nach beschleunigter Realisierung der modernen Gesellschaft, deren Bild aber nichts anderes als das Modell der bürgerlich-kapitalistischen Manifestation von Fortschritt, Rationalisierung und Emanzipation spiegelt. Gleichzeitig klinkt sie sich aus dem Medium Weltmarkt aus, in dem sich gerade und einzigartig die ökonomische Dynamik entfaltet, die die Maßstäbe der angestrebten Modernisierung erzeugt.«[2] bemerkt Elmar Altvater dazu und stellt später fest: »Dies bereits ist die erste Niederlage im Systemwettbewerb, wenn die Erfolgskriterien vom jeweils anderem System vorgegeben und akzeptiert werden müssen.«[3]

Es fand also in der Realität kein Bruch mit dem durch die Kapitallogik vorgegebenen Entwicklungs- und Fortschrittsverständnis statt. Hatte dies in der Frühphase noch einleuchtende Gründe, wurde er später aufgrund der von Stalin zur eigenen Machtsicherung betriebenen Entdemokratisierung der Gesellschaft verhindert. Denn der diktatorische Machtanspruch und die Strategie, den Kapitalismus zu »überholen«, bedingten einander. Dabei hatte bereits Marx darauf hingewiesen, daß das Verhängnis dieser Entwicklung sich nicht nur in sozialen Widersprüchen äußert, sondern sich auch auf die Natur erstreckt. »Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen. Das Kapital treibt dieser seiner Tendenz nach ebensosehr hinaus über nationale Schranken und Vorurteile, wie über Naturvergötterung, und überlieferte in bestimmte Grenzen selbstgenügsam eingepfählte Befriedigung vor-

wicklung in der CSSR hätte die sorgsam gehegte antikommunistische Neurose des 'Westens' gefährdet und hätte die bürokratischen Strukturen der staatssozialistischen Länder in Bewegung gebracht.«
Rudi Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974, S. 11.

handener Bedürfnisse und Reproduktion alter Lebensweise. Es ist destruktiv gegen alles dies und beständig revolutionierend, alle Schranken niederreißend, die die Entwicklung der Produktivkräfte und die Exploitation und den Austausch der Natur- und Geisteskräfte hemmen.

Daraus aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt und daher *ideell* darüber weg ist, folgt keineswegs, daß es sie *real* überwunden hat, und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich seine Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden.«[4]

Doch weit mehr als mit der Aufdeckung des in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten Widerspruchs zwischen Mensch und Natur beschäftigte sich Marx mit den Ursachen für die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft. Hierbei gehört es zu seinen bleibenden Verdiensten, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierende Ausbeutung großer Teile der Bevölkerung entmystifiziert und als entscheidende Ursache nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die real vorhandene politische Ungleichheit benannt zu haben. Diese Verhältnisse zu beseitigen und eine gerechtere, also eine sozialere und demokratischere Gesellschaft zu errichten, war (und ist) das erklärte Ziel vieler Bewegungen, die sich auf Marx' Theorie berufen. Über den Weg, wie dieses geschehen kann, kam es von Anfang an zu Auseinandersetzungen. Ein wesentlicher Grund dafür waren die unterschiedlichen Einschätzungen, welche Möglichkeiten zur Herbeiführung solcher Veränderungen der bürgerliche Staat bieten würde. So heftig der Streit um den Weg auch war, herrschte in den Hauptströmungen der Bewegung, der Sozialdemokratie und bei den Kommunisten, jedoch Übereinstimmung dahingehend, daß es notwendig sei, die Macht in den staatlichen Institutionen zu übernehmen.

Diktatur oder Opportunismus

Beide Strömungen hatten ihr Ziel jeweils auf ihrem Weg erreicht und beide haben dabei Erfahrungen gemacht, die bei der Erarbeitung neuer linker Politik von wesentlicher Bedeutung sind. Denn beiden ist es bis heute nicht gelungen, die Marxsche Vision vom absterbenden Staat anders als eine ferne Utopie zu behandeln. Eher das Gegenteil bestimmte ihr jeweilige Politik. Nicht die Dezentralisierung von Macht, nicht der Abbau von Herrschaft war die bestimmende Linie - obwohl in beiden Zweigen Blüten emanzipativer Politik über deren Wurzeln in einer egalitären Theorie und einer progressiven Arbeiterbewegung lange Zeit noch Nahrung bekamen -, sondern die Ansammlung derselben in ihren eigenen Händen. Dahinter steht der Grundgedanke mittels, staatlicher Herrschaft und Autorität die Menschen für eine bessere Gesellschaft »reif« zu machen. Die Erziehung der Menschen, die in dem Glauben wurzelt, deren wahre Bedürfnisse erkannt zu haben, ist ein immer wiederkehrendes Motiv nicht nur in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Letztlich war es aber stets nur eine begrenzte Erkenntnis. Die Arroganz der Linken führte meist zu ihrem Fall.

Auch heute noch, wo das Bekenntnis zur Durchsetzung von mehr Mitbestimmung, direkter Demokratie und Transparenz bereits zu den Standardparolen linker Politik gehört, gibt es nicht wenige, die glauben, dies nur über die Zwischenstation der Eroberung von Regierungsmacht realisieren zu können. Logischerweise muß dann die aktuelle Politik der Erreichung dieses Etappenzieles untergeordnet werden. Das ursprüngliche Ziel wird wieder in den Bereich »Ferne Zukunft« verlegt.

Aber so realistisch diese Perspektive angesichts der Schwäche der außerparlamentrischen Bewegung auch erscheinen mag, so ist sie doch bereits mehrmals gescheitert. Das Beispiel der Sozialdemokratie läßt sich ergänzen durch die auf dem langen Marsch in den Institutionen hängengebliebenen 68er oder deren, nun stramm auf Regierungsbeteiligung zustrebende, 'grüne' Nachauflage. Es ist unbestreitbar, daß die Herrschaftsbeteiligung all dieser Bewegungen stets auch wichtige, fortschrittliche Reformen und Errungenschaften nach sich gezogen haben. Der häufige Vorwurf, daß sie mit der Anpassung des Systems an entsprechende Notwendigkeiten nur zur Stabilität des Kapitalismus beigetragen hätten, ist daher differenziert zu sehen. Veränderungen, die den Kapitalismus sozialer, demokratischer oder ökologischer gemacht haben, sind zunächst einmal ein Fortschritt. Die Transformationsfähigkeit dieses Systems ist jedoch nicht eine von cleveren Ausbeutern aufgestellte Falle für kritische Geister, sondern ein in historisch langen Zeiträumen entstandener Mechanismus zur Lösung von Konflikten innerhalb des Systems. »Dadurch ist es den 'herrschenden Gruppen' nicht nur möglich geworden, soziale Regulationsformen an die Herausforderungen der Technik, der Ökonomie und Klassenentwicklung anzupassen; darüber hinaus werden die gesellschaftlichen Institutionen durch die Mitwirkung der Repräsentanten subalterner Klassen legitimiert.«[5] Das Scheitern liegt vielmehr darin begründet, daß durch die Beteiligung an der Macht regelmäßig Interessen an deren Sicherung entstanden. Da dies aber an die Erhaltung des Systems gebunden ist, gerät man logischerweise dort in Konflikte, wo die Lösung von Widersprüchen die Überwindung des Systems erfordern würde. Der Weg, gesellschaftliche Veränderungen allein über Regierungsmacht durchsetzen zu wollen, führt so zu einer Kanalisierung der Bewegung und nimmt ihr ihre Dynamik, weil sie in Konflikt mit den eigenen Macht- und Stabilitätsinteressen gerät.

Das beschränkt sich überhaupt nicht nur auf den Kapitalismus. Die Kommunisten hatten zwar mittels Revolution sehr radikal die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt, doch begannen sie danach, selbst die Herrschaft zu usurpieren. Und auch dabei waren sie radikaler. Mangels grundlegender demokratischer Voraussetzungen war es in den realsozialistischen Staaten nicht einmal in geringem Maße möglich, Widerspruch artikulierende gesellschaftliche Gruppierungen in die Herrschaft mit einzubeziehen. »Institutionelle Reformen des Systems müßten ebenfalls 'von oben' ... in Gang gesetzt werden. Dies ist ein Unding: denn die gleiche Instanz kann nicht Reformen organisieren, die den Anlaß durch ihre Praxis gege-

»Und andererseits bewirkt die Besorgung der Nahziele im Fortschritt, also als relative Zwecke in sich selbst, daß nicht die jeweils lebende Generation...für Fernziele ganz jenseits unseres kurzen Lebens verheizt werden kann. Damit es wirklich gibt, woran man sich halten kann, muß wohl das Fernziel entwickelt werden wie das Nahziel präpariert, aber so, daß das Nahziel immer in bezug zum Fernziel steht und das Fernziel im Nahziel anwesend ist. Das andere ist Barbarei und bringt nun den Kampf für Fernziele nicht in eine Antithese zum Frieden, sondern zur Identität mit dem Krieg... Ja wenn das fälligste Fernziel, also das Utopikum einer Ermöglichung von Platz für realen Humanismus, ...nicht den jeweiligen Nahzielen des gesellschaftlichen Fortschritts im Visier ist, dann hört das Nahziel auf, eine Stufe zum Ziel zu bleiben, es wird opportunistisch schwankendes Rohr.«
Ernst Bloch: Widerstand und Frieden, in: Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt/M. 1970, S. 439.

ben hat.«[6] Die daraus resultierende Reformunfähigkeit führte letztendlich zum Zusammenbruch des Systems.

Worin besteht die Niederlage der Linken?

Nicht nur im Fortschritts- und Staatsverständnis lassen sich derartige Übereinstimmungen zwischen den ehemals verfeindeten Blöcken feststellen. Den Zusammenbruch des Realsozialismus unter diesem Blickwinkel als Niederlage zu werten, kann nur, wer nicht in der Lage ist, sich aus den Zwängen des Systemwettbewerbs zu befreien. Denn mit dem Ende der Blockkonfrontation ist auch das Ende der jahrzehntelangen Blockade für linke alternative Politik überhaupt erst möglich geworden. Die Überwindung dieser Form von Staatssozialismus war notwendig und unvermeidlich. Als Niederlage kann man nur betrachten, daß dies nicht das Ergebnis einer starken, linken Bewegung war, sondern daß das System unter dem Gewicht der selbstproduzierten, beständig angehäuften und stets verdrängten Widersprüche in sich zusammengebrochen ist und die andere Seite nun als der scheinbare Sieger dasteht.

»Das moderne Proletariat geht anders aus geschichtlichen Proben hervor. Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, ein für alle Mal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin... Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis an den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.« Rosa Luxemburg: Krise der Sozialdemokratie, in: Luxemburg, Werke, Bd. 4, S. 53.

Letztere Tatsache macht es auch notwendig, daß sich die Linke heute selbst kritisch befragen muß. Und diese Kritik muß schonungsloser sein, als sie die heute Herrschenden überhaupt leisten können. Wer meint, das würde nur die Aburteilung des Realsozialismus und eine Legitimierung des Kapitalismus befördern, der bleibt gedanklich freilich genau diesem, neue linke Perspektiven verhindernden, Blockdenken verhaftet. Linke Kritik am Realsozialismus muß vielmehr so gefaßt sein, daß sie die Verantwortlichkeit beider Systeme für die globalen Probleme und die Ursachen für die Unfähigkeit sie zu lösen, aufgreift.

Wir befinden uns hierbei nicht mehr in der Stunde Null. Die PDS könnte hierbei auf die Erfahrungen umfangreicher Debatten unter Linken zurückgreifen, die insbesondere nach den Rebellionen von 1968 in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen geführt wurden. Im Ökologie-, Friedens- und Gewerkschaftsbereich, aber auch zu Fragen der Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zu den Problemen von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition, zu Demokratie und Staat gab es intensive Diskussionen, die unter der Kruste marxistisch-leninistischer Vulgarisierung nur begrenzt möglich war. Diese Diskussionen ernsthaft aufzunehmen und sie für die heutigen Bedingungen fruchtbar zu machen, anstatt sie in umgedrehter Arroganz als Besserwessi-Geschwätz abzutun, ist unbedingt notwendig.

Revolution ist das Morgen schon im Heute

Es geht also immer noch um einen Weg jenseits des traditionellen Fortschrittsverständnisses, einen Weg, der auch ein Pfad sein muß zwischen pseudoradikalem Fundamentalismus und vorbehaltloser Anpassung an die bestehenden Verhältnisse. Diesen Weg zu finden ist schwierig und er läßt sich nicht modellhaft und universell anwendbar entwickeln. Gesellschaftliche Systeme können nicht am grünen Tisch erdacht werden, sondern sie entstehen in der Auseinandersetzung

»Die...beklagte Staatsgläubigkeit vieler PDS-Mitglieder und vor allem vieler ihrer Repräsentanten...kann nur abgebaut werden durch konkrete Aktionen und deren präzise Analyse. Es

zwischen allen Gruppen. Linke Politik muß dafür sorgen, daß dabei alle Beteiligten - und bei der heutigen Globalität der Probleme kann es hier keine nationalen Abgrenzungen geben - real die Möglichkeit haben, sich selbst zu vertreten. Dies bedeutet, daß die sozialen, ökonomischen und rechtlichen Bedingungen zu schaffen sind. Die Durchbrechung der gegenwärtigen Herrschaftsdominanz ökonomisch starker Minderheiten wäre hierbei zwar ein Fortschritt, die Alternative kann kein strenges Mehrheit-siegt-über-Minderheit-Prinzip sein. Zwischen individuellen und gesellschaftlichen Gruppen bedarf es dabei eines vernünftigen Ausgleichs.

Damit soll keine theoriefeindliche Politik befürwortet, sondern lediglich darauf hingewiesen werden, daß auch die beste Konzeption nichts nutzt, wenn sie außerhalb der aktuellen Auseinandersetzungen bleibt. Gradmesser für die Güte einer Politik muß daher auch das Interesse der Betroffenen an ihr sein. »Auch« steht hier ganz bewußt, weil (Massen)Zustimmung nur ein Kriterium sein kann. Einige wären hier noch - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - abschließend und resümierend zu nennen.

1. Linke Politik muß sich eines neuen Fortschrittsverständnisses bedienen. Die Erkenntnis, daß die menschheitsbedrohenden Gefahren nur noch global gebannt werden können, daß keine Region der Erde das Recht und langfristig auch nicht die Möglichkeit hat, ihre Probleme auf Kosten einer anderen zu lösen, diese Erkenntnis darf nicht nur plakativ in Parteiprogrammen stehen, sondern muß die gesamte Alltagspolitik durchziehen. So kann es z.B. in Ostdeutschland eben nicht linke Maxime sein, eine Industriealisierungspolitik um jeden Preis zu betreiben. Vielmehr muß die Frage im Mittelpunkt stehen, was für Bereiche, was für Produktionen und mit welchen infrastrukturellen Bedingungen angesiedelt, gefördert oder erhalten werden. Weder das »Schneller, höher, weiter« der Jahrhundertwende noch ein maschinenstürmendes »Zurück zur Natur« kann da das Motto sein.

2. Linke Politik muß sich dadurch auszeichnen, daß sie versucht, ihre Visionen zumindest ansatzweise zu leben. Dies ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit. Mit der Praxis entstehen auch Erfahrungen, die Utopien konkreter werden lassen. Eine praktische Alternative kann mehr Anziehungskraft ausüben als hundert Programme. Sie bilden sozusagen die Keime einer zukünftigen Gesellschaft. Projekte, die das versuchen, dürfen aber nicht zum Rückzug in die Nische führen. Im Gegenteil, alternative Projekte sind nur solange alternativ, wie sie sich in der Auseinandersetzung mit den zerstörerischen Gesellschaftsstrukturen befinden. Wenn Etablierung in der Gesellschaft nicht erstritten, sondern durch möglichst konfliktfreie stromlinienfreie Anpassung erreicht wird, führt das zum Verlust von weitergehenden Impulsen.

3. Linke Politik sollte versuchen, sich nicht nur in ihrer Zielstellung, sondern auch in ihren Mitteln von den herrschenden Formen abzuheben. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß dort, wo Opposition sich der gesellschaftlichen Logik - und wir dürfen nie vergessen, daß dies eine destruktive ist - entzieht, sich nicht an die Rolle hält, die

geht um das Ingangsetzen von Selbstorganisation der Betroffenen, es geht um das Ausnutzen vorhandener Organisationen wie Gewerkschaften, BürgerInneninitiativen usw. nicht zur Durchsetzung eingebildeter parteipolitischer Ziele, sondern wiederum zur Selbstorganisation der Betroffenen.«
Thomas Kuczynski: Über die Einheit von Geschichts- und Oppositionsverständnis als Ausgangspunkt für ein neues Parteiverständnis, in: Geschichte ja, aber.

»...die Gegenüberstellung von Partei und Bewegung (kann) auch einen tieferen Sinn beinhalten, wenn die Kritik an der Parteiform als Kritik der herrschenden politischen Strukturen des bürgerlichen Parteienparla-

mentarismus begriffen wird, als Auseinandersetzung mit der sozial-integrativen Funktion von Parlament und Parteien. Diese Kritik der herrschenden Politikformen, ihrer Werte und Rationalitätsmaßstäbe ist eine unerläßliche Bedingung für eine sozialistische Politik und eine sozialistische Partei im bürgerlich parlamentarischen System.« Aus den Thesen der Statutenkommission, in: Materialien des 2. Parteitags der PDS, 1. Tagung, Januar 1991, S. 162.

von ihr erwartet wird, überraschende Erfolge erzielt werden können. Gandhi oder die Bürgerrechtsbewegung in der DDR sollen dafür beispielhaft genannt werden. Auf Gewalt reagierten sie mit zivilem Ungehorsam und entstiegen somit dem ihnen zugedachten Feindbild. Dies läßt sich unter anderen Umständen nicht einfach kopieren, zeigt aber ein erstrebenswertes Prinzip auf. Auch damit soll nicht die grundsätzliche Absage an etablierte Politikformen begründet werden, sondern lediglich ein kritisches Verhältnis zu diesen provozieren.

4. Linke Politik kann sich nicht auf die Eroberung von Machtpositionen in Parlament und Regierung beschränken. Dies kann nur eine Teilaufgabe sein, gegen deren Verselbständigung Mechanismen geschaffen werden müssen. Linke Politik, die nicht im außerparlamentarischen Bereich, d.h. im Lebensbereich der Menschen verwurzelt ist, hat keine Chance, dauerhafte emanzipatorische Veränderungen herbeizuführen.

Anmerkungen
1 André Brie: Befreiung der Visionen, Hamburg 1992, S.26.
2 Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 17.
3 Ebenda, S. 43.
4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 42, S. 323.
5 Elmar Altvater: Die Zukunft..., a.a.O., S. 33.
6 Ebenda, S. 35.

Gisela Steineckert
Wenn du nicht mehr unten liegen willst

Gisela Steineckert - Jg. 1931, Schriftstellerin, Präsidentin des Demokratischen Frauenbundes e.V.

Sie geben die Misere nicht zu, oder nur kleinweis, oder nur mit Schuldverweis nach rechts, links, oben und unten und früher. Sie wollen die nächste Wahlperiode mit ungeschmälerten Bezügen erreichen und sind zudem so fest im Sattel, daß alles Schlimme in Wutzel an der Dummse stattfindet und alle gescheite Voraussicht und Perspektive auf und hinter ihrem Schreibtisch.

Aber der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland wird in die Geschichte des Völkerrechts eingehen als ein Ausgangspunkt von sozialem Unfrieden, Siegerdiktat, Ausbeutung und Zynismus.

Es ist nicht anzunehmen, daß bei der Aushandlung alle Politiker das so gesehen haben, ebensowenig läßt sich aber denken, es habe niemand überblicken können. Im Osten Deutschlands steht ein Potential von Volk über, das morgen abhanden kommen könnte, und dann wäre ein Problem vom Tisch. Es braucht sie niemand mehr. Sie sind falsch gebildet oder überbildet oder nicht bildsam genug.

Ein Teil von ihnen hat in Berufen gearbeitet, die es nicht mehr gibt, denn die hat es »drüben« nicht gegeben. Arme Textil- oder Chemie-Ingenieure, Zoo-Techniker, und was es der Erfindungen zum Nutzen der Vollbeschäftigung mehr gab.

Was sich hier in Deutschland abspielt, würde das bittere und schallende Gelächter zum Beispiel gebildeter Franzosen auslösen, wenn das Geschehen nicht so unübersichtlich wäre und so unglaubwürdig, zu Teilen. Obwohl sie über die Deutschen schon immer fast so schlimm gedacht haben, wie sie sich jetzt aufführen. Eine Vision: Ostdeutschland könnte doch prima wieder ein Areal für Herren und Knechte abgeben. Die Knechte holt man sich aus dem etwas ferneren Osten, den armen Kerlen gehts jetzt noch schlechter, die werden die Mütze schon wieder in der Hand drehen, die Herren kommen als Nachgeborene aus dem Potential, in dem Familie unangefochten trotz des mit Recht verlorenen Krieges der Herr geblieben ist.

Eine Horrorvision? Nicht ganz so erschreckend wie die Fakten. Das junge Volk wird hier weggelockt oder ausgeräuchert, die Alten überläßt man der täglichen Nachricht, dem täglichen Überrechnen, welche Verluste die nächste Teuerung mit sich bringen wird. Angst um die Wohnung, um das Auskommen, wo das Ansehen schon verloren ist. Menschen, denen man die Lebensleistung durch Arbeit abspricht, können sich das nicht als Portion vom anderen Leben abteilen. Also hab ich auch nicht gekonnt als Mann, als Frau, als Vater, Mutter, als

Die Vorbereitung des Kongresses hat viel Arbeit gemacht... Und so gab es auch zahlreiche und umfangreiche Versuche, ihn schon im Vorfeld zu diskreditieren, wobei auch Totschweigen eine geübte Methode ist.
Am meisten publicitiy hatte er schließlich durch eine Ente, als wollten sich hier Verbände statt zu einem Kuratorium zu einer Ostdeutschen Partei konstituieren oder eine solche hier gründen. Dazu eignen sich Vereine nun wirklich nicht. Sie sind nämlich selber WER.
Es gab auch aufgeregte Beratungen in Regierungsstellen, westlichen Parteizentralen, in Vorständen großer und kleiner Vereine und auch in Gewerkschaften; Beschlüsse, daß ihre Landesverbände Ost nicht teilnehmen oder daß die Zusammenarbeit nur zu einzelnen Sachproblemen möglich ist. Kraftakte sondergleichen und sie waren ebenso erfolgreich wie erfolglos. Nicht alle ließen sich disziplinieren und sind nun hier, andere riefen unter dem Siegel der Verschwiegenheit an - und daran halte ich mich - daß diese Beschlüsse gegen ihren Willen gefaßt wurden und, daß sie selbst gern teilnehmen möchten. Manch einer bat auch, Verständnis zu haben, schließlich sei er doch in Lohn und Brot bei dem Verein... Der Kraftaufwand jedenfalls, der aufgeboten wurde, um diesen Kongreß zu torpedieren oder zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen, übertrifft noch bei weitem die Mühen der Vorbereitung. Das ist angesichts der Anwesenheit großer und etablierter Verbände mit ca. 1,5 Mio. Mitgliedern vielleicht eine kleine

Mitglied, Teilnehmender, war ich also am Ende nichts als lächerlich, um Chile weinend, die eigene Diktatur duldend?

Die Angst ist das Eine, die Angst vor der Fortdauer der Ängste ist es, die Menschen zum Aufgeben bringt, von denen das niemand gedacht hätte. Weniger die Großfressen springen vom Zug, es sind eher die Stillen, die eine Menge in sich hineinfressen, ehe sie Tschüß sagen, ihre Familie und die gemeinsamen Probleme zurücklassend, in einmaliger Aufgabe jeglicher Verantwortung, die ihnen sonst nicht üblich war.

Was also können die Menschen hier tun, angesichts des zynischen und achtlosen Umgangs mit ihrem Leben, vor dem sie, wie es scheint, niemand zu schützen bereit ist? Die Linken auch nicht? Die sind doch dafür gemacht, sich der Ungerechtigkeit anzunehmen, und ein bißchen Zusammenhalt könnte doch von dort ausgehen, wo man sich immerhin müht, zu neuer Definition zu gelangen. Ja zu sehr bemüht um diese Seite. Aber sie reden wieder einmal über die Köpfe der Leute hinweg, streiten sich um die neue Vision und lassen die Leute mit ihren Problemen allein.

Von dieser Übertreibung nehme ich 20 Prozent zurück, mehr nicht.

Aber das Leben funktioniert auch im Schrecken nicht nach einer empörenden Konzeption, die es natürlich so ausgefeilt auch gar nicht gibt. Es ist ja alles viel einfacher. »Wenn das Kapital die Chance hat, 200 oder 300 Prozent Gewinn zu machen, ist ihm jedes Verbrechen recht.«

Langweilig. Solange es Parteilehrjahr war. Es bringt um die Fassung, wenn wir es erleben, und das tun wir ja nun.

Wenn du nicht mehr unten liegen willst, mußt du aufstehen. Vielleicht stützt du dich erst mal auf den Ellenbogen und guckst dich um, ob nicht ein anderer Mensch es dir gerade gleich tun will. Mehr als einer, wie du siehst. Bedenkt man, wieviele Vereine und Verbände, Interessengemeinschaften und Bündnisse hier im Osten in kurzer Zeit zur Verteidigung von konkreten Sachverhalten enstanden sind, wie die ehrenamtlich in ihnen arbeitenden Leute sich durch das unübersichtliche, schwer zu durchdringende Gestrüpp von Vorschriften und Vorgaben gefitzt haben, wie sie dran geblieben sind, Niederlagen eingesteckt und aus ihnen Alltagsschläue und Widerstehen gelernt haben, und setzt man dies ins Verhältnis zum alltäglich ausgestrahlten Stimmungsbild Deutschland durch die Fernsehkanäle, dann leben wir in zwei Deutschländern und sind eben dabei, die unerträgliche Selbstmitleidigkeit abzulegen und die Herausforderung anzunehmen.

Wer ist WIR? Die Alten über fünfzig, ausgebootet und zum Teil unterschätzt, und die jungen Grünsträhnigen, die nicht nach rechts wollen und denen Lungern und Labern nicht ausreicht. Willkommen, Verstärkung.

Zu klein die Anzahl der aufmüpfigen Menschen beider Geschlechter zwischen dreißig und Mitte vierzig. Die riskieren zuviel, ich verstehs. Auf der Suche nach einem Einstieg, versehen mit ernstgemeinten Warnungen, sich ja nicht mausig zu machen, wollen sie weder mit auffälligen Stickern noch mit aufsässigen Bündnissen gesehen werden.

Ich kann damit leben, besser als mit den Jammerern, die darauf warten, daß wir sie in der Ofenecke besuchen und ihnen unser Absolve te über Schuld und Unschuld sprechen.

Die Leute im Osten müssen fast alles erstreiten, was in der Bundesrepublik Deutschland den Bürgern von Rechts wegen zusteht, uns hier aber von Rechts wegen abgesprochen wird.

Die Liste der Drangsale und Benachteiligungen ist bekannt, muß hier nicht aufgezählt werden. Aber sie verschlucken sich in ihrer Gier, sie schleppen, raffen, hökern, verschleudern und veruntreuen in einer Eile, als sei ihnen das Recht bereits auf den Fersen, was keineswegs so ist.

Es mag behäbig anmuten, was da langsam in Gang kommt. Die Verteidigung der Rechte von Mietern, Rentnern, arbeitenden Frauen, alleinerziehenden Frauen, Patienten, Eigentümern, Produzenten, und was wir alles noch sind.

Aber es war ein Anfang, und was zu tun war, mußte gelernt werden.

Schriftkrempel, nächste Instanzen, Umgang mit der Presse - soweit vorhanden - Umgang mit möglichen Verbündeten. Daß jeder Schritt und jedes Blatt Papier Geld kostet und woher man es eventuell kriegen kann. Daß man sachlich sein muß, die Argumente müssen von der Wut getrennt werden, Zorn ist nicht immer der beste Ratgeber - wir wissen, welch langer Weg von den aufregenden Runden Tischen bis zum kantigen im Hinterzimmer, in dem Geduld im Umgang mit der Ungeduld und der gerechten Empörung geübt wird.

Nun sind wir soweit, daß wir wissen, allein schaffen wir es nicht. Allein werden wir alleingelassen und können nicht einmal auf einen kleinen Sieg hoffen. Wir werden die Bischofferoder ehemaligen Wahltöpel und nun so erschütternd aufrechten Leute nicht vergessen, zu feiern werden wir da nichts haben. Ausgetrickst, übervorteilt, hoffnungslos unterlegen.

Das wird jeder Gruppierung so gehen, wenn sie Teilrecht allein erkämpfen will. Wir sind kein Potential, das Wahlsiege verhindern kann, aber wir können sie empfindlich stören. Nicht das leidenschaftliche aufregende Abenteuer ist unsere »neue Freiheit«, sondern die Suche nach dem Durchsetzen von Rechten, die wir früher hatten, als uns andere elementare Rechte fehlten. Armes Deutschland, in dem die Politiker das Volk nicht ertragen können, oder immer dann nicht, wenn alles gerade so gut läuft, wie geschmiert.

Angesichts der Bedrohung von neuer Weltgeltung, neuem Ansehen in der Welt mit Hilfe von Bewaffneten, von neuem Höhenrausch und unerträglichen Politikern, denen sich erbietige unerträgliche Politikerinnen zugesellen, drängt es von der Basis des Lebens zu vorsichtiger neuer Gemeinschaftlichkeit. Fast alle sind dabei auf Nüchternheit bedacht, fast alle haben Angst, es könnte wie Vereinsmeierei aussehen oder wie eine Kreisdelegiertenkonferenz.

Aber es muß sein und also findet es statt.

Die Gesellschaft mit dem langen Namen »für Bürgerrecht und Menschenwürde« hatte eingeladen, man mag an der ausschließlich ehrenamtlich geleisteten Arbeit herumkritteln, aber sie ist getan worden, so gut es ging, und immerhin trafen sich die Vertreter von 77

Genugtuung.
Wolfgang Richter: Sinn und Ziel der Gemeinsamkeit, in: Ostdeutsches Kuratorium der Verbände. Mitteilungen, Nr. 1, S. 1.

Verbänden, Vereinen und Gruppierungen unterschiedlichsten Anliegens zum ersten Austausch und vielleicht möglicher Absprachen, zu gemeinsamen Aktionen gegen Gesetzgeber, scheinbar endgültige »Regelungen« in bleibende Ungerechtigkeit, gegen Verfügungen und Bedrohungen. Es weiß ja auch niemand, wie das gehen soll. Das Leben wird unbezahlbar, Heimat ein verschiebbares Gut, und die Menschen sollen dankbar in ihre blühenden Landschaften blicken und ihr früheres Leben bespucken.

Nun ja es blüht schon, wo die Industrie abgerissen und geschleift wurde. Wo keine Kuh mehr blökt, trittst du nicht in Kuhscheiße; aber wie ist uns die aufs Dach gekommen?

Es wurde viel geredet, und die hilflos vorgegebene Redezeit wurde von fast allen überschritten. Aber der Anteil an dummem Zeug war auffällig gering. Sie waren in der Mehrheit keine Medientalente, auch da gabs Ausnahmen, aber mach was gegen das, was dort gesagt wurde.

Im Vorfeld des Treffens von etwa 400 Interessenvertretern im Kino »International« in Berlin gab es Gerüchte? Gezielte Indiskretionen? Laß es zu früh raus und es wird nix draus. Ich wußte wieder mal von nichts; aber die Heftigkeit, mit der da einer solchen Möglichkeit widersprochen wurde, gibt mir zu denken. Wer nur Angst um die Wahlstimmen für den eigenen Zirkel hat, der soll doch mal nachdenken. Könnte ja sein, eine solche Partei hält Leute davon ab, nicht zu wählen oder rechts zu zücken.

Nachdenken möchte ich darüber dürfen, ohne sofort wieder in die nächste Ohrfeige zu laufen.

Die Massen gehen jetzt nicht auf die Straße, um die Vertreter ihrer Interessen zu unterstützen. Vermutlich kann das nicht anders sein. Aber die Beharrlichkeit, mit der auf das Unrecht an den Ostdeutschen verwiesen wird, kann nur unsere eigene sein. Die mit unserer Stimme nach Bonn gegangen sind, steigen nun entweder aus oder haben angepaßt. Eingepaßt, das trifft leider auch auf Persönlichkeiten zu, von denen ich das nie gedacht hätte.

WOLFRAM ADOLPHI

Eine neue Weltordnung denken: »Arbeit in des Teufels Wirtshaus«

Bericht über ein Kolloquium »Alte Weltordnung - Neue Weltordnung« des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. am 15. und 16. Oktober 1993 in Berlin

Das heraufziehende Jahrhundertende gebiert in den kapitalistischen Metropolen des Westens mit geradezu »magischer« Kraft allenthalben »Endzeit«-Stimmungen. Aber unendlich schwer ist es offenbar, aus düsteren Zukunftsbildern Antrieb zum Umdenken, zum Um-Handeln zu gewinnen. Sie gehen vielmehr doch eigenartig Hand in Hand: die selbstgefälligen »Weiter so!«-Politikansätze, die durch den Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus zu Hauf dumpfeste Bestätigung gefunden haben, und die »Neue Weltordnung«-Aktionen im »Pax Americana«-Stil mit den doch eigentlich ein Aufrütteln, ein Aufschrecken geradezu erzwingenden Prognosen zum Beispiel des »Club of Rome«. Wie oft schon ist »Halt« gerufen und dennoch ohne Zögern weitergefahren worden! Unausbleiblich, unveränderlich?

Für die 25 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der Einladung des Fördervereins Konkrete Utopien zu einer Debatte »Alte Weltordnung - Neue Weltordnung« gefolgt waren, ist das Denken in globalen Zusammenhängen nichts Neues. Wohl mindestens 750 Lebensjahre an in der DDR betriebener Forschung zu Problemen der Weltwirtschaft, des Zusammenhanges zwischen nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft, zu den Vorschlägen für eine neue internationale Wirtschaftsordnung und zu anderen, von der Weltwirtschaft nicht zu trennenden internationalen Problemen waren da versammelt - Erfahrungen eines Denkens, das schon viel länger und tiefgründiger, als es heute üblicher oberflächlicher Umgang mit DDR-Wissenschaftsgeschichte anzuerkennen bereit ist, mit Suche nach Auswegen aus erkannten Krisen, mit Ringen um konkrete Utopien, mit Vorschlägen zu Neuorientierungen zu tun hatte. Und das sich nun, nachdem es institutionell zu großen Teilen aus der offiziellen neuen ostdeutschen Wissenschaftslandschaft herausgekehrt worden ist, nicht völlig brachlegen lassen will - wohl wissend, daß wirkliches Neu-Handeln auf die deutlich artikulierte »Ost-Erfahrung« auch auf diesem Gebiet nicht wird verzichten können. - Daß fünf der Teilnehmer früher in der BRD und in Westberlin zu Hause und hier nun bereit waren, ihre jeweiligen Forschungs- und Erfahrungsjahre den genannten 750 streitbar hinzuzufügen, spricht für die breiter ausstrahlend empfundene Notwendigkeit und Berechtigung solcher Debatten ebenso wie die Tatsache, daß Unterschiede in den Ausgangspositionen - die einen Ruhe- und Vorruheständler, die anderen aktiv im Universitäts-,in einem Falle auch im hauptberuflichen Gewerkschaftsleben stehend,

Wolfram Adolphi - Jg. 1951, Dipl.Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil; nach Außenpolitikstudium in Potsdam-Babelsberg 1976-1980 und 1985-1989 wiss. Tätigkeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Asienwissenschaften; Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zu den deutsch-chinesischen Beziehungen in den dreißiger und vierziger Jahren; 1980-1985 Fernost-Korrespondent des »Horizont« in Japan; Chinaaufenthalte 1978 und 1987/88; Februar 1990 bis August 1991 Bezirks-, dann Landesvorsitzender Berlin der PDS; bis 1992 ABM-Stelle im Sozialbereich.

UTOPIE kreativ wird die Kolloquiumsbeiträge in ihren beiden nächsten Ausgaben abdrucken.

die dritten in nicht-wissenschaftliche Arbeitsbereiche abgedrängt - den Dialog nicht hinderten und die gegenseitige Achtung nicht beeinträchtigten.

Den Eröffnungsvortrag unter dem Thema »Ethnische Selbstbestimmung und Globalität« hielt Gunther Kohlmey, 1. Vorsitzender des Fördervereins Konkrete Utopien. Kohlmey, im Juli 80 Jahre alt geworden, hatte 1956 mit dem Buch »Der demokratische Weltmarkt« den ersten Versuch einer wissenschaftlichen Begründung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Ländern unternommen und war kurze Zeit darauf zu einem der Opfer der »Anti-Revisionismus«-Kampagne der SED-Führung geworden. Wissenschaftler bleibend - er wurde »nur« aus der parteioffiziellen und damit allgemein-öffentlichen Lehre und Mitsprache verbannt - widmete er sich weiter den Fragen der Weltwirtschaft; daran haben auch die Umbrüche seit 1989 nichts geändert. - Und nach wie vor spielt in seinen Zukunftsüberlegungen der »demokratische Weltmarkt« eine entscheidende Rolle. Geschaffen werden müsse - so Kohlmey auf dem Kolloquium - ein »internationales System, in dem Ökonomie und Politik der großen Konzerne, des internationalen Finanzkapitals und ihrer Statthalter demokratisch kontrolliert und beschränkt werden.« Dies sei zwar nicht das ohnehin nur »unbestimmt zu fassende Fernziel« im Sinne einer gänzlich neuen Weltordnung, wohl aber eine tiefgreifende Alternative zu den jetzigen Verhältnissen, »auszukämpfen als vermittelndes Glied im Sinne der Bloch'schen 'Zwischenzeiten'«. Die Schwere des Ringens um diese Alternative, die Kohlmey zufolge ohne einen »Schulterschluß zwischen alternativen Kräften des Nordens und des Südens« nicht zu haben sein wird, messe sich unter anderem an dem sich vertiefenden Widerspruch zwischen ethnischer Selbstbestimmung und zunehmender Globalität. Dieser Widerspruch sei eigentlich alt - seine neuen Erscheinungsformen zwängen aber zu einem neuen Begriff der Internationalisierung, des Internationalismus. Noch immer bedeute unter den gegebenen Verhältnissen »Internationalisierung« der Dritten Welt nur Einbeziehung in neue Blockbildungen, die von den kapitalistischen Metropolen betrieben werde. Von Selbstbestimmung, Selbtsverwaltung, Selbstverwirklichung aber sei man vielfach weiter entfernt als je zuvor - zumal dann, wenn dieses »Selbst« in Abwehr oktroyierter Blockbildung und in gleichzeitigem Verfolg egoistischer Machtinteressen mit sinnloser, weil der unausweichlichen Wirtschaftsglobalisierung widersprechender Abschottung verkoppelt werde. Neue Internationalisierung müsse ein Vorgang zwischen Gleichberechtigten sein - und sprenge somit den Rahmen der alten Weltordnung, der gegebenen Verhältnisse.

An die Kohlmeysche Problemdarstellung anknüpfend, unterbreitete Hermann Klenner, wie sein Vorredner zu den 1957/58 mit dauernder Öffentlichkeitswirkung Gemaßregelten zählend, Überlegungen zu Alternativen zum gegenwärtigen Völkerrechtssystem. Auch hier sei, so Klenner, »die Welt aus den Angeln«: das »Weltrecht« werde »zerfetzt« von den Widersprüchen, die real existieren, und Neuansätze seien unabdingbar. Zu spüren sei von ihnen jedoch noch nichts. Das

Beispiel Deutschlands mache dies besonders deutlich: trachte das Land doch nach einer stärkeren Rolle in der UNO nicht etwa auf der Basis einer besonders konsquenten Akzeptanz vorhandener völkerrechtlicher Regelungen, wie sie etwa die UNO-Menschenrechtskonventionen darstellen, sondern einzig und allein auf der Grundlage militärischer Stärke und »Mitsprache«. Das deutsche Grundgesetz bleibe hinsichtlich der Festschreibung sozialer Rechte weit hinter den UNO-Konventionen zurück - aber das sei für Deutschlands Herrschende kein Grund zur Umkehr. Das Völkerrecht in seiner jetzigen Gestalt erweise sich einmal mehr als untauglich zur Lösung jener Probleme, die das Staatenrecht nicht löst - woraus sich, möglicherweise im Gegensatz zur Kohlmeyschen »Schulterschluß«-These, ein anderes Gewicht des Ringens um Veränderungen in den Metropolen ergebe.

In der Diskussion des Kohlmey- und des Klenner-Beitrages wurde begrifflicher Klärungsbedarf deutlich: Frank Unger (Freie Universität Berlin) brachte das USA-gebräuchliche Verständnis der »neuen Weltordnung« ins Spiel und wollte dies nicht nur auf eine »Pax Americana« bezogen sehen, sondern darin auch den Beginn eines neuen, eigene Schwächungen akzeptierenden und im nationalen Rahmen zu »epochalen Reformen« bereiten Kurses der USA erkennen. Gert-Joachim Glaeßner (Humboldt-Universität) unterstützte das, unterlegte dem Begriff der »neuen Weltordnung« »amerikanische Vorstellungen, wie die Welt demokratischer zu gestalten ist«, und warnte vor undifferenzierter Bedienung alter Feindbilder. Dies könne den Blick für einen anderen Prozeß versperren: nämlich das Wiederaufbrechen der »ganz alten Weltordnung«. Horst Heininger (früher Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR) fragte nach neuen Entwicklungen im Verhältnis USA - G7 und USA - OECD, die ebenfalls zu differenzierteren Bildern beitragen könnten. Elmar Altvater (Freie Universität Berlin) machte auf die bedrohliche Tendenz aufmerksam, daß der Westen mit den USA als - wie er im Gegensatz zu Unger ausdrücklich hervorhob - Führungsmacht seine »neue Ordnung« mit einer gezielten Externalisierung all dessen verbinde, was diese »Ordnung« störe. Was darin gipfele, daß »die Ordnung« zum Krieg gegen »die Unordnung« rufe: gegen »die Drogen«, gegen »die neuen Waffenstaaten« wie den Irak - was freilich niemals zu wirklicher Problemlösung geeignet sei.

In einem weiteren Referat widmete sich Dieter Borris (Marburg) Problemen der Anpassungs- und Stabilisierungspolitik in der Dritten Welt. Mit einer Fülle von Beispielen belegte er, was Altvater zuvor als »katastrophales Scheitern des ganzen Entwicklungskonzepts der letzten vierzig Jahre« charakterisiert hatte. Die IWF- und Weltbankpolitik sei immer nur darauf gerichtet, die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer wiederherzustellen. Aber wozu? Damit der Schuldendienst geleistet werden könne. Das eigentlich Notwendige - Programme zur Überwindung der Armut und der Umweltzerstörung - sei immer nur »flankierend«, müsse aber endlich ins Zentrum aller Entwicklungspolitik gerückt werden. Dann erst könnte wirklich von »nachhaltiger Entwicklung« gesprochen werden.

Anfragend machte Klaus Steinitz (Parteivorstand der PDS) auf das Problem aufmerksam, daß ein Teil der Länder der Dritten Welt für die kapitalistische Weltwirtschaft heute offenbar »nicht mehr notwendig« sei und »folgerichtig« aus allen Entwicklungsprogrammen völlig herausfalle. Und Uwe Damm (IG Metall) verwies auf die Ambivalenz des Gedankens »Wir kümmern uns um die Dritte Welt«, der erstens ein mehr als fragwürdiges Überlegenheitsgefühl zementiere und zweitens den Blick auf die Tiefe der vor uns selbst stehenden Strukturanpassungen verstelle. Lutz Maier (ehemals Institut für Internationale Politik und Wirtschaft) warnte davor, die eigenen Niederlagen auf die ganze Welt zu projizieren und damit für Gegentendenzen zur beschriebenen Ausweglosigkeit bisheriger Entwicklungspolitik nicht mehr offen zu sein.

Einen ganz anderen Denkrahmen öffnete Hans Wagner, kürzlich emeritierter Wirtschaftswissenschaftler der Humboldt-Universität. Für ihn war mit dem Vorhergehenden die »Radikalität des Umbruchs nicht hinreichend auf den Punkt gebracht.« Und so ging er aufregend weit zurück in die Geschichte, um einen Präzendenzfall für die gegenwärtige Situation auszumachen: Nur jene »fundamentale Stoffwechselkrise zwischen Mensch und Natur«, die zum Übergang vom Jäger- und Sammler-Dasein zur seßhaften agrarischen Produktion geführt habe, sei in ihren qualitativen Merkmalen demjenigen Umbruch vergleichbar, der heute für ein Überleben unumgänglich sei. Auch heute sei die Erde »überjagt«, die Natur bei Weiterführung der gegebenen Formen ihrer Aneignung durch den Menschen nicht mehr reproduktionsfähig. Ein Ausweg könne nur durch völlig neue stoffliche, in den Kreislauf der Natur eingebaute Kreisläufe gefunden werden, deren Realisierung freilich mit einer riesigen Kapitalentwertung einhergehen werde. Der industrielle Prozeß - egal, ob er als kapitalistisch oder sozialistisch benannt worden sei und werde - befinde sich in der Sackgasse; die Natur erscheint als absolute Grenze. Die Lösung des Problems, darüber müsse man sich illusionslos im klaren sein, werde einer der härtesten Kämpfe in der Geschichte der Menschheit überhaupt sein. Ein Krisenbewußtsein bei nur einem kleinen Teil der Menschheit reiche als Voraussetzung für ein gemeinsames Angehen der Probleme nicht aus. Und höchst fraglich sei, ob die Lösung auf dem Weg despotischer Enteignung des Kapitals zu finden sei - der Sozialismus schließlich habe die von Marx gedachte grundlegende Umwälzung der Produktionsweise nicht in Gang gesetzt! Man müsse wohl damit rechnen, daß die notwendigen tiefgreifenden Wandlungen erst dann einsetzen können, wenn »das Kind noch ein Stück tiefer in den Brunnen gefallen ist«. Was nichts an der Notwendigkeit tätigen Widerstands gegen dieses Fallen ändere.

Arndt Hopfmann (Redaktion »UTOPIE kreativ«) setzte sich nachfolgend mit der Strategie des Westens auseinander, den Ländern Osteuropas per »Schocktherapie« den »freien Markt« überzustülpen. Es sei besonders bezeichnend, daß die Mißerfolge dieser Art der »Entwicklungshilfe« in der Dritten Welt offenbar nicht dazu geführt haben, die Probleme des Ostens nun auf andere Weise anzugehen. Das führe dazu, daß die nun außerhalb gesellschaftlicher Ordnungen ent-

fesselten Märkte eine Reform im Sinne einer gesteuerten Transformation immer weniger möglich machten, woraus mit hoher Wahrscheinlichkeit neue tiefe Krisen erwachsen werden. Der Maßstab der Konkurrenzfähigkeit mit dem Westen sei zu einem höchst fragwürdigen geworden. Auf diesen Maßstab müsse verzichtet werden - weil der westliche Lebensstil in sich fragwürdig geworden sei. Nicht der Kurs auf einen OECD-Länder-Typ der Wirtschaft sei der Ausweg, sondern eine Zurückbindung der Funktionsweise der Märkte in die jeweilige Gesellschaft, einhergehend mit einer abgewogenen Regionalisierung der Produktion und des Marktes und zielend auf nachhaltige Entwicklung, auf wirkliche Transformation.

Anknüpfend stellte Frank Unger (Freie Universität Berlin) Gedanken zu einer neuen Ostpolitik vor, die in der Internationalen Kommission der Berliner SPD, der Unger angehört, entwickelt worden sind. Konfrontiert mit »ungeahnten Problemen in der Konsequenz des Zusammenbruchs der bipolaren Strukturen« müsse man jetzt zunächst die neuen Realitäten, die im Osten sowohl als auch im Westen entstanden sind, erkennen und anerkennen. Von da aus sei es möglich und notwendig, nicht nur die Negativa der überwundenen Blockkonfrontation zu analysieren, sondern auch die mit und in ihr gemachten positiven Erfahrungen schrittweiser Problembewältigung aufzugreifen: zum Beispiel hinsichtlich der erklärten gemeinsamen Verantwortung für den Frieden. Auch jetzt gehe es um gemeinsame, gesamteuropäische Verantwortung - Europa werde im Westen aber weiter konsequent nur als Westeuropa gedacht, und das andere Europa werde in »gute« und »schlechte« Staaten und »gute« und »böse« Politiker eingeteilt und entsprechend politisch »behandelt«. Als völlig ungeeignet habe sich die politische und ökonomische »Schocktherapie« erwiesen - in deren Folge sei ein großer Teil der Bevölkerung auf Dauer an den Rand der Gesellschaft abgedrängt. Dies werde auf ganz Europa erhebliche Auswirkungen haben - schon jetzt nutze der Westen die Verhältnisse im Osten zur Zurücknahme all dessen, womit er früher für den Osten attraktiv war. Das alles zwinge zum Umdenken: Viel gründlicher müsse die osteuropäische Geschichte aufgenommen werden, viel mehr Aufmerksamkeit brauchten jene, die dem Monetarismus skeptisch gegenüberstanden und -stehen; die Langfristigkeit der Transformation müsse begriffen werden; die jungen Marktwirtschaften Osteuropas brauchten einen protektiven Kontext; es brauche eine wenigstens teilweise Wiederherstellung inner-osteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen.

In der Debatte zu diesen drei Referaten unterstützte Karl Morgenstern (ehemals TU Dresden) nachdrücklich die Wagner-Einschätzung, daß das Nachdenken über Alternativen immer das illusionslose Wissen darum einschließen müsse, daß der Realsozialismus weder materiell noch ideell oder mental zur Vorbereitung der Gesellschaft auf grundsätzlich neue Lösungen geführt habe. Gerhard Kraft (früher Akademie der Wissenschaften der DDR) betonte, daß bei der Frage nach »mehr Markt« oder »weniger Markt« immer auf die »Dreifaltigkeit« von funktionierendem Markt, ordnenden Strukturen und Unabhängigkeit der Vertragspartner zu achten sei. Fehle - wie jetzt in

Osteuropa - das zweite und dritte, sei der mafiotische Markt unvermeidliche Konsequenz. Ulrich Busch (Humboldt-Universität Berlin) machte auf die politische Instrumentalisierung einzelner Reform-Erfolge in Ungarn, Polen und Tschechien aufmerksam und auf die gleichzeitige völlige Ausklammerung Rußlands, was die Vermutung nahelege, daß auch hier ganz bewußt »Problemexternalisierung« betrieben werde.

Im Schlußwort zur in ihrer Themenvielfalt und Gedankenfülle kaum zusammenfaßbaren zweitägigen Diskussion griff Gunther Kohlmey noch einmal einen Bloch-Gedanken auf, den er schon in seinem Einleitungsreferat zitiert hatte: Konkrete Utopie sei ein Noch-Nicht des Real-Möglichen. Das Schwierigste hierbei seien theoretisch die Vermittlungen, praktisch die »Zwischenzeiten« mit ihrer täglichen Arbeit in Richtung Ziel. Das Fernziel sei vermittelt theoretisch durch die Nahziele und praktisch durch Arbeit in des Teufels Wirtshaus. - An dieser teilzunehmen wolle man sich weiter bemühen - auch und gerade, wenn öffentliche Aufmerksamkeit so schwer zu erlangen ist.

Z.
ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

4. Jahrgang, Nr. 16, Dezember 1993, 276 Seiten

Charlamenko: Nach Rußlands Blutsonntag

Schwerpunkt: Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (I)
Juchler - ... und Formationstheorie / Hoffmann - ... als Bewegung / A. Brie - Projekt "Moderner Sozialismus" / Gerns - Was bleibt vom "realen Sozialismus"? / Kalt - ... und Wert- gesetz / Düe u. Tjaden - Ökologische Umgestaltung / Kebir - Sozialistische Zivilgesellschaft

Sozialismus-Vorstellungen - Marx und seine Zeitgenossen:
Jahn - Die Ricardischen Sozialisten / Jungnickel - "Grundrisse" / Vollgraf - Dühring / Löbig - Proletariat bei Marx und L. von Stein

Standpunkte von Böke, Jung, Seppmann zu:
Was ist marxistische Erneuerung heute?

Ferner: Beiträge von Heininger zur internationalen Rolle Deutschlands, von Baldeweg zu Deutschland '93, von Bessau zu Freiheit konkret, von Cabalo zum Kommunitarismus, von Wernicke zur Vierten Internationale und Trotzki

Besprechungen neuer Publikationen: Collmer, Holz, Topos, Schöncke, Külow, Hundt, Stab, Altvater/Mahnkopf, Roth, Galbraith, Pauli/isw, Küchenmeister u.a.

Einzelpreis: 15,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 45,- DM/ab 1.1.94 54,- DM (4 Hefte pro Jahr inkl. Versand)
Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/Main, Tel. 069-7392934

Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Eine verstehende Deutung der Neuzeit, 2 Bände, Dietz Verlag GmbH Berlin Jahr? , 431 und 392 S. (DM 48,00)

Ein fast fünfzig Jahre altes Buch greift in die Diskussion um jüngste Geschichte und »Ende« des Marxismus ein. Der Dietz Verlag legt in seiner verdienstvollen, wenn auch teuren Reihe »Soziales Denken« das Werk eines in der DDR verfemten marxistischen Denkers vor. In der 8. Auflage dieser klassisch zu nennenden marxistischen Geschichtsuntersuchung sind alle Texte der bisherigen Ausgaben wieder vereint nachzulesen. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht die ökonomische, soziale und geistige Entwicklung der bürgerlichen Klasse und ihrer Emanzipation. Sie ist für ihn die Vorbereitung einer wirklichen Emanzipation aller bislang unterdrückten und ausgebeuteten Menschen.

Der aus Wien stammende Philosoph Leo Kofler (geb. 1907), vor dem Faschismus ins Schweizer Exil geflohen, schrieb eine materialistisch-dialektische Geschichtsdeutung und brachte sie als Professor erstmals 1948 in Halle heraus. Er wandte sich dabei gegen den bisherigen bürgerlichen Geschichtsfakten-Fetischismus und gegen irrationalistische Intepretation der Geschichte.

Zugleich sorgte er sich aber um die Theorie, die er so vehement zu verteidigen suchte. Seine damalige Forderung, daß der Marxist »'kühn' und 'selbständig' die Waffen zu führen oder unterzugehen« habe, ohne Bevormundung durch »Naseweise« mit ihrer »wissenschaftlichen Sterilität« wurde ihm zum Verhängnis. Er warnte: »Der Weg der Vulgarisierung des Marxismus-Leninismus ... ist in allen Fällen der des Untergangs« (Bd. II/S. 335). Er sollte recht behalten: Sein Buch wurde eingestampft, er verlor 1950 seine Professur, ... der Realsozialismus ging unter. Kofler blieb der Weg in den ungeliebten Westen, in dem der Marxist und Sozialist jedoch ebenso unerwünscht war. Der Marxismus im Osten wurde stumpf, weil auch Koflers Ideen und Rückgriffe auf den denkenden, den dialektischen Marx nicht in das Kalkül der politischen Machthaber paßte. Ein »vulgärer Materialismus« ersetzte vielfach die wirkliche Anwendung einer schöpferischen Theorie.

Eine der größten Sorgen Koflers war die Verflachung und Entstellung marxistischer, dialektischer, die sozialen Bedingungen geschichtlichen Handelns mitdenkender Theorie. In den Theoretikern der II. Internationale, aber dann auch bei den sich »Marxisten« nennenden Politikern an der Macht, sah er dies negativ verwirklicht. »Diese Vulgarisierung hatte zur Folge, daß je länger desto mehr ein großer Teil der sozialistischen Literatur und Presse einer grenzenlosen Verflachung preisgegeben wurde - die ständige Berufung auf die materialistische Erklärungsweise wurde zur stehenden Phrase, die es ermöglichte, sich jede wirkliche Erklärung zu ersparen - und daß auch das politische Handeln stark von der Denkweise des mechanistischen Automatismus behindert wurde« (Bd. II/S. 174). Die Folge war jener zunehmende Verlust sowohl der Zustimmung weiter Teile des Volkes als auch das stärker werdende Versagen der Politik in den realsozialistischen Gesellschaften vor den veränderten Bedingungen. Die als nicht mehr offen angesehene Geschichte wurde zur Begründung, warum auf eigenes kritisches Hinterfragen des Weges und notwendige Weiterentwicklung eigener Politik verzichtet wurde.

Im Zentrum der Überlegungen von Kofler - vorgenommen an der Untersuchung des geschichtlichen Berufs der Bourgeoisie und der bürgerlichen Gesellschaft wie ihrer Ideologieprodukte - steht das »Verstehen«, die »anschauliche Betrachtung« von Geschichte. Dabei sind Koflers Bezugspunkte der revolutionäre Weg der Bourgeoisie in den europäischen Gesellschaften und besonders jene Wandlungen, die sich in England, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Italien zwischen dem Ausgang des Mittelalters und dem 19. Jahrhundert vollziehen. Er untersucht die bürgerliche Gesellschaft dort, wo sie in ihrer ursprünglichen Form entsteht. Die außereuropäischen Prozesse bleiben also außen vor.

Aus heutiger kritischer Sicht auf die ideologischen Voraussetzungen des Realsozialismus ist Koflers striktes Wenden gegen die positivistischen Verflachungen stalinistischer Historiker von besonderem Interesse. Sein Buch verkör-

perte schon zu seinem Entstehungszeitpunkt einen anderen Weg marxistischen Denkens, daß das Verstehen von historischen Ereignissen an soziale und Klassenfragen bindet, aber nicht einen vermeintlich ewigen - im Politbüro oder vom Generalsekretär formulierten - »Klassenstandpunkt« zur Richtschnur unfehlbarer Entscheidung macht. Nicht das Aneinanderreihen und Zurechtbiegen von historischen Tatsachen und eine vereinfachte Theorie beantworten die Fragen an die Geschichte. Vielmehr kommt es »darauf an, Geschichte nicht bloß zu erzählen und zu beschreiben, sondern sie auf dem Wege der Begreifbarkeit als Totalität und durch ständige Inbezugsetzung aller historischen Momente zu dieser Totalität zu erklären« (Bd. I/S. 29).

Für ihn bedeutet das im marxistischen Sinne auch die Untersuchung der geistigen Prozesse in der Gesellschaft. Er wendet sich gegen Vorstellungen, die das subjektive Handeln des Menschen und sein Bewußtwerden angesichts der »historischen Gesetzmäßigkeiten« ausklammern wollen. Ihm geht es mit dem Marxismus um »die Wichtigkeit der Ideologie in der Geschichte, indem er sie als Form des Sichbewußtwerdens der Gesellschaft, als gesellschaftliche Selbsterkenntnis innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse verstehen lehrt« (Bd. I/S. 36). Das Aufstreben des Bürgertums bedeutet für Kofler geistige Emanzipationsformen auch im religiösen Gewand. Die Sektenbewegungen des ausgehenden Mittelalters, die lutherische Reformation und der Calvinismus waren Wegbereiter. Letzter war eng mit dem entstehenden Manufakturbürgertum verbunden und schaffte den günstigsten geistigen Rahmen für den wirtschaftlichen Aufschwung der neuen Klasse. Zugleich ermöglichte er die geistige Einbindung derjenigen arbeitenden Klassen, die die Bourgeoisie notgedrungen mit emanzipieren muß.

Durchgehender Gedanke Koflers ist, daß das »Dogma von der Unantastbarkeit des Privateigentums ... unvereinbar (ist) mit dem Wesen der Revolution, die als Machtkampf der Klassen untereinander notwendigerweise darauf abzielt, den Gegner durch ökonomische Entwurzelung zu schwächen und zu schlagen« (Bd. I/S. 349). In allen Kämpfen des Bürgertums gegen den Feudalismus haben radikale Flügel besonders der unteren Volksschichten - seien es die Bauernhaufen Müntzers oder die Leveller oder Babeaufs Gerechte - versucht, die Revolution voranzutreiben. Und die bürgerliche Klasse hat sich genau gegen diesen radikalen Flügel mit aller Macht gewehrt, war bereit, sich zur Not auch mit der herrschenden Feudalität zu verbünden, um diese eigentliche Bedrohung auszuschalten. Auch deshalb ist seine Wertung der bürgerlich-parlamentarischen Errungenschaften, so im Mutterland der Demokratie England, sehr abwägend. Er warnt immer wieder vor demokratischen Illusionen hinsichtlich dieser Gesellschaft.

Einer der entscheidenden Vorzüge der Konzeption Koflers ist die Erkenntnis, daß »der Historiker ... in seiner Deutung sozialer Erscheinungen auf die konkrete Gesetzlichkeit der Geschichte Rücksicht nehmen (muß), wenn Mißurteile über ganze Epochen vermieden werden sollen« (Bd. I/S. 133). Gerade diese Praktizierung totalititätsorientierten Denkens und Begreifens von Geschichte ist angesichts der Trümmer des Realsozialismus so wichtig. Denn typischerweise sind die derzeitigen Sieger der Systemauseinandersetzung wie auch viele Linke zu leicht bereit, sich auf die Deutung und Verurteilung von Einzeltatsachen festzulegen. Ein positivistischer Zugang wird aber der vergangenen und zunächst gescheiterten Alternativgesellschaft nicht gerecht. So wird diese Gesellschaft und ihre Geschichte nicht verstanden. Damit sind Linke auch nicht fähig, über ihre Niederlage hinaus zu denken und nach neuen Wegen zu einer humanen und gerechten Gesellschaft zu suchen.

Ansprechend sind naturgemäß die sich heute für Sozialisten aufdrängenden Parallelen zur der Niederlage des aufstrebenden Bürgertums in den frühbürgerlichen und klassischen bürgerlichen Revolutionen - erinnert sei an die »glorios revolution« 1688. Damals gelang es noch einmal, das aufstrebende Bürgertum durch die feudale Ordnung, nunmehr zumeist in absolutistischer Gestalt, von den politischen Schalthebeln fernzuhalten. Die Bourgeoisie hat in dieser Situation die wirtschaftliche wie geistige Kraft und die ideologischen Konstrukte entwickelt, um den Kampf für eine Gesellschaft nach ihrem Bilde fortzusetzen und schließlich zu obsiegen. Welche Chancen hatten jene Kräfte, die 1917

und 1945 antraten, eine menschlichere Gesellschaft gegen eine Ausbeuterordnung neu zu entwickeln? Warum soll nicht auch auf sie jene Erfahrung zutreffen, die sich aus der zunächst erfolglosen englischen Revolution ergab: »Die nachfolgende feudale Reaktion vernichtete nahezu alle Errungenschaften der Revolution. Nur eines konnte sie nicht zerstören: die durch Jahrhunderte nachwirkende Erinnerung an die Revolution, eine Erinnerung, die in entscheidenden Punkten der englischen Geschichte anfeuernd auf die Kräfte des Fortschritts, warnend auf jene des Rückschritts gewirkt hat« (Bd I/S. 351). Für Kofler ist die bürgerliche Gesellschaft nicht das Ende der Geschichte. Seine damaligen Hoffnungen auf den staatlich vollzogenen Sieg einer sich Sozialismus verstehenden Ordnung ist nicht eingetroffen. Das Ringen um Sozialismus ist ein langer und schmerzvoller Prozeß. Denn nur mit einer sozialistischen Alternative »hört die tierische, verdinglichte und entmenschlichte Geschichte der Menschheit auf!« (Bd. II/S. 327).

STEFAN BOLLINGER

Oskar Negt, Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen. S. Fischer Verlag Frankfurt a.M. 1992, 342 S. (DM 39,80)/ Ungekürzte Ausgabe: Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1993, 343 S. (DM 16,90)

Es ist nicht das erste Mal, daß die beiden Autoren ihre Köpfe zusammenstecken, um gesellschaftliche Standards in öffentliche Aufklärungsaktionen umzusetzen. Diesmal wollen sie Lust machen, den unterforderten Begriff des Politischen zu besetzen, also, da er längst besetzt ist, umzufunktionieren, und zwar mit soziologischer Phantasie. Daß dieses Unterfangen in Zeiten, da die Politikbesessenen, sofern sie in Macht und Wohlstand bequem alles aussitzen können und sogar in den Politikverdrossenen ihre Kollaboranten haben, besonders gebraucht wird, liegt auf der Hand. Da sich gerade im letzten Jahrfünft die Weltgeschichte samt der in deutschen Landen als erfindungsreicher erwies als unsere Einbildungen, halten sie es für erforderlich, dem Intellektuellengeschwätz selbstgenügsamer Status-quo-Verteidiger vom Ende der Geschichte die aktivierende Generalthese entgegenzustellen, daß die Geschichte vielmehr erst an dem Punkt beginnt, an dem die Menschen das, was sie träumen, denken, wissen und wollen, durch ihre vergesellschaftete Gewalt in Wirklichkeit umsetzen können (vgl. S. 341). Wendehälse sind O. N. und A. K. also nicht. Sie sind dem Gesetz, nach dem sie einst angetreten, treu geblieben, ohne indes verstockt zu behaupten, daß sie stets recht hatten. Und daß auch ihre Blütenträume aus den roaring sixties heute noch weniger reifen als damals, hat Bußfertigkeit dennoch nicht zu ihrer Tugend machen können.

Bei der jetzigen Monographie handelt es sich um insgesamt fünfzehn locker komponierte Studien, sieben davon von O. N., vier von A. K., und die restlichen von den beiden Autoren gemeinsam verfaßt. Es ist kein leichtes Futter, was da serviert wird. Angesiedelt ist es irgendwo zwischen Hölderlins »Gibt es auf Erden ein Maß? Es gibt keines. Nämlich es hemmen den Donnergang nie die Welten des Schöpfers« einerseits und andererseits Hegels »Alles, was da ist, hat ein Maß. (...) Im Maße ist das Qualitative quantitativ«[1]. Auch wenn der weder unserer Alltagssprache noch den philosophischen Wörterbüchern geläufige Terminus »Maßverhältnisse« Hegels 'Großer Logik' entstammt - er bezeichnet dort die Relation mehrerer auch gegensätzlicher Maße bis hin zum Sprunge in die Maßlosigkeit -, so sorgen doch N./K. durch ihre beispielsangereicherte Art des Argumentierens dafür, daß auch die Leser nicht den Boden unter den Füßen und sich damit in jenem Reiche verlieren, wo Gedanken nur um der Gedanken willen wohnen.

So wird, um zunächst Plausibles anzuführen, als eine »Urszene« im Widerstreit von Maßverhältnissen jener Prozeß erörtert (vgl. S. 267), in dem sich der Wahrheitssucher Sokrates für die Praxisfolgen seiner Wissenschaft vor einem Tribunal mit Todesfolge verantworten mußte[2], und es ist schon ein Kabinettstück, wie im unmittelbaren Anschluß daran am Beispiel von Karl Marx die Alternativwandlung von »Leben oder Tod« zu »Anpassung oder Emigration« dargestellt wird. Hier hätte gut und gern auch die Behandlung der sogenannten inneren Emigrati-

on (vgl. S. 47: die Nischenstrategie von DDR- und jetzt BRD-Bürgern!) ihren angemessenen Platz finden können, deren Doppelgesichtigkeit eben darin besteht, daß es eine Form sowohl von Emigration wie auch von Anpassung ist. Daß sich die Autoren neben den Alltagskonstellationen, in die Menschen verwickelt werden, ohne daß jene sich zu einem großen Glück oder großen Unglück zuspitzen müßten (vgl. S. 25), auch die bereits von Hegel[3] so genannten »Knotenlinien der Maßverhältnisse« nicht entgehen lassen, also jene zugespitzten Situationen, in denen das behagliche Nebeneinander von Dingen und Beziehungen zu ausgleichsunfähigen Extremen mutieren, ist nur zu begrüßen. Dadurch werden nämlich auch die abstrakten Passagen nicht als Ausweichen vor der Wirklichkeit in die höheren oder tieferen Regionen mißverstanden, sondern als das, was sie sind, als brisant! Als solche Phasen, in denen ein Kontinuum aufgesprengt wird, werden etwa neben den fünf Jahren zwischen Bastillesturm und Thermidor auch jene sechs Wochen charakterisiert, die ab Oktober 1989 als Zwischenstation einer gesellschaftlichen Evolution Land und Leute der DDR in den Herrschaftsbereich der politischen, ökonomischen und Mediengewalt der BRD fallen oder treiben ließ (vgl. S. 19f.).

Erstaunlich ist nicht nur die historische Dimension, in die die Autoren ihre Maßverhältniskonzeption des Politischen gleichsam hineinkonjugieren, sondern auch die Breite ihres Betrachtungsspektrums. Da werden die sozialen Probleme einer Arbeitszeitverkürzung, eines Aussparens von Plebisziten im Verfassungstext, der plakativen Wahlkampfsprachen, der politischen Botschaften von (Kitsch-)Romanen, der Symbol- und Sprachzensur, des durch das Kapital geschaffenen realitätsmächtigen aber falschen Gesamtarbeiters, der kollektiven Trauerrituale insbesondere von autoritären Regimen und noch vieles mehr behandelt. Der Höhepunkt der Analyse ist zweifellos das vom Golfkrieg ausgehende und die gesamte Militär- und Kriegslogik dechiffrierende Kapitel (vgl. S. 173ff.). Nichts habe an diesem Golfkrieg ein menschliches Maßverhältnis, am wenigsten dieser Krieg selber, lautet die Zentralthese (vgl. S. 189), wobei weder Ursachen noch die Folgen ausgespart bleiben: Dieser Krieg, es war der mit den höchsten Tageskosten der Geschichte, hätte nie begonnen werden dürfen; er sei mit Betrug, Heucheleien, Lügen, Zensur, »Unterschlagungen seiner Wirklichkeit« geführt worden[4], wie keiner vor ihm und seitdem, er habe keines der entzündlichen Probleme in der Nahostregion (weder das des kurdischen Volkes noch das der Palästinenser, noch das Existenzrecht Israels) entschärft und schon gar nicht gelöst; die ihn aus eigenen Machtinteressen führende Großmacht, die selbst ein Drittel ihrer eigenen Bevölkerung in Armut und Elend halte, habe den Massenmord von Hiroshima und den Vietnamkrieg auf dem Gewissen und sich nur von der UNO als die als Schlußzeichen des abgeflauten Ost-West-Konflikts berüchtigte Pax Americana sanktionieren lassen; umso schlimmer sei es, daß auch innerhalb der Linken (es werden Biermann und Enzensberger genannt) Grundsätzliches vergessen worden sei, was noch vor wenigen Jahren eine von Wissen geleitete Überzeugung zu sein schien, daß nämlich Krieg unter keinen Umständen mehr ein mit Vernunftgründen vertretbares Mittel der Politik sein könne (vgl. S. 175).

Freilich beginnt genau an dem Punkt, an dem N./K. weltpolitisch am stärksten argumentieren, auch ihre weltpolitisch schwächste Position sichtbar zu werden: Was eigentlich könnte denn am Ende unseres Jahrtausends eine mittels Vernunft und menschlichem Maßverhältnis legitimierbare Alternative zum US-imperialen Gewaltzentrum der Welt[5] sein? Wer könnte ähnliches bewirken und wodurch eigentlich? Und wie ist angesichts des durch Perestroika und Glasnost ausgelösten (nicht verursachten!) Untergangs des Sowjetreiches als Antidot einer Pax Americana eigentlich die Vorfrage zu beantworten, wie Gorbatschows/Jelzins politisches Maßverhältnis zu beurteilen ist? Was jedenfalls zu diesen beiden mitgeteilt wird (vgl. S. 156f.), liegt weit unterhalb des sonstigen Niveaus. Vielleicht hängt die Blässe, ja Naivität dieser Passagen auch damit zusammen, daß mit dem Fortschrittsproblem auch die Relation von politischer und ökonomischer Macht, das Maßverhältnis des Eigentums an den Produktionsmitteln weitgehend ausgeblendet bleibt. Anders übrigens als es Bertold Brecht seinerzeit getan hat, jener verschmitzte Dialektiker (vgl. S. 283), auf den, wie auf Robert Musil, N./K. sich immer

wieder und besonders zur Freude des Rezensenten berufen.

In das gegen die Zementierung jeglicher Privilegienstrukturen (vgl. S. 60) unkonventionell geschriebene Werk scheuen die Autoren sich auch nicht, den Binnenraum ihrer Subjektivität in Gestalt ihrer Autobiographien einzubringen (vgl. S. 249ff.). Sie spielen mit offenen Karten. Sie setzen auf Selbstdenken und Selbstbestimmung, auf Menschenrechte, die Glück auch dort versprechen, wo keine Macht ist, auf eine »allgemeine Humanität« (S. 341). Daß der Sozialismus sich zu einem System wissenschaftlicher Botschaften fügen und so für die handelnden beweiskräftig machen lasse, gehört für sie zu den ganz und gar trügerischen Erwartungen der Vergangenheit (vgl. S. 259). Da sie aber die aufgehäuften Trümmer des Kapitalismus, die Schädelstätten seines Ungeistes nicht aus ihrem Analyseblick verlieren, setzen sie nach wie vor auf den unabgegoltenen Wahrheitsgehalt des Sozialismusbegriffs (vgl. S. 260), auf die produktiven Potenzen eines immer noch als Zeitgenossen verstandenen Marx (vgl. S. 103ff., 265, 283). Freilich wird für ein Primat der Forschungslogik gegenüber jeglicher Darstellungslogik plädiert, und damit auch - gegen Marx und Engels - für eine Anerkennung von Utopien als Denk- und Handlungsmotiv (vgl. S. 282). Was nur zu begrüßen ist.

»Ein Sozialismus, der sich selbst bei seiner Idee nimmt, müßte heute auf Parolenplunder und Fortschrittspose verzichten und sich ganz auf die Schwerkraft der Bedürfnisse und Interessen der Menschen in ihrem Alltag einlassen...« (S. 258). Allerdings bleibt die Frage, wer und mit welchen Mitteln und wann für die soziale Umwälzung, die politische Demokratie und die individuelle Emanzipation zu kämpfen bereit sein wird. Worte werden nicht genügen.

Gewiß hat der nicht vorurteilsfreie Rezensent manchmal den Eindruck, daß N./K. zwischen den Welten wandeln. Jenseits der Welt aber sind ihre Maßverhältnisse nicht angesiedelt. Mögen ihre Er- und Bekenntnisse nicht der dem Kapitalismus eigenen strukturellen Zensur (vgl. S. 71) zum Opfer fallen. Ihre Maß-Begriffe gehören jedenfalls zu jenen Begriffen der Linken (vgl. S. 63), die zur Veränderung der Welt gebraucht werden.

1 Hölderlin: Sämtliche Werke, Leipzig 1965, S. 282; Georg F. W. Hegel: Wissenschaft der Logik, Teil 1, Berlin 1971, S. 339 und 343.
2 Vgl. die umfassende Erörterung dieses Gerichtsverfahrens bei Alexander Demandt: Macht und Recht. Große Prozesse in der Geschichte, München 1990, S. 9ff.
3 Georg F. W. Hegel: Wissenschaft der Logik, Teil 1, Berlin 1971, S. 379.
4 Vgl. John MacArthur: Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften, München 1993.
5 So die Kurzformel bei Negt/Grossmann: Die Auferstehung der Gewalt, Frankfurt/M. 1968, S. 177.

HERMANN KLENNER

Günter Reimann: Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise - Analysen, Erfahrungen, Perspektiven, Gustav Kiepenheuer Leipzig 1993, 320 S. (DM 68,00)

Das politisch aktive Leben des Günter Reimann umfaßt praktisch das gesamte 'kurze 20. Jahrhundert', das, da es durch die Revolutionen in Rußland wie im Osten überhaupt markiert wird, auch als das 'russische' bezeichnet werden könnte. Ein Jahrhundertzeuge übereignet mithin in diesem Buch über »die Systemkrise« des modernen Kapitalismus und ihre gegenwärtig akute Form, »die deflationistische Weltkrise« eine Fülle von historischen Erfahrungen und intimer Sach- und Personenkenntnisse einer mehr oder weniger kritischen Öffentlichkeit.

Wie auch Jürgen Kuczynski, der andere 'große alte Mann' der marxistischen Ökonomie in Deutschland - der nicht nur gleichaltrig ist, sondern auch 1930 seine Nachfolge in der Wirtschaftsredaktion der »Roten Fahne« antrat -, hat also auch der heute hochbetagte aus dem Brandenburgischen stammende Weltbürger Reimann die Krisen kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung zum Dreh- und Angelpunkt seiner profunden Analysen der gegenwärtigen globalökonomischen Problemlagen gemacht. Beide verbindet zum einem die wirtschaftshistorische und finanzpolitische Perspektive, aus der bevorzugt Handlungsdruck abgeleitet und in der Lösungsansätze mit Vorliebe verankert werden, und zum anderen die allgegenwärtige Ahnung von unmittelbar bevorstehenden Umbrüchen, denn »in

den nächsten fünf Jahren sind Entscheidungen fällig, die den Ausgang der deflationistischen Weltkrise ... - der Weltkrise des Rentenkapitalismus und der kranken Gesellschaften der Dritten Welt - ... entscheiden« (S. 252).

Anders als Kuczynski hat Reimann jedoch keine Vision von einer postkapitalistischen Gesellschaft. Seine Botschaft ist vergleichsweise alt und wirkt in Anbetracht der von ihm konstatierten Perspektivlosigkeit, so daß die »Elendsmassen in...Afrika und Asien...auf ein besseres Leben im Jenseits, nicht auf Erden, (vertröstet werden müssen)« (S. 252), einigermaßen hilflos - seit dem »Zusammenbruch des Sowjetimperiums« ... »ist die alte Weltordnung im Verfall« (S. 221/223) ... »die deflationistische Weltkrise wird diesen Zerfall vollenden« (S. 296) ... und es wird schließlich eine »neue Symbiose staatlich autoritärer bürokratischer Macht und einem neuen Finanzkapitalismus« (S. 314), die mit den sich ausdehnenden Unternehmerklassen in Südostasien und China verbunden ist, entstehen ... »die Überlebenskraft des Kapitalismus (wird) zeitweise wieder hergestellt - für eine Generation« (S. 319).

Die Frage, wie ein System gerettet werden kann, »wenn es in den Produktionsverhältnissen krank ist« (S. 305), wenn sich in einer schleichenden Krise auch das Wesen des Kapitalismus letztendlich zersetzt - ein Vorgang, den Reimann auch als »Endkrise« (S. 253) bezeichnet -, wird zwar wiederholt auf unterschiedlichste Weise gestellt (wobei bezeichnenderweise die globalökologische Dimension der Problematik durchgängig ignoriert wird), eine Antwort wird jedoch nicht einmal versucht. Alles, was jenseits des »in Moskau ersterbenden Versprechens einer postkapitalistischen Welt« (S. 253) liegt, kreist bei Reimann um die Überwindung des Deflationismus, der die Haushaltbudgets gegenwärtig genauso zusammenschnürt, wie er die industriellen Profite stranguliert, um die Vergrößerung der internationalen Liquidität durch die Einführung eines »neuen 'goldwertigen' Dollars« (S. 274) als Kern einer globalen Währungreform, über deren mögliche Umtauschkurse, 10 : 1 oder 100 : 1 oder nur 2 : 1 oder 3 : 1, er schon mal am Rande spekuliert (vgl. S. 276). Zwar kann auch nach Reimanns Erfahrungen »mit Gold allein...das Weltsystem nicht gerettet werden« (S. 305) und es bleibt sein Geheimnis, wie die kapitalistische Gesellschaft dadurch den aufgetürmten Rentenansprüchen entkommen könnte, aber immerhin, wenn sich alle an die Spielregeln halten, würden die akkumulierten Schulden oder Zahlungsansprüche radikal vermindert, so daß der Weg aus dem drückenden Dilemma des modernen Kapitalismus von Inflation und zwangsläufig folgender Deflation wenigstens zeitweise gewiesen wäre.

Grundlage des Reimannschen Verständnisses der gegenwärtigen Weltkrise des kapitalistischen Systems ist also sein Inflations-/Deflationsmodell. Unter Inflation oder »inflationärer Tendenz« versteht er die Schaffung von Liquidität über Kredit. Wenn die (steigenden) Einkommenserwartungen von Kapitalisten und Arbeitern, Angestellten usw. rentenmäßig fixiert sind, können zusätzliche Ausgaben oder die Ansprüche selbst (wenn die Einnahmen nicht ausreichen) nur über die Aufnahme von Krediten finanziert werden. Die über den akkumulativen oder konsumtiven Verbrauch hinausgehenden Mittel, die Ersparnisse der Klassen von Rentenbeziehern, werden zur Deckung neuer Ansprüche z.B. über Staatsanleihen kapitalisiert. Geldanlagen werden so durch das chronisch hohe Zinsniveau - infolge ungebrochener Kreditnachfrage - immer lohnender und sind wesentlich sicherer als risikovolle produktive Unternehmungen. Die Kehrseite des »Inflationismus« zeigt sich jedoch dann, wenn der infolge der Kreditaufnahme steigende Schuldendienst das staatliche Budget in einem solchen (zunehmenden) Maße belastet, daß der Abbau der Schulden über rigorose Einsparungen unvermeidlich wird. Dieser - gegenwärtig aktuelle - Prozeß erscheint nach Reimann als Deflation oder drastische Liquiditätseinschränkung. Deshalb ist das gesamte Sinnen und Trachten von Reimann darauf gerichtet, einen Ausweg aufzuzeigen, wie die (Staats)Schulden kurzfristig reduziert und neue liquide Mittel ohne inflationäre 'Nebenwirkung' via »Währungsreform« frei gemacht werden können. Dem steht allerdings das verfestigte Herrschaftsmodell des modernen »Rentenkapitalismus« massiv entgegen.

Das ist überhaupt der wesentliche Inhalt seiner Diagnose zum Zustand der kapitalistischen Welt am Ende des Kalten Krieges. »Der Zerfall

des 'Sozialismus' in allen Ländern des Ostens erscheint als Triumph des Kapitalismus im Westen. Aber es erweist sich, daß der Kapitalismus im Westen die Krankheiten im Osten, an denen der 'Realsozialismus' zugrunde gegangen ist, selber übernimmt bzw. bereits an ihnen krankt« (S. 196).

Folgt man der zum Teil aphoristisch verknappten und in eigenartigen Schleifen beständig zum harten Kern des Arguments zurückkehrenden Darstellung Reimanns über die gesamten zwanzig Kapitel des Buches, so kristallisiert sich etwa nachstehende Kausalkette heraus. Nach der »Zusammenbruchskrise des alten Marktkapitalismus« (S. 35) am Beginn der 30er Jahre hat eine finanzkapitalistische Verrentung von Einkommensansprüchen eingesetzt, die »im Widerspruch zum Wesen des kapitalistischen Systems« (S. 65) steht. »Zunehmend entstehen soziale Klassen, die mit Pensionsrechten und Rentenzusicherungen Prioritätsansprüche auf den gesellschaftlichen Profit anmelden, unabhängig vom Ergebnis des Konkurrenzkampfes und den Marktverhältnissen oder der Realisierung von Warenwerten als Geldkapital« (S. 30). Grundlage dieser Flucht aus der Ungewißheit der Marktkonkurrenz in die Sicherheit garantierter monopolistischer Unternehmergewinne und Arbeitseinkommen ist ein starker Staat - der »Steuerstaat«. Die Bedienung der Renten erfordert schließlich eine permanente Ausdehnung des staatlichen Zugriffs auf die gesellschaftlichen Ressourcen. »Die Tendenz der finanziellen Ansprüche, die Erfüllungskapazität zu überschreiten« (S. 43), bedingt nicht nur chronische, kreditgedeckte Haushaltsdefizite, sondern führt dazu, daß »der Koloß Staat...einen so großen Teil des Nationalprodukts (beansprucht), daß sich die Verwertungsbedingungen für Kapital verschlechtern« (S. 45). »Der Kapitalismus hat ein Monster mit unersättlichem Appetit gezüchtet: den bürokratischen Superstaat« (S. 254), an dessen Spitze die »neue herrschende Klasse von Parteibürokraten, die über die staatliche Bürokratie bestimmen« (S. 73), steht - die Ähnlichkeit zu den 'realsozialistischen' Machtstrukturen ist frappierend.

Wurden lange Zeit die Ausdehnung des Wohlstands und die Flucht in Renteneinkommen als »solider Erfolg des Kapitalismus« (S. 215) angesehen, so muß dieser Schein in der der Defizitfinanzierung notwendig folgenden deflationistischen Einschnürung des Budgets letztendlich verschwinden. Wachsende Defizite erhöhen die Kreditaufnahme, dadurch steigen die Zinsen. Infolgedessen werden industrielle Kapitalanlagen destimuliert. Umgekehrt wird die Bildung von spekulativem Geldkapital beschleunigt. Dem Rückgang an Steuereinnahmen stehen wachsende Zinsforderungen gegenüber. Der Versuch, über staatliche Maßnahmen zur Investitionsförderung die Realakkumulation anzukurbeln, vergrößert tendenziell die Budgetdefizite, da die Steuereinnahmen weiter sinken, während die Ausgaben steigen. Schließlich wird durch den anhaltend hohen Refinanzierungsbedarf des Staates über den Kreditmarkt verhindert, daß die Zinsen ausreichend fallen können, um industrielle Investitionen wieder profitabel zu machen. »Das ist die historische Ära der Stagflation« (S. 255) stellt Reimann fest und folgert scharfsinnig, daß »es...kein Ende der Stagflation geben (kann), wenn die Rentenschuld in der kapitalistischen Gesellschaft aufrecht erhalten wird« (S. 305). Hier schließt sich nun der Kreis. Durch die Schaffung neuer internationaler Liquidität im Zuge einer Währungsreform mit Rückkehr zu einem Wertstandard, der »nicht an eine nationale Währung gebunden« (S. 269) ist, soll das Dilemma der Staatsbanken - einerseits der Regierung billige Kredite zur Defizitfinanzierung zu beschaffen und mit niedrigen Zinsen die Konjunktur zu fördern sowie andererseits über hohe Zinsen den Geldwert zu stabilisieren - aufgebrochen werden. Die Zinsen sollen soweit sinken, daß sie im Verhältnis zu den Unternehmergewinnen niedrig genug stehen, um industrielle Investitionen zu stimulieren. Damit wäre zwar die deflationistische Krise fürs erste gebannt, aber ihre inneren Ursachen, die konkurrenz- und marktwidrigen »Rentenansprüche«, bestehen natürlich fort - die 'Erholung' wäre also zeitlich beschränkt auf (vielleicht) »eine Generation«.

Daß die Chancen für den Salto mortale einer Weltwährungsreform eher schlecht stehen, ist natürlich auch Reimann nicht entgangen, zudem die vielen aufschlußreichen Einblicke in die Psychologie und die Gedankenwelt von Experten der internationalen Hochfinanz, die

das Buch quasi en passant mitliefert, diese Version nachhaltig stützen. Die wesentlich wahrscheinlichere Konsequenz aus der ungelösten »schleichenden Krise des Rentenkapitalismus« (S. 284) ist daher ein verschärfter Abbau von Versorgungsansprüchen der im nationalen wie internationalen Maßstab ökonomisch Schwächsten zur Aufrechterhaltung und Stützung der 'Rechte' der Stärkeren. So sind im Westen die »Institutionen des Wohlfahrtsstaates ... in tiefe Krisen geraten« (S. 142), während sich international die »Kluft zwischen den Wohlstandsgesellschaften des Westens und den Gebieten des Massenelends in den 'Entwicklungsländern'« (S. 303) vertieft. »Es beginnt ein neuer Kampf der sozialen Klassen um die Verteilung des Mehrwertes und gegen ein System, das den Massen die soziale Sicherheit nimmt. ...die Rentenbasis des sozialen Friedens (wird) so eingeengt, daß der Boden für neue sozialrevolutionäre Krisen entsteht« (S. 284).

Diese Feststellung bleibt jedoch völlig folgenlos - wohin bzw. zu welchen Gesellschaftszuständen derartige Krisen führen sollen, außer vielleicht zum »Vorstoß in das Neuland unerschlossener Technologien in größerem Außmaß als je zuvor« (S. 286) kann und will Reimann offenbar nicht ausdeuten. Auch vermag er die Lage im Süden und im Osten bestenfalls treffend zu beschreiben, eine Perspektive jenseits der chaotischen Krisen des »Rentenkapitalismus« gibt es für ihn nicht (mehr). Folglich hält er einerseits das Schicksal der »Dritten Welt« mehr oder weniger für besiegelt. »In diesen Ländern ist durch den Fortschritt des Weltkapitalismus die alte soziale Ordnung aufgelöst worden. Jetzt (können sie) keinen Platz in der kranken Weltwirtschaft finden. (...) Sie können den Aufstieg des Industrialismus im Westen nicht kopieren, ohne in die letzte Krisenphase des westlichen Kapitalismus und dabei auf die Verliererseite zu geraten« (S. 147f.). Andererseits anempfiehlt er den ehemals staatsbürokratisch-kapitalistischen Ländern des Ostens - wenn sie sozialistisch gewesen wären, »dann hätten sie...es nicht nötig gehabt..., konkurrenzfähig zu sein« (S. 79) - tiefstes Mißtrauen gegenüber dem 'Beratungsterror' des Westens. Hier wird ein Kapitalismusmodell als »Entwicklungsziel gelehrt, ...das heute im Westen nicht mehr besteht« (S. 217). Grundlegende Zweifel an den Dogmen des IWF und der Weltbank sind daher angezeigt, denn »es ist grotesk und naiv zu erwarten, daß das Finanzkapital des Westens helfen wird, das Entstehen neuer Konkurrenzstrukturen im Osten zu finanzieren« (S. 230). Und so droht ein »primitiver 'Basarkapitalismus' ... mit handwerklichen Produzenten, Kleinhändlern und Spekulanten, die Geldkapitale ins Ausland bringen...« (S. 231). Die 'Alternative' »ist nicht 'Sozialismus'« (S. 231), sondern liegt für Reimann zwischen der »Kalkuttaisierung industrieller Zentren im Osten« (S. 234) und einer Rückbesinnung auf die Kooperation unter den nicht weltmarktkonkurrenzfähigen Ökonomien des Ex-RGW.

Ohne Zweifel werden die sogenannten Reformländer diese bittere Pille schlucken müssen, nur ob durch die Einnahme dieser Mixtur die langfristige Gesundung, sprich die Weltmarktfähigkeit unter weltkapitalistischen Dominanzstrukturen, erreicht werden kann, darf angesichts der endlosen Kette von Entwicklungsfehlschlägen im Süden füglich bezweifelt werden.

Insgesamt bietet das durchaus eindrucksvolle, sehr anregende Buch, das jedoch auch einige Zumutungen - vom 'Zahlensalat' auf S. 260 bis zur wortgleichen Wiederholung ganzer Abschnitte, z.B. S. 269 und S. 274 - bereithält, eine Reihe (in bezug auf historische Verläufe auch recht gewagter) diskussionswürdiger Thesen mit einigem Erklärungswert. Allerdings läßt es den Leser trotz einer umfänglichen, facettenreichen und durch das Einfügen von persönlichen Erlebnissen angereicherten Sicht auf die gravierenden Probleme kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung der Gegenwart schließlich eigenartig konsterniert zurück. Das System selbst erweist sich zwar als in der Tendenz unsozial, pseudo-demokratisch und zu einem wirklichen Ausgleich von Entwicklungschancen unfähig, aber zugleich als unüberwindbar. Ob die vagen Hoffnungen auf den »festen Willen der Menschen, neue Strukturen zu schaffen« (S. 307), weit genug tragen können, scheint Reimann selbst zu bezweifeln. Die Kernaussagen seines Buches stützten einen derartigen Optimismus jedenfalls nicht.

ARNDT HOPFMANN

Leopold Spira: Kommunismus adieu. Eine ideologische Biographie, Europaverlag Wien - Zürich 1992, 161 S.

Leopold Spira, 1913 in Wien als Beamtensohn in einer jüdischen Familie geboren, 1938 nach England exiliert, nach dem Krieg in der Kommunistischen Partei Österreichs aktiv, machte sich in den letzten Jahren vor allem einen Namen mit Büchern über den Antisemitismus in Österreich und Untersuchungen zur KPÖ sowie als Mitherausgeber des »Wiener Tagebuchs«, einer Zeitschrift dissidenter Ex-Kommunisten, die freilich an ihrer sozialistischen Grundhaltung festhielten. Von diesem Grundtenor und diesen Erfahrungen ist auch Spiras vorliegende »ideologische Biographie« geprägt. Sie versucht vor allem die Frage zu beantworten, wie der Autor 36 Jahre lang Mitglied der KPÖ bleiben konnte, obwohl sein naiver Glaube an die Weisheit der Partei mehr und mehr kritischen Überlegungen wich. Dem deutschen Leser vermittelt das Buch zahlreiche interessante Einzelheiten eines exemplarischen Lebens: Zwischen 1945 und 1955, als Spira in verschiedenen Parteifunktionen arbeitete, durchlebte der Teil Österreichs, der unter sowjetischer Verwaltung stand, das eigenartige Stadium einer »Volksdemokratie auf Probe«. Innerhalb einer bürgerlichen (und vom Antikommunismus geprägten) Umwelt, wurde das innerparteiliche Leben der KPÖ noch stärker als bei vergleichbaren kommunistischen Parteien des Westens von Reglementierungen und Gläubigkeit gegenüber den Maßnahmen der stalinistischen Sowjetunion, beherrscht. Als damaliger Leiter der Parteischule, der auch an ZK-Sitzungen teilnahm, war Spira »nicht gedankenlos, aber die Gedanken liefen nicht frei, sondern lagen an der Leine der Ideologie, der Loyalität und einer vermeintlichen Parteiräson... Es waren keine materiellen Interessen oder Privilegien, die mich an die Partei banden, aber ich hatte die Befriedigung, einer weltumspannenden Bewegung anzugehören, die ich für historisch im Recht hielt, und konnte auf eine Art politisch tätig sein, die meinen Neigungen und Fähigkeiten entsprach.« (S. 70). Spira gestand sich ein: »Scheuklappen gehörten zur politischen Ausrüstung und man redete sich ein, der Kaiser trage neue Kleider.« (S. 70). So verdrängte er 1953 die Erschütterung über den Juni-Aufstand in der DDR. Chrustschows Enthüllungen drei Jahre später und die Ereignisse in Ungarn waren weit schwerer zu verarbeiten. Doch die »brennende Wunde...reichte nicht aus, um sich von einer Bewegung zu lösen, die so lange unser Denken und unsere Gefühle beherrscht hatten. Wir glaubten an eine große Wendung zum Besseren, weil wir daran glauben wollten.« (S. 73). Die Erfolge der sowjetischen Weltraumfahrt ließen die Hoffnung noch einmal stärker werden und Spira eine siegessichere Broschüre schreiben, 1958 nährte eine Reise in die Sowjetunon dann neue Zweifel. Auch die innenpolitischen Spannungen der sechziger Jahre, in deren Kontext ein Wiedererwachen des Antisemitismus in Östereich zu verzeichnen waren, bewogen Spira, in den Reihen der Partei, die freilich schrumpften, zu bleiben. Die 1965 in der KPÖ diskutierten »Programmatischen Leitsätze«, die eine selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit einfordern, führten dann zu scharfen Polarisierungen. Ohne jemals denunziatorisch zu werden, informiert Spira über Einzelheiten dieser Auseinandersetzungen, wobei Johann Koplenig und Friedl Fürnberg die Diskussionen zu bremsen, Ernst Fischer und Franz Marek sie voranzutreiben suchten. Spira schloß sich den reformwilligen Kräften an. Die Differenzen verwandelten sich infolge der »antizionistischen« Linie der Sowjetunion im israelisch-arabischen Krieg 1967 in offene Gegensätze. Ein Jahr darauf, nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« durch die Armeen des Warschauer Paktes, wurde der Bruch unvermeidlich. Er erfolgte nicht abrupt, da die KPÖ den Einmarsch zunächst mehrheitlich verurteilte. Doch wandelte sich das Klima auf Druck Moskaus hin: Am 13. Oktober 1969 wurde Ernst Fischer aus der KPÖ ausgeschlossen. Weitere Ausschlüsse, so der Franz Mareks, folgten. Spira legte daraufhin alle Parteifunktionen nieder, ohne den Schritt des Austrittes zu vollziehen. Doch am 25. März 1971 schloß die Partei ihn dann aus, da er nicht bereit sei, »die Beschlüsse der Partei zu respektieren«, wie es in der Begründung hieß (S. 119). Spira war es klar, daß

eine alternative kommunistische Partei ohne personelles und finanzielles Hinterland keine Chance hatte. Er hatte einiges Glück: bis zur Pensionierung 1976 fand er eine Anstellung beim SPÖ-nahen Institut für empirische Sozialforschung. »Aber es war doch ein großer Unterschied zu der Zeit, als politische Tätigkeit und Beruf zusammenliefen.« (S. 122). Spira schildert die Schwierigkeiten, mit denen das »Wiener Tagebuch« zu kämpfen hatte, und angesichts derer Ende 1989 das informative Publikationsorgan sein Erscheinen beenden mußte - gerade dann, als viele seiner fundierten Kritiken über die Welt des realen (Nicht-)Sozialismus auf so schlagende Art ihre Bestätigung durch die Wirklichkeit fanden. Spiras Adieu gegenüber dem Kommunismus bedeutete zu keiner Zeit einen Abschied von den Vorstellungen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, um derentwillen er einst in die KPÖ eingetreten war. Nur hatten sie sich innerhalb einer undemokratisch strukturierten Bewegung nicht realisieren lassen. Im Nachwort betont Zdenék Mlynár, daß auch die Kommunisten des Westens »sich zweifellos ebenfalls verantwortlich (fühlten), vor allem allerdings dafür, daß sie Ideen und Ansichten verbreiteten, die im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit in den ‚sozialistischen Ländern' standen. Dieser Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit war für sie quälend. Aber ein Gefühl der unmittelbaren und persönlichen Mitverantwortung an den verbrecherischen Methoden in den Ländern des Sowjetblocks konnten die meisten nicht haben. Nicht sie selbst waren es, die diese ‚Deformation des Sozialismus' zugelassen haben, sondern die Genossen in den ‚Bruderparteien'« (S. 158). Doch, so Mlynár weiter, »ähnlich wie seinerzeit bei den Kommunisten das Kriterium für die Richtigkeit ihrer Politik und ihrer Ideen nicht die Verhältnisse in den eigenen Ländern waren, dienen jetzt (in Osteuropa - M.K.) als Vorbild für die eigene Politik der Liberalismus und Neokonservatismus im Westen. Wie lange wird es wohl dauern, bevor die Ernüchterung einsetzt und welche Begleiterscheinungen wird das haben?« (S. 161). Damit aus der Ernüchterung eine nüchterne Beurteilung der Situation erwächst, ist die Lektüre von Büchern wie dem hier besprochenen nicht nur Linken zu empfehlen. MARIO KESSLER

Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hg.)
Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft
Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal 26.-29. März 1990
Decaton Verlag Mainz 1993, 356 S.

Die Beiträge dieser Sammlung entstanden aus Anlaß eines Symposiums an der Universität Wuppertal, das dem 50. Jahrestag der Ermordung Leo Trotzkis gewidmet war. Die Teilnahme von über 100 Wissenschaftlern aus 30 Ländern zeigte das große internationale Interesse für das Thema. Nicht alle Beiträge konnten in den Band aufgenommen werden. Einige sind bereits in anderen Publikationen erschienen. So fehlen u.a. die Arbeiten von A. Antonow-Owssejenko, Jehuda Wallach, Ada Kan, Francois Moreau und Alexej Sawetschew.

Die Herausgeber verweisen in ihrem Vorwort auf den kontroversen Charakter vieler Aussagen, die teilweise stark voneinander abweichende und z.T. der Meinung der Herausgeber widersprechende Perspektiven und Urteile wiedergeben. Das Hauptanliegen war - ebenso wie auf dem 1988 gleichfalls in Wuppertal durchgeführten Bucharin-Symposium -, in offener, kritischer Diskussion von Wissenschaftlern verschiedener Länder und Generationen »den Ermordeten und bisher Verfemten, mit deren Namen vor allem sich historische Alternativen zum stalinistischen Weg der Sowjetgesellschaft verbanden, historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen« (S. 10). Zu den Teilnehmern, die selbst schwere Lebensschicksale mit Kerker, Verfolgung und Exil hatten, gehörte auch der Enkel Leo Trotzkis, Esteban Wolkow.

Während auf dem Symposium drei Hauptthemen im Mittelpunkt standen (Trotzkis Rolle von der Oktoberrevolution bis zu seinem Ausschluß aus dem politischen Leben der UdSSR, sein Beitrag zur Analyse der Sowjetgesellschaft und seine Auffassungen des Marxismus), ist das Buch nach anderen Schwerpunkten gegliedert.

Der umfangreichste Abschnitt I ist dem Thema »Permanente Revolution, Bürokratisierung, Sozialismus« gewidmet. In einem umfassenden

einleitenden Beitrag gibt Gert Schäfer, Professor an der Universität Hannover, einen Abriß über Trotzki als Führer der Revolution, über seine Auffassungen von der Partei, seinen Sturz und seine Entfernung von der Macht, über Verbannung, Verfolgung und Exil, seinen Kampf gegen die »entartete Revolution«, gegen den Verrat Stalins und dessen grausame Inquisition sowie über seine Hoffnungen, daß sich die vernünftige Dialektik des menschlichen Fortschritts entsprechend Hegel, Marx, Engels oder Lenin durchsetzen und eine »politische Revolution« gegen die herrschende Bürokratie auf der Grundlage verstaatlichter Produktionsmittel nicht zur Restauration einer kapitalistischen, sondern zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft führen würde. Seine Wertungen untersetzt S. mit umfangreichen Zitaten aus zahlreichen Schriften, aus Tagebuchaufzeichnungen und autobiographischen Zeugnissen Trotzkis, aus Arbeiten Lenins und anderer bekannter Zeitgenossen Trotzkis, aus den Bänden von Trotzkis Biographen Isaac Deutscher, aus Erinnerungen sowie aus verschiedenen wissenschaftlichen Essays. Mit Auszügen aus Trotzkis Schriften von 1939 werden dessen Prognosen über die Rolle des Zweiten Weltkrieges bei einem neuerlichen Übergang zur Revolution unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei belegt.

S. zeigt, wie Trotzki, obgleich er ein weit differenziertes Urteil über Faschismus, Reformismus und bürgerliche Gesellschaft besaß, dennoch in der den Kommunismus schon früher in die Isolation treibenden vermeintlichen weltgeschichtlichen Alternative befangen blieb, in der es für ihn nur bürgerliche Demokratie, Konterrevolution und zivilisatorischen Niedergang oder proletarische Diktatur unter Führung einer wirklich bolschewistischen Partei gab. Trotz seiner tiefen Einsichten in den Verlauf der Geschichte und in die Bedeutung neuer praktischer Erfahrungen blieb Trotzki, so resümiert S., »in den Fesseln der aus Wissenschaftsglauben, geschichtsphilosophischen Denkfiguren und politischen Ausschließlichkeitsansprüchen gespeisten Orthodoxie« (S. 52).

Baruch Knei-Paz, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, unternimmt, ausgehend von der Erkenntnis, daß die historische Interpretation stets nicht nur durch die unmittelbaren Konsequenzen historischer Ereignisse bestimmt wird, sondern ebenso durch ihre langfristigen Auswirkungen, den Versuch, Trotzkis theoretisches Vermächtnis angesichts der zeitgenössischen Umwälzungen in der Sowjetunion neu zu bewerten. Darauf verweist auch die Überschrift seines Beitrags: Die Permanente Revolution im Rückblick. Von Gorbatschow zu Trotzki. Es geht ihm dabei vor allem um die wesentlichen Elemente, die Basis für weitere konkretere Diskussionen sein könnten. Wenn auch vieles in Trotzkis Analyse falsch angelegt war, so habe er doch die verheerenden Resultate der Doktrin des »Sozialismus in einem Land« und deren bürokratische Ursachen richtig vorausgesagt. Es geht K. in erster Linie um den wirklichen Charakter der bolschewistischen Revolution, und er bewertet Trotzkis Konzeption der »permanenten Revolution«, in der die Revolution der Rückständigkeit mit einer gleichzeitigen allgemeinen Weltrevolution zusammenfällt, als Versuch, eine Erklärung für einen Typus des sozialen Wandels im allgemeinen - nämlich der unterentwickelten Gesellschaften - zu liefern: Da die bürgerliche Revolution nicht mehr für eine Veränderung relevant war, sah Trotzki die Alternative für Rußland nur in einer viel radikaleren Konzeption der Modernisierung, die eine nach-kapitalistische Vorstellung der Zukunft mit einer zentralistisch regierenden Revolutionsführung kombinierte. Hierzu werden wesentliche Momente aus Trotzkis Theorie und politischem Wirken zusammengetragen.

In sechs Kapiteln behandelt Ernest Mandel, Professor an der Universität in Brüssel, das Problem des Verhältnisses von Selbstorganisation der Klasse und Vorhutpartei, mit dem Trotzki angesichts der bürokratischen Entartung des Sowjetstaates von 1923 bis 1933 rang. Die Schlüsse hierzu, die sich für Trotzki durch die Erfahrungen der spanischen Revolution von 1936/1937 bestätigten, werden in Thesen zusammengefaßt. Im deren Mittelpunkt stehen: die Bedeutung der Heterogenität der Arbeiterklasse, die Rolle von Tageskampf und Aktionseinheit, von Massenorganisationen als Instrumente der Emanzipation der Klasse und Vorhutpartei, das Verhältnis von Staat und Partei sowie sozialistische, innergewerkschaftliche

und innerparteiliche Demokratie.

Robert V. Daniels, Professor an der Universität von Vermont, und Cai Kaimin vom Institut für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Peking, referierten über Trotzkis Ansichten zu proletarischer Demokratie und Parteibürokratie (1923-1937) sowie zu seinen Deutungen des Bürokratismus.

Weitere Beiträge dieses Abschnitts sind dem Thermidorproblem in Trotzkis theoretischen Vorstellungen (Dr. Wladimir A. Koslow vom Archiv für Staatsdokumente in Moskau), der Zeitperspektive in Trotzkis Theorie des degenerierten Arbeiterstaates (Dr. Marcel van der Linden vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam), der Debatte über den Sozialismus in einem Lande (Monthy Johnstone, London), den Positionen von Trotzki, Kautsky und Bauer zur Sowjetunion 1920-1938 (Dr. Horst Klein, Strausberg bei Berlin) sowie über die verschiedenen Typen von Trotzki-Interpretationen - den stalinistischen, orthodox trotzkistischen, kritisch sympathischen, skeptischen und anti-utopischen - (Michael Cox, Professor in Belfast) gewidmet.

In Abschnitt II sind zehn Beiträge unter dem Thema »Etappen und Probleme der Machtkämpfe« zusammengefaßt. Drei von ihnen haben die Beziehungen Trotzkis zu anderen Parteiführern zum Inhalt. Während Leonid M. Spirin, Professor am damaligen Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau, die Beziehungen Trotzkis und Stalins während des Bürgerkriegs 1918-1920 untersucht, analysiert Witalij Startsew, Professor an der Universität in Sankt Petersburg, das Verhältnis zwischen Trotzki und Lenin 1922/1923. Th. Bergmann, em. Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität (Stuttgart-)Hohenheim, und G. Schäfer beleuchten - ausgehend von Lenins Einschätzung seiner möglichen Nachfolger - die Beziehungen Trotzkis und Bucharins, ihren politischen Einfluß, ihre Erfahrungen und Arbeitsbereiche, ihre alternativen Aufbaukonzepte, Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Fehler.

Dr. Reinhold Kößler vom Institut für Soziologie in Münster untersucht Trotzkis Auffassungen über die Militarisierung der Arbeit, die dieser in der Endphase des Kriegskommunismus zum Konzept einer mittelfristigen Entwicklungsstrategie der Sowjetmacht verdichtete. Dabei ging es in erster Linie um die Schaffung von Arbeitsarmeen, die es ermöglichten, die vorwiegend bäuerlichen Arbeitskraftreserven zur Meisterung der aktuellen Notsituation zu mobilisieren, die allgemeine Arbeitspflicht durchzusetzen und eine schlagartige Demobilisierung der Roten Armee am Ende des Bürgerkriegs zu vermeiden. K. vergleicht dieses Konzept mit den in der II. Internationale allgemein verbreiteten Grundauffassungen von der sozialistischen Gesellschaft (insbesondere Kautskys) und kommt zu dem Schluß, daß »der Bolschewismus an der Macht...den Zieldefinitionen der Zweiten Internationale mehr verpflichtet [war], als die bitteren Kontroversen der Kriegs- und Revolutionzeit vermuten lassen« (S. 163), daß die heute vieldiskutierte Frage der Verfügungschancen der unmittelbaren Produzenten am Arbeitsplatz in letzterem begrifflich ausgeschlossen waren und daß es, ungeachtet der Polemik Trotzkis gegen Kautsky, eine »fundamentale Identität« zwischen ihren Positionen in der Frage der zentralisierten Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen gibt (S.169). Weitere Beiträge behandeln Trotzkis Zusammenarbeit mit der Tscheka (Matitiahu Mayzel, Professor an der Universität in Tel Aviv), den Fraktionskampf in der Parteiführung und Trotzkis Entfernung von der Macht nach Lenins Tod (Marjan Britovsek, Professor an der Universität in Ljubljana), die Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Führungskern in der Partei, Trotzkis Parteiausschluß auf dem XV. Parteitag im Dezember 1927 (Dr. Avgust Lesnik vom Institut für Soziologie in Ljubljana), Trotzki und Trotzkismus in Moskau von 1924 bis 1932 (Dr. Catherine Merridale vom King's College in Cambridge) sowie Trotzkis Ansichten zur Neuen Ökonomischen Politik und zur Agrarfrage (Dr. Judith C. Schapiro von der Universität in London und Mark Selden, Professor an der Staatlichen Universität in New York).

Abschnitt III enthält Arbeiten zu einigen internationalen Fragen.

Friedrich I. Firsow, Professor am Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium der Dokumente der neueren Geschichte in Moskau, untersucht den Einfluß Trotzkis auf die

Politik der Komintern zu Beginn der 20er Jahre. Er weist nach, daß eine Reihe grundlegender Dokumente der III. Internationale direkt mit dem Namen Trotzkis verbunden ist und daß seine Ansichten sowie sein Verständnis der Tendenzen der revolutionären Entwicklung die Materialien des Gründungskongresses beeinflußten. Im einzelnen geht F. hier auf Trotzkis Autorschaft des Einladungsschreibens zur Teilnahme am I. Kongreß und dessen Manifest ein. Neue Aspekte zu Trotzkis Wirken ergeben sich aus F. s Darstellungen über die von Trotzki und anderen Führern der Bolschewiki vertretene Anschauung vom Beginn der Epoche der Weltrevolution und der damit verknüpften Überschätzung des revolutionären Potentials, über die Vorstellungen der Komintern als einheitliche, zentralisierte Weltpartei und die 1920 von Trotzki angestrebten härteren Beitrittbedingungen, zu Trotzkis Unterstützung für Lenin im Kampf gegen linkssektiererische Illusionen, u.a. gegen die »Offensivtheorie« und für die Durchsetzung der Einheitsfronttaktik 1921, zu Trotzkis Einschätzung der NÖP als Möglichkeit, die Lage des Sowjetstaates zu stabilisieren und bis zum Sieg der Revolution im Westen durchzuhalten, sowie über Trotzkis Mitarbeit an der Klärung von Fragen der Politik der Französischen KP, der Situation in der Arbeiterbewegung Italiens und zur Lage in Deutschland 1923. Dies wird ergänzt von Dr. Peter Haferstroh, ehem. Forscher am Franz-Mehring-Institut der Universität Leipzig, der Trotzkis Anteil an der Analyse der ökonomischen Zyklen und der Strategiediskussion der Komintern untersucht. Einen kurzen Überblick über die lange Zeit in China verbreitete Meinung über Trotzki als Konterrevolutionär und dessen Auffassungen über die chinesische Revolution gibt Yin Xuyi, Professor am Institut für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Peking.

Gegenstand der beiden Beiträge in Abschnitt IV sind die jüdische Frage und der Antisemitismus. Dr. Enzo Traverso von der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris verfolgt wesentliche Meilensteine von Trotzkis Lebensweg als eines nicht-jüdischen Juden: die Ignorierung seiner jüdischen Herkunft und seine Konfrontation mit der jüdischen Frage, seine Kritik an den Autonomiebestrebungen des Jüdischen Arbeiterbundes, seine Gegnerschaft zum Zionismus und seine Verteidigung der jüdischen Rechte sowie seinen neuen theoretischen Zugang zum jüdischen Problem nach dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Diese Probleme finden ein Pendant bei Dr. Mario Keßler, Forscher bei der Förderungsgesellschaft für wissenschaftliche Neuvorhaben in Potsdam, der sich speziell Trotzkis Position zum Antisemitismus und seinen gescheiterten Hoffnungen auf eine wenigstens teilweise Lösung der jüdischen Frage in der UdSSR zuwendet.

Die Vielfalt der auf dem Symposium behandelten Themen ergänzen in Abschnitt V Beiträge zur Kritik der »Litfront« an Trotzkis Kulturkonzeption von Dr. Jekatherina Lebedewa und Dr. Hans-Jürgen Lehnert und zu der bisher wenig erneuerten Trotzki-Rezeption in der UdSSR seit 1985 von Dr. Kerstin Herbst (alle ehemalige Forscher an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin) sowie zu Trotzkis Moralkonzeption (Dr. Leo Zehender aus Wien).

Der Band ist mit Abkürzungs-, Autoren- und Personenverzeichnis ausgestattet.

Es ist zu hoffen, daß diese sorgfältig vorbereitete, viele neue Erkenntnisse vermittelnde Publikation, die wegen finanzieller Schwierigkeiten erst mit jahrelanger Verspätung erscheinen konnte, mit ihrem weiten Blick auf die internationalen Forschungsgebiete und -ergebnisse eine große Nachfrage findet und dazu beiträgt, vertiefende Forschungen und die weitere Aufarbeitung von Trotzkis Erbes zu fördern.

RUTH STOLJAROWA

Berichtigung

Fehler sind auch im letzten Heft wieder aufgetreten. Nur die allerschlimmsten und unerklärlichsten seien im folgenden korrigiert:

In der Rezension von Axel Honneths »Kampf um Anerkennung« von Hermann Klenner (S. 175) ist in der siebten und elften Zeile von ENGELS die Rede, gemeint war HEGEL - so stand es auch im Manuskript des Autors. Wir bitten dieses Versehen zu entschuldigen.

Nicht minder unangenehm ist uns die Panne auf der zweiten Umschlagseite. Die Karikatur »Unternehmen Zukunft« stammt von Heinz Behling. Auch für diese Unterlassung bitten um Entschuldigung.

Ursula Hoffmann-Lange:
Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik,
Verlag Leske + Budrich Opladen 1992, 490 S. (DM 60,00)
Klaus von Beyme:
Die politische Klasse im Parteienstaat,
Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1993, 222 S. (DM 20,00)
Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein (Hrsg.):
Die politische Klasse auf dem Prüfstand. Eliten auf dem Prüfstand,
Bouvier Verlag Bonn - Berlin 1992
504 S.

Herrschaft und Herrschaftsvollzug, gesellschaftliche Führungsgruppen oder gar Eliten gehörten zu den in der DDR-Soziologie tabuisierten Themenbereichen. Demgegenüber existiert in der BRD ein entsprechend umfangreiches Literaturangebot mit theoretischen Positionsbestimmungen und empirischen Analysen. Dennoch - und das ist unbedingt hinzuzufügen - sind auch hier andere Gesellschafts- und Lebensbereiche weitaus tiefgründiger erforscht. Über Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose und Obdachlose, Wähler und Nichtwähler kann ich aus den sozialwissenschaftlichen Daten-Archiven weitaus detailliertere Angaben entnehmen als über Wirtschafts-Eliten und die politisch Gewählten sowieso, über deren Einkommensquellen und -höhe oder auch über die institutionelle und personelle Vernetzung der verschiedenen Elitegruppen.

Die in den letzten Jahren laut gewordenen Stimmen zur Kritik an der Funktionsweise der politischen Demokratie, über die Krise des Parteien-Staates, die Eliten-Ausgrenzung der früheren DDR und die Inkorporation von West-Eliten in Ostdeutschland - haben in den deutschen Sozialwissenschaften eine neue Welle von Eliten-Literatur provoziert. Was von verschiedenen auch immer unter »politischer Klasse« verstanden wird, werden mit neuen Mode-Begriff , der aus dem romanischen Sprachen bei uns Eingang gefunden hat, Kreativität, Legitimität und Perspektiven der gegenwärtig Herrschenden zur Diskussion gestellt.

Zur rechten Zeit, um an die bisherige historische, soziologische und politikwissenschaftliche Literatur der BRD anzuknüpfen, erschien eher in der Form eines »Literaturberichts« eine Zwischenbilanz von U. Hoffmann-Lange. Im Mittelpunkt steht die von ihr mit durchgeführte groß angelegte Mannheimer Elite-Untersuchung 1981 von Rudolf Wildenmann und Max Kaase, doch werden die Ergebnisse und Positionen früherer Untersuchungen von R. Dahrendorf, E.K. Scheuch, W. Zapf u.a. vorangestellt,um sie bei der Interpretation der Mannheimer Resultate wie auch anderer parallel dazu durchgeführter Untersuchungen mit einzubeziehen. Auf diese Weise werden historisch die Eliten im deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik, die Nazielite und die Formierung der Eliten nach 1945 in Westdeutschland kurz vorgestellt, um anschließend detailliert die soziale Eliten-Rekrutierung, die politischen Konfliktlinien in den BRD-Eliten vor und um 1981, ihre Werthaltungen und Aktivitäten sowie die zwischen den verschiedenen Elitegruppen und -positionen formierten Netzwerke darzustellen. Die umfassende Literaturanalyse, die Einbeziehung politischer Haltungen und Wertemuster zu dem untersuchten Personenkreis sowie die m.W. erstmalige Behandlung des Eliten-Netzwerkes der BRD zeichnen diese Buch aus.

Demgegenüber greift K.v.Beyme mit seinem Suhrkamp-Taschenbuch polemisch in die unmittelbare politikwissenschaftliche und politische Diskussion ein. Bereits 1974 ebenfalls mit einem Eliten-Buch hervorgetreten, geht es ihm hier in Titel und Anlage um eine Bestimmung, Abgrenzung und Bezeichnung der »politischen Klasse« zu den Eliten der BRD. In diesem Zusammenhang spricht er von einem »Kartell der Parteieliten«, das »hauptsächlich durch den Ausbau des Parteienstaates« in Erscheinung tritt (vgl. S. 9). Dabei greift er jedoch umfänglich solche aktuelle Reizthemen wie die »Kolonialisierung« der Gesellschaft durch den Parteienstaat (über die Verwaltung, die öffentlich-rechtlichen Medien, das Erziehungssystem und die Wirtschaft der öffentlichen Hand), die Einkommen der politischen Klasse (Nebeneinkünfte, Skandalchronik der Diätendebatte), die Kom-

merzialisierung der Wahlkämpfe, die Subventionierung der Parteien aus dem Staatshaushalt und die Netzwerke der politischen Entscheidungen auf, die das beabsichtigte Terminologische leicht in den Hintergrund treten lassen.

Die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion und im etablierten Parteien-Spektrum zum Ausdruck kommende Verschiedenartigkeit der Positionen, Schwerpunkte und Nuancierungen vermittelt der von den drei dreißigjährigen Herausgebern des Forschungsjournals »Neue soziale Bewegungen« T. Leif, H.-J. Legrand und A. Klein editierte Sammelband. Das Buch ist lesenswert. Zum einen können die etablierten Parteien-Positionen zusammengefaßt zur Kenntnis genommen und geprüft werden, zum anderen werden in Ausführung und Fragestellung vielfältige Informationen und Anregungen geboten und schließlich enthalten die vergleichsweise wenigen theoretisch orientierten Beiträge über »politische Eliten in der Demokratie« (A. Klein), »Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen« (W. Weege), »Nachdenken über Eliten« (M. Miegel), »Zur Funktion der politischen Klasse in der sozialstaatlichen Demokratie der Gegenwart« (D. Herzog), »Eliten und Gegeneliten. Neue soziale Bewegungen als Herausforderer demokratischer Elitenherrschaft« (R. Roth) und »Politische Klasse und demokratische Frage. Für eine aktionorientierte Analyse des Bürngertums« (A. Demirovic) verschiedene weiterführende und alternative Problemstellungen. M. Miegel, R. Roth und A. Demirovic, aber auch der Beitrag von A. Vollmer »Wider die Konzeptlosigkeit in der Politik. Das Komitee Europa - ein Vorschlag« weisen diesbezüglich am deutlichsten über den gegebenen status quo hinaus.

Aber den oben wiedergegebnen hoch gesteckten Anspruch vermag das Buch nicht einzulösen. Zum einen gelingt es der aufgebotene Politiker-Riege nicht, über das ansonsten von ihnen zu Hörende vorzustoßen. Auch drängende Fragen und wiederholtes Nachfragen der Herausgeber in den Interviews waren da intellektuell nicht sonderlich ergiebig. Zum anderen wurden bei aller Verschiedenartigkeit - die vielfach nur im Detail und in der Nuancierung wahrnehmbar war - bestimmte kontroverse Positionen, Problemfelder und potenielle Autoren ausgespart und ausgegrenzt. Was z.B. H. Rebenstorf (»Elitentransformation in Ostdeutschland«), N. Brink (»Die Etablierung einer neuen politischen Klasse in der sächsischen CDU«) und N. Seitz (»Protestantische Ostnische als radikaldemokratischer Jungbrunnen«) vorstellen, vermag nicht einmal annähernd die Komplexität, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der in der Zielstellung des Buches genannten ostdeutschen Elitentransformationen und deren subjektive Beurteilung wiederzugeben. Unverständlicherweise hatten die Herausgeber Scheu, bei ihrer Parteien-Präsentation die Bundestagsparteien ostdeutscher Herkunft Bündnis 90 und PDS einzubeziehen, wie auch Autoren aus den neuen Bundesländern zu den inzwischen zahlreich dokumentierten Ausgrenzungsprozessen z.B. in der Wissenschaft, zu den Erfahrungen und Lehren der Bürgerbewegungen, zum Zustandekommen des Verfassungsentwurfs des »Runden Tischs« u.a. einzuladen. So begnügt man sich zur ostdeutschen Problematik (mit Ausnahme des Interviews mitCh. Weiske zur Grünen Partei) einmal mehr und äußerst dürftig einer Problemsicht aus der Perspektive westdeutscher Sozialisation. Wie ernst sind daraufhin die summierenden Schlußsätze von SPD-Vordenker P. Glotz für Ostdeutsche, politische Minderheiten in Gesamtdeutschland und frühere DDR-Eliten gemeint, wenn er fordert: »Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Chancen der individuellen Mitwirkung geben; und den Minderheiten Chancen zur kollektiven Mitwirkung. Wir müssen ... auf das vernünftige, konsens- oder wenigstens kompromißorientierte Argumentieren setzen und ... auf die komplizierte, gut vorbereitete und sehr freiwillige, lockere, liberale Kooperation unterschiedlicher Eliten. Das verlangt eine gewaltige Umstellung« (S. 489). Wie schwer sie fällt, beweist das Buch selbst.

Aber - um auf den Eingangssatz zurückzukommen - auch die marxistisch orientierte Sozialwissenschaft hat erst noch den Beweis zu erbringen, daß sie mit den Problemen des Herrschaftsvollzuges und seinen Akteuren sachkundig und objektiv, theoretisch und empirisch im Interesse wissenschaftlicher Erklärung und politischer Aufklärung umzugehen versteht.

HELMUT STEINER

UTOPIE
Diskussion sozialistischer Alternativen
kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten alle Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern *sowie in einem Exemplar* ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugshalber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (fürDOS oder WINDOWS), »WordPerfect« (für DOS oder WINDOWS) oder »Works« zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstige spezielle Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Heften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 7.000 Wörtern oder ca. 40.000 Zeichen (entspricht ca. 20 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhälnis 1:5 zum Umfang des Beitrags; also auf 20 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 - 5 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, *eindeutig beschrifteten* Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(en)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.500 Wörter bzw. 10.000 Zeichen (ca. 5 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrags geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übemommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Helmut Steiner (Chefredakteur), Wolfram Adolphi, Marion Höppner, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Monika Noack, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf (V.i.S.d.P.)

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, Berlin
Telefon: 28 40 95 61

Artikelnummer: 107419
Druck- und Bindearbeiten
Tribüne-Druck GmbH, Berlin

Erscheint sechsmal irn Jahr als Doppelheft
Abonnementspreis: 60,- DM pro Jahr (incl. Porto)
Einzelverkaufspreis: 10,- DM. Ab Heft 1 lieferbar.
Bestellungen bei der Redaktion.

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

▶ **Die neue Reihe »Querköpfe«**, herausgegeben von Marina Achenbach und

Querköpfe

Hans-Dieter Schütt, porträtiert engagierte Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen,

braucht

die Grenzen überschreiten, Neues wagen und provozierend denken und handeln.

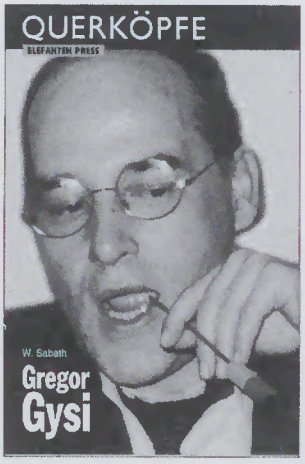
das

▶ **Querköpfe reden Klartext.** Sie meinen, was sie sagen. Was sie sagen, macht Meinung.

Land!

▶ **Die beiden ersten Querköpfe:**

Hans-Dieter Schütt:
Uta Ranke-Heinemann
128 S. mit Fotos
Pb., DM 19,90



Wolfgang Sabath:
Gregor Gysi
128 S. mit Fotos
Pb., DM 19,90

▶ **Jeder Band enthält:** Karikatur des Querkopfes • Exklusivinterviews
Fragebogen • Homestory • Tagebuchaufzeichnungen
Unveröffentlichte Privatfotos • Handschriftliches Motto des Querkopfes
Von A bis Z : Gedanken und Äußerungen des Querkopfes u.v.m.

Überall im Buchhandel.

ELEFANTEN PRESS

Postfach 66 • 12414 Berlin

In den vorangegangenen Heften:

Heft 21/22:
Wirtschaft und Kultur ade?

Heft 23/24:
SPD wohin?

Heft 25/26:
»Gemeinsames Haus Europa«

Heft 29/30:
Osttransformation mit Westwirkung

Heft 31/32:
Ulbricht: DDR am Ende

Heft 33/34:
§ 218 – Vorwärts in die Vergangenheit

Für die Hefte 1 bis 21/22 (September 1990 bis September 1992) können Inhaltsübersicht, Sachregister und Autorenverzeichnis bei der Redaktion erworben werden.

ISSN 0863-4890